

**CONNECTED
CITIES.**

**DAS VERNETZTE
LAND.**

**Regierungsprogramm der CDU Bremen zur Wahl der
Bremischen Bürgerschaft am 14. Mai 2023.**

Moin!

Dies ist das Programm der Bremer CDU für die Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 - unser Angebot für Sie als Wählerinnen und Wähler. Es ist konkret, es ist anders, es zeigt Lösungen auf, es ist umfassend und zukunftsorientiert. Kurzum: Es ist ein Regierungsprogramm für Bremen und Bremerhaven! Denn wir wollen wieder stärkste Kraft werden. Und wir wollen Bremen nach dem 14. Mai regieren.

Was ist anders? Wir haben buchstäblich einen Fahrplan für Bremen und Bremerhaven entwickelt – vernetzt, getaktet und zuverlässig. Wir denken nicht in Ressortgrenzen, sondern uns geht's um Zukunftschancen, um Heimat, um Lebensqualität und um das Zusammenleben in unseren beiden Städten: 15 Themenfelder bilden unsere Linien, unterteilt in einzelne inhaltliche Stationen und themenübergreifende Knotenpunkte, an den wir unsere Ideen für das Bundesland vernetzt haben. Sie, liebe Leserinnen und Leser, können dadurch an einem beliebigen Punkt ins Regierungsprogramm einsteigen, in eine andere Linie umsteigen oder sich auch an einem unserer Bahnhöfe aufhalten und später weiterfahren.

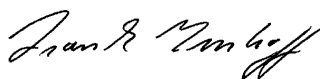
Der Aufbau des Programms steht sinnbildlich dafür, wie wir uns Regierungsarbeit in und für Bremen und Bremerhaven vorstellen. Unser Fahrplan ist: Vernetzt! Gerade hier bei uns – wo man sprichwörtlich nur über den Marktplatz muss – besteht die große Chance, schneller und agiler zu reagieren als andere Bundesländer. Aber im jetzigen Senat steht an Stelle von Schnelligkeit oft Gleichgültigkeit, an Stelle von Lösungen stehen Befindlichkeiten, an Stelle von Pragmatismus steht Ideologie. Das wollen wir ändern! Aktuelle Aufgaben und Herausforderungen können in einem Regierungsteam nur ressortübergreifend, vernetzt und untergehakt gelöst werden.

Und genauso – gemeinsam als starkes Tandem – wollen wir es angehen: Denn Bremen ist unsere Heimat und unser Herz schlägt für dieses kleine Land mit großem Potential! Mit unseren Häfen, dem fleißigen Handwerk und führenden Hightech-Unternehmen sind wir wirtschaftlich stark, wir haben eine ausgezeichnete Wissenschaftslandschaft, einzigartige Traditionen, lebhaftes Kultur, viel Natur, eine historische Innenstadt – und nicht zuletzt tolle Menschen, die hier leben und arbeiten! Für Sie wollen wir Bremerhaven und Bremen besser regieren.

Wenn sie Fragen oder Ideen zu unserem Programm haben, steigen Sie ein in unsere Linien Richtung Zukunft und lassen Sie uns ins Gespräch kommen.

**Help us darbi, wähl op
14 Mai CDU.**

Herzliche Grüße



Frank Imhoff



Wiebke Winter



INHALTVERZEICHNIS

LINIE: BILDUNG	1
LINIE: WIRTSCHAFT	12
LINIE: HÄFEN	25
LINIE: MOBILITÄT	30
LINIE: LEBENSWERTE STÄDTE	37
LINIE: SICHERHEIT	52
LINIE: KLIMA, UMWELT, ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT	62
LINIE: WISSENSCHAFT	73
LINIE: LEBENSWELTEN	81
LINIE: ARBEIT UND SOZIALES	88
LINIE: GESUNDHEIT	96
LINIE: EHRENAMT UND SPORT	107
LINIE: DIGITALISIERUNG	112
LINIE: FÜHRUNG UND VERWALTUNG	120
LINIE: FINANZEN	123

1 **LINIE: BILDUNG**

2

3 Wir wollen für Bremen und Bremerhaven ein gut ausgestattetes und qualitativ hochwer-
4 tiges Bildungssystem. Ein solches Bildungssystem umfasst Kindergärten, Schulen, aka-
5 demische Bildungseinrichtungen, Vereine und Jugendeinrichtungen. Unsere Schulen be-
6 reiten unsere Kinder und Jugendlichen auf das Leben vor: Schülerinnen und Schüler er-
7 lernen grundlegende Kulturtechniken, stärken ihre sozialen Kompetenzen und bauen ihre
8 kognitiven Fähigkeiten aus. Zukunftsgewandte, gleichwertige und faire Bildungschancen
9 für jede und jeden - unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Orientierung - sind aber
10 nicht nur für den sozialen Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft unerlässlich,
11 sondern bilden den Grundpfeiler eines funktionierenden Gemeinwesens. Sie bewirken,
12 dass Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten sowie
13 ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit eigenständig zu bestreiten und nicht
14 auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Hiervon profitieren wir zudem als Ge-
15 sellschaft mit qualifizierten Fachkräften in Wissenschaft, Handwerk und Industrie.

16

17 In Bremen wird der Bildungsbereich jedoch seit langem sträflich vernachlässigt: Seit
18 Jahren schneiden Bremer Schüler in den Ländervergleichsuntersuchungen fast immer
19 am schlechtesten ab - und der Abstand zum Durchschnitt wird nicht geringer, sondern
20 größer. Etwa zehn Prozent unserer Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne
21 Abschluss. Für ihren weiteren Lebensweg und ihre berufliche Karriere ist das ein schwe-
22 rer Nachteil. Wir sind davon überzeugt: Kinder in Bremen und Bremerhaven sind nicht
23 weniger intelligent als die im Rest der Republik! Das bremische Bildungssystem erlaubt
24 es unseren Kindern und Jugendlichen jedoch oft nicht, ihre maximalen Wissens- und
25 Leistungspotenziale abzurufen. Eine über Jahrzehnte aus ideologischen Beweggründen
26 kultivierte Haltung, jeglichen Leistungsgedanken nach Möglichkeit aus unseren Schulen
27 zu verbannen, hat dazu ihren Beitrag geleistet. Unzureichende frühkindliche Bildung und
28 spätere schulische Defizite stehen bei Kindern und Jugendlichen oftmals am Beginn von
29 Armutskarrieren ohne Perspektive.

30

31 Wir werden uns mit dieser Situation nicht abfinden. Bildung ist unsere wichtigste Res-
32 source. Wir werden mit Nachdruck das Ziel verfolgen, die Bildungsqualität und Bildungs-
33 gerechtigkeit in Bremerhaven und Bremen spürbar zu steigern, um somit auch innerhalb
34 der Ländervergleichsuntersuchungen perspektivisch wieder den Anschluss an das Mit-
35 telfeld herzustellen.

36

37 In der Bildung und in der Lehre - wie in der gesamten öffentlichen Verwaltung - keine
38 Diskriminierung von Personen geben, die nicht „gendern“. Es darf keine verpflichtenden
39 Vorgaben zum Gendern der Sprache geben. Ob jemand gendert oder nicht, darf außer-
40 dem keinen Einfluss auf die Benotung haben.

41

42

43

44

45

46 **Stationsname: Frühkindliche Bildung – Zentraler Umsteigepunkt**

47 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Lebenswelten

48

49 Die frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für den Start in eine erfolgreiche Bildungs-
50 karriere. Durch spielerische Erfahrungen sowie gezielte Unterstützung der pädagogi-
51 schen Fachkräfte lernen die Kleinsten nicht nur ihre Umwelt kennen, sondern trainieren
52 ihre kognitiven sowie motorischen Fähigkeiten und ein soziales Miteinander. Von her-
53 ausragender Bedeutung ist bei alldem der Spracherwerb. In Bremen haben mittlerweile
54 annähernd 50%, in Bremerhaven sogar über 50% der vor ihrer Einschulung getesteten
55 Kinder einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf. Nach allen wissenschaftlichen Er-
56 kenntnissen haben Kinder, die vor der Schule keine Bildungseinrichtung besucht haben,
57 schon bei der Einschulung entscheidende Chancen verpasst. Partizipation und Teilhabe
58 sind deutlich erschwert. Als CDU Bremen werden wir

- 59 ● die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen nach dem Vorbild andere Bundes-
60 länder (z.B. Hamburg) von Zuwendungen auf Entgelte (Kita-Gutscheine) umstel-
61 len. Lange Planungsprozesse und komplizierte (bautechnische) Zuwendungsprü-
62 fungen können damit entfallen und der Ausbau erfolgt bedarfsorientiert,
- 63 ● den Kita-Ausbau, gerade auch unter Einbindung von privaten Investoren, weiter
64 beschleunigen,
- 65 ● ein Anreizsystem schaffen, das Träger von Kindertageseinrichtungen für freiwil-
66 lige Angebote von sogenanntem „Platzsharing“ durch verbesserte Personal- und
67 Sachausstattung belohnt. Wir wollen zudem eine „Platztauschbörse“ online an-
68 bieten,
- 69 ● Kita-Träger, die freiwillig zusätzliche Kinder in bestehende Einrichtungen und
70 Gruppen aufnehmen, durch verbesserte Personal- und Sachkostenausstattung
71 sowie zusätzliche Anleiterstunden belohnen,
- 72 ● in Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Räumlichkeiten
73 für Angebote der externen Kindertagespflege schaffen,
- 74 ● die Ausgestaltung des lange überfälligen Landesgesetzes über Kita-Qualität und
75 -Finanzierung endlich finalisieren,
- 76 ● uns mit Nachdruck beim Bund dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel aus
77 dem sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ den Ländern auf Dauer zur Verfügung ste-
78 hen,
- 79 ● Quartiersbildungszentren (QBZ) sukzessive in weiteren Stadtteilen etablieren,
- 80 ● Betriebskindergärten fördern und in die Planung von Kita-Plätzen einbeziehen, da
81 wir uns modernen Arbeitsmöglichkeiten und dem Abbau von Karrierenachteilen
82 für erziehende Elternteile verpflichtet fühlen. Die Verbindung von Arbeitsplatz und
83 Kinderbetreuung an einem Ort erachten wir dafür als ideal,
- 84 ● gemeinsam mit Unternehmen Konzepte entwickeln, wie Kinder alleinerziehender
85 Eltern auch während ihrer Schichtzeiten kindgerecht betreut werden können. Da-
86 von erhoffen wir uns auch eine Stärkung der Attraktivität von MINT- sowie Sozi-
87 alberufen für Frauen und Männer,
- 88 ● die inhaltliche und institutionelle Verzahnung von Kita und Schule, die noch immer
89 nicht Praxis ist, weiter vorantreiben. Dafür werden wir den Bildungsplan 0-10 in
90 Bremen endlich umsetzen,

- 91
- 92
- 93
- 94
- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- Qualifizierung zur Kindertagespflege reformieren, die Ausbildungszeiten von 9 Monaten auf 2-3 Monate verkürzen und vergütet in Voll- und Teilzeit zusätzlich anbieten. Den Tagespflegepersonen, die einen Bindungsvertrag für die Bereitstellung von Plätzen unterschreiben, die Bürokratie abnehmen, so dass diese sich auf die pädagogische Arbeit konzentrieren können. Hierzu soll eine zentrale Service- und Anlaufstelle bei „Pflegekinder in Bremen“ (PIB) geschaffen werden,
 - zusätzliche Formate erarbeiten, die es Kindertagespflegepersonen ermöglichen, über modulare Fortbildungen berufsbegleitend Abschlüsse als Sozialpädagogische Assistenz oder Erzieherin zu erwerben.

100

101 **Stationsname: Fachkräftesicherung und -gewinnung**

102 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Bildung, Lebenswelten

103

104 Über 600 baulich fertiggestellte Plätze und tausende von tatsächlich fehlenden Plätzen
105 stehen besonders innerhalb der Stadtgemeinde Bremen nicht zur Verfügung, weil kein
106 geeignetes pädagogisches Personal vorhanden ist. Diesen Flaschenhals wollen wir be-
107 seitigen. Hierzu wollen wir das Berufsfeld der Erzieherin / des Erziehers weiter attraktiv
108 gestalten, um mehr junge Menschen für diese sinnstiftende Arbeit mit den Kleinsten in
109 unserer Gesellschaft zu gewinnen. Wir werden den Zugang zum pädagogischen Berufs-
110 feld innerhalb der Kindertagesbetreuung weiter vereinfachen. Dabei haben wir auch die
111 Kindertagespflege im Blick. Wir werden diesen niedrighschwelligigen Einstieg in die Arbeit
112 mit Kindern attraktiver gestalten und sie gleichzeitig von Verwaltungs- und Dokumen-
113 tationsaufgaben entlasten.

114

115 Als CDU Bremen werden wir:

- 116
- 117
- 118
- 119
- 120
- 121
- 122
- 123
- 124
- 125
- 126
- 127
- 128
- 129
- 130
- 131
- zusätzliche Plätze innerhalb der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) zur Erzieherin / zum Erzieher schaffen,
 - die vollumfängliche Anerkennung von ausländischen Pädagogikabschlüssen erleichtern und mit deutschen Abschlüssen gleichsetzen, damit diese entsprechend qualifizierten Personen den Einrichtungen schneller zur Verfügung stehen,
 - pädagogische Fachkräfte von administrativen Tätigkeiten und Verwaltungsaufgaben entlasten, damit sie sich mehr auf die Arbeit am Kind konzentrieren können.
 - die Qualifizierung zur Kindertagespflege von Beginn an vergüten und hierbei verschiedene Formate in Voll- und Teilzeit auflegen,
 - eine zentrale Service- und Anlaufstelle für Tagespflegepersonen schaffen, die sie von der Arbeit im Zusammenhang mit Verwaltungs-, Dokumentations- und Abrechnungspflichten entlastet,
 - zusätzliche Formate erarbeiten, die es Kindertagespflegepersonen ermöglichen, über modulare Fortbildungen berufsbegleitend auch in der Selbständigkeit Abschlüsse als Sozialpädagogische Assistenz oder Erzieherin zu erwerben und diese zu vergüten.

132

133

134

135

136

137 **Stationsname: Verpflichtendes Vorschuljahr**

138 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Bildung

139

140 In Bremen haben mittlerweile annähernd, in Bremerhaven sogar über 50% der vor ihrer
141 Einschulung getesteten Kinder einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf. Bei etwa ei-
142 nem Viertel besteht dieser auch noch zum Start ihrer Schullaufbahn. Dabei ist das Ver-
143 stehen und Sprechen der deutschen Sprache eine Schlüsselqualifikation zur erfolgrei-
144 chen Teilnahme am Schulunterricht - wer aus sprachlichen Gründen schon kaum die
145 Zahlen und Buchstaben lernen kann, hat es oft während seiner gesamten Schullaufbahn
146 schwer. Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf eine gute Bildung hat. Wir
147 wissen aber, dass dies nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen gelingt. Daher wollen
148 wir in Bremen ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder einführen, die einen nach-
149 gewiesenen Sprachförderbedarf haben. Hierbei orientieren wir uns am Modell Hamburgs,
150 das damit nachweislich gute Erfolge erzielen konnte.

151

152 **Stationsname: Digital-Hausmeister-Pool für Bremen**

153 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Digitalisierung

154

155 Schulen sollen digital werden - und das ist richtig so! Wir sehen gerade im Bereich Bil-
156 dung ein hohes Potenzial, um Schüler individuell zu fördern und zu fordern. Hierzu müs-
157 sen interaktive Formate auch im digitalen Unterricht der Normalfall sein. Das geht aller-
158 dings nur, wenn die Technik mitmacht - und sowohl WLAN als auch die Soft- und Hard-
159 ware in jedem Klassenzimmer funktionieren. Für Lehrerinnen und Lehrer bleibt neben
160 dem regulären Unterricht oft nicht die Zeit, sich selbst um Administration und Aktualis-
161 ierung an digitalen Endgeräten zu kümmern. Zudem können noch mehr digitale Pro-
162 dukte besser und schneller eingesetzt werden, wenn es jemanden gibt, der sich dafür
163 zuständig fühlt. Daher wollen wir einen Digital-Hausmeister-Pool für Bremen und Bre-
164 merhaven einrichten. Digitale Hausmeister sollen sich um eine oder mehrere Schulen in
165 Bremen kümmern und sich gegenseitig vernetzen, um die Bremer Schulen auf ein ein-
166 heitliches Digitalniveau zu heben. Dabei müssen die Digitalhausmeister keine Lehrkräfte,
167 sondern ausgebildete ITler sein, die Lehrer sowie Schüler in der digitalen Arbeit unter-
168 stützen können. Bei alledem wollen wir den Präsenzunterricht an Schulen durch digitale
169 Lernmethoden ergänzen, keinesfalls aber ersetzen.

170

171 Wir werden zudem

- 172 ● ein eigenständiges Unterrichtsfach Informatik ab der Sekundarstufe I einführen,
- 173 ● erste grundlegende Lerninhalte aus dem Bereich Informatik innerhalb bestehen-
174 der Fächer bereits in der Grundschule vermitteln,
- 175 ● eine verlässliche und leistungsfähige WLAN-Ausleuchtung jedes Unterrichts-
176 raums, Videokonferenzsysteme und Präsentationsmedien sicherstellen,
- 177 ● eine Folgefinanzierung für die angeschafften mobilen Endgeräte auf den Weg
178 bringen,
- 179 ● die Lernplattform „itslearning“ sowie die eingesetzte Schulverwaltungssoftware
180 zu einem digitalen Schulportal integrieren; dieses muss alle zeitgemäßen Anwen-
181 dungen umfassen und sich gleichermaßen an Lernende, Lehrende, Verwaltung

182 und Eltern richten. Dem Datenschutz muss über unterschiedliche Zugriffsrechte
183 und weitere Sicherungsmechanismen entsprochen werden,
184 • die Schulverwaltung konsequent digitalisieren, damit diese weitgehend papierlos
185 arbeiten kann.

186

187 **Stationsname: Berufliche Ausbildung stärken: Mit Hand und Verstand**

188 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

189

190 Für uns ist klar: Der Meister ist genauso viel wert wie der Master! In Debatten über den
191 Bildungsbereich stehen die beruflichen Schulen zu selten im Fokus. Dabei leisten sie mit
192 ihrem Wirken nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zu unserer wirtschaftlichen Pros-
193 perität, beispielsweise im Rahmen der dualen Ausbildung. Wir werden die beruflichen
194 Schulen personell und materiell besser ausstatten. Wir werden die berufliche Bildung im
195 Land Bremen weiter konsequent stärken und ihre Gleichwertigkeit und Vorzüge konse-
196 quent profilieren. Hierzu werden wir die Berufsorientierung weiter ausbauen und adres-
197 satengerecht bereits in der 4. Klasse damit beginnen. Auf der anderen Seite verfolgen
198 wir das Ziel, dass zukünftig in breiterem Umfang höherwertige Abschlüsse (DQR 7) an
199 beruflichen Schulen erworben werden können. Ein wichtiger Schritt ist zudem die ver-
200 lässliche und vor allem auch fristgerechte Umsetzung der Schulstandortplanung für die
201 beruflichen Schulen mit ihrem Campus-Gedanken. Darüber hinaus werden wir

- 202 • den Werkunterricht im Rahmen des Sachunterrichts an der Grundschule sowie des
203 Schulfachs Wirtschaft-Arbeit-Technik in der Sekundarstufe I stärken,
- 204 • die obligatorische berufliche Orientierung an den Schulen sowie an außerschuli-
205 schen Lernorten durch Elemente wie den Berufswahlpass, Potenzialanalysen,
206 Werkstatt-Tage, Praktika, Schülerfirmen, Tage der beruflichen Bildung, Berufs-
207 messen, die Einladung von Unternehmern und Unternehmerinnen in Schulen so-
208 wie eine wirksamere Einbindung der Eltern stärken; dabei sind sowohl die Berufs-
209 orientierungskräfte der Agentur für Arbeit als auch Praktiker aus Unternehmen
210 einzubinden,
- 211 • die personelle und materielle Ausstattung der Berufsschulen durch ein Sonder-
212 programm verbessern,
- 213 • den starren Blockunterricht an vielen Berufsschulen bei entsprechendem Bedarf
214 flexibilisieren, damit Ausbildungen in Teilzeit, z.B. von Alleinerziehenden, nicht da-
215 ran scheitern,
- 216 • die beruflichen Gymnasien stärken.

217

218 **Stationsname: Ganztags ganz normal**

219 **Schnittstelle(n):** Soziales, Wirtschaft

220

221 Wir wollen alle Grundschulen in Bremen und Bremerhaven zu Ganztagsgrundschulen
222 machen. Dabei sollen Ganztagsgrundschulen ein breites Angebot aufweisen: Wir wollen Ko-
223 operationen mit Sportvereinen und örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe inten-
224 sivieren und ausweiten. Bei alledem nehmen wir selbstverständlich auch die weiterfüh-
225 renden Schulen in den Blick und werden entsprechende Angebote weiter ausbauen. Zu-
226 dem wollen wir

- 227
- 228
- 229
- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- Schulen konsequent als offene Häuser und Orte der Begegnung innerhalb des Stadtteils etablieren und orientieren uns dabei an Vorbildern aus Skandinavien,
 - im rhythmisierten Nachmittagsangebot genug Raum für Angebote zur Selbstfindung, -stärkung und -ermächtigung von Kindern und Jugendlichen lassen und hierbei Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter niedrigschwellig einbinden,
 - Die Finanzierungsgrundlagen für eine verbesserte Kooperation mit Sportvereinen und Schulen verlässlich aufstellen,
 - die dritte Sportstunde realisieren.

235

236 **Stationsname: Qualitätsunterricht**

237

238 Wir wollen Schülerinnen und Schüler in Bremen individuell fördern und fordern - und sie
239 so zu Bestleistungen bringen. Dafür brauchen sie jedoch Unterstützung. Lernstandserhebungen sowie nationale und internationale Vergleichsarbeiten sind hierbei kein Selbstzweck. Vielmehr liefern sie Lehrkräften die notwendigen Erkenntnisse, auf deren Grundlage individuelle Lernangebote entwickelt werden. Von der Arbeit des „Instituts für Qualitätsentwicklung Bremen“ (IQHB) erwarten wir im Zuge seiner lernprozessbegleitenden Diagnostik endlich spürbare Impulse und vor allem einen effektiven Mehrwert für die Unterrichtsentwicklung unserer Lehrkräfte. Im Zuge dessen werden wir die Lernausgangslagenerhebung LALE auf weitere Klassenstufen ausdehnen und parallel die Voraussetzungen dafür schaffen, dass perspektivisch alle Schulen in Bremerhaven und Bremen teilnehmen. Wir wollen zudem:

- 249
- 250
- 251
- 252
- 253
- 254
- 255
- 256
- 257
- 258
- 259
- Angebote politischer Bildung an Schulen durch Projektarbeit wie „Die Juniorwahl“ oder „Jugend debattiert“ unterstützen,
 - bilingualen Unterricht wieder verstärkt anbieten und Angebote wie das „AbiBac“ weiter fördern,
 - wir setzen uns für den Erhalt der bestehenden Gymnasien in Bremen und Bremerhaven ein und wollen den Bau eines neuen Gymnasiums im zentralen Bremer Westen (Walle, Gröpelingen) vorantreiben,
 - den Unterricht im MINT-Bereich altersgerecht bereits ab der Grundschule stärken,
 - Schwerpunkte an Schulen wie „Luft- und Raumfahrt“ am Gymnasium Vegesack oder Latein am Alten Gymnasium weiter fördern.

260

261 **Stationsname: Talent-Schule**

262 **Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales**

263

264 Gerechtigkeit in der Bildung bedeutet für uns auch, dass alle Kinder dieselben Bildungschancen haben. Wir empfinden es daher als höchst unbefriedigend, dass nirgendwo in der Bundesrepublik das Einkommen der Eltern einen so starken Einfluss auf den schulischen Erfolg eines Kindes hat wie in Bremen. Daher wollen wir die Schulen in sozial herausgeforderten Quartieren sowohl in Bremerhaven als auch in Bremen gezielt fördern, indem wir ihnen zu besserer Infrastruktur verhelfen und diese prioritär mit mehr Personal ausstatten. Dieser Schritt ist für alle Beteiligten attraktiv, da die Arbeit des dort tätigen pädagogischen Personals zusätzlich honoriert wird. Darüber hinaus werden wir

- 271
- 272
- an jeder weiterführenden Schule sukzessive Schulsozialarbeit etablieren,

- 273 • multiprofessionelle Teams zur Entlastung der Lehrkräfte stärken mit
274 ○ Schulverwaltungs Kräften,
275 ○ Fachkräften für den schulpsychologischen Dienst.
276

277 **Stationsname: Inklusion - selbstverständlich und gut ausgestattet**

278 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales
279

280 Bremen liegt bundesweit ganz vorne bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit
281 und ohne Behinderung. Dabei fängt Inklusion bereits in der frühkindlichen Bildung
282 (Krippe/Kita) an. Hier braucht es endlich schnellere Begutachtungen und Hilfsangebote
283 innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Bearbeitungszeiten und nicht erst bis zu 1,5
284 Jahre später. Genehmigte Komplexleistungen müssen dann auch tatsächlich erbracht
285 werden. Spitze in der Inklusion zu sein, lässt aber noch keine Rückschlüsse auf die Aus-
286 stattung und Qualität der inklusiven Beschulung zu. Wir wissen, dass es sowohl bei der
287 personellen als auch bei der infrastrukturellen Ausstattung offenkundigen Nachholbedarf
288 gibt, dem wir uns offensiv im Sinne des inklusiven Schulgedankens und zum Wohle aller
289 Schülerinnen und Schüler stellen werden. Die Absicherung des Bestands der Spezialför-
290 derzentren mit den Schwerpunkten „Sehen“, „Hören“ sowie „körperliche und motorische
291 Entwicklung“, bei gleichzeitigem Bekenntnis zur inklusiven Beschulung, stellt für uns kei-
292 nen Widerspruch dar, sondern ist Ausdruck unseres unideologischen und pragmatischen
293 Umgangs mit dem Thema. Dabei verlieren wir nicht die Herausforderungen aus den Au-
294 gen, die mit der Regelbeschulung der Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf be-
295 stehen. Da wir uns zudem über den akuten Mangel an Schulassistenzen bewusst sind,
296 werden wir gemeinsam mit den zugehörigen Trägern nach Wegen suchen, um das Be-
297 rufsbild attraktiver zu gestalten. Kein Kind darf aufgrund einer fehlenden Assistenz am
298 Besuch der Schule gehindert werden! Die Identifizierung und gezielte Förderung beson-
299 ders begabter und leistungsstarker Schülerinnen und Schüler stellt in unserem Verständ-
300 nis ebenso einen wichtigen Bestandteil einer inklusiven Schule dar, den wir keinesfalls
301 vernachlässigen werden. Als CDU Bremen werden wir:

- 302 • eine schnellere Vernetzung und Abarbeitung der Rechtsansprüche von Kindern
303 mit Förderbedarf bei Erst- und Weiterbewilligung durch ausreichende Kapazitäten
304 in allen beteiligten Stellen bei Gesundheit, Soziales und Bildung und eine verbind-
305 liche und schnellere Bearbeitung sicherstellen,
306 • an der Umsetzung einer datenschutzkonformen Lösung für die Kita-online-An-
307 meldung arbeiten, so dass schon bei der Anmeldung der Kinder mit bestehendem
308 Förderbedarf dieses mitgeteilt werden kann, damit die Hilfe bei Kitabeginn zur
309 Verfügung gestellt werden kann.
310

311 **Stationsname: Lehrermangel konsequent bekämpfen**

312 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales
313

314 Unser Ziel ist es, in allen Schulformen eine Unterrichtsversorgung von über 100% zu
315 erreichen. Bremen und Bremerhaven sind von akutem Lehrkräftemangel betroffen. Ob-
316 wohl Bremerhaven uns schon seit geraumer Zeit zeigt, wie man trotz herausfordernder
317 Bedingungen Menschen für den Eintritt in den Schuldienst gewinnen kann, reichen die

318 Anstrengungen im gesamten Land noch nicht aus. Die weitere Vereinfachung des Zu-
319 gangs in den Lehrerberuf, beispielsweise mit nur einem Unterrichtsfach, halten wir dabei
320 ebenso für richtig wie notwendig. Da der Bildungsföderalismus in seiner aktuellen Aus-
321 prägung erkennbar keine zufriedenstellenden Antworten auf den bundesweiten akuten
322 Mangel an vollausgebildeten Lehrkräften liefert, streben wir aktiv die Ausverhandlung
323 und Ratifizierung eines Staatsvertrages zwischen den Ländern an, der das Ziel verfolgt,
324 bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte und koordinierte Aus-
325 bildung von Lehrkräften festzuschreiben.

326
327 Wir werden gemeinsam mit der Universität Bremen, dem Landesinstitut für Schule (LiS)
328 sowie dem Lehrerfortbildungsinstitut Bremerhaven (LFI) nach Wegen suchen, damit
329 mehr Studierende bevorzugt Lehramt innerhalb der erkannten Mangelfächer studieren
330 (u. a. MINT und Informatik) und im Anschluss in Bremerhaven und Bremen ihr Referen-
331 dariat absolvieren. Wir wollen zudem:

- 332 • an großen Schuleinheiten (allgemein- wie berufsbildend) die Etablierung von Ver-
333 waltungsleitungen zur Entlastung der Schulleitungen modellhaft prüfen,
- 334 • ein Konzept erarbeiten, wie in allen Bereichen Bremens, auch in Bremen-Nord,
335 ausreichend Lehrkräfte unterrichten,
- 336 • die Rahmenbedingungen – auch in baulicher und infrastruktureller Hinsicht – so
337 verbessern, dass sie einem attraktiven Arbeitsumfeld im Jahr 2023 gerecht wer-
338 den,
- 339 • Studien- und Referendariatsplätze ausbauen.

340

341 ***Stationsname: Schulen in freier Trägerschaft - Gleichwertig, nicht gleichartig***

342

343 Schulen in freier Trägerschaft leisten mit ihrem qualitativ hochwertigen Angebot einen
344 wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur schulischen Versorgung in Bremen und Bre-
345 merhaven und sind gleichzeitig Motor von pädagogischer Entwicklung und Innovation.
346 Wir setzen uns für ihren Bestand und ihre Entwicklungsmöglichkeit ein. Die überaus
347 nachteilige Bezuschussung auf Grundlage der willkürlich erdachten Schülerkostensätze
348 durch das Land Bremen werden wir durch einen fairen und wertschätzenden Finanzie-
349 rungsmechanismus ersetzen, der u. a. auch Sachkosten und Investitionsbedarfe der
350 Schulen in freier Trägerschaft abbildet.

351

352 ***Stationsname: Kein Schulklo aus dem 20. Jahrhundert!***

353 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

354

355 Jedes Kind geht nur dann gern zur Schule, wenn die Schule ein schöner Ort ist, an dem
356 man sich wohlfühlen kann - der Raum als dritter Pädagoge. Gerade die Grundschulen in
357 Bremen platzen derzeit aus allen Nähten. Wir wollen uns sofort dafür einsetzen, dass
358 neuer Schulraum geschaffen wird, um jeder Schülerin und jedem Schüler einen anspre-
359 chenden Bildungsplatz anzubieten. Zudem wollen wir die Verlässlichkeit und Transparenz
360 der behördlichen Planungen verbessern sowie Prozesse und Strukturen auf den Prüf-
361 stand stellen. Insbesondere müssen die Planung und Realisierung von Schulneubauten
362 sowie die Sanierung oder bauliche Veränderung von schulischer Infrastruktur deutlich

363 beschleunigt und effizienter gestaltet werden. Hierzu sind personelle und strukturelle
364 Veränderungen bei Immobilien-Bremen notwendig.

365
366 Alte und dreckige Sanitärbereiche müssen Vorrang bei der Sanierung alter Schulgebäude
367 haben. Gerade für junge Mädchen muss die Toilette ein sicherer und sauberer Ort sein.
368 Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass keine Schultoilette mehr aus dem 20. Jahr-
369 hundert ist - und wollen zudem unter Berücksichtigung des laufenden Modellprojekts
370 prüfen, wie auf Schultoiletten Menstruationsprodukte und Kondome kostenlos ausgege-
371 ben werden können.

372

373 **Stationsname: Ziffernnoten - schaffen Klarheit**

374

375 Eine individuelle Rückmeldung und Bewertung ist für die Selbsteinschätzung von Schü-
376 lern unerlässlich. Daher wollen wir, dass in der Grundschule die bisherige Leistungsbe-
377 wertung durch Ziffernnoten ab Klasse 3 ergänzt wird. Dabei muss ein anerkannter För-
378 derbedarf schon in der Grundschule durch eine individuelle Förderung begleitet werden.
379 Unser Ziel ist es, dass alle Kinder am Ende der vierten Klasse die bundesweit geltenden
380 Kompetenzniveaus in Deutsch und Mathematik verbindlich erlernt haben. Wer nach der
381 vierten Klasse kein erfolversprechendes Kompetenzniveau in den Bereichen Schreiben,
382 Lesen und Rechnen aufweist, dem wollen wir durch verbindlich wahrzunehmende indivi-
383 duelle Förderung in zusätzlicher Lernzeit eine erfolgreiche Bildung in weiterführenden
384 Schulen ermöglichen.

385

386 **Stationsname: Jahrgangsstufe wiederholen - macht Sinn**

387

388 Mit drei Fünfen im Zeugnis bis zum Schulabschluss? Kein Problem für Bremen. Zum
389 Schluss kommt dann das dicke Ende: Die Abschlussprüfungen werden dadurch nicht
390 leichter. Fast jeder Zehnte verlässt in Bremen die Schule ohne Abschluss - doppelt so
391 viele wie im Bundesdurchschnitt. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die das
392 Klassenziel nicht erreicht haben, nach genauer Analyse der Lernrückstände und den sich
393 daraus ergebenden verbindlichen flankierenden Förder- und Unterstützungsmaßnahmen
394 eine Klasse wiederholen können und sollten. Nur so können wir garantieren, dass alle
395 Schüler die Basis für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches und glückliches Leben er-
396 halten.

397

398 **Stationsname: Lebenskunde als „Glücksunterricht“**

399 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Wirtschaft

400

401 Die Zahl der psychisch erkrankten Kinder und Jugendlichen steigt immer dramatischer
402 an; von 2008 bis 2019 hat sich die Zahl der psychisch erkrankten Kinder und Jugendli-
403 chen in Deutschland verdoppelt. Die Coronapandemie und die damit verbundenen per-
404 sönlichen Einschränkungen für Kinder und Jugendliche hat diesen Effekt noch verstärkt.
405 Insbesondere die stärkere Vergleichbarkeit über Social-Media, Cybermobbing, Bewe-
406 gungsmangel, Kontaktmangel oder innerfamiliäre Probleme und die Trennung von Eltern
407 können bei Kindern und Jugendlichen zu psychischen Erkrankungen führen. Dabei zeigen

408 Studien, dass für Kinder und Jugendliche die Hilfe umso effektiver ist, je früher und nied-
409 rigschwelliger sie kommt. Daher wollen wir in Bremen ab der Grundschule einen soge-
410 nannten Glücksunterricht im Rahmen eines generellen Schulfachs Lebenskunde etablie-
411 ren. In diesem Unterricht sollen Kinder und Jugendliche lernen, besser mit Gefühlen, ins-
412 besondere mit Sorgen und Ängsten, umzugehen. Dabei sollen Bewegung und gesunde
413 Ernährung ebenfalls eine große Rolle spielen. Schließlich sollen weitere Fähigkeiten ver-
414 mittelt werden, um Schülerinnen und Schülern zu einem glücklichen Leben zu verhelfen.
415 So sollen sie besser über digitale Medien, Medienkompetenz, Verträge, den Umgang mit
416 Finanzen oder individuelle Lebensplanung aufgeklärt und dabei unterstützt werden.

417

418 **Stationsname: Bremer Konsens zur Schulentwicklung - weiter Kurs halten**

419

420 Nachdem wir 2008 den ursprünglichen Bildungskonsens zur Rettung der Gymnasien im
421 Land Bremen initiiert haben, trägt auch die politische Vereinbarung von 2018 über die
422 Verlängerung und Fortschreibung dieser bildungspolitischen Grundsätze maßgeblich un-
423 sere Handschrift. Für uns gilt daher „Pacta sunt servanda“ - Verträge sind einzuhalten.
424 Dessen unbenommen kann keiner der Unterzeichner mit dem aktuellen Umsetzungs-
425 stand der Konsensvereinbarung zufrieden sein: So ist der Zusammenhang von sozialer
426 Herkunft und Bildungserfolg nach wie vor in keinem anderen Bundesland so ausgeprägt
427 wie in Bremen. Unser Anspruch ist es weiterhin, diese Entkopplung mit Nachdruck zu
428 verfolgen. Auch vermissen wir die gleichberechtigte Berücksichtigung der Schulform
429 Gymnasium bei der Neugründung von Schulen, trotz ungebrochener Nachfrage und er-
430 kennbarem Bedarf.

431

432

433 **Stationsname: Demokratie leben lernen - politische Bildung an Schulen ideologiefrei**
434 **stärken**

435 **Schnittstelle(n):** Sicherheit

436

437 Wichtige Ziele politischer Bildung sind die Entwicklung politischer Urteilsfähigkeit, de-
438 mokratisches Bewusstsein und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl sowie der Er-
439 werb politischer Handlungskompetenzen. Demokratie leben muss man lernen und im
440 Zuge politischer Bildung entwickeln die Schülerinnen und Schüler nicht nur ein individu-
441 elles Verständnis für politische Zusammenhänge und Demokratie als Staatsform, son-
442 dern sie werden auch dazu befähigt, aktiv an politischen Prozessen teilzuhaben.

443

444 In vielen Bundesländern bringt die Bundeswehr ihre Expertise hierzu bei sicherheits- und
445 verteidigungspolitischen Themen seit Jahren gewinnbringend ein, indem sie regelmäßig
446 schulische Angebote der politischen Bildung flankiert. Dabei leisten eigens hierfür aus-
447 gebildete Jugendoffiziere mit ihren Schulbesuchen, Bildungsfahrten und Planspielen ei-
448 nen Beitrag dazu, Schüler die immer wichtiger werdenden nationalen und internationalen
449 Zusammenhänge der Sicherheitspolitik zu vermitteln. Deshalb werden wir als CDU Bre-
450 men

- 451 • eine Regelung zwischen Bundeswehr und dem Land Bremen erreichen, die Ange-
452 bote der (sicherheits-) politischen Bildung in Schulen auf die Grundlage gemein-
453 samer Absprachen und Ziele stellt, die abseits der Personalwerbung liegen,

- 454
- 455
- 456
- 457
- 458
- 459
- Schülerinnen und Schülern im Land Bremen erlauben, sich ein sachliches Bild über die Welt zu verschaffen und von Experten erklären zu lassen,
 - gegen jeden Versuch, die Bundeswehr abseits der demokratischen Gesellschaft zu verorten oder Soldatinnen und Soldaten als Kriegstreiber zu verunglimpfen, politisch vorgehen.

460 **LINIE: WIRTSCHAFT**

461

462 Als CDU in Bremen und Bremerhaven verstehen wir die Wirtschaft als zentrales Politik-
463 feld und als Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze, selbsterwirtschaftetes Steuerauf-
464 kommen und für einen starken Sozialstaat: Eine gute Wirtschaftspolitik schafft den Rah-
465 men für Arbeitsplätze, die wiederum den Bremerinnen und Bremern die Möglichkeit ge-
466 ben, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen und für sich und ihre Familien zu sorgen.
467 Eine gute Wirtschaftspolitik ist für uns als CDU deshalb auch immer eine gute Sozialpo-
468 litik: Sozialleistungen und dauerhafte Alimentierung können immer nur die zweite – deut-
469 lich schlechtere – Antwort auf Arbeitslosigkeit und soziale Notlagen sein. Unsere Politik
470 setzt auf eine starke Wirtschaft mit einem gesunden Mittelstand, stationärem und digi-
471 talem Handel und Dienstleistungen, zukunftsfähig aufgestellten Großunternehmen, in-
472 novativen Start-ups und einem florierenden Handwerk. Unternehmen sorgen für Qualität
473 und Erfolg „Made in Bremen und Bremerhaven“, für Arbeitsplätze und damit für den
474 Wohlstand vieler Menschen. Dabei ist für die CDU klar: Die Wirtschaft muss den Men-
475 schen dienen. Aufgabe der Landespolitik ist es dabei nicht, die Wirtschaft vollständig zu
476 regulieren oder ihre Entwicklung abschließend festzulegen. Im Gegenteil: Eine gute Wirt-
477 schaftspolitik setzt die richtigen Rahmenbedingungen für eine prosperierende wirt-
478 schaftliche Entwicklung, die ihrerseits auf Unternehmergeist, bestehenden Stärken und
479 Netzwerken beruht. Wir stehen für eine vorausschauende Flächenpolitik, die wirtschafts-
480 kraftstärkende Ansiedlungen ermöglicht, eine Verkehrsinfrastruktur, die die wirtschafts-
481 bedingten Verkehre gerade an einem Standort mit zwei Häfen intelligent lenkt, gerechte
482 steuerliche Bedingungen, die Unternehmen nicht schlechter als im Umland stellen, eine
483 Wissenschaftsstruktur, die mit der Wirtschaft insbesondere bei technologischen Innova-
484 tionen eng kooperiert, eine wirtschaftsfreundliche Kultur, die in der Verwaltung Gründer-
485 geist fördert und unterstützt und eine Haushaltspolitik, die bei einem Volumen von mehr
486 als 5 Mrd. Euro endlich Schwerpunkte im Bereich der Wirtschafts- und Infrastrukturför-
487 derung setzt.

488

489 Wir erleben eine Zeit im Umbruch: Digitalisierung verändert Geschäftsmodelle, Krisen
490 wie die Corona-Pandemie, der Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise ha-
491 ben auch Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. Darauf müssen wir politisch reagieren.
492 Wir müssen uns auf die neuen Gegebenheiten einstellen, neue Lösungen finden und da-
493 für sorgen, dass Unternehmer in Bremen und Bremerhaven gut und nachhaltig wirt-
494 schaften können.

495

496 Das Land Bremen muss zu einem Magneten für neue Unternehmen werden: Wir müssen
497 so attraktiv sein, dass Firmen sich gerne hier ansiedeln, um hier zu wirtschaften. Das
498 Land Bremen muss zu einem Ort der Innovation werden: Hier müssen wir Ideen in Ge-
499 schäftsmodelle verwandeln und gemeinsam Start-ups und neue Geschäftsmodelle in die
500 Welt tragen. Der wichtigste Rohstoff der Bremer ist Wissen. Eine starke Wirtschaft ist
501 abhängig von guter Bildung und freier Wissenschaft. Wirtschaft und Wissenschaft müs-
502 sen in Zukunft Hand-in-Hand für Bremen eintreten und sind zwingend verzahnt zu den-
503 ken.

504

505 Es ist Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen abzustecken und mithilfe einer
506 richtigen Steuer- und Abgabenlast für eine funktionierende Infrastruktur zu sorgen. Der
507 Staat selbst ist nie der bessere Unternehmer. Nicht funktionierende oder langsame Büro-
508 kratie lässt Chancen vorbeiziehen und Ideen platzen. Ein langsamer und dysfunktiona-
509 ler Staat kostet Nerven und Wohlstand. Es muss Aufgabe der nächsten Regierung sein,
510 die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu vereinfachen, um die Ge-
511 schwindigkeit von bürokratischen Prozessen zu erhöhen. Gleichzeitig müssen wir Entbüro-
512 krasieren: Es wird Zeit für eine Vorschriften-Inventur, mit dem Ziel, Vorschriften ab-
513 zuschaffen, Dinge einfacher zu machen und unser Leben zu erleichtern.

514

515 **Stationsname: Fachkräfte für Bremen**

516 **Schnittstelle(n):** Bildung, Wissenschaft

517

518 Fachkräfte sichern das Wirtschaftswachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohl-
519 stand in Bremen. Aus diesem Grund möchten wir Fachkräfte von den Standortvorteilen
520 Bremens überzeugen, neue Bürger anziehen und bereits ansässige Bürger halten.

521

522 • Ebenfalls werden wir bereits bestehende Ressourcen heben, indem wir die Teil-
523 zeitquote dadurch senken, dass wir attraktive, qualitativ höherwertige und zuver-
524 lässige Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir können es
525 uns nicht erlauben, dass vornehmlich Frauen mit der Familiengründung aus dem
526 Beruf ausscheiden bzw. gegen ihren Willen in Teilzeit arbeiten. Hierfür werden wir
527 mit familienpolitischen und gleichstellungspolitischen Maßnahmen Vorausset-
528 zungen schaffen, die eine berufliche Tätigkeit ermöglichen.

529

530 • Darüber hinaus wollen wir Arbeitslosen durch öffentlich abschlussorientierte Qua-
531 lifizierungs- und (bei Bedarf) Beschäftigungsmaßnahmen im Sinne einer „För-
532 dertreppe“ eine Perspektive für einen Wiedereinstieg in den Beruf bieten, Men-
533 schen mit Behinderung und/ oder besonderen Bedürfnissen in den Arbeitsmarkt
534 einbinden und Geflüchteten durch schnell startende Sprachkurse und die Aner-
535 kennung bereits vorhandener Berufskennnisse eine Integration in den Arbeits-
536 markt erleichtern. Gemeinsam mit den Bremer Arbeitgebern und den Kammern
537 werden wir unsere diesbezüglichen Anstrengungen erhöhen.

538

539 Um auf Arbeitskraftengpässe auf dem Bremer Arbeitsmarkt flexibel zu reagieren, setzen
540 wir uns für eine stärkere Anpassung der Bildungsziele der Agentur für Arbeit auf regio-
541 nale Engpässe ein.

542

543 Das allein wird nicht reichen. Daneben werden wir gezielt Fachkräfte aus dem Ausland
544 von Bremen begeistern. Wir erachten folgende Faktoren als maßgeblich für eine erfolg-
545 reiche Fachkräfteanwerbung:

546

547 • Sprachförderprogramme für ausländische Fachkräfte, insbesondere aus anderen
548 EU-Staaten, müssen ausgebaut werden.

549 • Die Anerkennung von Abschlüssen, Zertifizierungen und Qualifikationen. Hierbei
550 müssen wir mit der Gleichwertigkeitsprüfung schneller werden.

- 551
- Die Begleitung der ersten Schritte in Bremen: Damit Fachkräfte nach ihrem Zuzug
552 hier in Bremen Wurzeln schlagen, dürfen sie nicht allein gelassen werden. Wir
553 schaffen eine Willkommenskultur, die z.B. bei Wohnungssuche, der Bewältigung
554 deutscher Bürokratie und dem Kennenlernen der deutschen Kultur unterstützt.
 - Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Antrag auf Einwanderung aus dem Aus-
555 land transparenter und vor allem einfacher gestellt werden kann und darüber auch
556 schneller entschieden wird.
557

558

559 Sprache ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt, daher werden wir allen ankommenden Men-
560 schen, wenn nötig, schnellstmöglich den Zugang zu einem Deutschkurs bzw. einer
561 Sprachlern-App ermöglichen.
562

563

Auch wenn viele Menschen im Ausland das Märchen der Bremer Stadtmusikanten ken-
564 nen, braucht es eine bessere Bewerbung von Bremen und Bremerhaven im Ausland. Mit
565 einer Kampagne wollen wir ausländische Fachkräfte von Bremen und Bremerhaven be-
566 geistern. Die strategische Kooperation mit ausländischen Arbeitsagenturen, Ländern und
567 Regionen wollen wir ausweiten. Und wir werden Unternehmen dabei unterstützen, pro-
568 aktiv im Ausland um Fachkräfte zu werben. Ebenfalls werden wir die Universitäten und
569 Hochschulen bei der Internationalisierung unterstützen: Wir möchten mehr internatio-
570 nale Studierende von Studiengängen an allen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven
571 überzeugen und sie danach hier zu einem Berufseinstieg bewegen.
572

573

Im Land Bremen werden wir uns dafür einsetzen, dass begonnene Ausbildungen abge-
574 schlossen werden und junge Menschen nach ihrem Schulabschluss den Weg in eine Aus-
575 bildung finden. Junge Menschen, die sich dafür entscheiden, ihr Studium gegen eine
576 Ausbildung zu tauschen, werden wir durch Beratung bei der Neuorientierung unterstüt-
577 zen.
578

579

Stationsname: Wirtschaft braucht Flächen

580 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Klima

581

Bremen hat begrenzte Flächen - deswegen ist ein verantwortungsvoller Umgang damit
582 wichtig. Eine vorausschauende Flächen- und Gewerbeentwicklungspolitik bietet ansie-
583 delungswilligen oder wachsenden Unternehmen die Möglichkeit, in Bremen Fuß zu fas-
584 sen bzw. ihren Betrieb zu erweitern. Die Verfügbarkeit passgenauer Gewerbeflächen ist
585 ein wichtiger Standortfaktor für Investitionsentscheidungen von Unternehmen in Bre-
586 men und Bremerhaven. Ein nachfragegerechtes, qualitativ und regional differenziertes
587 Gewerbeflächenangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer und zur Si-
588 cherung bestehender Arbeitsplätze in den beiden Städten unseres Landes. Öffentliche
589 Investitionen zur Gewerbeflächenentwicklung lösen dabei im Durchschnitt das Vierfache
590 an privaten Investitionen aus.
591

592

Rund 6 Prozent der Bremer Landesfläche, d.h. rund 2.550 Hektar (ha), werden derzeit als
593 Gewerbe- und Industriefläche genutzt. Wir sehen mit Sorge, dass sich die gewerblichen
594 Bauflächen in der Stadtgemeinde Bremen in den letzten zehn Jahren - auch durch Flä-
595 chenumwidmungen - um 188 ha reduziert haben. Die bereinigte, d.h. sofort verfügbare
596

597 und nicht anderweitig verplante oder reservierte Dispositionsreserve an erschlossenen
598 Gewerbeflächen liegt aufgrund zu geringer Erschließungsleistungen mittlerweile deutlich
599 unter 10 ha und damit auf einem viel zu niedrigen Niveau. Hiermit erfüllt der aktuelle
600 Senat weder die selbstgesteckten Anforderungen, noch ist Bremen in der Lage, ansied-
601 lungswilligen Unternehmen eine geeignete Fläche anzubieten. Die rechnerische (unbe-
602 reinigte) Dispositionsreserve von knapp 100 ha zeichnet darüber hinaus ein stark ge-
603 schöntes Bild, weil sie durch anderweitige Nutzungen, langfristige Reservierungen und
604 faktische Unvermarktbarkeit geprägt ist.

605

606 Es fehlt in Bremen an Flächen für Industrie und störendes Gewerbe, genauso wie für
607 kleine Handwerksbetriebe in Stadt- und Kundennähe. Für eine gewerbliche Nutzung aus-
608 gewiesene bzw. geeignete Brachflächen werden jahrelang nicht angepackt, obwohl In-
609 vestoren bereitstehen.

610

611 Als CDU stehen wir für eine andere, angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik mit einer
612 höheren Erschließungsleistung. Privatwirtschaftliche Initiativen zur Schaffung gemischt-
613 genutzter „urbaner Stadtquartiere“ (z.B. Tabakquartier, Spurwerk, Überseeinsel, Korn-
614 straße, Norddeutsche Steingut und ehemaliges Könecke- und Coca-Cola-Areal) wollen
615 wir mit Mitteln der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung unterstützen. In der
616 Vermarktung wollen wir Flächenkäufe weiterhin ermöglichen. Es ist richtig, die Erbpacht
617 attraktiver zu gestalten und stets als Alternative anzubieten. Allerdings kommt dieses
618 Modell gerade für kleine und mittelständische Betriebe wegen der Bedeutung des Eigen-
619 tums an Grund und Boden für die eigene Altersvorsorge sowie als Sicherheit für Banken
620 meist nicht in Frage. Politik muss diesen Realitäten ins Auge sehen.

621

622 Die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie schaffen wir durch Renaturierung und Auf-
623 wertung naturnaher Flächen, eine nachhaltige Bauweise mit Minimierung der Flächen-
624 versiegelung, einen Maßnahmenkatalog zur klimafreundlichen Aufwertung von Be-
625 standsgebieten („grün statt grau“), eine Solardachpflicht für Gewerbeneubauten, eine
626 pragmatische Herangehensweise bei der Genehmigung von Windenergieanlagen in Ge-
627 werbegebieten und neue Mobilitätskonzepte mit einer Stärkung des Umweltverbundes.
628 Bei der Vermarktung wollen wir Investitionsvorhaben mit hoher Arbeitsplatzdichte und
629 Wertschöpfung priorisieren, die zu den jeweiligen Clustern und Profilen passen.

630

631 Wir werden:

- 632 ● eine erhöhte Erschließungsleistung, kürzere Fristen für Reservierungsoptionen
633 und eine planungsrechtliche Absicherung bestehender „Gewerbeinseln“ in Wohn-
634 und Mischgebieten zur Sicherstellung einer jederzeit vorhandenen (bereinigten)
635 Dispositionsreserve von 100 ha realisieren,
- 636 ● eine Abkehr von der geschlossenen Kreislaufflächenwirtschaft im Bestand zu-
637 gunsten einer offenen, landesweit ökologisch bilanzierenden Flächenwirtschaft
638 vornehmen; eine Änderung des Flächennutzungsplans muss dabei im Rahmen ei-
639 ner Abwägungsentscheidung weiter möglich sein,
- 640 ● die zügige Erschließung der 3. Erweiterungsstufe und die Planung der 4. Erweite-
641 rungsstufe des Gewerbeparks Hansalinie (GHB) als nachhaltiges und energieeffi-

- 642 zientes Gewerbegebiet, schwerpunktmäßig für Unternehmen der Automotivbran-
643 che, einschließlich der Planung eines weiteren Anschlusses an die A1 sowie eines
644 S-Bahn-Haltepunkts auf den Weg bringen,
- 645 ● die vollständige Erschließung der 5. Baustufe und Planung der 6. Baustufe im
646 Bremer Industrie-Park (BIP), schwerpunktmäßig für Industriebetriebe und stören-
647 des Gewerbe, vorantreiben,
 - 648 ● die Erschließung der noch vorhandenen Restflächen im Güterverkehrszentrum
649 Bremen (GVZ), schwerpunktmäßig für Unternehmen der Logistikbranche, ein-
650 schließlich der Realisierung eines zweiten Serviceparks für LKW an der An-
651 schlussstelle Bremen-Seehausen und Einführung einer Schnellbuslinie 63S in das
652 GVZ in Angriff nehmen,
 - 653 ● die Umsetzung einer Nachverdichtungsstrategie für den Technologiepark und die
654 Airport-Stadt mit dem Schwerpunkt auf steuerzahlende Unternehmen; neben der
655 „Horner Spitze“ ist das Gelände des alten Campingplatzes westlich des Techno-
656 logieparks als Erweiterungsoption für einen „Startup Campus im Grünen“ ebenso
657 wie die Airport-Stadt Süd für Betriebe der Luft- und Raumfahrtindustrie in den
658 Blick zu nehmen und zu beplanen,
 - 659 ● die Entwicklung eines „Science Park“ in Bremen-Grohn in Kooperation mit der
660 Constructor University (ehem. Jacobs University Bremen) als Ergänzungsstand-
661 ort zum Technologiepark mit einem Gründerzentrum für Medizintechnik und Bio-
662 technologie betreiben,
 - 663 ● Flächen für kleinteiliges Gewerbe und Handwerk an den Standorten Nußhorn,
664 Bayernstraße, Steindamm, Bremer Wollkämmerei (BWK), Reedeich, Senator-A-
665 pelt-Straße und Hafenkante Nord erschließen,
 - 666 ● die Brachflächen am südöstlichen Ende der Schragestraße für kleinteiliges, auch
667 störendes Gewerbe sowie des Güterbahnhofsareals beidseits der Hemmstraße als
668 „urbane Gebiete“ mit der dafür erforderlichen Änderung des Flächennutzungs-
669 plans und Flächenankäufen entwickelnd und erschließen,
 - 670 ● das grüne Gewerbegebiet „Lune Delta“ in Bremerhaven und dessen Anbindung an
671 eine schwerlastfähige Umschlagsanlage realisieren,
 - 672 ● eine engere Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Umlandgemeinden, um
673 gemeinsame Projekte zur Gewerbeflächenentwicklung wie in Achim-West auch
674 an anderen Stellen ermöglichen; hierfür kommen in Bremen die Airport-Stadt Süd
675 (gemeinsam mit der Gemeinde Stuhr) und in Bremerhaven die Flächen nördlich
676 des „LogInPorts“ (gemeinsam mit der Gemeinde Geestland) sowie südlich des Ge-
677 werbegebiets Bohmsiel (gemeinsam mit der Gemeinde Loxstedt) infrage.

678
679 Die aus dem Gewerbeentwicklungsprogrammabgeleiteten (GEP) Projekte und Maßnah-
680 men werden wir vollständig in der Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung berück-
681 sichtigen. Dabei ist die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) so auszustatten und aufzu-
682 stellen, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben in den Bereichen Planung, Erschließung, Ver-
683 marktung, Flächenmonitoring und -konversation, Bestandspflege, Gebietsmanagement
684 und Standortmarketing vollumfänglich und effektiv erfüllen kann.

685
686
687

688 **Stationsname: Stärkung von Gründergeist: Mut zum Unternehmertum**

689 **Schnittstelle(n):** Wissenschaft, Bildung

690

691 Spätestens seit den Sieben Faulen wissen wir, dass Bremen Standort für Innovation,
692 Fortschritt und Gründertum ist. Entkoffeinieren, Fahrzeugbau, Satelliten – viele Weiter-
693 entwicklungen wichtiger Erfindungen kommen aus Bremen. Innovationen wie diese sind
694 ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Deswegen gehört
695 die Innovationspolitik ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Als Hansestadt stehen wir in
696 der weltoffenen Tradition von Handel und Unternehmertum. Neue Märkte sind unsere
697 Chance. Aus diesem Grund wollen wir die bestehende Infrastruktur für Start-ups, Grün-
698 dungsinteressierte, forschungsstarke und sich wandelnde Unternehmen stärken.

699

700 Wir brauchen im Land Bremen eine „Willkommenskultur“ gegenüber neuen Technologien,
701 eine grundsätzliche Technologieoffenheit, einen produktiven Umgang mit anfänglichen
702 bzw. zwischenzeitlichen Misserfolgen und einen neidlosen Umgang mit späteren Erfol-
703 gen. Dies schließt eine serviceorientierte und agile Verwaltung und Wirtschaftsförderung
704 mit ein. Wir wollen junge, innovative Unternehmen mit neuen Marktideen fördern. Wir
705 wollen in möglichst vielen Bereichen Technologieführer statt verlängerte Werkbank sein.
706 Wir wollen für Vernetzung und Kooperation sorgen zwischen Wirtschaft und Wissen-
707 schaft, innerhalb der Cluster und zwischen Start-ups, etablierten Unternehmen und Ban-
708 ken. Und wir werden die Schlagkraft, Professionalität und Reichweite unserer Cluster-
709 managements und Netzwerke auf ein einheitliches hohes Niveau bringen, mit einer Zer-
710 tifizierung auf Basis etablierter Qualitätsstandards.

711

712 Die Schwerpunkte unserer Innovations- und Gründungsförderung legen wir dabei im
713 Sinne des Ansatzes „Stärken stärken“ auf folgende Wirtschaftscluster und Netzwerke:

- 714 ● New Space Movement (Luft- und Raumfahrt)
- 715 ● Green Technology (Energie, Wasserstoff und Klimaresilienz)
- 716 ● Maritime Wirtschaft und Logistik
- 717 ● Mobilität der Zukunft (einschließlich Automotive)
- 718 ● New Food Technology (Ernährung und Lebensmittelverarbeitung, insbesondere in
719 Bremerhaven)
- 720 ● Künstliche Intelligenz und Robotik
- 721 ● Mittelstand 2.0: Der Wandel hin zu einer Digitalen Welt
- 722 ● Gesundheitswirtschaft und Life Science

723

724 Zielgenaue Qualifikationen in Berufsausbildung, Hochschulen und Schulen stärken diese
725 Cluster. Unser Querschnittsziel ist, mehr Frauen für Gründungen zu begeistern und sie -
726 ebenso wie Personen mit Migrationsgeschichte - durch spezielle Beratungsangebote und
727 Formate des „Starthaus“ und dessen Netzwerkpartnern auf ihrem Weg zu unterstützen.
728 Inkubatoren, wie der ESA-BIC Northern Germany im Bereich Luft- und Raumfahrt oder
729 die Hochschulinitiative BRIDGE, unterstützen bei der Ausarbeitung einer Geschäftsidee.
730 Acceleratoren, wie das Digital Hub Industry, der Campus Accelerator oder das Food-Hub,
731 fördern Austausch und Wissenstransfer, helfen dabei, Innovationen in die Anwendung zu
732 bringen und beschleunigen so das Wachstum eines bereits vorhandenen Geschäftsmodells.

733 dells. Wir werden diese Einrichtungen stärken und unterstützen. Für andere Schwer-
734 punkte werden wir ähnliche Plattformen ausbauen und bestehende Beratungsförderung
735 für Digitalisierungsmaßnahmen in kleineren und mittleren Unternehmen stärker bewer-
736 ben. Für einen besseren Überblick über das diversifizierte Bremer Gründungsökosystem
737 werden wir eine digitale „Start-up-Map“ einführen.

738

739 Insbesondere Start-ups benötigen Geld für Wachstum.

740 • Dafür werden wir einen Bremer Start-up-Fonds auflegen, an dem sich Banken,
741 Versicherungen oder auch Bürger beteiligen können. Zusätzlich möchten wir Er-
742 findungen, die häufig aus der Forschung an den Hochschulen und Instituten ent-
743 steht, fördern und schützen.

744 • Wir werden einen Fonds für die Patentanmeldung und -verwertung auflegen, um
745 frühzeitig einen Patentschutz von Erfindungen zu ermöglichen und die Anzahl von
746 verwertbaren Patenten fördern, aus denen später Geschäftsmodelle entstehen
747 können.

748

749 **Stationsname: Meisterhaftes Handwerk**

750 **Schnittstelle(n):** Bildung, Digitalisierung

751

752 Wir stehen fest an der Seite der 5.500 bremischen Handwerksbetriebe und ihrer 30.000
753 Beschäftigten. Als wirtschaftlicher Faktor mit ungebrochen besten Zukunftsaussichten,
754 als unverzichtbarer Dienstleister für die Bürger und als Ermöglicher der Energiewende
755 ist es wichtig, junge Menschen von den Karrieremöglichkeiten im Handwerk mit seinen
756 über 130 Ausbildungsberufen zu überzeugen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.
757 Dies gelingt vor allem über eine bessere und praxisnahe Berufsorientierung an den Schu-
758 len. Bremens Handwerk braucht mehr kleinteilige Gewerbeflächen - auch in Stadtnähe,
759 eine Fachkräftestrategie, die diesen Namen verdient, moderne, materiell und personell
760 besser ausgestattete Berufsschulen sowie eine vorausschauende Verkehrspolitik. Wir
761 werden eine Fachkräfteoffensive für das Handwerk starten und die duale Ausbildung so-
762 wie das duale Studium stärken. Angriffe auf die Meisterpflicht lehnen wir konsequent ab.
763 Die letzten Jahre haben außerdem gezeigt, dass das Handwerk bei der digitalen Ausrüs-
764 tung und Kompetenz noch Aufholbedarf hat. Häufig sind hier hohe Investitionskosten ein
765 Hemmnis.

766

767 Wir werden

- 768 • die Organisationen des Handwerks in sie betreffende politische Entscheidungen,
769 wie zur Standortplanung für die Berufsschulen, besser und frühzeitiger einbinden,
- 770 • kleinere Fachklassen im Handwerk absichern,
- 771 • den Quereinstieg in das Berufsschullehramt erleichtern, um so dem Personalman-
772 gel zu begegnen und Berufsschullehrer mit Praxiserfahrung zu gewinnen,
- 773 • der Verantwortung des Landes zu einer auskömmlichen Mitfinanzierung der über-
774 betrieblichen Ausbildung im Handwerk gerecht werden; perspektivisch streben
775 wir dabei die Rückkehr zur Drittelfinanzierung von Bund, Land und Wirtschaft an,
- 776 • die Meisterausbildung, ebenso wie andere Aufstiegsfortbildungen nach dem Auf-
777 stiegsfortbildungsgesetz, weiter mit einer „Aufstiegsfortbildungs-Prämie“ in Höhe
778 von 4.000 Euro fördern und diese finanziell absichern,

- 779 • gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft einen
780 „Zukunftstag Handwerk“ entwickeln, bei dem Schülerinnen und Schüler die viel-
781 fältigen Berufsfelder des Handwerks kennenlernen,
- 782 • Beratungsangebote zu Digitalisierungsmaßnahmen in Handwerksbetrieben und
783 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wie dem Mittelstand 4.0-Kompetenz-
784 zentrum Bremen, stärker bekannt machen und fördern,
- 785 • bestehende Investitionsanreize und Förderprogramme besser für das Handwerk
786 zugänglich und somit zukunftsfit machen.

787

788 **Stationsname: Öffentliche Aufträge für den Mittelstand**

789 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

790

791 Die Vergabe öffentlicher Aufträge, insbesondere im Baubereich, verstehen wir nicht aus-
792 schließlich als ein Mittel, um kurzfristig (vermeintlich) Kosten zu sparen, sondern auch
793 als ein Mittel zur regionalen Wirtschaftsförderung. Wir werden daher darauf hinwirken,
794 dass die bremischen Vergabestellen im Unterschwellenbereich von der Möglichkeit Ge-
795 brauch machen, Vorgaben zum Einzugsbereich oder zur Ausbildungsquote zu machen,
796 bei beschränkten Ausschreibungen nur lokale Betriebe anzuschreiben, Lose kleiner zu
797 schneiden und die eingegangenen Angebote selbst auf die langfristige Wirtschaftlichkeit
798 zu prüfen, statt automatisch das preiswerteste Angebot zu wählen.

799

800 Viele Gebäude in öffentlicher Hand sind in einem oftmals jämmerlichen Zustand. Grund-
801 legende Anforderungen an Sauberkeit und Sicherheit sind nicht gegeben, ganz zu
802 schweigen von moderner Infrastruktur in puncto Digitalisierung und Energie. Wir wollen
803 die Bremer Gebäude zu Vorbildern machen: Die Anforderungen, die an private Bauherren
804 gestellt werden, sollen hier auch endlich umgesetzt werden. Die Bremer Handwerker sol-
805 len hierbei die öffentlichen Gebäude nutzen, um die neuesten Technologien und Techni-
806 ken einzusetzen, um Praxisbeispiele für private Baumaßnahmen zu liefern und Innovati-
807 onen vorzustellen. Zur Finanzierung sollen auch Public-Privat-Partnership-Modelle ge-
808 nutzt werden.

809

810 Die Beschaffungs- und Vergabeprozesse werden wir durch eine zentrale Vergabeplatt-
811 form auf Basis des „AI Vergabemanagers“ weiter standardisieren und digitalisieren und
812 außerdem eine elektronische Plattform zur Präqualifizierung von Bietern an den Start
813 bringen. Die über 80 bremischen Vergabestellen müssen zu einer einzigen Vergabestelle
814 zusammengeführt und die Aufträge auf eine zentrale, digitale Vergabeplattform einge-
815 stellt werden. Unser Ziel ist ein einheitlicher, transparenter und zügiger Beschaffungs-
816 prozess.

817

818 Das Bremische Tariftreue- und Vergabegesetz wollen wir von vergabefremden Vorgaben
819 entlasten, insbesondere wenn sie außer Bürokratisierung, Verkomplizierung, Verlangsa-
820 mung und Verteuerung aufgrund des Rückzugs vieler Betriebe aus der öffentlichen Auf-
821 tragsvergabe keinen nachweisbaren, positiven Effekt haben. Dies hilft dem bremischen
822 Handwerk und Mittelstand und kostet den Staat nichts. In diesem Zuge werden wir auch
823 den Rechtsschutz für unterlegene Bieter im Unterschwellenbereich durch die Einführung

824 einer Informations- und Wartepflicht verbessern. Wir setzen uns weiter für eine Anhe-
825 bung der bremischen Wertgrenzen für vereinfachte Vergabeverfahren ein, wenn dies im
826 Bundesländervergleich angezeigt scheint.

827

828 **Stationsname: Bürokratiebremse einführen**

829 **Schnittstelle(n):** Führung und Verwaltung

830

831 Überbordende Bürokratie ist ein großes Hemmnis für die Leistungsfähigkeit unserer Un-
832 ternehmen, vor allem für Unternehmensgründer. Um die unübersichtlichen Vorschriften,
833 Auskunfts-, Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten zu entschlacken und so
834 die Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren, setzen wir im Be-
835 reich der Landesgesetzgebung auf das Prinzip „One in, two out“: Wenn eine neue Rege-
836 lung eingeführt werden soll, müssen dafür an anderer Stelle zwei bestehende Vorschrif-
837 ten gestrichen werden. Wir wollen ein bürokratiefreies erstes Jahr nach der Gründung
838 einführen und im zweiten Gründungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum
839 reduzieren.

840

841 **Stationsname: Keine Ausbildungsabgabe heute und in Zukunft!**

842 **Schnittstelle(n):** Bildung

843

844 Der Ausbildungsmarkt im Land Bremen befindet sich im Umbruch von einem Angebots-
845 zu einem Nachfragemarkt. Das Angebot der Ausbildungsplätze im Land Bremen ist aus-
846 reichend: Zum ersten Mal überschritt im vergangenen Ausbildungsjahr 2021/2022 die
847 Zahl der unbesetzten Berufsausbildungsstellen die Zahl der unversorgten Bewerberinnen
848 und Bewerber - um mehr als 300 Stellen. Sowohl die Ausbildungsquote als auch die
849 Ausbildungsbetriebsquote liegen im Land Bremen über dem Bundesdurchschnitt und
850 den anderen beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

851

852 Viele Unternehmen engagieren sich vorbildlich, um Auszubildende von sich zu überzeu-
853 gen und ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung und damit einen erfolgreichen
854 Start ins Berufsleben zu ermöglichen. Oft gleichen sie während der Ausbildung vorhan-
855 dene Defizite „mit Bordmitteln“ aus, dies verdient Anerkennung und Unterstützung. In
856 unseren Augen müssen wir das Ansehen von Ausbildungsberufen, speziell im Handwerk
857 und der Pflege, steigern. Wir müssen die schulische Qualität, die Ausbildungsreife der
858 jungen Menschen verbessern und für Berufsorientierung Sorge tragen. Wir dürfen keinen
859 Schüler und keine Schülerin ohne Abschluss von der Schule gehen lassen. Die über 50
860 Förderinstrumente, Projekte und Maßnahmen am Übergang Schule-Ausbildung-Beruf,
861 insbesondere die Jugendberufsagentur, müssen im Sinne der Jugendlichen noch wirk-
862 samer und effizienter zum Einsatz kommen. Eine kritische und kennzahlenbasierte Eva-
863 luation ist dafür die Voraussetzung.

864

865 Es muss gelingen, Angebot und Nachfrage auf dem Bremer und Bremerhavener Ausbil-
866 dungsmarkt besser zusammenzubringen. Dafür braucht es jedoch keinen Ausbildungs-
867 fonds. Eine Ausbildungsumlage für Bremer Unternehmen ist eine weitere finanzielle und

868 bürokratische Belastung im Standortwettbewerb, durch die kein Ausbildungsplatz zu-
869 sätzlich entsteht. Sie ist angesichts der multiplen Krisen, mit denen viele Betriebe ohne-
870 hin schon zu kämpfen haben, vollkommen aus der Zeit gefallen.

871

872 Wir werden

- 873 • auf Zwangsumlagen von Unternehmen für einen Ausbildungsfonds verzichten
874 bzw. diese wieder abschaffen

875

876 und stattdessen

- 877 • weiter ein bedarfsgerechtes Ausbildungsangebot durch die gezielte Ansprache
878 und Beratung von Betrieben mit Ausbildungsberechtigung sicherstellen,
- 879 • die Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf durch ein systematisches
880 Übergangsmanagement unter dem Dach der Jugendberufsagentur verbessern,
- 881 • die Anzahl der Teilzeitausbildungsplätze erhöhen, um Alleinerziehenden eine Aus-
882 bildung zu ermöglichen,
- 883 • gemeinsame Vermittlungsaktionen mit den Kammern und Verbänden durchfüh-
884 ren,
- 885 • die Jugendlichen durch eine zielgruppengerechte Ansprache sowie eine aufsu-
886 chende Beratung durch Mitarbeiter der Jugendberufsagentur besser erreichen,
- 887 • marktbenachteiligte Jugendliche prioritär in abschlussbezogene Maßnahmen, wie
888 die Bremer Berufsqualifizierung (BQ) und die Einstiegsqualifizierung (EQ), vermit-
889 teln und ausbildungsbegleitende Hilfen verstärkt zur Anwendung bringen,
- 890 • Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen, Förderunterricht, Sprach-
891 erwerb und Schulsozialarbeit an den Berufsschulen ausbauen,
- 892 • Ausbildungsabbrüche durch Programme wie „Ausbildung – bleib dran!“ und „Du
893 schaffst das!“ verhindern.

894

895 **Stationsname: Flughafen als wichtigen Standortfaktor sichern**

896 **Schnittstelle(n):** Mobilität, Klima

897 Der Bremer Flughafen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Unternehmen, Wissen-
898 schaftseinrichtungen und den Tourismus. Speziell für die Unternehmen aus der Luft-
899 und Raumfahrtindustrie ist er unverzichtbar. Er steht für insgesamt 30.000 Arbeits-
900 plätze (darunter über 7.000 direkte Arbeitsplätze in den mehr als 80 Betrieben in der
901 Airport-Stadt), eine Bruttowertschöpfung von 2,3 Mrd. Euro und ein Steueraufkommen
902 von knapp 600 Mio. Euro im Jahr 2019). Bis zur Coronakrise kam er ohne Zuschüsse
903 aus, allerdings sorgen nicht getätigte Investitionen in der Vergangenheit für einen Sa-
904 nierungsstau. Wir wenden uns entschieden gegen Bestrebungen, den Flughafen Bre-
905 men als Passagierflughafen infrage zu stellen. Vielmehr wollen wir den Flughafen dabei
906 unterstützen, durch die bereits in Umsetzung befindlichen Sanierungsmaßnahmen und
907 befristete Investitionszuschüsse des Gesellschafters nach Überwindung der
908 Coronakrise wieder ohne Zuschüsse wettbewerbsfähig zu sein. Wir sprechen uns dafür
909 aus, einen privaten Drittgesehäftspartner an der Flughafen-Gesellschaft zu beteiligen, der
910 neben Geld auch Flughafen-Expertise und Kundenverbindungen einbringt – ähnlich, wie
911 es die Flughäfen Hamburg, Hannover und Düsseldorf erfolgreich praktizieren. In diesem

912 Zusammenhang sollte auch eine Kooperation zwischen den drei Flughäfen im Nordwes-
913 ten Deutschlands geprüft werden.

914

915 Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wollen wir es dem Flughafen ermöglichen, von
916 der tatsächlichen Länge der Start- und Landebahn von 2.600 m mehr als die aktuell
917 erlaubten 2.040 m für den regulären Flugverkehr nutzen zu können und dazu einen Prüf-
918 prozess anstoßen. Dies würde einen flacheren Startwinkel, mit dem Lärm und Emissionen
919 eingespart werden, den Einsatz von Frachtflugzeugen sowie die Verbindung zu neuen
920 Destinationen ermöglichen. An der bestehenden Nachtruhregelung halten wir fest.
921 Diese muss im Sinne der „Home Carrier“ praktikabel gehandhabt werden. Generell ist
922 festzustellen, dass die Flugzeuge in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich saube-
923 rer und leiser geworden sind. Diesen Weg wollen wir durch eine entsprechende Gestal-
924 tung der Landeentgelte, durch Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen im Bereich
925 öko-effizientes Fliegen, insbesondere am ECOMAT, sowie durch einen Hochlauf der am
926 Bremer Flughafen bestehenden Tankstelle für Bio-Kerosin weiter beschreiten. Wir be-
927 grüßen die beabsichtigte Stationierung von Airlines mit elektrischen bzw. wasserstoff-
928 betriebenen Flugzeugen am Flughafen Bremen. Wir unterstützen den Flughafen auf sei-
929 nem eingeschlagenen Weg zur Klimaneutralität.

930

931 Wir wollen

- 932 • den Flughafen bei den anstehenden Sanierungsmaßnahmen unterstützen,
- 933 • dabei erfahrene Flughafeninvestoren und Beteiligungsgesellschaften einbinden,
- 934 • die tatsächlich nutzbare Länge der Start- und Landebahn nach Möglichkeit er-
935 weitern,
- 936 • den Flughafen auf seinem Weg zur Klimaneutralität unterstützen.

937

938 ***Stationsname: Bremen in Europa - Europa in Bremen***

939

940 Unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht im Systemwettbewerb mit anderen
941 Regionen der Welt. Nur mit einer klaren Haltung und einem eigenen Erfolgsmodell kann
942 sich unser Europa in diesem Systemwettbewerb behaupten. Die Europäische Einigung
943 ist aber auch und immer mehr ein Friedensprojekt. Einigkeit und Frieden dürfen wir aber
944 nicht als Selbstverständlichkeit betrachten. Dies hat uns der russische Angriffskrieg auf
945 die Ukraine sehr brutal vor Augen geführt. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, alles
946 dafür zu tun, dass die Europäische Union wirtschaftlich stabil und sicherheitspolitisch
947 stark bleibt und zusammenhält. Die CDU ist die Europapartei. In diesem Sinne sind wir
948 als CDU Bremen davon überzeugt, dass ein starkes und solidarisches Europa die einzig
949 vernünftige Antwort auf internationale Krisen, Konflikte und globale Herausforderungen
950 ist. Daher wollen wir die Menschen in unseren beiden Städten mehr für Europa begeis-
951 tern und die Europäische Union in Bremen und Bremerhaven erleb- und erfahrbarer ma-
952 chen.

953

954

955

956

957 **Stationsname: Tourismus: Beliebt in Buten un Binnen.**

958 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Lebenswerte Städte

959

960 Nach der Pandemie sind sie wieder da, die Touristen. Hotellerie und Gastronomie sind
961 stark wachsende Wirtschaftszweige. Es zieht immer mehr Tagesbesucher, Städtetouristen
962 und Business-Reisende nach Bremen. Ausschlaggebend dafür sind die Attraktivität,
963 der „Freizeitwert“ und die Anziehungskraft unserer beiden Städte.

964

965 • Wir wollen die Dynamik in der Entwicklung des Tourismus und die darin für Bremen
966 und Bremerhaven liegenden wirtschaftlichen Potenziale offensiver als bisher
967 nutzen, Übernachtungszahlen steigern und so auch die Umsätze in anderen Bereichen
968 von Gewerbe und Handel ankurbeln.

969 • Wir wollen dazu Identität, Sehenswürdigkeiten und touristische Alleinstellungsmerkmale
970 von Bremen und Bremerhaven noch deutlicher und profilierter herausstellen und hierzu die
971 Zusammenarbeit im Städtemarketing stärken.

972 • Wir werden die Mittel, analog zum Vorgehen in Bremerhaven, für die Förderung
973 des Tourismus, für das Marketing, für attraktivitätssteigernde Maßnahmen, insbesondere
974 in unseren beiden Innenstädten, sowie für die Förderung von Kultur- und Sportveranstaltungen,
975 die viele Gäste nach Bremen und Bremerhaven ziehen, erhöhen und verstetigen.

976

977
978 Die Einnahmen aus der Citytax (Bettensteuer) wollen wir 1:1 zweckentsprechend verwenden,
979 anstatt sie wie bislang im allgemeinen Haushalt versickern zu lassen. Wir begrüßen
980 die Fortgeltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie, da diese
981 Branche besonders unter den Folgen der Pandemie gelitten und einen hohen Nachholbedarf
982 an Investitionen hat. Sondernutzungserlaubnisse für Nebenflächen und im öffentlichen
983 Raum wollen wir weiter pragmatisch handhaben.

984

985 Wir wollen

986 • Die Verweildauer von Kreuzfahrttouristen an Land erhöhen.

987 • Ein Multifunktionsterminal für Kreuzfahrttourismus in Bremerhaven.

988

989 Angebote von Kulturinstitutionen und Science Centern, wie dem Universum, dem Klimahaus
990 und dem Deutschen Auswandererhaus, sind Besuchermagneten und haben das Potenzial,
991 Innenstädte durch den dortigen Einkaufsbummel nach dem Besuch zu stärken. Die vielfältigen
992 Mobilitätsangebote in und nach Bremen und Bremerhaven müssen auswärtigen Besuchern
993 durch Marketing- und Vernetzungsmaßnahmen und attraktive Kombitickets noch nähergebracht
994 werden. Dies gilt auch und gerade für Kreuzfahrtgäste, die in Bremerhaven auf das bzw. vom
995 Schiff steigen. Ihre Verweildauer an Land wollen wir erhöhen, da dies für unsere beiden
996 Städte positive Image- und Wertschöpfungseffekte hat. Ziel muss es sein, die Zahl der
997 Kreuzfahrtgäste und die Attraktivität Bremerhavens für die Reedereien weiter zu steigern,
998 insbesondere durch den Bau eines neuen Multifunktionsterminals. Die Verkehrsprobleme
999 am Columbus Cruise Center müssen zügig gelöst werden, perspektivisch wollen wir dieses
1000 an die Bahn anbinden.

1001

1002 Wenn auch viel zu spät, wurde jetzt endlich ein touristisches Informationssystem basie-
1003 rend auf Info-Stelen, einer Website und einer App aufgebaut, das die Auffindbarkeit von
1004 historischen Plätzen und Sehenswürdigkeiten verbessert und digitale Stadtführungen
1005 ermöglicht. Dieses Informationssystem wollen wir auf dem Laufenden halten und weiter-
1006 entwickeln. App-Nutzer sollen beispielsweise über Neuigkeiten in der City informiert wer-
1007 den können oder passend zu ihren individuellen Interessen auf unterschiedlichen Routen
1008 Bremen entdecken. Denkbar sind hier auch Touren mit besonderen Schwerpunkten wie
1009 beispielsweise der historischen Entwicklung des Hafens entlang der Schlachte.

1010

1011 Wir wollen außerdem einen zentralen Anlaufpunkt für alle Besucherinnen und Besucher
1012 Bremens schaffen. Hierfür soll an zentraler Stelle die untere Rathaushalle zu einem mul-
1013 timedialen Tourismus- und Marketingzentrum ausgebaut werden. Es soll über die histo-
1014 rischen Sehenswürdigkeiten hinaus über den Hafen-, Raumfahrt- und Wissenschafts-
1015 standort informieren. Mit einem guten Merchandising schaffen wir nicht nur eine Finan-
1016 zierung, sondern eine Werbung für den Standort Bremen.

1017

1018 Wir werden das historische Bremer Herz stärken: Millionen von Menschen haben die Hufe
1019 des Esels bei der Statue der Bremer Stadtmusikanten in den Händen gehalten, um ihre
1020 Portion Glück zu bekommen und ein Foto. Der Weg von dort zum Schnoor fällt dann den
1021 meisten schwer und auch der Weg zur Böttcherstraße ist vielen unbekannt. In wenigen
1022 hundert Metern haben wir touristische Attraktionen, um die uns die meisten Städte be-
1023 neiden würden. Dies müssen wir wieder nach außen stellen und präsentieren. Bremen ist
1024 selbstverständlich mehr als Märchen, Bremen ist lebendige und spannende Geschichte.

1025

1026 Als CDU Bremen werden wir

- 1027 ● die historische Innenstadt vernetzen,
- 1028 ● die Beleuchtungssituation verbessern,
- 1029 ● das touristische Informationssystem weiterentwickeln und mit Schwerpunkten
1030 von individuellem Interesse verbinden,
- 1031 ● ein Tourismus- und Marketingzentrum in der unteren Rathaushalle einrichten,
- 1032 ● Schnoor, Böttcherstraße, Stadtmusikanten und Marktplatz als historisches Herz
1033 und Gedächtnis zusammendenken.

1034

1035 **LINIE: HÄFEN**

1036

1037 Die Häfen im Land Bremen, speziell in Bremerhaven und die Bremer Beteiligung am Tief-
1038 wasserhafen in Wilhelmshaven waren, sind und bleiben Dreh- und Angelpunkt einer Ex-
1039 portnation. Spätestens in der Coronakrise wurde für jeden sichtbar: Häfen sind system-
1040 relevant. Deutschland hat mehr als jede andere Industrienation von Globalisierung und
1041 Welthandel profitiert - und ist damit mehr als jede andere Industrienation von weltweit
1042 protektionistischen Maßnahmen, dem zunehmenden Systemwettbewerb zwischen dem
1043 „Westen“ und China sowie gestörten Lieferketten negativ betroffen. Auf diese Entwick-
1044 lungen braucht es - auch in Bremen - neue Antworten. Gleichzeitig bilden die Häfen das
1045 Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Sie sichern im Land Bremen rund 40.000 Arbeits-
1046 plätze und mehr als 300.000 Industriearbeitsplätze bundesweit. Damit das auch in Zu-
1047 kunft so bleibt, müssen sie als Universalhäfen wettbewerbsfähig aufgestellt sein. Die
1048 leistungsfähigen Containerterminals, Automobilumschlagsanlagen und High-and-
1049 Heavy-Terminals, der hohe Anteil der Bahn am Seehafenhinterlandverkehr Bremer-
1050 havens sowie Erfahrung und Fleiß der Hafenbeschäftigten sind dabei Stärken, auf die wir
1051 aufbauen wollen.

1052

1053 Uns erfüllt jedoch mit Sorge, dass die bremischen Häfen in den letzten zehn Jahren so-
1054 wohl beim Containerumschlag als auch im Automobilbereich Marktanteile an die West-
1055 häfen verloren haben, die ihrerseits im gleichen Zeitraum Zuwachszahlen aufweisen. Die
1056 planfestgestellte Fahrrinnenanpassung der Außenweser hängt noch immer im Verfah-
1057 ren. Durch den fehlenden Offshore-Terminal droht Bremerhaven die Chancen, die sich
1058 aus der zweiten Ausbaugebiet der Offshore-Windkraft und anderer erneuerbaren Energie-
1059 technologien ergeben, an sich vorbeiziehen zu lassen. Der Rückstand bei der Digitalisie-
1060 rung zu den Wettbewerbshäfen beträgt schon heute fünf bis zehn Jahre. Noch immer
1061 wird ein Großteil der Hafenfläche volkswirtschaftlich wenig produktiv als PKW-Parkplatz
1062 genutzt. Im Hafen staut sich zu Stoßzeiten der Verkehr. Der Personaleinsatz auf den
1063 Terminals ist teilweise nicht vorausschauend bzw. flexibel genug. Eine zu geringe Flä-
1064 chen- und Arbeitsproduktivität sind die Folge. All diese Themen wollen wir im sozialpart-
1065 nerschaftlichen Dialog mit Unternehmen und Beschäftigten angehen. Das Zeitfenster für
1066 die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen ist
1067 eng, Veränderungsbereitschaft und ein Aufeinanderzugehen sind dringend notwendig.

1068

1069 **Stationsname: Bremen braucht einen starken Bremerhaf(v)en**

1070 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Mobilität

1071

1072 Unsere Häfen brauchen ein Update: Die ständige Modernisierung und Instandhaltung der
1073 öffentlichen Hafeninfrastuktur (Kajen, Schleusen, Brücken, Straßen, Hafeneisenbahn
1074 usw.) muss ein Kernanliegen der Bremer Wirtschaftspolitik sein. Zur schrittweisen Auf-
1075 lösung des Sanierungsstaus braucht es eine nachhaltige Strategie. Dabei haben für uns
1076 in den nächsten Jahren der Neubau der Brücke über den Verbindungshafen, die Ertüch-
1077 tigung der Kajen am Containerterminal (CT I bis IIIa) für die Containerbrücken der neu-
1078 esten Generation, der Ersatz der Westkaje im Kaiserhafen I („Schuchmannkaje“), die Ka-
1079 jenneubauten im Labradorhafen (Westseite) und im südlichen Fischereihafen II - letztere

1080 für Schwerlast - sowie die Sanierung der Schleuse Oslebshausen und der Neubau des
1081 Mittelteils des Columbusbahnhofs als neuer Ankunftsort für Kreuzfahrtgäste Priorität.

1082
1083 Eine sehr gute Erreichbarkeit von Land- und See ist maßgeblich für die Leistungsfähig-
1084 keit der Häfen. An Land setzen wir uns für kreuzungsfreie Übergänge und Unterführun-
1085 gen (Bahn, LKW, PKW) im Überseehafen ein. Die Einrichtung eines Slot-Buchungsver-
1086 fahrens für anfahrende LKWs durch die Terminalbetreiber, die auf Vorstellflächen, soge-
1087 nannten Pre-Gates, auf die Abfertigung warten, ermöglicht in Zukunft eine zügige und
1088 reibungslose Entladung. Durch die Verlegung und Neugestaltung des Bahnverladetermi-
1089 nals bei Eurogate für den kombinierten Verkehr wird die Produktivität gesteigert. Zu einer
1090 besseren Erreichbarkeit des Hafens und der Reduzierung von Durchgangsverkehren ge-
1091 hört für uns auch die ergebnisoffene Prüfung einer redundanten Straßenanbindung des
1092 Überseehafens vom Zolltor Roter Sand über das Betriebsgelände der BLG bis zum Ha-
1093 fentunnel Cherbourger Straße.

1094
1095 Damit die Verkehre aus dem Hafen zügig in die Zielgebiete abfließen bzw. von dort den
1096 Hafen erreichen können, müssen die Hafenhinterlandanbindungen gemäß der Prioritä-
1097 tenliste des Bundesverkehrswegeplans zügig ausgebaut werden. Besonders hohen Stel-
1098 lenwert haben dabei für uns der Ausbau der Schieneninfrastruktur im Dreieck Hannover-
1099 Hamburg-Bremen („Y-Trasse“ bzw. „Optimiertes Alpha-E mit Bremen“) mit dem dritten
1100 Gleis zwischen Bremen-Oslebshausen und Bremen-Burg und perspektivisch zwischen
1101 Bremen und Bremerhaven, die Elektrifizierung der EVB-Strecke Bremen–Bremervörde–
1102 Rotenburg sowie der Weiterbau und die Fertigstellung der A20 („Küstenautobahn“).

1103
1104 Damit auch die Containerschiffe der neuesten Generation Bremerhaven weiter anlaufen
1105 können, bekennen wir uns zur Fahrrinnenanpassung der Außenweser. Die Fahrrinnenan-
1106 passung der Unterweser (Nord) ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens Brake wich-
1107 tig. Eine gegenseitige Blockade der Länder Bremen und Niedersachsen bei der Erteilung
1108 des Einvernehmens zu diesen beiden Vorhaben gegenüber dem Bund im Hinblick auf
1109 Fragen der Landeskultur und der Wasserwirtschaft wollen wir vermeiden. Es ist dabei
1110 selbstverständlich, dass im Rahmen des vom Bund betriebenen neuen Verfahrens alle
1111 Belange des Natur-, Gewässer- und Hochwasserschutzes untersucht und gebührend be-
1112 rücksichtigt werden. Wir unterstützen eine gemeinsame Strategie der norddeutschen
1113 Bundesländer und Hafenstandorte zum Sedimentmanagement unter dem Dach der Na-
1114 tionalen Hafenstrategie.

1115
1116 Ein vorausschauendes Flächenmanagement seitens der öffentlichen Hand und der BLG
1117 schafft Platz für weitere Hochregallager und Parkhäuser innerhalb sowie Staufflächen
1118 außerhalb des Hafengebiets, um dadurch in Hafennähe im Zuge der Nachverdichtung
1119 Platz für die Neuansiedlung von wertschöpfungsstarken Industriebetrieben zu schaffen,
1120 die auf die Nähe zum Hafenumschlag angewiesen sind. Wir haben dabei insbesondere
1121 Zukunftsbranchen, wie die erneuerbaren Energien, die maritime Industrie, die Kreislauf-
1122 wirtschaft, den schweren Maschinen- und Anlagenbau und die Luft- und Raumfahrtin-
1123 dustrie im Blick.

1124
1125

1126 **Stationsname: Schifffahrtsstandort Bremen stärken**

1127 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Arbeit

1128

1129 Die am Standort bestehenden Werften wollen wir im Transformationsprozess zum Spe-
1130 zialschiffbau weiter unterstützen – auch durch die Sanierung bzw. den Neubau öffent-
1131 lich nutzbarer Kajen. Bei den Hafendiensten, insbesondere den Seeschiffsassistenzen
1132 und Festmachern, stellen wir einen fairen Wettbewerb sicher, damit alle Kunden vor
1133 und hinter der Schleuse jederzeit auf diese hochqualifizierten Dienstleistungen zurück-
1134 greifen können.

1135

1136 Bremen ist ein starker Reedereistandort und die deutsche Handelsflotte die siebtgrößte
1137 der Welt. Damit das so bleibt und das seemännische Know-how gesichert wird, muss
1138 der Betrieb von Seeschiffen unter deutscher Flagge und deutschem Management, im
1139 internationalen Wettbewerb bestehen. Daher setzen wir uns im Bund für den Erhalt der
1140 Ausbildungsförderung, der Tonnagesteuer, des 100-prozentigen Lohnsteuereinbehalts
1141 und der Zuschüsse zur Senkung der Lohnnebenkosten für Seeleute auf Handelsschiffen
1142 unter deutscher bzw. EU-Flagge ein. Die praxisnahe maritime Ausbildung an der Hoch-
1143 schule Bremen, der Hochschule Bremerhaven und der Berufsschule für den Großhan-
1144 del, Außenhandel und Verkehr wollen wir stärken.

1145

1146 **Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Smart Port**

1147 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung, Wirtschaft, Arbeit

1148

1149 Die Häfen von morgen werden nicht mehr die Häfen von heute sein. Vollautomatisierte
1150 Terminals verdeutlichen, in welche Richtung der Trend geht. Durch automatisierte Sta-
1151 pelgeräte und Transportgeräte lässt sich die Produktivität steigern, zusätzliches La-
1152 dungsaufkommen generieren und somit die Zahl der Arbeitsplätze hinter der Kaje erhö-
1153 hen. Dies erfordert einen enormen Ausbau der technischen Infrastruktur und eine bes-
1154 sere Vernetzung und Interoperabilität der vorhandenen IT-Systeme.

1155

1156 Um die bremischen Häfen zum „Smart Port“, d.h. zu einem intelligenten Hafen, zu ent-
1157 wickeln, wollen wir:

- 1158 ● eine übergreifende Digitalisierungsstrategie,
- 1159 ● den Aufbau einer zentralen Datenplattform (Data Hub),
- 1160 ● eine Cybersicherheitsstrategie für die bremischen Häfen,
- 1161 ● die Fortbildung und Weiterbildung der Hafenbeschäftigten im Bereich Digitalisie-
1162 rung und Automatisierung in den kommenden vier Jahren in Angriff nehmen.

1163

1164 **Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Green Port**

1165 **Schnittstelle(n):** Mobilität, Klima, Wirtschaft

1166

1167 Wir wollen die bremischen Häfen zu einem Hub für die Energiewende ausbauen. Dafür
1168 müssen weitere Umschlagskapazitäten und Flächen für den Aufbau und den Unterhalt
1169 sowie das Repowering und das Recycling von Offshore-Windanlagen zur Verfügung ge-
1170 stellt werden. Im Norden Bremerhavens besteht die Möglichkeit dazu am CT1 sowie der

1171 ABC-Halbinsel. Der von uns unterstützte Bau einer schwerlastfähigen Kaje an der West-
1172 seite des südlichen Fischereihafens II ist wichtig als Umschlagszone für neu anzusie-
1173 delnde Industriebetriebe im grünen Gewerbegebiet „Lune Delta“ im Süden Bremer-
1174 havens. Errichterschiffe können die Fischereihafenschleuse jedoch nicht passieren.

1175

1176 Deswegen sehen wir den Bedarf für den Bau eines „Green Energy Port“ am seeschiff-
1177 tigen Wasser der Weser im Blexer Bogen im Sinne einer Angebotsplanung. Zur Beschleu-
1178 nigung des Planungs- und Bauprozesses streben wir an, dieses Projekt in das Planungs-
1179 beschleunigungsgesetz des Bundes aufzunehmen.

1180

1181 Dieser „Green Energy Port“ sowie der südliche Fischereihafen sollen auch für die Anlan-
1182 dung, den Umschlag, die Weiterverarbeitung und den Transport von Wasserstoff und
1183 seinen Derivaten hergerichtet werden. Hier streben wir unter dem Dach des Kompetenz-
1184 zentrums Wasserstoff eine enge Zusammenarbeit mit Unternehmen und Forschungs-
1185 einrichtungen - wie dem Fraunhofer IWES - an, die sich im Fischereihafen und zukünftig
1186 im grünen Gewerbegebiet „Lune Delta“ dieser Thematik widmen, etwa beim Aufbau des
1187 „Hydrogen Lab Bremerhaven“.

1188

1189 Im Hafen selbst wollen wir den Schadstoffausstoß im Hinblick auf das Ziel der Klimaneut-
1190 ralität weiter reduzieren. Hierzu gehört für uns die Umstellung der Umschlagsprozesse
1191 und -geräte auf klimafreundliche Antriebe und die Landstromnutzung durch sämtliche
1192 Binnenschiffe sowie durch Seeschiffe, bei denen dies technisch möglich ist. Hierfür müs-
1193 sen der Bau von Landstromanlagen in den bremischen Häfen zügig vorangetrieben, die
1194 Hafengebühren anreizkompatibel ausgestaltet und die Steuerlast auf Landstrom durch
1195 entsprechende Initiativen auf Bundesebene weiter gesenkt werden.

1196

1197 ***Stationsname: Die Zukunft der Häfen als Space Port***

1198 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

1199

1200 Bremen ist ein wichtiger Standort für die Luft- und Raumfahrtindustrie. Deutschlandweit
1201 entwickelt sich eine New-Space-Bewegung an jungen, innovativen Raumfahrtunterneh-
1202 men, die für neue Konzepte und Anwendungen in der Raumfahrt (z.B. breite Nutzung von
1203 Satellitendaten, Entwicklung von kleinen, wiederverwendbaren Trägerraketen sowie kos-
1204 teneffiziente Produktion) stehen. Für kleine Trägerraketen zur Verbringung von Satelliten
1205 in einen erdnahen Orbit mangelt es zurzeit in Deutschland und Europa noch an geeigne-
1206 ten Startplätzen. Zudem wird die Abhängigkeit der europäischen Raumfahrt von russi-
1207 schen Sojus- bzw. US-amerikanischen SpaceX-Raketen zunehmend zum Systemrisiko.

1208

1209 Aus diesem Grund unterstützen wir die Überlegungen der Privatwirtschaft und des Deut-
1210 schen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) zur Realisierung eines „Spaceport“
1211 als erste schwimmende Startplattform für kleine Trägerraketen in der ausschließlichen
1212 Wirtschaftszone der Nordsee. Bremerhaven bietet sich als Basishafen für diesen „Welt-
1213 raumbahnhof“ an - mit den entsprechenden Chancen auf eine neue Wertschöpfungs-
1214 kette an der Schnittstelle zwischen Raumfahrtindustrie und maritimer Wirtschaft. Diesen
1215 Prozess wollen wir aktiv begleiten, unterstützen und voranbringen.

1216

1217 **Stationsname: *Hafenpolitik braucht Koordination und Kooperation, klare Zuständigkeiten, schnelle Prozesse und die notwendigen Finanzmittel***

1218

1219 **Schnittstelle(n):** Finanzen

1220

1221 Dass Wirtschaft und Häfen 2019 in zwei Ressorts getrennt wurden, ist ein Fehler. Wir
1222 wollen Hafen- und Wirtschaftspolitik wieder aus einer Hand steuern und dafür die Res-
1223 sorts wieder zusammenlegen. Um die Planungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit zu
1224 steigern, die Transparenz zu erhöhen und Schnittstellen abzubauen, halten wir zudem an
1225 unserem Ziel fest, die Zuständigkeit für alle bremischen Häfen beim Land zu bündeln.
1226 Die historisch gewachsene, komplizierte Hoheits-, Eigentums-, Finanzierungs- und Ver-
1227 antwortungsstruktur ist nicht mehr zeitgemäß. Aus den gleichen Erwägungen werden wir
1228 eine Verschmelzung des Hansestadt Bremischen Hafenamts (Port Authority) auf die Ha-
1229 fenmanagementgesellschaft bremenports prüfen und damit eine Struktur schaffen, wie
1230 sie in den meisten Hafenstandorten üblich ist.

1231

1232 Für die Angelegenheiten der Häfen und damit auch deren Finanzierung sind nach der
1233 Kompetenzordnung des Grundgesetzes die Länder zuständig. Deswegen wollen wir in
1234 Verhandlungen im Rahmen der nationalen Hafenstrategie erreichen, dass der Bund den
1235 der Höhe nach seit 2005 unveränderten Finanzausgleich für Seehäfen wieder auf das bis
1236 zum Jahr 2004 geltende Niveau anhebt und zukünftig dynamisiert.

1237

1238 Zudem bietet die nationale Hafenstrategie die Chance, aber auch die Notwendigkeit, die
1239 Hafenspolitiken der Küstenländer im Sinne einer effizienten Aufgabenerfüllung im Rah-
1240 men der unterschiedlichen Profile stärker aufeinander abzustimmen und zu koordinieren.
1241 Dies betrifft u.a. den Erhalt und Ausbau der hafenbezogenen Infrastruktur, den Ausbau
1242 der Seehäfen zu Drehscheiben für die Energiewende, die Beschleunigung von Planungs-
1243 und Genehmigungsprozessen, die Digitalisierung, die Fachkräftesicherung durch Aus-
1244 und Weiterbildung sowie das gemeinsame Marketing.

1245

1246 **LINIE: MOBILITÄT**

1247

1248 Fahrrad, E-Roller, zu Fuß gehen, Straßenbahn, Fähre, Bus oder Auto fahren: Für uns ist
1249 Mobilität keine Frage des Verkehrsmittels. Für uns steht bei Mobilität die Frage im Zent-
1250 rum, wie man am schnellsten, sichersten, bequemsten, klimafreundlichsten und güns-
1251 tigsten von A nach B kommt. Daher wollen wir die einzelnen Möglichkeiten miteinander
1252 denken und intelligente Vernetzungen schaffen. In unseren beiden Städten werden wir
1253 eine Mobilität für alle nur gemeinsam erreichen und nicht im Gegeneinander. Wir streben
1254 daher die beste Lösung für die einzelne Herausforderung an, ohne ideologische Scheu-
1255 klappen, die das Auto verteufeln oder den Fußgänger vernachlässigen. Es geht um den
1256 Wettbewerb für die jeweils beste Lösung im konkreten Moment. Dafür werden wir die
1257 Voraussetzungen und Angebote schaffen.

1258

1259 **Stationsname: Mobilitätsgesetz**

1260 **Schnittstelle(n):** Führung & Verwaltung

1261

1262 Zu vieles dauert in dieser Stadt viel zu lange. Sei es der Ringschluss der A 281, seien es
1263 die Fahrradbrücken über die Weser, die Radpremiumrouten oder die Neugestaltung der
1264 Martinistraße. Gleichzeitig verfällt die Verkehrsinfrastruktur in den Stadtteilen immer
1265 mehr, beispielsweise in Borgfeld, in Gröpelingen oder in Vegesack. Oder wichtige Infra-
1266 struktur wird gar nicht erst geschaffen, wie es beispielsweise die fehlenden Fahrrad- und
1267 Fußwege an vielen Stellen in ganz Bremen zeigen.

1268

1269 Fehlende und marode Infrastruktur ist das eine, das andere ist das Klima, das nicht war-
1270 tet. Eine moderne Infrastruktur mit neuen Straßenbahngleisen, neue, attraktive Angebote
1271 im ÖPNV, sinnvolle und schnelle Radwege, Grüne Wellen an den Ampeln und vieles mehr
1272 schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe: man kommt schnell, gut und günstig von A und
1273 B, gleichzeitig wird das Klima weniger belastet.

1274

1275 Wir werden Schluss machen mit der aktuellen Aufschieberitis, Verzögerungstaktiken und
1276 fehlender Verantwortung. Dies wird nicht nur eine Ankündigung bleiben, sondern für uns
1277 ein verbindliches Gesetz werden, nämlich das Mobilitätsgesetz.

1278

1279 In diesem werden wir

- 1280 ● Maßnahmen und konkrete Zeitachsen niederschreiben,
- 1281 ● feste Planungsziele nennen,
- 1282 ● und die Finanzierung aufzeigen.

1283

1284 **Stationsname: Quartiersgaragen als Mobilitätsorte in den Stadtteilen**

1285 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

1286

1287 Der Straßenraum in Bremen ist knapp und oft auch gefährlich versperrt und zugeparkt.
1288 Unsere Lösung hierfür sind Quartiersgaragen. Unter Quartiersgaragen verstehen wir aber
1289 keine Abstellplätze für Autos, sondern Mobilitätsorte für die umliegende Nachbarschaft

1290 mit Packstationen, E-Ladesäulen, Stellplätzen für Fahrräder, Lastenräder, Autos, E-Scoo-
1291 tern u.v.m. Auch eine Servicestation mit Luftpumpen für Räder gehört für uns dazu. Wir
1292 werden

- 1293 • ein Sofortprogramm auflegen, um potenzielle Orte und Ausstattungsmöglichkei-
1294 ten zu prüfen,
- 1295 • die BREPARK als kommunales Unternehmen für den Bau und den Betrieb von
1296 Quartiersgaragen nutzen und gleichzeitig private Investoren unterstützen.

1297

1298 **Stationsname: Bewohnerparken**

1299

1300 Der Straßenraum, insbesondere in älteren Stadtteilen, ist häufig sehr begrenzt und oft
1301 nur in geringen Grenzen veränderbar. Vor allem das aufgesetzte Parken und in Kreuz-
1302 zungsbereichen führt bei allen Verkehrsteilnehmern zum Streit.

1303

1304 Um aber den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer in den Quartieren gerecht zu wer-
1305 den, werden wir dort das aufgesetzte Parken erlauben, wo auch mit parkenden Autos der
1306 Gehweg breiter als 1,50 Meter ist.

1307

1308 Bewohnerparken werden wir nur in Abstimmung mit den Anwohnern des Quartiers und
1309 dem Beirat einführen. Die Jahresgebühr für das Bewohnerparken werden wir auf maximal
1310 100 € begrenzen

1311

1312 **Stationsname: Bremen-Takt**

1313

1314 Unser Ziel ist ein „Bremen-Takt“, der garantiert, dass niemand zwischen 6.00 Uhr und
1315 21.00 Uhr länger als 10 Minuten auf seinen Bus oder seine Bahn warten muss. Nur durch
1316 einen höheren Takt werden wir Menschen von der Verkehrswende überzeugen. Auch
1317 werden wir die BSAG in die Lage versetzen, dass keine Fahrplaneinschränkungen mehr
1318 nötig sind und die BSAG als Partner der Verkehrswende wieder an Bord ist.

1319

1320 **Stationsname: Sichere Anbindung nach Bremen-Nord**

1321

1322 Die Anbindung „in die Stadt“ ist die Lebensader für Bremen-Nord. Derzeit ist die Fahrt in
1323 die Innenstadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln unattraktiv - die Züge fahren (wenn sie
1324 nicht ausfallen) zum Teil nur im 30-Minuten-Takt, sind zu Stoßzeiten überfüllt und re-
1325 gelmäßig verspätet. „Park & Ride Plätze“ an den Verkehrsknotenpunkten sind häufig so
1326 ausgelastet, dass in den anliegenden Quartieren geparkt wird. Unter der Woche ist man
1327 nachts auf einen Bus angewiesen, der eine deutlich längere Fahrtzeit aufweist als die
1328 Zugverbindung. Wir wollen deshalb, dass die RS1 nach Verden mit einer höheren Fre-
1329 quenz fährt und auch in den Nachtstunden Verbindungen nach Bremen-Nord anbietet.
1330 Zur Entlastung der Strecke wollen wir zudem das sogenannte „Dritte Gleis“ noch in die-
1331 sem Jahrzehnt fertigstellen. Schließlich wollen wir eine bessere Anbindung für alle Nord-
1332 bremer an die Verbindungen innerhalb Bremen-Nords und in die Stadt schaffen, indem
1333 wir im Bereich Grambke und Farge-Ost zusätzliche Haltepunkte schaffen. An den stark
1334 frequentierten Bahnhöfen Blumenthal, Vegesack, Lesum und Burg wollen wir Mobilitäts-
1335 knotenpunkte bauen, sodass ein Umstieg von ÖPNV auf Rad, E-Roller oder Auto leichter

1336 möglich ist. Dazu wollen wir ein mobiles Bikesharingmodell auch in Bremen-Nord anbie-
1337 ten. Zudem wollen wir Sicherungsmöglichkeiten für E-Bikes und Ladestationen für E-
1338 Bikes und E-Autos anbieten.

1339

1340 Wir wollen,

- 1341 ● dass die RS1 nach Verden mit einer höheren Frequenz fährt und auch in den
1342 Nachtstunden Verbindungen nach Bremen-Nord anbietet,
- 1343 ● die Fertigstellung des „Dritten Gleises“ in diesem Jahrzehnt,
- 1344 ● zusätzliche Haltepunkte im Bereich Grambke und Farge-Ost,
- 1345 ● die Schaffung von Mobilitätsknotenpunkten an den Bahnhöfen Blumenthal, Vege-
1346 sack, Lesum und Burg.

1347

1348 **Stationsname: Sichere Busse, Bahnen und Bahnhöfe**

1349 **Schnittstelle(n):** Sicherheit

1350

1351 Neue Busse und Bahnen, eine Qualitätsoffensive, höhere Taktungen: Das sind wichtige
1352 Elemente, um den ÖPNV in Bremen und Bremerhaven attraktiver zu machen und als
1353 Alternative zum eigenen Auto zu etablieren. All dies wird aber nicht zum Ziel führen,
1354 wenn der ÖPNV ein Ort der Angst und Unsicherheit bleibt. Wir werden die BSAG, Bre-
1355 merhaven Bus und die Nordwestbahn so ausstatten, dass sie Busse und Straßenbahnen
1356 mit einem umfassenden Sicherheitskonzept zu einem sicheren Ort machen. Hierzu ge-
1357 hören für uns auch Polizei und Ordnungsdienst, die in öffentlichen Fahrzeugen mehr
1358 Präsenz zeigen. Auch an viel genutzten Bahnhöfen wie Bremen-Vegesack oder Bremen-
1359 Burg wollen wir mit einer höheren Zahl von Polizisten für Sicherheit sorgen.

1360

1361 **Stationsname: Müllwagen als Schlaglochscouts**

1362 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

1363

1364 Jeden Tag sind die Autos der Stadtreinigung in unseren Straßen unterwegs. Trotzdem
1365 werden Millionen für Gutachten ausgegeben und Mitarbeitende der öffentlichen Verwal-
1366 tung in die Straßen geschickt, um zu schauen, wo ein neues Schlagloch entstanden ist
1367 oder wo vielleicht ein Radweg saniert werden müsste. Wir werden die Fahrzeuge der
1368 Entsorgungsbetriebe mit Kameras & Sensoren ausstatten, sodass sie bei ihren täglichen
1369 Touren diesen Überblick auf den Zustand der Straßen schaffen.

1370

1371 **Stationsname: Ampeln für fließende Mobilität**

1372

1373 Intelligente Ampelschaltungen sind mittlerweile ein zentraler Bestandteil eines moder-
1374 nen Verkehrsmanagements. Sie fördern den Verkehrsfluss und schonen Ressourcen. Ab-
1375 surd ist allerdings, wenn zu viele Ampeln auch nachts angeschaltet sind, obwohl dies
1376 eigentlich nicht notwendig wäre.

1377

1378 Wir werden daher:

- 1379 ● an den Stellen, wo auch ohne eingeschaltete Ampeln die Sicherheit weiterhin ge-
1380 währleistet ist, die Ampeln in der Nacht abstellen,

- 1381 • die Möglichkeiten der technischen Vernetzung unserer Ampeln mit Fahrzeugen
1382 für Grüne Wellen und fließenden Verkehr nutzen.

1383

1384 **Stationsname: Maßgeschneiderte Mobilität für alle**

1385

1386 Bremen hat große Lücken in den Fragen der öffentlichen Mobilität an den Rändern der
1387 Stadt. Hier ist es oft unwirtschaftlich, regelmäßig Busse fahren zu lassen, weil die Nach-
1388 frage sehr überschaubar ist. Gerade in diesen Bereichen ist es sinnvoll, eine maßge-
1389 schneiderte Mobilität zu schaffen, so genannte On-Demand-Mobilität. Andere Städte
1390 machen es uns vor, wie kleine Lösungen zu großen Wirkungen führen können und somit
1391 den ÖPNV auch am Abend und in der Nacht in Bereichen wie Borgfeld, Bremen-Nord,
1392 Oberneuland oder Oslebshausen als sinnvolle, bequeme und kostengünstige Möglichkeit
1393 und Alternative anzubieten und nutzbar zu machen. Auch im Bereich des Klinikums Bre-
1394 men-Mitte ließe sich hiermit viel erreichen, denn nicht alle können alles mit dem Fahrrad
1395 erledigen.

1396

1397 **Stationsname: Bremen als Stadt am und mit dem Fluss**

1398 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

1399

1400 Es gibt einen Fluss in Bremen, auf den wir an vielen Stellen blicken, auf dem aber die
1401 wenigsten unterwegs sind: die Weser.

- 1402 • Wir werden die Weser als eine weitere Verkehrsader für unsere Stadt entwickeln
1403 • und neue Formen von Schiffen, z.B. solarbetriebene Boote, ermöglichen und för-
1404 dern.

1405

1406 **Stationsname: Ticketfreier ÖPNV in der Innenstadt**

1407 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

1408

1409 Das 9-Euro-Ticket hat es gezeigt: Der ÖPNV ist eine attraktive Alternative, wenn der
1410 Preis stimmt. Neben einem verbesserten Angebot müssen wir den ÖPNV als Selbstver-
1411 ständlichkeit in den Köpfen der Menschen etablieren. Gleichzeitig ist dies auch eine
1412 Frage der Teilhabe an den Angeboten unserer Städte sowie der Verbindung von Bremen
1413 und Bremerhaven.

- 1414 • Wir werden den ÖPNV in der Bremer Innenstadt ticketfrei machen.

1415

1416 **Stationsname: Bezahlbare Ticketpreise für Bremer Mobilität**

1417 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Finanzen, Bildung

1418

1419 Der ÖPNV muss nicht nur in Sachen Schnelligkeit mit dem Auto konkurrenzfähig sein,
1420 sondern auch einen deutlichen preislichen Vorteil gegenüber dem motorisierten Indi-
1421 vidualverkehr haben. Das 49-Euro Ticket ist hierfür ein guter Beitrag, aber nicht jede/jeder
1422 muss und will ein Ticket, das in ganz Deutschland nutzbar ist. Deshalb werden wir

- 1423 • ein 365-Euro-Ticket einführen, das in Bremen, Bremerhaven und dem gesamten
1424 VBN gültig ist,
1425 • allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
1426 bis zum 21. Lebensjahr ein kostenloses Monatsticket zur Verfügung stellen,

- 1427 • ein vergünstigtes Tagesticket zwischen Bremerhaven und Bremen anbieten, das
1428 nicht mehr als 10 Euro kostet,
1429 • uns dafür einsetzen, dass das 49-Euro Ticket nicht nur digital genutzt werden
1430 kann.

1431

1432 **Stationsname: Eine gemeinsame Mobilität schaffen**

1433 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Digitalisierung

1434

1435 Es gibt bereits viele digitale Lösungen in Bremen für einzelne Mobilitätsangebote. Es gibt
1436 jedoch keine umfassende Mobilitätsapp für Bremen, wo die einzelnen Angebote zusam-
1437 mengeführt werden. Ziel ist es, im einzelnen Moment das richtige Angebot zu finden
1438 hinsichtlich CO2-Abdruck, Schnelligkeit, Preis und besonderen, weiteren Anforderungen.
1439 Dazu gehört für uns auch das Feld der Sharing Economy vom Kopf auf die Füße zu stellen
1440 und auszubauen. Mit Carsharing, Bikesharing und E-Rollern haben wir viele Beispiele, wie
1441 man etwas nicht mehr selbst besitzt, sondern gemeinsam mit anderen nutzt. Ein Car-
1442 sharing-Auto ersetzt in Bremen z.B. 16 private Autos. Wir wollen dieses Teilen und ge-
1443 meinsame Nutzen weiter voranbringen durch:

- 1444 • die Ausweitung weiterer Carsharing-Plätze,
1445 • weitere Öffnung für Floating-Angebote,
1446 • Privilegierung von Carsharing-Angeboten bei Parkplätzen und Parkhäusern.

1447

1448 Gleichzeitig werden wir vorhandene Probleme und Ärgernisse beseitigen:

- 1449 • Schaffung fester und verpflichtender Abstellflächen für E-Roller und das Bike-
1450 sharing,
1451 • konsequentes und kostenpflichtiges Entfernen von E-Rollern als Hindernisse und
1452 Stolperfallen.

1453

1454 **Stationsname: Kleine Lösungen mit großer Wirkung**

1455 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

1456

1457 Wir wollen das Notwendige mit dem Nützlichen verbinden und Zukunft zur Gegenwart
1458 machen:

- 1459 • Autonom fahrende Busse sollen so schnell wie möglich zum Stadtbild gehören.
1460 Vielleicht erst in kleinen Bereichen, wie der Überseeinsel, auf dem Gelände des
1461 Klinikums Bremen-Mitte oder im Technologiepark. Wir wollen lieber klein anfan-
1462 gen, als weiterhin zu warten.
- 1463 • Zu den kleinen Lösungen gehören auch mehr Angebote in den Randbereichen. So
1464 wartet z.B. die Tobias-Schule in Oberneuland seit Jahren auf einen Anschluss an
1465 das Netz des ÖPNV. Genauso fehlt eine Verbindung zwischen dem Büropark
1466 Oberneuland und der Berliner Freiheit und in vielen Teilen Bremen-Nords.
- 1467 • Baustellenmanagement, das den Namen auch verdient.
- 1468 • Parkleitsysteme installieren, die Suchverkehre unnötig machen.
- 1469 • Tempo 30 an den Stellen bis 20 Uhr begrenzen, wo es tagsüber richtig und wichtig
1470 ist, wie Schulen und Kindergärten.
- 1471 • Senioren, wie bereits in Bremerhaven der Fall, ab 70 Jahren ein lebenslanges,
1472 kostenloses ÖPNV-Ticket im Tausch für ihren Autoführerschein anbieten.

1473

1474 **Stationsname: Mobilitätszukunft**

1475 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

1476

1477 Mobilität kann aus unserer Sicht nur gemeinsam gelingen. Aus diesem Grund wollen wir
1478 den Verkehrsentwicklungsplan neu beleben und endlich umsetzen. Dabei können wir uns
1479 keine Pausen wie in der Vergangenheit gönnen, sondern müssen stringent an den Her-
1480 ausforderungen und Möglichkeiten arbeiten. Dazu gehört für uns:

- 1481 ● eine konsequente Einbindung der Beiräte als lokale Ansprechpartner und Verant-
1482 wortungsträger,
- 1483 ● eine klare Zuständigkeitsverteilung zwischen Stadtbürgerschaft und örtlichen
1484 Beiräten über ein Straßenkataster, das ausführt, welche Straßen von überregio-
1485 naler Bedeutung sind,
- 1486 ● ein Denken der Stadt als Ganzes, die nicht nur aus dem Zentrum besteht,
- 1487 ● das Denken in Projekten und Möglichkeiten, Beispiel: Tests mit Paketdrohnen.

1488

1489 Die Herausforderungen für eine Mobilität der Zukunft sind groß:

- 1490 ● Weiterentwicklung des Radverkehrs, indem dieser z.B. separat vom Autoverkehr
1491 gedacht und behandelt wird,
- 1492 ● attraktive Angebote für Fußgänger durch kurze, sichere Wege,
- 1493 ● schnelle und umweltschonende Lieferverkehre, gerade auf der letzten Meile, für
1494 Unternehmen und Privatpersonen,
- 1495 ● Einbindung digitaler und weiterer technischer Möglichkeiten,
- 1496 ● flächendeckender und verlässlicher ÖPNV,
- 1497 ● Schaffung einer flächendeckenden E-Ladeinfrastruktur.

1498

1499 **Stationsname: Die Fahrradstadt Bremen**

1500 **Schnittstell(n):** Lebenswerte Städte, Klima

1501

1502 Bremen ist ein Land der kurzen Wege. Vieles kann man mit dem Fahrrad erledigen, aber
1503 dennoch gibt es im sprichwörtlichen Sinne einige Steine auf dem Weg. Daher werden wir

- 1504 ● ein Förderprogramm für Lastenräder auflegen,
- 1505 ● sichere Abstellflächen für Räder und vor allem Lastenräder schaffen, u.a. in den
1506 Parkhäusern,
- 1507 ● den Bau der Fahrradbrücken über die Weser beschleunigen,
- 1508 ● Fahrradwege in allen Stadtteilen schaffen,
- 1509 ● Fahrradwege instand setzen,
- 1510 ● die Radpremiumrouten für die Menschen umsetzen, insbesondere die Radpremi-
1511 umroute aus Bremen-Nord durch das Werderland in Richtung Innenstadt,
- 1512 ● Fahrradverkehr, Fußverkehr, Autoverkehr und ÖPNV als Mobilitätsmix verstehen,
1513 denken und behandeln.

1514

1515

1516

1517

1518

1519 **Stationsname: Elektrotaxen für Bremen**

1520

1521 In Bremen bringen über 460 Taxen Bremerinnen und Bremer und Besucherinnen und
1522 Besucher tagtäglich zum gewünschten Ziel. Taxen sind aus gutem Grund ein Teil des
1523 ÖPNV, weil sie ebenfalls einen gesetzlich geregelten Versorgungsauftrag haben und z.B.
1524 bei Kranken- und Schulfahrten eine wichtige Stütze darstellen. Derzeit sind fast alle Ta-
1525 xen mit einem Verbrennungsmotor unterwegs und tragen so leider noch nicht zu einer
1526 emissionsfreien Mobilitätswende bei. Wir wollen uns Hamburg zum Vorbild nehmen und
1527 den Taxibetreibern bei der ausdrücklich gewollten Umstellung ihrer Fahrzeuge auf Elekt-
1528 roantrieb aktiv unterstützen. Daher werden wir als CDU

1529

- 1530 • jedes neuangeschaffte E-Auto mit 10.000 Euro fördern,
- 1531 • die finanziellen Mittel für die erforderliche Ladeinfrastruktur für die Taxen be-
1532 reitstellen.

1533

1534 Ca. 60 bis 70 Taxen werden jedes Jahr ausrangiert und durch neue Taxen ersetzt. Somit
1535 könnte die Stadt Bremen bereits mit 700.000 Euro jährlich einen erheblichen Beitrag zur
1536 Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen.

1537 **LINIE: LEBENSWERTE STÄDTE**

1538

1539 Mit dem Wind am Deich in Bremerhaven, der Weser in Bremen, den vielen Bäumen und
1540 Grünflächen, unserer Geschichte, Werder Bremen, den Fischtown Pinguins, den Eisbären
1541 Bremerhaven den kulinarischen Köstlichkeiten, der Wirtschaft, historischen Bauten und
1542 so vielem mehr kann man Bremen und Bremerhaven nur lieben. Dabei liegt unser Bun-
1543 desland im Dornröschenschlaf und muss dringend aufgeweckt werden. Die Potenziale
1544 liegen sprichwörtlich auf der Straße, schauen wir uns die neu entstandene Außengast-
1545 ronomie im Zuge der Coronapandemie an. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven
1546 haben während der Coronapandemie immer wieder gezeigt, dass sie Krisen mit Kreativi-
1547 tät und Entschlossenheit trotzen können. Daher sind unsere beiden Städte so lebens-
1548 und liebenswert, denn auf die Menschen kommt es an! Diese zeigen an vielen Stellen mit
1549 Bürgerinitiativen, Bürgervereinen oder einfach in der Nachbarschaft, dass sie sich für-
1550 und miteinander einsetzen. Wir werden die Menschen dabei unterstützen!

1551

1552 **Stationsname: Flanierstadt Bremen**

1553 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Mobilität

1554

1555 Plan um Plan, Papier um Papier sind für die Bremer Innenstadt entwickelt worden und
1556 an weiteren Ideen mangelt es nicht. Wie so oft in Bremen mangelt es an der Umsetzung.
1557 Die familienfreundliche Umgestaltung des Domshofs, die Entwicklung der Domsheide als
1558 attraktives Einfallstor zur Innenstadt und Verbindung zum Viertel und den Wallanlagen,
1559 die Neugestaltung durch Abriss des Parkhauses Mitte, die Entwicklung des Areals am
1560 Brill als Verkehrs- und Aufenthaltsort, die Innenstadt als Hochschulstandort oder die
1561 Sichtbarmachung der Stadtbibliothek und Einbindung der Volkshochschule – die Ansatz-
1562 punkte, Akteure und Ideen dazu sind fast grenzenlos. Dabei hat die Innenstadt viele
1563 Pfründe, an die man anschließen kann mit dem Marktplatz, dem Rathaus, dem Schütting,
1564 der Bürgerschaft, den Stadtmusikanten, der Sögestraße, der Schlachte, den historischen
1565 Gebäuden. Die Innenstadt ist das Herz dieser Stadt, als Treffpunkt, Aufenthaltsort, aber
1566 natürlich auch als reizvoller Ort zum Einkaufen und zum Genießen von Kultur. Der Ein-
1567 zelhandel in der Bremer Innenstadt stellt eine wichtige Säule für eine attraktive Innen-
1568 stadt dar und übernimmt schon jetzt vielfach Verantwortung. Nichtsdestotrotz und ge-
1569 rade genau deshalb bedarf es konkreter Zeit- und Finanzierungspläne an den einzelnen
1570 Orten, um die Ideen endlich umzusetzen. Das Projektbüro Innenstadt muss hierfür erster
1571 Ansprechpartner sein und die unterschiedlichen Akteure und Interessen an einen Tisch
1572 bringen. Durch eine Ansiedlung direkt im Rathaus kann sich das Innenstadtbüro der po-
1573 litischen Rückendeckung gewiss sein, die Verhandlungen nicht nur wie bisher moderie-
1574 ren, sondern auch zum Abschluss und damit in die Umsetzung bringen zu können. Das
1575 Projektbüro muss mit einem klaren Auftrag ausgestattet und direkt beim Bürgermeister
1576 angesiedelt werden.

1577

1578 Die Bremer Innenstadt wollen wir zwischen den Straßen „Am Wall“ und der „Martini-
1579 straße“ als Flanierstadt entwickeln, an deren Rändern Parkflächen für den Individual-
1580 verkehr allen Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung gestellt werden. Zudem be-
1581 freien wir die Besucherinnen und Besucher der Innenstadt von den ÖPNV-Gebühren in

1582 diesem Gebiet. So soll die Nutzung des ÖPNV in der gesamten Innenstadt für alle kos-
1583 tenlos sein. Nutzer eines Parkplatzes der BREPARK sind schon heute von den Ticketgel-
1584 dern befreit, doch das reicht nicht. Eine wirkliche „Free Zone“ trägt dazu bei, dass sich
1585 die Akzeptanz für alle Parkhäuser in der Innenstadt steigert, alle günstiger in die Innen-
1586 stadt kommen und sich dort einfacher sowie kostenlos bewegen können.

1587

1588 **Stationsname: Wohnen im Herzen der Stadt**

1589 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Mobilität

1590

1591 Die Attraktivierung der Bremer Innenstadt gelingt über die Menschen, die sich hier auf-
1592 halten, arbeiten und auch wohnen. Gerade das Wohnen fristet immer ein Schattendasein,
1593 von allen gefordert, aber seit Jahren nicht umgesetzt. Dieses werden wir mit der Verbin-
1594 dung mehrerer Schritte und Elemente verändern. An die erste Stelle gehört hierzu der
1595 politische Wille, Wohnen in der Innenstadt zu ermöglichen, zu unterstützen und umzu-
1596 setzen. Die gute Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem ÖPNV, zu Fuß, dem Fahrrad und
1597 dem Auto ist für uns ein Grundpfeiler einer lebendigen Innenstadt. Dazu gehört auf der
1598 einen Seite die Ermöglichung von Wohnen in der Innenstadt, auf der anderen Seite aber
1599 auch die Durchsetzung von Wohnen in der Innenstadt. Dabei sehen wir unsere Rolle als
1600 Ermöglicher, der die Rahmenbedingungen setzt und die Partner zusammenbringt. Auf
1601 der anderen Seite sind wir aber auch Umsetzer. Umsetzer über das politische Instrumen-
1602 tarium und die Unternehmen, die sich im Eigentum Bremens befinden. Mit GEWOBA,
1603 BREBAU und BREPARK haben wir drei Unternehmen als Instrumente in der eigenen
1604 Hand, die es zu nutzen gilt. GEWOBA und BREBAU können selbst bauen und als Partner
1605 der Bauwirtschaft agieren: Die privaten Unternehmen bauen die Häuser und Wohnungen,
1606 GEWOBA und BREBAU kaufen diese, übernehmen sie in ihren Bestand und vermieten
1607 sie. Dabei ist für uns das Thema Wohnen in der Innenstadt bei Neubauten und Umbauten
1608 ein wichtiges politisches Ziel, das als solches zwingend umgesetzt werden muss.

1609

1610 Beim Wohnen in der Innenstadt muss das Thema Mobilität für die Anwohnerinnen und
1611 Anwohner mitgedacht werden. Für uns gehört zu einem modernen Mobilitätsmix auch
1612 das Auto. Aktuell beschränkt sich das Angebot der BREPARK in der Innenstadt weitest-
1613 gehend auf das Anbieten von Autostellplätzen. Die BREPARK muss zu einem modernen
1614 Mobilitätsanbieter weiterentwickelt werden. Beispielsweise könnte das Parkhaus Katha-
1615 rinenklosterhof zu einer Quartiersgarage für die Anwohner umgewidmet werden. Darüber
1616 hinaus sollten in allen Parkhäusern sichere Fahrradstellplätze und elektrische Ladestati-
1617 onen sowohl für Räder als auch für Autos angeboten werden. Parkplätze für Carsharing-
1618 Angebote gehören ebenso zu einem modernen Mobilitätsmix, wie auch Plätze für so ge-
1619 nannte Leichtfahrzeuge. Auch die Zwischenlagerung von Gegenständen in Schließfä-
1620 chern oder größeren Einheiten können wir uns in den Parkhäusern vorstellen. Aus den
1621 Erfahrungen mit diesen Angeboten streben wir ein Ausrollen auf die gesamte Stadt an.

1622

1623 An vielen Stellen wurde und wird in der Bremer Innenstadt weiterhin einseitig auf die
1624 Schaffung von Büroflächen gesetzt. Als CDU Bremen setzen wir uns für ein Förderpro-
1625 gramm ein, dass die Umwandlung von Büroflächen zu Wohnräumen zum Ziel hat.

1626 Dabei geht es uns auf der einen Seite um Bestandsimmobilien, aber auch neu zu schaf-
1627 fende Flächen und Gebäude. Bei Bebauungsplänen sind für uns sowohl Büroflächen als

1628 auch Wohnflächen grundsätzlich zu ermöglichen, das eine darf das andere perspekti-
1629 visch nicht ausschließen. Vielmehr müssen Veränderungen und Entwicklungen ermög-
1630 licht werden. Neben dem Förderprogramm sollen auch kommunale Unternehmen bei die-
1631 sen Umwandlungsprozessen als Partner mit ins Boot geholt werden.

1632

1633 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch stadteigene Gebäude und Flächen hinsicht-
1634 lich der Ermöglichung von Wohnen geprüft werden. Dazu gehört es an erster Stelle, eine
1635 Bestandsaufnahme vorzunehmen, was im städtischen Besitz in der Bremer Innenstadt
1636 ist. An zweiter Stelle gilt es, Perspektiven für diese Gebäude und Flächen mit Vertretern
1637 der Bau- und Immobilienwirtschaft, gemeinsam mit GEWOBA und BREBAU, zu diskutie-
1638 ren und zu entwickeln. Im dritten Schritt gilt es einen konkreten Zeit- und Umsetzungs-
1639 plan aufzustellen, abzustimmen und umzusetzen. Barrierefreiheit für Menschen mit Be-
1640 hinderungen ist bei allen Maßnahmen mitzudenken und die fachliche Kompetenz des
1641 Landesbehindertenbeauftragten ist stets einzubeziehen.

1642

1643 Der Bremer Innenstadt fehlt es an vielen Stellen an Infrastruktur, die im alltäglichen Le-
1644 ben benötigt wird, wie Grünflächen und vor allem Spielflächen, die zu einer lebens- und
1645 liebenswerten Innenstadt gehören. Wir werden uns für die Schaffung von Spielplätzen
1646 und -flächen in der Bremer Innenstadt einsetzen. Der Domshof, als ein konkreter Ort, ist
1647 in unseren Augen hierfür hervorragend geeignet.

1648

1649 Die Bremer Innenstadt soll zu einer Studierendenstadt werden. Mit den Standorten der
1650 Hochschule Bremen Am Brill und der Hochschule für Künste in der Dechanatstraße sind
1651 bereits erste, teils langjährige, Fundamente gesetzt. Wir können uns vorstellen, die juris-
1652 tische Ausbildung in das Polizeigebäude am Wall zu holen und somit einen juristischen
1653 Ausbildungsort in unmittelbarer Nähe zu den Gerichten zu schaffen. Für die Stadtbiblio-
1654 thek sehen wir das ehemalige Sparkassengebäude am Brill als hervorragenden Standort
1655 an, der präsent in der Öffentlichkeit ist und mit der ehemaligen Kassenhalle eine atem-
1656 beraubende Aufenthaltsqualität bietet. Diese Entwicklungen sind aber nur mit den An-
1657 gehörigen der Universität möglich, die endlich mit ins Boot geholt werden müssen. Hierzu
1658 gehören für uns selbstverständlich auch das Studierendenwerk und weitere Aktive an
1659 den Hochschulen sowie die Eigentümer der Immobilien.

1660

1661 Gleichzeitig erschöpft sich ein Hochschulstandort nicht nur in Büros und Vorlesungsräu-
1662 men. Studieren und Wohnen gehören für uns in der Innenstadt zusammen. So werden
1663 wir uns für die Schaffung von studentischem Wohnraum in der Innenstadt, in einem oder
1664 mehreren Studierendenwohnheimen, einsetzen.

1665

1666 Bremen hat sich unter dem Motto „buten un binnen / wagen un winnen“ in der Vergan-
1667 genheit immer wieder den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich gestellt. Für uns
1668 gehört auch architektonischer Mut dazu. Die Weser als Lebensader und Verbindung un-
1669 serer beiden Städte Bremerhaven und Bremen bietet sich dabei an, um vielschichtige
1670 Highlights zu setzen und zu verbinden. Die Idee der Stadt am Fluss hat dabei wenig von
1671 ihrem Zauber verloren, auch wenn sie in den letzten Jahren aus dem Blick geriet. Auch
1672 die Höhe müssen wir in Bremen neu denken. Die Entwicklungen in der Überseestadt zei-
1673 gen, dass eine Verdichtung in die Höhe möglich, nötig, gewollt und auch in ökologischer

1674 Hinsicht sinnvoll ist. Auch in der Innenstadt müssen wir neue Wege denken und entwi-
1675 ckeln. Eine höhere Bebauung als der Dom gehört für uns an geeigneten Standorten dazu.

1676
1677

1678 **Stationsname: Bremen findet in den Stadtteilen statt**

1679 **Schnittstelle (n):** Mobilität, Ehrenamt, Digitalisierung, Lebenswelten, Arbeit und Soziales

1680

1681 Das Herz Bremens schlägt auf dem Marktplatz. Zwischen Rathaus, Schütting und Bür-
1682 gerschaft finden viele wichtige Entscheidungen auf kurzen Wegen statt, aber das Leben
1683 und Wohnen findet in den einzelnen Quartieren statt. Die Innenstadt in Bremen hat in
1684 vielen Bereichen große Nachhol- und Erneuerungsbedarfe, aber auch in den einzelnen
1685 Stadtteilen ist in den letzten Jahren vieles in Schieflage geraten, was im Alltag spürbar
1686 ist. Sei es die geschlossene Bank- oder Postfiliale, die geschlossene Schlachtereier oder
1687 das Wegbrechen zentraler Orte, wo man sich für einen kleinen Schnack treffen konnte.
1688 Daher wollen wir ganz bewusst die Stadtteile stärken und unterstützen, denn das Leben
1689 findet in den eigenen vier Wänden, der eigenen Straße und dem eigenen Viertel statt.
1690 Daher werden wir

- 1691 • das soziale Auseinanderdriften der Stadtteile analysieren und gegensteuern,
- 1692 • die Wochenmärkte in den Stadtteilen fördern,
- 1693 • Kulturangebote in den Stadtteilen unterstützen, wie z.B. Bücherschränke,
- 1694 • Bremer Feste in die Stadtteile bringen, wie z.B. La Strada oder das Musikfest.

1695

1696 **Stationsname: Öffentliche Gebäude für die Menschen**

1697 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

1698

1699 Viele öffentliche Gebäude und Räume bestehen bereits in den Stadtteilen, stehen aber
1700 oft nur für spezielle Nutzungen zur Verfügung. Außerhalb der Nutzungszeiten stehen sie
1701 frei. Gleichzeitig fehlen für viele Aktivitäten in den Stadtteilen Flächen und Räume. Mit
1702 modernen Schließanlagen und Verantwortlichkeiten können die öffentlichen Gebäude für
1703 den Stadtteil effektiver genutzt und damit den Menschen auch zurückgegeben werden:
1704 Die Mensen der Schulen werden für ein günstiges und gutes Essen für den Stadtteil
1705 geöffnet. Die Klassenräume und Veranstaltungsräume der Schulen und Ämter werden
1706 am Nachmittag für Vereine, Musiker und Aktive im Stadtteil geöffnet. So werden öffent-
1707 liche Gebäude zu neuen Zentren in den Stadtteilen, zum Schnacken, Proben, Essen, Tref-
1708 fen.

1709

1710 **Stationsname: Bremen ist eine Willkommensstadt**

1711

1712 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales

1713 In Deutschland bekommt ein Kind nach seiner Geburt häufig als erstes ein Schreiben
1714 vom Finanzamt mit seiner Steuernummer. Dabei stehen die Eltern vor großen Heraus-
1715 forderungen, die Steuererklärung des neuen Erdenbürgers gehört wahrscheinlich nicht
1716 dazu. In Bremen gibt es das Paket „Willkommen in der Familie“ (WiF), im Rahmen der
1717 U3-Untersuchung ausgehändigt von der Kinderärztinnen und Kinderärzten. Diese Bei-
1718 spiele sollen darlegen, dass wir eine andere Willkommenskultur in Bremen brauchen. Da-
1719 her werden wir:

- 1720
- 1721
- 1722
- 1723
- 1724
- 1725
- 1726
- 1727
- ein proaktives und durch die Stadt Bremen versandtes Begrüßungspaket für Neugeborene etablieren. Hierin sollen neben ersten Informationen zu Unterstützung und Ansprechpartnern, die Stadtmusikanten als Kuscheltier als Willkommensgeschenk und grundlegender Babybedarf enthalten sein,
 - ein Begrüßungspaket für neu nach Bremen oder Bremerhaven Gezogene einführen. Hierin enthalten kann z.B. eine Übersicht über die wichtigsten behördlichen Ansprechpartner sein und ein Gutschein für die Nutzung von Kultur- und Sporteinrichtungen.

1728

1729 **Stationsname: Bremen bei Nacht**

1730

1731 Jenseits des Viertels und der Neustadt ist das Angebot zum Ausgehen und Feiern sehr
1732 überschaubar geworden. Als u.a. Studierendenstadt wollen wir auch in der Nacht für die
1733 Menschen attraktiv sein. Daher werden wir:

- 1734
- 1735
- 1736
- 1737
- 1738
- 1739
- 1740
- einen Nachtbürgermeister oder eine Nachtbürgermeisterin für das Viertel und die Discomeile einführen,
 - ein Clubprogramm auflegen, u.a. um die Discomeile als Partyort wieder zu beleben,
 - Bremen als Stadt am Fluss mit Beach Bars und Orten am Wasser fördern,
 - die Erreichbarkeit der Innenstadt aus der gesamten Stadt in der gesamten Nacht ermöglichen.

1741

1742 **Stationsname: Bahnhofsvorstadt für die Menschen als Tor zu Stadt gewinnen**

1743 **Schnittstelle(n):** Mobilität, Sicherheit, Gesundheit, Arbeit und Soziales

1744

1745 Der Bremer Hauptbahnhof ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt, der täglich von tau-
1746 sendenden Pendlern, Touristen, Kindern und Jugendlichen genutzt wird. Leider sind der
1747 Bahnhof und die Bahnhofsvorstadt zunehmend durch menschliches Elend, insbesondere
1748 durch drogen- und alkoholranke Menschen, Kriminalität und soziale Härten geprägt. Für
1749 die meisten Menschen ist er ein Durchgangsort auf dem Weg in die Innenstadt, für meh-
1750 rere tausend Menschen aber auch Wohn- und Lebensort.

1751

1752 Um den Bremer Bahnhofsbereich wieder zur Visitenkarte Bremens und einem echten
1753 Eingangstor zu einer Stadt mit Aufenthaltsqualität zu machen, werden wir im Bereich
1754 des Bahnhofumfeldes ein generelles Alkohol- und Drogenkonsumverbot sowie ein Alko-
1755 holverkaufsverbot einführen. Um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken, wer-
1756 den wir das offensive Betteln am Hauptbahnhof verbieten.

1757

1758 Weil sich die Situation am Hauptbahnhof durch reinen Polizeieinsatz allein nicht lösen
1759 lässt, werden wir eine Koordinierungsstelle „Hauptbahnhof“ einrichten, in der alle be-
1760 troffenen Senatsressorts beteiligt werden, um den Menschen der Bahnhofsszene wirk-
1761 lich zu helfen.

1762 Um die Bahnhofsvorstadt und den Hauptbahnhof wieder zu einem attraktiven Bereich zu
1763 machen, werden wir

- 1764
- 1765
- ein ressortübergreifendes Konzept zu Sicherheit, Gesundheit und Sozialem aufstellen und umsetzen,

- 1766 ● die Beleuchtungssituation verbessern,
- 1767 ● den Platz der Deutschen Einheit als Ort für Veranstaltungen und Begegnungen
- 1768 umbauen,
- 1769 ● den Rembertikreisel als Lebensort entwickeln,
- 1770 ● die verkehrliche Situation am und im Gustav-Deetjen-Tunnel entschärfen und
- 1771 weiterentwickeln,
- 1772 ● ein generelles Alkohol- und Drogenkonsumverbot sowie ein Alkoholverkaufsver-
- 1773 bot am Hauptbahnhof einrichten,
- 1774 ● das offensive Betteln am Hauptbahnhof verbieten.

1775

1776 **Stationsname: Grünanlagen für alle Menschen**

1777

1778 Die Parks und Grünanlagen sind die Lungen der Stadtteile, aber leider oft wenig einladend
 1779 und nutzbar. Wir wollen die Grünanlagen für die Bürger dieser Stadt mit mehr Sitzmög-
 1780 lichkeiten, Grillstationen, neuen Beleuchtungen, Sicherheitskonzepten, Spielgeräten und
 1781 Fitnessangeboten ausstatten. Zudem wollen wir mehr Trinkbrunnen, gerade an beliebten
 1782 Joggingstrecken, schaffen. Dazu gehört für uns auch eine Erlebniswelt Wallanlagen, als
 1783 grünes Band der Innenstadt. Durch eine Aufhebung des Verkaufsverbotes von gastron-
 1784 omischen Angeboten innerhalb der Wallanlagen und eine Neuordnung des Radverkehrs,
 1785 kann dieses Idyll wieder von allen genutzt werden. Im gleichen Atemzug müssen Ordnung
 1786 und Sauberkeit durch die Stadtreinigung und die Sicherheit durch Polizei und Ordnungs-
 1787 dienst sichergestellt werden.

1788

1789 **Stationsname: Außergastronomie vom Provisorium zum festen Angebot weiterentwi-
 1790 ckeln**

1791 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

1792

1793 Sondernutzungserlaubnisse für Nebenflächen und im öffentlichen Raum für die Außen-
 1794 gastronomie wollen wir weiter pragmatisch handhaben. Ferner sollen Fördermittel in
 1795 Höhe von mindestens 50.000€ zur Verfügung gestellt werden, um die neu geschaffene
 1796 Außergastronomie aus der Coronazeit zu verstetigen und neue Plätze zu schaffen. Auch
 1797 ein weiterer Erlass der Gebühren für die Außergastronomie für die Jahre 2023 und 2024
 1798 soll hiermit einhergehen, um die Gastronomie nach der schweren Coronazeit weiter zu
 1799 unterstützen.

1800

1801 **Stationsname: Aktive Nachbarn bei Straßen- und Stadtteilsten unterstützen**

1802

1803 Das Engagement von Nachbarn für Nachbarn in den Stadtteilen bzw. den einzelnen Stra-
 1804 ßen wollen wir fördern. Oftmals scheitern Straßen-/Stadtteilsten daran, dass die Men-
 1805 schen nicht wissen, an wen sie sich wie wenden müssen. Dies wollen wir ändern, indem
 1806 wir feste Ansprechpartner etablieren, vereinfachte Genehmigungsverfahren auf den Weg
 1807 bringen und für Nachbarschaftsfeste werben!

1808

1809 **Stationsname: Die Pauliner Marsch als grüne Lunge für alle fördern**

1810 **Schnittstelle(n):** Verkehr, Klima

1811

1812 Die Pauliner Marsch zieht sich als grüne Lunge Bremens entlang der Weser. Sie ist ein
1813 wichtiger Ort für viele Menschen, ob als Naherholungsmöglichkeit, als Sportmöglichkeit
1814 oder einfach als Aufenthaltsmöglichkeit. Die Interessen der vielen Menschen in diesem
1815 Areal stoßen dabei aufeinander und sind teilweise nicht zu vereinen. Das in der Planung
1816 befindliche Nachwuchsleistungszentrum von Werder Bremen stellt dabei einen tiefen
1817 Eingriff in dieses Gebiet dar. Wir werden Werder Bremen bei diesem wichtigen Vorhaben
1818 unterstützen und uns für den Bau dieses Zentrums einsetzen. Um die Eingriffstiefe ab-
1819 zumildern und die Interessen aller zu berücksichtigen, werden wir den Runden Tisch Pau-
1820 liner Marsch neu auflegen.

1821

1822 **Stationsname: Bremen-Nord als örtliches Zentrum verstehen**

1823 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

1824

1825 Bremen-Nord ist das Freizeit-, Erholungs- und Einkaufszentrum für 100.000 Bremerin-
1826 nen und Bremer sowie das Umland. Die Potenziale der Stadtteile Burglesum, Vegesack
1827 und Blumenthal werden jedoch noch nicht ausreichend vom Bremer Senat ausgeschöpft,
1828 insbesondere das Integrierte Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer-Norden
1829 (ISEK) zeigt noch keine nennenswerten Erfolge. Wir wollen die Attraktivität Bremen-
1830 Nords mit einem Aktionsplan steigern, der auch tatsächlich umgesetzt wird und Bremen-
1831 Nord in den Mittelpunkt des senatorischen Handelns in Bremen setzen.

1832

1833 Wir werden neue Einkaufsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen nach Bremen-Nord
1834 bringen, um den Teil Bremens noch attraktiver zu machen. Dabei wollen wir insbesondere
1835 die Vegesacker Fußgängerzone und den Sedanplatz stärken und leerstehende Flächen
1836 mit Unterstützung Bremens an Pop-Up-Stores vermieten. Wir werden uns zudem dafür
1837 einsetzen, mit einem Ankauf der sogenannten „Grohner Düne“ das Gebiet rund um den
1838 Vegesacker Bahnhof neu, attraktiver und sicherer zu gestalten.

1839

1840 Bremen-Nord hat mit dem Schulschiff Deutschland einen wichtigen Touristenmagnet
1841 verloren. Dabei bietet ganz Bremen-Nord mit dem Knoop's Park, Wätjens Park, dem Bun-
1842 ker Valentin und der Maritimen Meile des im Jahr 1622 angelegten Vegesacker Hafens
1843 wichtige Naherholungs-, Kultur- und Denkmalorte. Dabei wollen wir wichtige Nordbremer
1844 Veranstaltungen wie z.B. Sommer in Lesmona oder das Festival Maritim bremenweit ver-
1845 markten.

1846

1847 Schließlich wollen wir Anreize für Unternehmen setzen, sich in Bremen-Nord anzusie-
1848 deln. Damit wollen wir die Arbeitsplatzdichte in Bremen-Nord stärken - denn derzeit ist
1849 die Arbeitsplatzdichte pro 100 Einwohnern immer noch geringer als im restlichen Stadt-
1850 gebiet, wo deutlich mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf 100 Einwohner
1851 kommen. Wohnortnahe Arbeitsplatzangebote stärken den Standort Bremen-Nord und
1852 führen zu weniger Pendelzeit für Arbeitnehmer und damit klimaschonender Mobilität.

1853

1854 **Stationsname: Bunker Valentin als Erinnerungsort weiterentwickeln**

1855

1856 Der Bunker Valentin ist ein wichtiger Ort der Bremer Geschichte, der mit seiner Monst-
1857 rosität die Verbrechen der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft vor Augen führt.

1858 Wir wollen diesen Ort nicht mehr am Rand akzeptieren, sondern ihn als Erinnerungsort
1859 im Bremer Gedächtnis fest etablieren. Dazu gehört für uns beispielsweise ein verpflichtender
1860 Besuch aller Bremer Schulklassen. Auch die Erreichbarkeit muss verbessert werden, z.B. durch eine neue Anlegestelle für Schiffe. Dieser Ort hat viel Schrecken hervorgebracht und Menschen mussten hier unfassbares Leid ertragen. #niewieder ist daher
1861 für uns Vermächtnis und Auftrag für die Zukunft zugleich, dieser Ort soll dazu dienen.

1864

1865 **Stationsname: Chancenstadt Bremerhaven**

1866 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Mobilität

1867

1868 Die Bremerhavener Innenstadt befindet sich im Umbruch. Mit dem Ankauf der Karstadt
1869 Immobilie besteht die einzigartige Chance, das Zentrum an dieser Stelle neu zu entwickeln. Mit der Neugestaltung des Karstadt-Areals und einer Öffnung hin zu den Havenwelten kann mit einer Mischung aus Handel, Dienstleistung und Markthalle eine attraktive Meile entstehen. Bei der Entwicklung des gesamten Areals sind auch die Flächen des Eulenhof-Grundstücks und des ehemaligen Finanzamtes mit einzubeziehen. Mit der
1870 Neugestaltung dieses Bereiches kann ein attraktiver Zugang für die Bremerhavener Innenstadt, mit einer Sichtachse zum Wasser, geschaffen werden. Alle Planungen sind mit den Investoren eng abzustimmen. Eine hohe Aufenthaltsqualität ist dabei von besonderer Bedeutung.

1878

1879 Das Miteinander zwischen den Inhabern der Geschäfte im Columbus-Shopping-Center, im Moin Outlet und der „Unteren Bürger“ sind positiv zu bewerten. Diese Bereiche müssen als Einheit betrachtet werden. Für eine dauerhafte Belebung der Innenstadt ist außerdem eine Angebotsvielfalt von Bedeutung. Hierzu zählen neben Einzelhandel, Dienstleistung, Gastronomie, Fitness, Kultur auch Arbeiten und Wohnen. Letzteres ist schon seit vielen Jahren Praxis. Die Verbindung zwischen Weserdeich und Geeste als grüne Lunge am Wasser gilt es weiterzuentwickeln.

1886

1887 Die Bremerhavener Innenstadt ist mit allen Verkehrsmitteln und zu Fuß gut erreichbar. Diese Erreichbarkeit muss auch zukünftig gewährleistet sein. Dazu zählen ausreichende Parkmöglichkeiten sowie preiswertes Parken. Für den Radverkehr wurde parallel zur Fußgängerzone die erste Fahrradstraße in Bremerhaven eingerichtet.

1891

1892 Das Potenzial der Hochschule Bremerhaven zur Stärkung der Innenstadt muss besser genutzt werden. Angebote für die Studentinnen und Studenten sind vermehrt zu berücksichtigen, ebenso Impulse und Vorschläge aus der Studierendenschaft. Der Ausbau der Hochschule muss daher vorangetrieben werden. Die Studienplätze der Hochschule Bremerhaven sollen zeitnah auf 5.000 anwachsen. Im Hanse Carré möchten wir den Studierenden Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

1898

1899 Mit dem aktiven Management der Bremerhavener Innenstadt, erst durch die Citymanagerin, dann den so genannten City Skipper und jetzt durch Erlebnis Bremerhaven, wird dem Leerstand bereits entgegengewirkt und die geplanten Entwicklungen mit Unterstützung einer zukünftigen Innenstadtkoordinatorin sind sichergestellt. Um junge Familien

1903 für die Innenstadt zu begeistern, haben wir mit dem damaligen City Skipper Spielange-
1904 bote für Kinder und Jugendliche geschaffen. Diese Angebote gilt es bedarfsgerecht aus-
1905 zubauen.

1906

1907 Über kulturelle Angebote, wie z.B. Konzerte auf dem Theodor-Heuss-Platz oder vor der
1908 Großen Kirche im Zentrum der Innenstadt, soll die Attraktivität gesteigert werden.

1909 Gemeinsam mit dem Handel vor Ort, den Schaustellern, der Verwaltung und Politik haben
1910 wir seit 2018 ein neues Konzept für den Bremerhavener Weihnachtsmarkt mit Erfolg ent-
1911 wickelt. Nur durch gemeinsames Handeln können wir alle Projekte in der Bremerhavener
1912 Innenstadt erfolgreich angehen und den Standort Bremerhaven stärken. Hierbei setzen
1913 wir auf eine große Bürgerbeteiligung.

1914

1915 Zudem unterstützen wir den Wandel der Bremerhavener Innenstadt durch ein Landes-
1916 programm zum klimafreundlichen Umbau der Innenstädte.

1917

1918 **Stationsname: Bundesgartenschau in Bremen und Bremerhaven**

1919 **Schnittstelle(n): Klima**

1920

1921 Der Klimawandel ist eine der Herausforderungen unserer Zeit. Entsiegelte Flächen,
1922 Bäume, Gärten, Blumen und Parks können vieles bewirken, um diesen Herausforderun-
1923 gen zu begegnen. Bremen hat viele öffentliche und private Grünflächen, Parks und Gär-
1924 ten, die schon jetzt das Stadtbild prägen und einen Beitrag zum Klimaschutz und zur
1925 Naherholung leisten. Wir wollen die Bundesgartenschau nach Bremen holen. Wir wollen
1926 Bremens grünes Potenzial nutzen und zeigen, wie Städte sich an den Klimawandel an-
1927 passen können und was jeder selbst tun kann, sei es im eigenen Vorgarten, auf dem
1928 Balkon, in der Parzelle oder im öffentlichen Raum. Dazu wollen wir vorhandene Grünflä-
1929 chen wie den Bürgerpark, den Stadtwald, die Wallanlagen, Knoops Park, den Rhododend-
1930 ronpark, Initiativen, Privatgärten und viele weitere für das Konzept der Bundesgarten-
1931 schau nachhaltig, divers und integrativ nutzen. Wir verstehen die Bundesgartenschau als
1932 Schau der Ideen und Möglichkeiten und wollen sie inklusiv, integrativ, nachhaltig und
1933 divers ausgestalten - eben bremisch.

1934

1935 **Stationsname: Bremen und Niedersachsen – DER Co-Working Space Deutschlands!**

1936

1937 Bremens Eigenständigkeit als Bundesland ist für uns als CDU ein zentraler Bestandteil
1938 aller politischen Aktivitäten und gewiss keine Nebensächlichkeit. Trotz dieses klaren Be-
1939 kenntnisses sind wir auf unser Nachbarbundesland, sind wir auf gute und enge Bezie-
1940 hungen zu Niedersachsen angewiesen. Die Verflechtungen unserer beiden Städte mit
1941 dem Umland sind sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher, familiärer, so-
1942 zialer und kultureller Hinsicht erheblich. Um die Potenziale aus der Verflechtung zu he-
1943 ben, wollen wir Bremen und Niedersachsen als DEN „Co-Working-Space“ der Bundesre-
1944 publik begreifen und entwickeln. Leben und Arbeiten müssen in unserer Region noch
1945 enger miteinander verzahnt werden. Die Realisierung des interkommunalen Gewerbege-
1946 biets Achim-West kann dabei nur ein Beispiel und ein Auftakt sein. Wir wollen diese Art
1947 der länder- und kommunenübergreifenden Kooperation verstetigen – im Bereich der Mo-

1948 bilität beispielsweise durch den weiteren Ausbau des ÖPNV-Streckennetzes sowie leistungsfähige Park-and-Ride-Parkplätze am Stadtrand. Die weitere Verknüpfung gilt generell auch im Bereich ÖPNV und Verkehrsanbindungen. Denn für die Mobilitätswende ist eine übergreifende, gute Zusammenarbeit und Finanzierung im Kommunalverbund mit den Umlandgemeinden zwingend notwendig.

1953

1954 **Stationsname: Wohnraum für alle**

1955 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Bildung, Klima, Arbeit und Soziales

1956

1957 Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven wieder zu echten wachsenden Städten werden, die allen Menschen ein bedarfsgerechtes Zuhause bieten. Wir wollen, dass Bremerinnen, Bremer und alle, die zu uns kommen, gerne hier wohnen, leben und arbeiten wollen. Sei es in einem Haus mit Garten oder in einer Wohnung in einem urbanen Quartier. Jeder sollte seinen Traum nach eigenen Vorstellungen verwirklichen können. Dabei ist uns besonders wichtig, dass Wohnraum bezahlbar ist. Das geht nur, wenn wir mehr bauen und das Angebot entsprechend erhöhen. Die derzeitigen Krisen führen leider dazu, dass viele Investoren aufgrund von extremen Preissteigerungen Abstand von Bauprojekten nehmen. Und sollten Häuser und Wohnungen doch gebaut werden, schlagen sich natürlich gesteigerte Baukosten auf die Immobilienpreise nieder. Wir wollen, dass Bremen die Herausforderungen annimmt und mehr Verantwortung beim Wohnungsbau übernimmt. Mit drei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften - BREBAU, GEWOBA und STÄWOG - können Bremen und Bremerhaven den unterschiedlichen Krisen trotzen und zuverlässig bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen. Wichtig ist, dass wir das Potenzial der kommunalen Gesellschaften erkennen und sinnvoll einsetzen.

1972

1973 Bremen verfügt über ein Wohnraumpotenzial von ca. 29.000 Wohnungen. Diese Flächen wollen wir im Zuge einer Wohnraumoffensive mit Bebauungsplänen versehen und zügig mit der BREBAU und GEWOBA bebauen und dabei allen Anforderungen und Wünschen der Stadtgesellschaft gerecht werden. Neben einem größeren Angebot kann Bremen auch so beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen, denn alle Wohnungen, die wir bauen, werden bezahlbar, klimaeffizient und ressourcenschonend sein. Damit trägt Bremen aktiv zum Ziel der Klimaneutralität bei. Das Marktumfeld aus steigenden Zinsen sowie Energie- und Baukosten erleichtert diese Aufgabe in der kommenden Legislatur nicht. Dennoch ist Bauen notwendig, damit mehr Menschen in Bremen eine passende Wohnung finden.

1983

1984 ● Mit den kommunalen Wohnungsunternehmen und den privaten Investoren wollen wir in den nächsten vier Jahren 10.000 Wohnungen und Häuser fertigstellen.

1985 ● An der Quote für Sozialwohnungen werden wir festhalten und bei jedem größeren Bauprojekt prüfen, ob eine Erhöhung, vor allem unter Einbindung der BREBAU und GEWOBA, möglich ist. So leisten wir gleich bei zwei Problemen Abhilfe. Erstens: es entstehen mehr Sozialwohnungen, und zweitens: die Sozialwohnungen verbleiben dauerhaft im kommunalen Besitz.

1987 ● Wir werden Wohnungsgenossenschaften stärken, indem wir mehr städtische Flächen in Erbpacht vergeben. Wichtig ist für uns hier der Wettbewerb um kluge Ideen, Projekte und neue Ansätze sowie Möglichkeiten.

1992

1993

- 1994 ● Wir wollen die Ausweisung von Bauflächen vereinfachen und Planungsverfahren beschleunigen.
- 1995
- 1996 ● In Bremen-Nord bestehen noch viele ungenutzte Potenziale für Neubauvorhaben
- 1997 - wobei gerade hier der Traum vom Eigenheim noch leichter verwirklicht werden
- 1998 kann als in anderen Stadtteilen. Wir wollen die Bereitstellung von brachliegenden
- 1999 und baureifen Flächen in Bremen-Nord massiv ankurbeln. Dafür wollen wir das
- 2000 Bauamt Bremen-Nord personell verstärken.

2001

2002 **Stationsname: Baulückenkataster**

2003 **Schnittstelle(n):** Klima

2004

2005 In einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen sind bebaubare Grundstücke rar. Gleichzeitig

2006 sind im gesamten Stadtgebiet verteilt Wohngebäude auf so großen Grundstücken ge-

2007 baut, dass deren Eigentümer oftmals Teile der freien Grundstücksfläche verkaufen wol-

2008 len. Das sogenannte Bauen in zweiter Reihe wollen wir viel stärker in den Mittelpunkt

2009 unserer Baupolitik stellen. Dadurch schaffen wir neue Flächenpotenziale für mehr Woh-

2010 nungen und Häuser und nutzen vorhandene Infrastruktur in den Quartieren.

2011

2012 Wir wollen,

- 2013 ● dass Eigentümer auf eigenen Wunsch ihre Grundstücksflächen im Bremer Baulü-
- 2014 ckenkataster hinterlegen können,
- 2015 ● wir Schwachstellen des Bremer Baulückenkatasters beheben, indem es aus-
- 2016 schließlich Flächen aufführt, die vom Eigentümer auch zum Verkauf angeboten
- 2017 werden,
- 2018 ● die technische Möglichkeit schaffen, dass Eigentümer und potenzielle Käufer in
- 2019 den direkten Austausch miteinander treten können,
- 2020 ● die Bebauungspläne überarbeiten, sodass Bauen in zweiter Reihe möglich wird
- 2021 und große Grundstücke einfacher geteilt werden können.

2022

2023 **Stationsname: Steuerentlastung fürs Eigenheim**

2024 **Schnittstelle(n):** Finanzen, Klima

2025

2026 Eigentum ist die beste Altersvorsorge. Dieser Grundsatz wird vermutlich nie an Gültigkeit

2027 verlieren. Leider erschweren Zinserhöhungen und Kostensteigerungen derzeit vielen,

2028 eine eigene Immobilie zu erwerben. Vor allem Familien können sich kaum noch Eigentum

2029 leisten. Auch wenn wir weder Zinsen noch Baukosten senken können, wollen wir als Stadt

2030 einen Beitrag leisten.

- 2031 ● Über ein Förderprogramm wollen wir allen Familien, die in den Jahren 2024 und
- 2032 2025 Eigentum erwerben, die Grunderwerbsteuer erlassen. Denn die Grunder-
- 2033 werbsteuer lässt bei vielen kaum noch etwas vom Eigenkapital übrig. Für das
- 2034 selbstgenutzte Eigentum werden wir einen Freibetrag für den Erwerb der Immo-
- 2035 bilie von 200.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind vorsehen.
- 2036 ● Gleiches wollen wir für alle Erwerber von sanierungsbedürftigen Altbauten ermög-
- 2037 lichen. Wer die graue Energie im Bestandsbau nicht abreißt, sondern durch Mo-
- 2038 dernisierungen erhält und klimafreundlich saniert, leistet einen erheblichen Anteil
- 2039 am Klimaschutz.

2040

2041 **Stationsname: Bauplanung stärken**

2042 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

2043

2044 Sowohl durch Aufstockungen als auch Bauten in zweiter Reihe müssen in der Regel vor-
2045 handene Bebauungspläne überarbeitet und angepasst werden. Diesen Prozess wollen wir

- 2046 ● im engen Austausch mit den jeweiligen Beiräten vorantreiben,
- 2047 ● mindestens 10 Mitarbeiter in den Bau- und Planungsabteilungen einstellen, die
2048 sich mit den Instrumenten Aufstockung und Bauen in zweiter Reihe beschäftigen.

2049

2050 **Stationsname: BREBAU endlich nutzen**

2051 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

2052

2053 Bremen hat die BREBAU 2019 zu einhundert Prozent gekauft. Auch vier Jahre nach
2054 dieser stadtentwicklungspolitischen Grundsatzentscheidung existiert jedoch immer noch
2055 keine Strategie, wie Bremen die Wohnungsbaugesellschaft nutzen will. Deshalb werden
2056 wir als CDU Bremen:

- 2057 ● den Fokus der BREBAU auf den Bereich Wohnungsbau legen. Mit der BREBAU
2058 wollen wir ein bedarfsgerechtes und möglichst erschwingliches Angebot schaf-
2059 fen,
- 2060 ● mit der BREBAU aktiver in das Baugeschehen in Bremen eingreifen und somit
2061 insgesamt zu einem größeren Angebot in Bremen beitragen.

2062

2063 **Stationsname: GEWOBA weiterentwickeln**

2064 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Finanzen

2065

2066 Die GEWOBA ist Bremens größter Vermieter und ein finanzstarkes Unternehmen. In den
2067 letzten Jahren konnte die GEWOBA immer mehr eigene Bauprojekte verwirklichen. Diese
2068 positive Entwicklung wollen wir weiterführen und verstärken, indem wir

- 2069 ● auf Gewinnausschüttungen, die im Bremer Haushalt versickern, verzichten und
2070 bei der GEWOBA belassen, um mehr Neubauprojekte und Sanierungen zu ermög-
2071 lichen,
- 2072 ● die GEWOBA zum maßgeblichen Partner unseres Ziels von 10.000 Wohnungen
2073 machen,
- 2074 ● mit der GEWOBA auch mehr Wohnungen erwerben und somit den kommunalen
2075 Bestand stetig erhöhen.

2076

2077 **Stationsname: Tiny Houses - Neue Wohnformen ermöglichen**

2078

2079 Kleine, zum Teil mobile Häuser: für Studierende, Auszubildende, Familien, Senioren: für
2080 alle, die so etwas wollen! Dieses Wohnkonzept hat sich rund um die Welt bereits etabliert.
2081 In Bremen werden wir Flächen ausfindig machen und hierfür anbieten. Auch Nachver-
2082 dichtungen, die Nutzung von Flachdächern und unsere Wasserflächen werden wir dabei
2083 mitdenken. Beispielsweise im Europahafen ergeben sich durch die dortigen Entwicklun-
2084 gen neue Möglichkeiten für Wohnen auf dem Wasser!

2085

2086 **Stationsname: Lebens- & Liebenswert: Kultur in Bremen & Bremerhaven**

2087 **Schnittstelle(n):** Wissenschaft

2088

2089 Kultur bestimmt Kreativität, Ausstrahlung, Identität und Lebensgefühl in unseren beiden
2090 Städten maßgeblich mit. Kultur ist Attraktivität, Aktivität, Ausgleich und schöpferische
2091 Unruhe gleichzeitig. Kultur steht für neue Ideen und für (geistigen) Fortschritt ebenso
2092 wie für Tradition und die Besinnung auf bewährte Werte. Kultur ist Erinnerung und Lernen
2093 für die Zukunft. Kultur kritisiert und führt gleichzeitig zusammen. Kultur ist für uns kein
2094 Luxus, den sich eine Gesellschaft leistet oder nur einigen Wenigen zur Verfügung stehen
2095 soll. Kultur ist deswegen weit mehr als das Aufbewahren von Kulturgütern, Werken oder
2096 Ideen, so wichtig dieses auch ist. Ebenfalls wird die Unterscheidung von „Hochkultur“
2097 oder „freier Szene“ der Bedeutung aller Kulturschaffenden für die Anziehungskraft und
2098 Entwicklung Bremens und Bremerhavens und der Abhängigkeit des einen vom anderen
2099 nicht mehr gerecht. Merkmal von Kultur ist für uns Vielfalt, in den Themen, in den Sparten
2100 und in den Strukturen. Wir wollen die Förderung von Kultur in inhaltlichen Zusammen-
2101 hängen ordnen und fördern, Profile schärfen und Schwerpunkte setzen. Einzelne Einrich-
2102 tungen, Projekte und Kulturschaffende können dabei in unterschiedlichen und auch
2103 übergreifenden Kategorien unterwegs sein. Diese sind

- 2104 ● Kultur – Kreativität – Wirtschaft
- 2105 ● Kultur – Bildung – Erinnerung – Forschung – Demokratievermittlung
- 2106 ● Kultur – Tradition/Werte/Identität/Information – Integration
- 2107 ● Kultur – Unterhaltung/Freizeit – Standort – Attraktivität

2108

2109 Eine lebendige kulturelle Szene und herausfordernde Aktivitäten haben immer auch mit
2110 der Verfügbarkeit von Ressourcen zu tun. Dabei geht es einerseits nicht nur um die Höhe,
2111 sondern auch um die Zuverlässigkeit und längerfristige Planbarkeit. Es geht andererseits
2112 auch um Wertschätzung für privates Engagement durch Stiftungen und Zuwendungen,
2113 die wir weiter fördern wollen. Wir werden mit den Mitteln aus den Einnahmen der sog.
2114 Citytax

- 2115 ● einen Fonds schaffen, mit dem private neue Spenden in den Grundstock einer
2116 Stiftung mit kulturell-öffentlicher Zwecksetzung verdoppelt werden können,
- 2117 ● die alleinige Erhöhung der Projektmittel muss überführt werden in eine Förder-
2118 struktur, die „Dauerbrenner“ langfristig fördert,
- 2119 ● die Nachwuchsarbeit und die kulturell-professionelle Arbeit unterstützen, indem
2120 wir bis zu vier Stipendien (sechs Monate je 2.000 €) je in Bremen und Bremer-
2121 haven unterstützen,
- 2122 ● Vorbereitung & Professionalisierung bei der Aufnahme einer selbständigen Tätig-
2123 keit im Kultur- & Kreativbereich z.B. durch gezielte Fortbildung in Akquisition von
2124 Sponsoring unterstützen.

2125

2126 Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, Bremen und Bremerhaven auch kulturell durch eine
2127 Landesförderung zu synchronisieren. Neben einer verzahnten Strategie einer Landeskul-
2128 turpolitik ermöglicht eine solche Institution den Zugriff auf weitere Förderstrukturen auf
2129 EU- oder Bundesebene, ebenso wie der Zugriff auf explizite Landesfördermittel von Stif-
2130 tungen.

2131

2132 **Stationsname: Kultur ist dort, wo Menschen aufeinandertreffen**

2133 **Schnittstelle(n):** Bildung, Wissenschaft

2134

2135 Kultur findet häufig dort Widerhall, wo Menschen einander begegnen. Aus diesem Grund
2136 möchten wir den Austausch zwischen Kulturorten, Schulen, Altenheimen und mehr Orten
2137 fördern. Wir wollen, dass Kultur in unseren Schulen sichtbarer wird und Kultureinrichtun-
2138 gen häufiger als bisher von Schülerinnen und Schülern besucht werden. Dazu wollen wir
2139 Kulturschaffende einladen, den Unterricht an Schulen zu unterstützen und Kultureinrich-
2140 tungen zu bestärken und zu befähigen, neben der Arbeit in der Kultur zu externen Lern-
2141 orten zu werden. Besonders beispielgebend ist für uns nicht nur das - inzwischen inter-
2142 nationale - Renommee der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, sondern auch de-
2143 ren schulisches Engagement zu Gunsten von Schülerinnen und Schülern einer ganzen
2144 städtischen Region. Nachhaltigkeit fördern, indem wir Künstlerinnen und Künstlern sowie
2145 Kultureinrichtungen Fördermittel für nachhaltige Arbeitsbedingungen und Produktionen
2146 zur Verfügung stellen. Wir unterstützen alle Beteiligten der Kulturbranche bei der ökolo-
2147 gischen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und für einen klimafreundlichen Be-
2148 trieb.

2149

2150 Wir verstehen Orte wie die Stadtbibliotheken, Volkshochschulen, Museen und viele mehr
2151 als Dritte Orte, an denen Austausch, Leben und Lernen stattfinden kann: als Begegnung-
2152 sorte. Dort braucht es eine technische Infrastruktur auf Höhe der Zeit und Arbeitsplätze,
2153 die zum Miteinander-Arbeiten anregen. Gleichzeitig möchten wir den Open Library An-
2154 satz stärker verfolgen, nachdem unter Vorlage des Bibliotheksausweises diese öffentli-
2155 chen Orte an sieben Tagen die Woche genutzt werden.

2156

2157 **Stationsname: Kultur braucht eine gute Infrastruktur**

2158 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

2159

2160 Die Bremer Orchester und ihre Darbietungen, z.B. im Rahmen der Philharmonie, der
2161 Deutscher Kammerphilharmonie oder im Rahmen von Events wie z.B. dem Musikfest
2162 Bremen, haben überregionale Strahlkraft. Diese zieht wie ein Magnet Menschen buten
2163 un binnen an. Wir werden die großartigen Konzerte und den Bestand von etablierten
2164 Veranstaltungsformaten auch in Zukunft schützen.

2165

2166 Die CDU Bremen unterstützt die Initiative „Pay the artist“ des BBK, dem Berufsverband
2167 „Bildender Künstler*innen und Künstler Bremen“, und setzt sich für die faire Vergütung
2168 von Künstlerinnen und Künstlern ein, denn professionelle Arbeit muss auch professionell
2169 bezahlt werden. Wir wollen eine verpflichtende Vergütung von Künstlern, die angemes-
2170 sen für die Präsentation ihres künstlerischen Eigentums in öffentlichen Ausstellung-
2171 häusern in Bremen bezahlt werden. Wir wollen einen Fonds in Höhe von 100.000 Euro
2172 aufsetzen, der entweder von der Kulturbehörde oder dem BBK verwaltet wird. Der Fonds
2173 ermöglicht öffentlich geführten Ausstellungshäuser, aber auch ehrenamtlich geführten
2174 Off-Spaces und Produzentengalerien in Bremen, eine faire Vergütung an die Künstler zu
2175 zahlen. Die fehlenden Ausbildungsstrukturen in Bremen machen es unerlässlich, struk-
2176 turell mehr in Nachwuchsförderung zu investieren, um dauerhafte Impulse für z.B. die

2177 Freien Künste und ehrenamtlich geführte Kulturinstitutionen zu setzen. Wir werden Kul-
2178 tureinrichtungen beim Generationswechsel begleiten und unterstützen.

2179

2180 Bremens kulturelle Vielfalt ist nicht nur abhängig von der Kreativität der Kulturschaffenden.
2181 Bremen hat eine besondere Tradition in der Unterstützung der Kultur durch Mäzenatentum,
2182 Sponsoring und ehrenamtliches Engagement für die Kultur, für die Bewahrung
2183 von kulturellen Werten und die Pflege von Traditionen. Bremen wäre ohne dieses Engage-
2184 ment in mehrfacher Hinsicht „ärmer“. Wir wertschätzen und fördern deshalb diese
2185 breite tätige und finanzielle Unterstützung, z.B. in Vereinen, durch private Sammlungen
2186 oder etwa durch die Zurverfügungstellung von Exponaten.

2187

2188 Darüber hinaus sind die Museen in Bremen und Bremerhaven mehr als die „kollektiven
2189 Gedächtnisse“ der Gesellschaft. Sie sind als Anziehungspunkte für Besucher ebenso un-
2190 verzichtbar wie als Lernorte, z.B. für Schülerinnen und Schüler. Wir wollen ihre Attrakti-
2191 vität erhalten und wo notwendig steigern. Dieses bedeutet, nicht nur zu bewahren, son-
2192 dern auch zu verändern. Dazu müssen sie in die Lage versetzt werden, neben der Öffnung
2193 für das Publikum ihre kulturfachliche Arbeit zu leisten. Das heißt: zu bewahren, neue
2194 Erkenntnisse zu gewinnen, zu präsentieren, aber auch Bestände zu digitalisieren und z.B.
2195 die Provenienz zu erforschen. Zudem bedeutet dies, sich mit klassischen und für Bremen
2196 typischen Themen, etwa kaufmännischen, seefahrerischen und maritimen Traditionen
2197 Bremens und Bremerhavens auseinanderzusetzen und sie einem breiten Publikum zu-
2198 gänglich zu machen. Es meint aber auch, sich mit unbequemen Themen wie dem Kolo-
2199 nialismus und anderen Feldern kritisch auseinanderzusetzen. Dazu müssen auch neue
2200 Wege beschritten werden, die wir nachdrücklich unterstützen werden: Bremen muss eine
2201 digitale Kulturstrategie für Museen vorantreiben und so die Häuser sowohl für For-
2202 schungsdatenbanken als auch für Besucher jeweils digital zugänglich machen. Neben
2203 einer technischen Infrastruktur (LAN/WLAN) ist die Umsetzung eines ‚digitalen Besuchs‘
2204 anzugehen. Wir wollen einen Runden Tisch mit den (ehrenamtlichen) Museen etablieren,
2205 um durch einen regelmäßigen Austausch die dort geleistete Arbeit frühzeitig unterstüt-
2206 zen zu können, auch, um so den Verlust durch Schließung oder Abzug z.B. von Samm-
2207 lungen für Bremen zu vermeiden.

2208

2209 Bremen und Bremerhaven haben als „Theaterstädte“ eine lange, eigenständige und etab-
2210 lierte Tradition. Neben den „Großen“ gibt es eine Vielzahl weiterer Spielstätten der dar-
2211 stellenden Kunst. Die großen Theater in Bremen und Bremerhaven haben mit ihrem je-
2212 weiligen Status als Stadttheater jedoch jeweils ein Alleinstellungsmerkmal, das eine
2213 große Verantwortung bedeutet. Experimentelles Theater muss auf den Bühnen dort
2214 ebenso Platz finden wie auch ein Programm, das die breite Stadtgesellschaft anspricht
2215 und Publikum bindet. Die Theaterlandschaft wollen wir weiter unterstützen, ihre Vielfalt
2216 und ihre besondere Profilierung erhalten. So gehört z.B. die Bremer Shakespeare Com-
2217 pany mit ihrem Ensemble zu einer der renommiertesten Schauspielgruppen in Deutsch-
2218 land. Die ehrenamtlichen Theaterschaffenden im Bereich der Amateurtheater, aber auch
2219 die freie Theaterszene, wollen wir stärker fördern.

2220 **LINIE: SICHERHEIT**

2221

2222 Bremen hat ein Sicherheitsproblem. Und das nicht erst in den letzten vier Jahren. Auf
2223 dem Weg vom Bremer Hauptbahnhof in die Innenstadt hat man zunehmend das Gefühl,
2224 man befinde sich in einem rechtsfreien Raum. Abgesehen von Unrat und Gestank, sind
2225 das Herumlungern von Menschen oder aggressive Bettelei keine Umstände, die den Weg
2226 zu Fuß oder mit dem Rad in Richtung Innenstadt positiv begleiten. Im Gegenteil: Immer
2227 häufiger äußern Bürgerinnen und Bürger ihre Ängste und persönlichen Vorbehalte bei
2228 der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, fühlen sich im allgemeinen Sicherheits-
2229 empfinden beeinträchtigt und entwickeln sogar Vermeidungsstrategien, um beispiels-
2230 weise nicht zwingend am Hauptbahnhof umsteigen zu müssen.

2231

2232 Diese Ängste der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir ernst. Mit einer bürgernahen, prä-
2233 senten, gut ausgestatteten Polizei sorgen wir dafür, dass sich die Bürger in unseren bei-
2234 den Städten wieder sicher fühlen. Die Eigenständigkeit der beiden Stadtgemeinden in
2235 Fragen der Polizei bzw. der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist für uns von heraus-
2236 ragender Bedeutung, um den jeweils vorhandenen Bedrohungslagen zu begegnen. Sie
2237 steht für uns als CDU nicht zur Diskussion. Straftaten, ob im öffentlichen Raum oder in
2238 der digitalen Welt, wollen wir entschlossen entgegentreten. Wir stärken unsere Polizei
2239 und die Justiz und stärken damit den Rechtsstaat. Durch digitale Werkzeuge wollen wir
2240 den Bürgerinnen und Bürgern auch abseits des 110-Prozesses ermöglichen, rund um die
2241 Uhr die Polizei zu erreichen.

2242

2243 Unsere Justiz wollen wir effizienter machen. Den Bearbeitungsstau bei den Gerichten
2244 und Staatsanwaltschaften werden wir durch digitalisierte Verfahren und, wo immer not-
2245 wendig, durch mehr Personal auflösen. Konsequente Strafverfolgung und zügige Verfah-
2246 ren sind für einen funktionierenden Rechtsstaat unabdingbar. Wir wollen prozessuale
2247 Möglichkeiten zur Beschleunigung von Strafverfahren konsequent nutzen, auch um die
2248 Abschreckung von Strafandrohungen zu verstärken.

2249

2250 Die Resilienz unserer zwei Städte gegenüber Krisen und Katastrophen ist für uns eines
2251 der Themen, die die nächste Legislaturperiode bestimmen und das wir mit hoher Priorität
2252 angehen werden. Unseren Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven obliegt dabei der
2253 Katastrophenschutz mit der Vorhaltung bestimmter Einrichtungen zur Gefahrenabwehr.
2254 Zudem übernimmt auch die Bundeswehr eine wichtige Stellung im Rahmen der Amtshilfe
2255 mit ihrem Landeskommando und ihrer Heimatschutzkompanie. Damit ist die Stärkung
2256 des Katastrophenschutzes und der allgemeinen Gefahrenabwehr in der „Zeitenwende“
2257 eine praktische Solidarität gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern.

2258

2259 Doch Zivil- und Katastrophenschutz sind nur zwei Bestandteile einer verbesserten Kri-
2260 sensvorsorge: Das „integrierte Hilfesystem“ wollen wir zu einem „integrierten Sicherheits-
2261 system“ ausbauen, denn mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind die Fragen der
2262 Energieversorgungssicherheit, der Abhängigkeit von einzelnen Handelspartnern, der
2263 wirtschaftlichen Verflechtung, der Preissteigerungen und der allgemeinen Widerstands-

2264 fähigkeit in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussionen gerückt. Sicherheit be-
2265 deutet für uns daher auch Versorgungssicherheit und die Sicherstellung von reibungslo-
2266 sen Lieferketten und einer funktionierenden Weltwirtschaft. Durch vorausschauende Pla-
2267 nung und Bevorratung wollen wir die Versorgung mit kritischen Gütern wie Medikamen-
2268 ten, medizinischer Schutzbekleidung und weiterem Material auch in Krisenzeiten sicher-
2269 stellen.

2270

2271 **Stationsname: Sichtbare Polizei vor Ort**

2272 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

2273

2274 Eine sichtbare und aufmerksame Polizei verhindert Straftaten und ist Ansprechstelle für
2275 die Bürger sowie die Institutionen im Stadtteil. Kontaktpolizisten kennen ihre Quartiere,
2276 die dortigen Problemlagen und sind jederzeit bereit zu helfen. Sie vermitteln Sicherheit
2277 und sind mit Rat und Tat zur Stelle. Für die Bürger sind Kontaktpolizistinnen und Kon-
2278 taktpolizisten oft der erste Ansprechpartner, wenn es um das Sicherheitsempfinden
2279 geht. Daher wollen wir endlich alle 110 Stellen der Kontaktpolizisten in den Stadtteilen
2280 besetzen. Es gilt dabei, sie ausschließlich für ihre Aufgabengebiete einzusetzen und nicht
2281 bei jedem personellen Engpass zum Aushelfen aus ihren Stadtteilen abziehen.

2282 • Um Straftaten an belebten Orten effektiv aufklären zu können, werden wir die
2283 technische Überwachung an öffentlichen Plätzen ausbauen.

2284 • Um der besonderen Schwerpunktlage am Bremer Hauptbahnhof zu begegnen,
2285 werden wir dort eine mobile 24/7 Polizeiwache etablieren.

2286

2287 **Stationsname: Polizeiausbildung modernisieren**

2288 **Schnittstelle(n):** Führung & Verwaltung

2289

2290 Wir wollen eine zusätzliche Einstellungsoffensive bei der Polizei. Die Erhöhung der Ziel-
2291 zahl in der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens 3.000 bis 2027 und in Bremerhaven
2292 auf mindestens 580 Polizistinnen und Polizisten soll festgeschrieben werden. Auf Basis
2293 dieser Zielzahlen werden die Standortkonzepte der Bremer und Bremerhavener Polizei
2294 geprüft, ob die Polizeistandorte den Ansprüchen an moderne Arbeitsplätze auch nach
2295 Erreichen der neuen Zielzahlen genügen. Unabhängig von der Frage der angestrebten
2296 Personalstärke, wird es aber vor allem darum gehen, die vorhandenen Stellen in der
2297 nächsten Legislatur auch tatsächlich zu besetzen. Das erreichen wir aber nicht nur aus
2298 eigenen Mitteln und innerhalb der bestehenden Strukturen. Wir brauchen dazu eine Po-
2299 lizeiakademie, die sowohl das bisherige Hochschulstudium unserer Polizeianwärter in
2300 den kommenden Jahren sicherstellt, als auch zusätzlich perspektivisch ein „Fachabitur
2301 Polizei“ anbietet, um auch Menschen ohne Abitur für die Polizei gewinnen zu können. Die
2302 Einstellungsvoraussetzungen für den Polizeivollzugsdienst wollen wir dahingehend an-
2303 passen. Zurzeit müssen Bewerberinnen und Bewerber außerdem eine Fahrerlaubnis der
2304 Klasse B bis zum Ende des ersten Semesters vorweisen. Dies könnte potenziell geeignete
2305 Kandidatinnen und Kandidaten ebenfalls von einer Bewerbung abschrecken und aus-
2306 schließen. In Zeiten des Fachkräftemangels auch in der öffentlichen Verwaltung ist diese
2307 Selbstbeschränkung nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen den Polizeianwärterinnen und Po-
2308 lizeianwärtern deshalb als kurzfristig umsetzbare Maßnahme die Möglichkeit eröffnen,
2309 die notwendige Fahrerlaubnis in der Polizeiausbildung kostenlos zu erwerben.

2310

2311 Um die Arbeit bei der Polizei grundlegend attraktiver zu gestalten, muss sowohl die Be-
2312 soldung auf den Bundesdurchschnitt erhöht, als auch das Zulagenwesen angepasst wer-
2313 den. Hierfür wollen wir zum einen die allgemeine Polizeizulage an die Höhe der Feuer-
2314 wehrzulage angleichen, zum anderen die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der
2315 Zulage sowie die Einführung der Erschwerniszulage für die Polizistinnen und Polizisten,
2316 die im Bereich der Bearbeitung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch zuständig
2317 sind. Bedienstete der Polizei sollen stets entsprechend ihres Dienstpostens und der aus-
2318 geübten Funktion entlohnt werden und Beförderungen regelhaft erfolgen.

2319

2320 **Stationsname: Umstrukturierung der Polizeiarbeit**

2321

2322 Wir wollen die Struktur der polizeilichen Arbeit und die Präsenz in der Fläche nach Zweck-
2323 mäßigkeit und den Bedürfnissen der Bürger gestalten. Die Durchführung von Verwal-
2324 tungsaufgaben bei Vorgangsbearbeitungen soll dabei in Zukunft auch von Unterstüt-
2325 zungskräften wahrgenommen werden können, sodass die Polizei ihrer tatsächlichen Auf-
2326 gabe nachgehen kann. Hierzu wollen wir verstärkt Personal für den Nichtvollzug einstel-
2327 len. Zugleich muss die erforderliche Infrastruktur ausgebaut werden und dessen Funkti-
2328 onalität und Aktualität sichergestellt sein. Zudem muss die Polizei noch weiter von Auf-
2329 gaben, wie z.B. dem Objektschutz oder der Überwachung von Personen in Arresträumen,
2330 entlastet werden, die nicht notwendigerweise von Vollzugsbeamten durchgeführt werden
2331 müssen.

2332

2333 **Stationsname: Polizeiarbeit der Zukunft – mit KI und Köpfchen.**

2334 **Schnittstelle(n):** Führung & Verwaltung

2335

2336 Eine moderne, leistungsstarke und zukunftsorientierte Polizei muss nicht nur personell
2337 gut aufgestellt sein, sondern vor allem auch technisch auf dem neuesten Stand sein, um
2338 den Tätern, insbesondere in der digitalen Welt, auf Augenhöhe begegnen zu können. Da-
2339 bei ist uns wichtig alles miteinander zu verbinden und als Großes und Ganzes zu sehen.
2340 Arbeitsabläufe müssen für unsere Polizistinnen und Polizisten vereinfacht werden, um
2341 mehr Tempo und Flexibilität für andere Aufgaben zu entwickeln. Gleichzeitig muss aber
2342 auch die IT-Sicherheit gewährleistet sein und gerade bei mehr Tätigkeit im Home Office
2343 auch der Datenschutz gewährleistet werden. Man muss die richtigen Informationen zur
2344 richtigen Zeit generieren können und auch dem Gegenüber zeitgemäß begegnen. Wichtig
2345 dafür sind auch leistungsfähige Hard- und Softwarelösungen zur Auswertung und Bear-
2346 beitung von Fällen und digitale Kommunikation. Wir wollen für die Polizei im Land Bremen
2347 perspektivisch:

2348

- eine „Cyberpolizeistaffel“, die ausschließlich um Straftaten in um das In-
2349 ternet bekämpft

2350

- Dashcams in den Streifenwagen etablieren

2351

- App-basierte Lösungen, um direkt „auf der Straße“ den Großteil der admi-
2352 nistrativen Arbeit erledigen zu können

- 2353
- 2354
- 2355
- 2356
- 2357
- 2358
- 2359
- 2360
- 2361
- 2362
- 2363
- 2364
- 2365
- die „Digitale Akte“ schnellstmöglich einführen und den Datenaustausch sowohl zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft als auch zwischen Polizei und Bürgern digital und medienbruchfrei realisieren
 - die modernste Software auf dem Markt bieten, auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz, um sie zu entlasten und vom technischen Fortschritt profitieren zu lassen
 - an allen Polizeistandorten WLAN anbieten
 - einen „INNOVATION HUB 110“ als Digitalisierungsplattform einführen, die für den digitalen Wandel steht, indem sie bei Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungs- und IT-Projekten unterstützt
 - digitale Anhörungen und Vernehmungen anbieten, um die Polizeiarbeit flexibler zu gestalten, auch für Zeuginnen und Zeugen und Beschuldigte

2366 **Stationsname: Polizeigesetz evaluieren**

2367

2368 Als CDU Bremen haben wir Vertrauen in die Arbeit unserer Polizeibeamten. Wir wollen
2369 die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützen und lehnen ein pauschales Misstrauen ihr ge-
2370 genüber ab. Daher werden wir das geltende Polizeigesetz evaluieren und an die aktuellen
2371 Bedarfe anpassen. Dabei gilt es insbesondere die über die in der Datenschutzgrundver-
2372 ordnung hinausgehenden Regelungen, die die alltägliche Polizeiarbeit nur erschweren,
2373 zurückzunehmen, besondere Kontrollorte wieder einzuführen und Kontrollquittungen
2374 wieder abzuschaffen.

2375

2376 **Stationsname: Gut ausgestattete Polizei**

2377 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

2378

2379 Bezogen auf die Ausstattung unserer Polizei wollen wir die Zahl der durchschnittlich ver-
2380 fgbaren Streifenwagen in Bremen und in Bremerhaven in der Grundlast den Bedarfen
2381 entsprechend anpassen. Zudem wollen wir die Polizeifahrradstaffel ausbauen, die insbe-
2382 sondere die verkehrliche Überwachung verstärkt. Für brenzlige Einsätze wollen wir Ab-
2383 standswaffen wie den sog. Taser, Dash-Cams und modernste Schutzbekleidung.

2384

2385 Für uns gehören flächendeckend mobile Tablet-Computer, Kartenlesegeräte und Smart-
2386 phones zum modernen Standard guter Polizeiarbeit. So können Berichte schnell und un-
2387 kompliziert verfasst, Fotos von Tatorten angefertigt und übertragen sowie Personalien
2388 festgestellt werden. Zudem können Einsatzkräfte über einen eigenen Messenger-Dienst
2389 mit den Kollegen im ständigen Kontakt bleiben. Es ist an der Zeit, dass auch die Polizei
2390 in Bremen und in Bremerhaven diesbezüglich zeitgemäß ausgestattet wird.

2391

2392 **Stationsname: Null-Toleranz Strategie gegen Clan Kriminalität**

2393 **Schnittstelle(n):** Sicherheit & Lebenswerte Städte

2394

2395 Bremen zählt mit Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu den Hochburgen
2396 der Clan-Kriminalität in Deutschland. Die kriminellen Strukturen der Clan-Kriminalität

2397 haben sich hier über Jahre verfestigt. Waren die Betätigungsfelder früher meist Betäu-
2398 bungsmittelhandel, Zuhälterei oder Menschenhandel, stellt man sich heute breiter auf,
2399 auch um das illegal erbeutete Vermögen zu waschen. Die Clans sind mittlerweile auch in
2400 Bereichen wie Autovermietung, Umzugsfirmen, Sicherheitsgewerbe, Frisör, Shishabars,
2401 Callshops oder jüngst in Corona-Testzentren tätig. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass
2402 Clan-Mitglieder Luxusautos fahren und gleichzeitig Sozialleistungen beziehen. Hierfür ist
2403 eine Strategie der 1.000 Nadelstiche mit maximalem Kontroll- und Verfolgungsdruck not-
2404 wendig. Unser Ziel ist es

- 2405 • den kriminellen Clan-Mitgliedern den Führerschein zu entziehen und ihre Autos
2406 einzuziehen,
- 2407 • Scheinhalterschaften bei Kraftfahrzeugen zu verhindern,
- 2408 • automatisierten Datenabgleich zwischen Kraftfahrtbundesamt und Sozialämtern
2409 durchzuführen,
- 2410 • Aussteigerprogramme zu etablieren, insbesondere für Kinder und Frauen aus den
2411 Clan-Familien,
- 2412 • verstärkte Ermittlungen im Bereich Geldwäsche, Steuerbetrug, Korruption und
2413 Drogenhandel durchzuführen,
- 2414 • Vermögensabschöpfung zu intensivieren, wofür auch die Beweislastumkehr bei
2415 Vermögen unklarer Herkunft angewendet wird,
- 2416 • Rückführungen von Clanmitgliedern durchzusetzen, die in Deutschland als Inten-
2417 sivistäter gelten, und Wiedereinreisesperren zu verhängen.

2418

2419 **Stationsname: Mehr Kooperation für mehr Sicherheit**

2420

2421 Die Sicherheit der Bürger und der Kampf gegen Kriminalität darf nicht an Landesgrenzen
2422 aufhören. Um organisierter Kriminalität und internationalem Extremismus und Terroris-
2423 mus, sowie Cyber-Kriminalität wirksam zu begegnen, wollen wir eine koordinierte Zu-
2424 sammenarbeit für mehr Effektivität und bessere Prävention. Aus diesem Grund müssen
2425 Zuständigkeiten dort gebündelt werden, wo Kompetenzen und Mittel verfügbar sind und
2426 im Rahmen von Taskforces muss eine Bündelung der bundesweiten Kräfte erfolgen.

2427

2428 **Stationsname: Eine Drogenpolitik, die Betroffenen wirklich hilft**

2429 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Soziales, Gesundheit

2430

2431 Wir stellen den Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik und
2432 lassen Betroffene und ihre Angehörigen mit den Problemen nicht allein. Wir werden die
2433 Aufklärung verstärken und Beratungs-, Hilfs- und Therapieangebote weiter ausbauen.
2434 Durch konzentrierte und kontinuierlich durchgeführte Schwerpunktmaßnahmen werden
2435 wir die Aufdeckung und Zerschlagung der Dealerstrukturen verfolgen und mit konse-
2436 quenter Ahndung aller Drogendelikte den florierenden Betäubungsmittelhandel insbe-
2437 sondere im Bahnhofsumfeld bekämpfen.

2438

2439 **Stationsname: Haus des Jugendrechts**

2440 **Schnittstelle(n):** Soziales

2441

2442 Wir bringen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugend(rechts)hilfe unter Einbeziehung von
2443 freien Trägern nicht mehr nur digital, sondern tatsächlich unter einem Dach zusammen,

2444 um Jugendkriminalität effektiv zu bekämpfen und kriminelle Karrieren frühzeitig zu ver-
2445 hindern. So ermöglichen wir differenzierte Lösungsansätze, um den vielschichtigen und
2446 komplexen Ursachen für jugendliche Straffälligkeit zu begegnen. Um real ansprechbare
2447 Hilfen, kurze Kommunikationswege und einen regelmäßigen Austausch zu gewährleisten,
2448 werden wir ein echtes Haus des Jugendrechts in Bremen schaffen.

2449

2450 **Stationsname: 24h Video-Online-Wache**

2451 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

2452

2453 Bremer Bürger sollen zu jeder Zeit und an jedem Ort Anzeigen aufgeben können. Ob
2454 Fahrrad- oder Handtaschendiebstahl, Einbruch oder Sachbeschädigung: Auf einer Video-
2455 Online-Wache wird die Anzeige unverzüglich aufgenommen und die Polizeibeamten kön-
2456 nen direkt weitere Schritte einleiten, ohne dass die Bürger nochmal das Haus verlassen
2457 oder mitten in der Nacht an das andere Ende von Bremen fahren müssen.

2458

2459 **Stationsname: Straftat: Cybermobbing**

2460 **Schnittstellen:** Soziales, Bildung, Digitalisierung

2461

2462 Jeder 5. Schüler, jede 5. Schülerin ist aktuell von Cybermobbing betroffen. Unter Cyber-
2463 mobbing versteht man verschiedene Formen der Belästigung, Nötigung oder Diffamie-
2464 rung anderer Menschen unter Zuhilfenahme elektronischer Kommunikationsmittel. Dies
2465 hat psychische und körperliche Folgen für die Betroffenen. Wir setzen uns für eine bun-
2466 desweite Gesetzesänderung ein, nach der Cybermobbing zum eigenen Straftatbestand
2467 ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Darauf folgend steht Bremen in der Verantwor-
2468 tung, Ressourcen bei Polizei und Justiz zur Verfügung zu stellen, um eine Strafverfolgung
2469 zu sichern.

2470

2471 **Stationsname: Allen Rettungskräften den Rücken stärken**

2472 **Schnittstelle(n):** Ehrenamt

2473

2474 Wir als CDU haben ein Grundvertrauen in unsere Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte
2475 und stärken den Einsatzkräften und engagierten Ehrenamtlichen den Rücken und werden
2476 sie konsequent vor Angriffen jeglicher Art schützen. Einsatzkräfte und insbesondere eh-
2477 renamtlich Tätige verdienen größten Respekt und unser Vertrauen. Wir wollen daher zei-
2478 gen, wie sehr wir die Arbeit der Hilfskräfte schätzen und weitere Angebote für sie schaf-
2479 fen. Dazu werden wir verstärkt Deeskalations- oder Selbstverteidigungstrainings anbie-
2480 ten. Durch regelmäßige Blaulichttage, auch in Schulen, informieren wir über die Arbeit
2481 der Helfer und schaffen so mehr Verständnis. Zudem wollen wir auf die Gleichstellung
2482 von ehrenamtlichen Einsatzkräften der Hilfsorganisationen hinwirken, um ihre Arbeit an-
2483 gemessen wertzuschätzen. Hierfür wollen wir sie im Hilfeleistungsgesetz aufnehmen.

2484

2485 **Stationsname: Bei der Feuerwehr brennt's**

2486 **Schnittstelle(n):** Ehrenamt

2487

2488 Eine einsatzbereite Feuerwehr braucht eine gute Ausbildung, moderne Feuerwachen und
2489 Gerät auf der Höhe der Zeit. Wir werden einen neuen Standort für die Feuerweherschule

2490 suchen, um eine optimale Ausbildung zu gewährleisten. Die Feuerweherschule wird per-
2491 sonnell verstärkt und für alle Ausbildungsmodule werden die notwendigen Geräte und
2492 Räumlichkeiten bereitgestellt. Mit einem Sofortprogramm zur Abarbeitung des Investiti-
2493 onsstaus bei der Feuerwehr Bremen werden wir vor allem neue Fahrzeuge anschaffen,
2494 dringend notwendige Gebäudesanierungen durchführen und den Standard bei der in den
2495 letzten Jahren neu angeschafften persönlichen Schutzausrüstung hochhalten. Zu einer
2496 modernen Feuerwehr gehören auch Tablet-Computer, auf denen die Einsatzinformatio-
2497 nen sofort bereitstehen, mindestens eins pro Fahrzeug. Wir werden den anhaltenden Per-
2498 sonalengpass durch einen erheblichen Personalaufwuchs mit einer angemessenen Mitar-
2499 beiterzahl, die sich an den Bedarfen und zukünftigen Herausforderungen orientiert ab-
2500 bauen, um verlässlich überall in Bremen binnen höchstens 10 Minuten mit 8 Einsatzkräf-
2501 ten mit einem Hilfeleistungslöschfahrzeug und einer Drehleiter vor Ort zu sein. Perspek-
2502 tivisch wollen wir die Schutzzielbestimmung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Be-
2503 rufsfeuerwehren anstreben (8 Minuten mit 10 Einsatzkräften).

2504

2505 Wir starten eine Ausbildungsoffensive, wobei eine verstärkte Anwerbung von bereits aus-
2506 gebildeten Feuerwehrkräften erfolgen soll, aber auch die finanziellen Voraussetzungen
2507 geschaffen werden, um den Beruf attraktiver zu machen. Hierfür wollen wir das Einstieg-
2508 samt bei der Berufsfeuerwehr endlich auf A8 erhöhen. Wir wollen auch die Einstellungs-
2509 voraussetzungen für die Feuerwehr entsprechend anpassen und für Regelbeförderungen
2510 sorgen. Auch die Änderung der Laufbahnverordnung mit einer Reduzierung der Ausbil-
2511 dungszeit auf 18 Monate kommt für uns in Betracht. Für die Freiwillige Feuerwehr werden
2512 wir den Fortfall der jährlichen Begrenzung der Fahrtkostenpauschale für Übungen her-
2513 beiführen.

2514

2515 **Stationsname: Zügige Strafverfahren als reale Konsequenz**

2516

2517 Strafverfahren dauern zu lange, insbesondere bei Alltagskriminalität. Darunter leidet zum
2518 einen die abschreckende Wirkung der Verurteilung der Täter, zum anderen aber auch das
2519 Vertrauen der Menschen in den funktionierenden Rechtsstaat. Wir wollen, dass gefasste
2520 Straftäter bei eindeutiger Beweislage sofort vor einen Richter gestellt werden können,
2521 wozu es auch verstärkte personelle Ressourcen braucht. Wir setzen uns dafür ein, von
2522 der Möglichkeit des Strafbefehls (§§ 407 ff. StPO) und des beschleunigten Verfahrens
2523 (§§ 417 ff. StPO) stärker Gebrauch zu machen.

2524

2525 Zudem wollen wir generell verstärkte Ermittlungen im Bereich Geldwäsche, Steuerbetrug,
2526 Korruption und Drogenhandel durchführen und die Vermögensabschöpfung intensivie-
2527 ren. Straffällige und vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer werden wir konsequent in
2528 ihre Heimatländer zurückführen.

2529

2530 **Stationsname: Justiz zukunftsfähig aufstellen**

2531 **Schnittstelle(n):** Führung und Verwaltung, Wirtschaft

2532

2533 Die Bremer Justiz arbeitet seit Jahren am Limit. Das zeigt sich z.B. in Strafverfahren, die
2534 jahrelang liegen geblieben sind, weil immer nur Haftsachen verhandelt werden konnten,
2535 entlassenen Untersuchungshäftlingen und einer Vielzahl von Überlastanzeigen. Das gilt

2536 sowohl für Richter und Staatsanwälte, als auch für das Servicepersonal und die Justiz-
2537 wachmeisterinnen und Justizwachmeister. Nachwuchsgewinnung wird in all diesen Be-
2538 reichen zur immer größeren Herausforderung. Um mehr Nachwuchs im Bereich der Rich-
2539 terinnen und Staatsanwälte zu gewinnen, werden wir 50% mehr Rechtsreferendare aus-
2540 bilden. Zur Unterstützung der Justiz werden wir deswegen eine Gesetzesgrundlage
2541 schaffen, die die Einstellung von Richterassistenzen im Land Bremen ermöglicht.

2542

2543 **Stationsname: Moderne Justiz**

2544 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung, Wirtschaft

2545

2546 Wir wollen die Dienstleistungen der Justizbehörde wieder zu einer echten Serviceleistung
2547 des Staates für seine Bürger machen. Eine moderne Rechtspolitik muss für den Bürger
2548 verständlich und vor allem serviceorientiert sein. Hierfür wollen wir unter anderem die
2549 Voraussetzungen schaffen, dass die Beantragung von Erbscheinen, Titeln usw. auch on-
2550 line erfolgen kann. Außerdem sollen die digitalen Zugangsmöglichkeiten zur Justiz aus-
2551 gebaut werden, um so den schnellen und kostengünstigen Zugang zu Rechtsprechung
2552 und Rechtsberatung sicherzustellen und auch in Zivilverfahren eine zügige und komm-
2553unikationstechnisch zeitgemäße Arbeitsweise im Rahmen von Onlineverhandlungen wei-
2554 ter ausbauen. Die Mitarbeiter des Justizvollzuges leisten eine wichtige und wertvolle Ar-
2555 beit für die Gesellschaft, die wir angemessen würdigen möchten. Wir wollen in diesem
2556 Bereich die Ausbildungskapazitäten erhöhen und auch finanzielle Anreize schaffen, wie
2557 die Einführung der Freien Heilfürsorge.

2558

2559 **Stationsname: Verfassungsschutz neu aufstellen**

2560 **Schnittstelle(n):** Führung und Verwaltung

2561

2562 Die Notwendigkeit eines Bremer Landesamtes für Verfassungsschutz steht für die CDU
2563 Bremen außer Frage. Nie waren die Herausforderungen aufgrund von Demokratiefeinden
2564 aus allen Richtungen größer. Wir stehen für den Kampf gegen jedwede Art von Extre-
2565 mismus, sei er politisch links-, rechts- oder islamistisch orientiert. Das Ziel, in einem
2566 freien Rechtsstaat zu leben, dessen Gesetze für alle gleich gelten, sollte alle demokrati-
2567 schen Parteien einen. Insbesondere die verfassungskonforme Zusammenarbeit mit den
2568 Verfassungsschutzbehörden der anderen Bundesländer sowie der Polizei ist notwendig,
2569 um Extremismus nachhaltig zu bekämpfen. Wir stärken den Verfassungsschutz durch
2570 eine moderne Ausgestaltung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Verfassungs-
2571 schutz, die die Zusammenarbeit nicht mehr behindert. Informationen dürfen nicht mehr
2572 voreinander verborgen werden, sondern müssen in Datenbanken gemeinsam und vor al-
2573 lem unkomplizierter als bisher genutzt werden können. Wir wollen die rechtlichen Vo-
2574 raussetzungen derart ausweiten, dass der Verfassungsschutz sowohl digital als auch in
2575 der realen Welt die Möglichkeit hat, alle nachrichtendienstlichen Mittel zu nutzen, die
2576 auch in anderen Bundesländern möglich sind.

2577

2578 Mitgliedern der links- und rechtsextremen sowie der islamistischen Szene bieten wir
2579 durch Aussteigerprogramme einen Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft.

2580

2581

2582 **Stationsname: Einsatzfähiger Katastrophenschutz**

2583

2584 Das Land Bremen verfügt zwar über ein Landeskatastrophenschutzkonzept. Dieses sorgt
2585 aber allein nicht dafür, dass einzelne Einheiten vollumfänglich ausgestattet und tech-
2586 nisch einsatzbereit sind. Daher werden wir die Einheiten des Katastrophenschutzes in
2587 der Kompetenz des Landes Bremen anhand der sich aus den Katastrophenschutzkon-
2588 zepten ergebenden Bedarfe mit Material und Gerät tatsächlich ausrüsten und dafür sor-
2589 gen, dass die Stützpunkte der Einheiten, wo erforderlich, modernisiert werden. Wir wer-
2590 den bei einer Zuständigkeit des Bundes, z.B. beim Technischen Hilfswerk, mit der Bun-
2591 desregierung in Gespräche treten, um mögliche Bedarfe und technische Ausstattungen
2592 für Bremen und Bremerhaven zu realisieren. Zudem werden wir mit den Umlandlandkrei-
2593 sen und -gemeinden Kooperationsmöglichkeiten im Katastrophenfall ausloten, fest-
2594 schreiben und bei Beschaffungen von Verbrauchsmaterial nach Möglichkeit auf Einheit-
2595 lichkeit achten, wie es zum Beispiel bei den Chemikalien-Schutz-Anzügen der Feuerwehr
2596 Bremen bereits der Fall ist. Zudem wollen wir den Ausbau der Warninfrastruktur, unter
2597 anderem mit Sirenen, weiter vorantreiben. Unser kurzfristiges Ziel ist, dass in Bremen
2598 bereits zum nächsten bundesweiten Warntag am 14. September 2023 mit einem akusti-
2599 schen Signal gewarnt werden kann.

2600

2601 **Stationsname: Kritische Infrastruktur schützen**

2602

2603 Anlagen der Kritischen Infrastruktur (z.B. zur Verteilung von Wasser, Elektrizität, Gas und
2604 Wärme) sind im Land Bremen vielfältig und zahlreich vorhanden. Gleiches gilt für alle
2605 Verkehrsanlagen, von den Häfen über Autobahnen bis zu den Schienenknotenpunkten.
2606 Deren Sicherung ist Grundlage für eine funktionierende Infrastruktur in Bremen und Bre-
2607 merhaven. Deshalb werden wir automatisierte Überwachungstechnik insbesondere
2608 durch Video- und Bewegungsmelder einsetzen, wo dies zum Schutz der kritischen Infra-
2609 struktur möglich ist.

2610

2611 Wir werden in Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Objektschutz, dem Ordnungsdienst
2612 und privaten Sicherheitsdiensten von Unternehmen der kritischen Infrastruktur einen
2613 abgestimmten Wachplan erarbeiten. Auch werden wir den wasserseitigen Schutz und die
2614 Bewachung von Anlagen mitdenken, wie dies für einen zentralen Hafen- und Lo-
2615 gistikstandort notwendig ist. Zudem werden wir analysieren, wo bei Einrichtungen der
2616 Kritischen Infrastruktur gegenseitige Abhängigkeiten bestehen und diese - insofern es
2617 die öffentliche Hand betrifft - verringern. Auch werden wir in allen existierenden und
2618 zukünftigen Veröffentlichungen des Landes Bremen, der Stadtgemeinden sowie der Ei-
2619 genbetriebe und Beteiligungsgesellschaften Hinweise zu Schwachstellen des Zivil- und
2620 Katastrophenschutzes sowie der kritischen Infrastruktur und insbesondere auf Informa-
2621 tionen zu „single points of failure“ überprüfen und diese gegebenenfalls entfernen.

2622

2623

2624

2625

2626

2627

2628 **Stationsname: Cyberabwehrstrategie für das Land Bremen**

2629 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

2630

2631 Cyberkriminalität ist eine stark zunehmende Gefahr für Staat und Gesellschaft und be-
2632 schäftigt auch unsere Ermittlungsbehörden in zunehmendem Maße. Bei der Cyberab-
2633 wehr braucht Bremen daher dringend mehr Tempo. Wir werden unverzüglich eine Cy-
2634 berabwehrstrategie für das Land Bremen vorlegen und noch im Jahr 2023 schrittweise
2635 mit der Umsetzung beginnen.

2636

2637 **Stationsname: Enquetekommission: Krisen**

2638 **Schnittstelle(n):** Führung und Verwaltung

2639

2640 Die erste Voraussetzung, um aus den multiplen Krisen unserer Zeit zu lernen und daraus
2641 überhaupt die richtigen Schlüsse für die kommenden Jahre ziehen zu können, ist eine
2642 Analyse der aktuellen Lage, eine Ableitung von Aufgaben für Politik, Verwaltung und Ge-
2643 sellschaft sowie der politische Wille, sich überhaupt mit der veränderten Sicherheitslage
2644 auseinanderzusetzen. Dieses „Lernen aus Krisen“ muss auf Dauer angelegt sein und so-
2645 wohl auf politischer als auch auf fachlicher Ebene der zuständigen Behörden und Ämter
2646 stattfinden. Die erste Enquetekommission in der Geschichte des Landes Bremen zur Er-
2647 arbeitung einer Klimaschutzstrategie war ein voller Erfolg. Dieses Instrument der parla-
2648 mentarischen Demokratie wollen wir daher auch nutzen, um eine Strategie für Krisenbe-
2649 wältigung, Krisenresilienz und Krisenprävention im Lande Bremen zu erarbeiten, um für
2650 die Erkenntnisse aus den verschiedenen Krisen unserer Zeit eine Bestandsaufnahme
2651 durchzuführen und Maßnahmen abzuleiten.

2652

2653 **Stationsname: Jährliche Übungen auf Stabs- und Einsatzebene**

2654 **Schnittstelle(n):** Ehrenamt

2655

2656 Wir kennen sie alle: die jährliche Brandschutzübung am Arbeitsplatz, in der Schule oder
2657 im Ehrenamt. Einsatzübungen unter möglichst realen Bedingungen sind die Grundvo-
2658 raussetzung für eine gute Zusammenarbeit im Krisenfall. Unterschiedliche Akteure müs-
2659 sen sich auf organisatorischer, fachlicher und persönlicher Ebene vertrauen und gemein-
2660 same Berührungspunkte haben. Dies gilt sowohl für die Ebene der Stabsarbeit als auch
2661 für die Ebene der Einsatzkräfte. Wir werden nach dem Vorbild der Stadt Bremerhaven in
2662 beiden Stadtgemeinden jährlich im Wechsel stattfindende Übungen auf Stabs- und Ein-
2663 satzebene durchführen, die jeweils aufeinander aufbauen und ein aktuelles Szenario des
2664 Katastrophenschutzes darstellen. Dabei wollen wir auch verschiedene Hilfsorganisatio-
2665 nen berücksichtigen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen trainieren.

2666 **LINIE: KLIMA, UMWELT, ENERGIE UND NACHHALTIGKEIT**

2667

2668 Klimaschutz und Wirtschaft gehen Hand in Hand. Mit einer klugen und ambitionierten
2669 Klimaschutzpolitik wollen wir positive Effekte für die Wirtschaftsstandorte Bremen und
2670 Bremerhaven und ihre Innovationskraft erzielen, neue Arbeitsplätze schaffen, den sozi-
2671 alen Zusammenhalt stärken und eine bessere Lebens- und Aufenthaltsqualität in Bremen
2672 und Bremerhaven erreichen. Damit wollen wir auch den Herausforderungen der Energie-
2673 krise effektiv begegnen. Wir wollen, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar ist
2674 und niemand auf diesem Weg dabei auf der Strecke bleibt.

2675

2676 Ausgehend von dem Ansatz der „blauen Ökologie“ setzen wir bei der Bekämpfung des
2677 Klimawandels vor allem auf Anreize, Innovationen, Technologieoffenheit und positive Zu-
2678 kunftsvisionen statt pauschaler Verbote, Verzicht und Bevormundung.

2679

2680 Wir sehen den Schutz der Umwelt und des Klimas, die Wahrung der Schöpfung als eine
2681 zentrale Aufgabe, die jeden Menschen in dieser globalisierten Welt unmittelbar betrifft.
2682 Klimawandel, Verschmutzung von Luft, Umwelt und Meeren, die zunehmende Verknap-
2683 pung von trinkbarem Wasser und daraus resultierende Ressourcenkonflikte sind keine
2684 Herausforderungen, die noch weit weg sind. Vielmehr müssen wir diese Probleme jetzt
2685 anpacken, um auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinter-
2686 lassen - auch lokal in Bremen und Bremerhaven.

2687

2688 Als CDU Bremen bekennen wir uns zum Pariser Klimaschutzabkommen. Wir streben die
2689 Reduktion der bremischen CO₂-Emissionen bis spätestens 2035 um 85 Prozent im Ver-
2690 gleich zu 1990 einschließlich der CO₂-Emissionen aus der Stahlindustrie an. Bis spätes-
2691 tens 2040 soll das Land Bremen klimaneutral sein. Der erfolgreiche Abschlussbericht der
2692 von der CDU-Fraktion ins Leben gerufenen Klima-Enquetekommission und seine konse-
2693 quente Umsetzung sind für uns ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zu einem klima-
2694 neutralen Land Bremen.

2695

2696 **Stationsname: Energie- und Wärmewende: Jetzt!**

2697 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Sicherheit

2698

2699 Bremen lag 2019 im Bundesländervergleich auf Platz 2 bei den CO₂-Emissionen aus dem
2700 Primärenergieverbrauch pro Kopf. Beim Anteil erneuerbarer Energien an der Bruto-
2701 toststromerzeugung im Jahr 2020 lag das Land Bremen weit unter dem Bundesdurch-
2702 schnitt. Wir werden den Anteil erneuerbarer Energieträger in den Bereichen Strom,
2703 Wärme und Kälte in den kommenden Jahren deutlich erhöhen und verfügbare Potenziale
2704 schnellstmöglich erschließen, um die Klimaziele im Energiesektor zu erreichen und die
2705 Energiewende in den anderen Bereichen voranzutreiben. Wir wollen außerdem weitere
2706 Potenziale in den Bereichen Energieeffizienz und Energiesparen erschließen.

2707

2708 Im Bereich Windenergieerzeugung streben wir die Erhöhung der installierten Leistung
2709 um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 auf etwa 300 Megawatt (MW) an. Im Bereich Solar-

2710 energie werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal fünf Prozent des verfügbaren tech-
2711 nischen Potenzials im Land Bremen genutzt. Dies wollen wir ändern und haben uns zum
2712 Ziel gesetzt, die jetzige Leistung der Solarenergie bis zum Jahr 2030 auf rund 500 MW
2713 zu verzehnfachen und langfristig auf 1000 MW zu verzwanzigfachen. Bis 2027 wollen wir
2714 das Ziel von etwa 300 MW erreichen. Wir wollen, dass auf jedes geeignete Dach eine
2715 Photovoltaik-Anlage kommt! Auch bei der Wärmeversorgung im Land Bremen wollen wir
2716 die Dekarbonisierung bis spätestens 2040 erreichen.

2717

2718 Die öffentliche Hand hat dabei eine Vorbildfunktion, der Bremen bislang in keiner Weise
2719 nachgekommen ist. So wurden zwischen 2016 und 2020 nur vier PV-Anlagen auf öffent-
2720 lichen Gebäuden in Bremen installiert. In der Regel haben diese Gebäude weitläufige
2721 Dachflächen wie z.B. bei Schulen, zudem kommen noch die stadteigenen Gesellschaften
2722 hinzu. Schnellstmöglich muss ein entsprechendes Konzept erstellt werden, das eine
2723 Dachbegrünung und/oder eine Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeu-
2724 gung für den Eigenverbrauch mit entsprechenden Speicherkapazitäten von Bestandsge-
2725 bäuden der öffentlichen Hand vorsieht. Diesem Konzept ist eine Prioritätenliste für po-
2726 tenzielle Objekte beizufügen. Bei allen zukünftigen Bebauungsplänen, bei denen die GE-
2727 Woba, die BREBAU und die STÄWOG direkt oder indirekt involviert sind, werden wir dafür
2728 sorgen, dass Dachbegrünungen und/oder Photovoltaik-Anlagen realisiert werden.

2729

2730 Bei der Verfolgung dieser Ziele werden wir darauf achten, dass die Energiewende in Bre-
2731 men und Bremerhaven bezahlbar und sozialverträglich bleibt, die Versorgungssicherheit
2732 garantiert und die Beschäftigungspotenziale in nachhaltigen Wirtschaftszweigen im
2733 Land Bremen aktiv gefördert werden. Daher wollen wir private Haushalte mit Förderkon-
2734 zepten nach dem Vorbild der Stadt Freiburg unterstützen: Eine Förderung für Solaranla-
2735 gen, die das Dach voll belegen, wird die vollständige Ausnutzung der bestehenden Po-
2736 tenziale ermöglichen. Eine Bezuschussung von PV-Balkonmodulen wird insbesondere
2737 privaten Mietern sowie den Kleingärtnern helfen, ihren Geldbeutel zu schonen und zur
2738 Energiewende persönlich beizutragen. Wir werden uns außerdem für die Einrichtung ei-
2739 nes entsprechenden Förderprogramms für Solarstromspeicher auf Landesebene einset-
2740 zen. Bei der Förderung wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die soziale Komponente
2741 der Energiewende richten und nachweislich einkommensschwache Haushalte mit einer
2742 erhöhten Bezuschussung unterstützen. Außerdem werden wir die Förderung für die
2743 Dachvollbelegung mit einer umfassenden Beratung der Haushalte zu baurechtlichen As-
2744 pekten verbinden und uns für die Vereinfachung und eine höhere Verbraucherfreund-
2745 lichkeit der Genehmigungsprozesse für PV-Balkonmodule und PV-Anlagen beim zustän-
2746 digen Netzbetreiber einsetzen. Der Zugang zu Balkonsolaranlagen muss zudem erheblich
2747 erleichtert werden.

2748

2749 Wir stehen hinter der dezentralen Energiewende und wollen, dass auch Mieterinnen und
2750 Mieter daran teilhaben können. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass öffentliche
2751 Wohnungsbaugesellschaften in Bremen und Bremerhaven ihre Dächer schnellstmöglich
2752 mit Mieterstromanlagen ausstatten. Dafür werden wir uns für die Verbesserung gesetz-
2753 licher Regelungen auf Bundesebene stark machen. Außerdem werden wir Gespräche mit
2754 dem Energiekonsens, der Verbraucherzentrale Bremen sowie weiteren Beratungsanbie-

2755 tern im Bereich der erneuerbaren Energien mit dem Ziel aufnehmen, gezielte Beratungs-
2756 angebote für Vermieter sowie Mieter zu schaffen, die Interesse an der Installation einer
2757 Mieterstromanlage haben.

2758

2759 Hierzu muss die Politik auch eine Antwort auf die Vereinbarkeit von Solaranlagen und
2760 Denkmalschutz liefern. Dies sollte ermöglicht werden, sofern keine Belange von beson-
2761 derer Bedeutung entgegenstehen. Bei vielen Gebäuden, wie z.B. bei Alt-Bremer-Häusern
2762 wäre diese Vereinbarkeit ohne sichtbare Beeinträchtigung möglich, dies wollen wir er-
2763 möglichen und dabei Modelle in den anderen Bundesländern berücksichtigen.

2764

2765 Die Potenziale der Windenergie On- und Offshore wollen wir nutzen. Auch Flächen, z.B.
2766 entlang der A27, für den Windausbau sind noch vorhanden. Das Repowering von beste-
2767 henden Windanlagen muss ebenfalls stärker vorangetrieben werden. Die Stromnetzinfr-
2768 astruktur muss dabei immer mitgedacht werden. Wir wollen in diesem Zusammenhang
2769 eine genossenschaftliche Teilhabe an Projekten fördern. Beim Ausbau der Windenergie
2770 an Land sehen wir außerdem in den Gewerbegebieten Potenziale.

2771

2772 In neuen Quartieren, die entstehen, sollen auch eine dezentrale Energiegewinnung und
2773 Wärmeversorgung eine zunehmende Rolle einnehmen, sofern dies möglich und sinnvoll
2774 erscheint. Gemeint sind damit z.B. Großwärmepumpen für mehrere Gebäude oder auch
2775 größere PV-Anlagen über mehrere Gebäude oder Parkplätze hinweg. Aber auch die
2776 kommunale Wärmeplanung muss vorgebracht werden, um Potenziale zu ermitteln,
2777 um so vor allem Sektoren zu koppeln und ungenutzte Energie in einen Kreislauf zu brin-
2778 gen. Zudem soll diese Wärmeplanung die kostengünstigsten und effektivsten erneuer-
2779 baren Wärmeversorgungsoptionen – dezentral oder über ein Wärmenetz – für einzelne
2780 Straßen, Quartiere und Stadtteile aufzeigen und damit als Grundlage für eine verbindli-
2781 che politische Entscheidung dienen.

2782

2783 Wir brauchen ambitionierte, aber machbare energetische Standards, damit wir die Kli-
2784 maschutzziele für das Land Bremen tatsächlich erreichen können. Dabei müssen wir,
2785 insbesondere für öffentliche Gebäude und bei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
2786 wie der GEWOBA, der BREBAU und der STÄWOG über gesetzliche Mindestanforderungen
2787 hinausgehen. Hierzu wollen wir einen Sanierungsfahrplan erstellen. Dafür sollen diese
2788 ihre Neubauten nach Möglichkeit vorrangig als Plusenergiegebäude errichten: Für die
2789 Gebäudehülle beheizter Neubauten ist mindestens ein KfW-Effizienzhaus Standard 40
2790 anzuwenden. Bauen muss insgesamt nachhaltig werden. Deshalb wollen wir den soge-
2791 nannten „Bremer Standard“ so weiterentwickeln, dass Klimaschutz und bezahlbarer, so-
2792 zialgerechter Wohnbau besser miteinander vereinbar sind. Auch im privaten Bereich
2793 brauchen wir bei Gebäuden im Bestand eine nachhaltige Sanierung. Hierzu müssen wir
2794 Anreize setzen, damit die einzelnen Immobilienbesitzer ihre Immobilien nach und nach
2795 entsprechend sanieren, ohne überfordert zu werden. Dazu reicht es nicht, dass nur in
2796 Bremen ein Klimabauzentrum entsteht, wir wollen ein solches auch in Bremerhaven er-
2797 richten. Hierfür sollen kompetente Akteure wie z.B. der Energiekonsens und Weitere ein-
2798 gebunden sowie finanziell für die Bewältigung dieser Aufgaben entsprechend ausgestat-
2799 tet werden.

2800

2801 In diesem Zusammenhang muss die Bürokratie abgebaut werden, die viele Projekte oder
2802 Ambitionen hemmt. Zudem sollte auf technisch nicht erforderliche Vorschriften verzich-
2803 tet werden. Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass das Wohnungseigentümerge-
2804 setz den Ausbau erneuerbarer Energien nicht aus sachfremden Gründen verhindern kann.

2805

2806 Als CDU werden wir:

- 2807 • erneuerbare Energien deutlich ausbauen, um die vorhandenen Potenziale
2808 schnellstmöglich zu erschließen, vor allem an öffentlichen Gebäuden,
- 2809 • allen eine Möglichkeit geben, sich an der Energiewende zu beteiligen und daran
2810 zu partizipieren,
- 2811 • die kommunale Wärmeplanung voranbringen und damit eine Wärmewende im
2812 Land Bremen ermöglichen.

2813

2814 **Stationsname: Grüner Wasserstoff**

2815 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Mobilität

2816

2817 Der Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung birgt die Herausforderung, weiter-
2818 hin Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bei der eingeleiteten Energiewende spielt
2819 grüner bzw. klimaneutraler Wasserstoff eine zentrale Rolle, um Industrie, Verkehr und
2820 Wärme zu dekarbonisieren und die langfristige Speicherung von erneuerbarer Energie zu
2821 ermöglichen. Mit dem Aufbau der Wasserstoffwirtschaft besteht für das Land Bremen
2822 auch die Chance, langfristig die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen.

2823

2824 Das Land Bremen und die Region Norddeutschland eignen sich hervorragend als Stand-
2825 orte für den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft. Für die Erzeugung von grünem Was-
2826 serstoff haben das Land Bremen und die Region bereits hohe Stromerzeugungskapazi-
2827 tätäten aus erneuerbaren Energien und ein erhebliches Ausbaupotenzial im Bereich der
2828 On- und Offshore-Windenergie. In Bremen und Bremerhaven soll auf lange Sicht ein
2829 zentraler Wirtschaftszweig in diesem Bereich entstehen. Damit wird das Land Bremen
2830 einen erheblichen Standortvorteil erreichen.

2831

2832 Wir wollen den Ausbau der Wasserstoffproduktion in Bremen und Bremerhaven und der
2833 dazugehörigen Netz- und Speicherinfrastruktur vorantreiben. Dazu gehören schnellere
2834 Genehmigungsprozesse für den Bau von Elektrolyseanlagen zur Produktion von grünem
2835 Wasserstoff. Wir wollen das Bremer Stahlwerk fit für die Produktion von grünem Stahl
2836 machen. Hierzu müssen Planung und Genehmigung entsprechender Leitungen nach Mit-
2837 telsbüren für die Ermöglichung der Dekarbonisierung des Stahlwerks vorangetrieben
2838 werden. Wir wollen einen Bremer Anschluss an die norddeutsche Kavernen-Infrastruktur
2839 zur Speicherung der Wasserstoffversorgung der Bremer Industrie. Auch den Import von
2840 grünem bzw. klimaneutralem Wasserstoff sowie seinen Folgeprodukten wollen wir er-
2841 möglichen.

2842

2843 Parallel zum Markthochlauf von Wasserstoff, auch in Teilen des Verkehrssektors, streben
2844 wir den Aufbau eines funktionierenden Wasserstofftankstellennetzes für unterschiedli-
2845 che Anwendungen im Land Bremen an. Grüner Wasserstoff muss aber auch von den
2846 Kommunen Bremen und Bremerhaven gelebt werden, weshalb ein Umstieg der Teile der

2847 öffentlichen Flotte in Bremen und Bremerhaven auf Wasserstoffantriebe erfolgen soll.
2848 Weiter wollen wir internationale Kooperationen ausbauen, u.a. durch den Beitritt zu wei-
2849 teren internationalen Wasserstoff-Initiativen. Wir wollen die Erforschung der Anwen-
2850 dungsfälle fördern. Nur so können wir es schaffen, Bremen und Bremerhaven zu einem
2851 lukrativen Wasserstoff-Standort zu etablieren.

2852

2853 Als CDU werden wir:

- 2854 • für unser Bundesland den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft und die dafür not-
2855 wendigen schnellen Genehmigungsprozesse voranbringen,
- 2856 • ein funktionierendes Wasserstofftankstellen-Netzwerk aufbauen,
- 2857 • die Erforschung von Anwendungsfällen der Wasserstofftechnologie fördern.

2858

2859 **Stationsname: Ökologie und Ökonomie zusammendenken**

2860 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Digitalisierung

2861

2862 Klima- und Umweltschutz sowie Wirtschaft müssen zusammengedacht werden. Innova-
2863 tionen in diesem Bereich können einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, die
2864 internationale Wettbewerbsfähigkeit von ansässigen Unternehmen stärken und viele
2865 neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Es muss wirtschaftliche Anreize für diejenigen ge-
2866 ben, die auf klimafreundliche Technologien oder Dienstleistungen setzen. Entsprechende
2867 Förderstrukturen müssen ins Leben gerufen bzw. gestärkt werden, sofern es diese noch
2868 nicht auf EU- oder Bundesebene gibt. Auch die sogenannte CCS/CCU-Technologie (Car-
2869 bon Capture and Storage/Utilization), sowie die dadurch entstehenden Chancen für die
2870 bremischen Häfen, müssen mitgedacht werden. Wir sind uns bewusst, dass wir vollstän-
2871 dige Klimaneutralität nur durch diese Maßnahmen (im Ergebnis negative Emissionen)
2872 erreichen werden. Entsprechende Initiativen sollen auch in den Bundesrat eingebracht
2873 werden.

2874

2875 Auch die Digitalisierung muss in diesem Prozess in Richtung Green-IT gehen, daher so
2876 ausgelegt sein, dass die Prozesse dazu dienen, schnell und klimafreundlich zu werden.
2877 Genehmigungen sollten deutlich schneller ausgestellt werden und die Nutzer schnelle
2878 Aufklärung erfahren. Die Dienstleistung der Behörden sollte unter diesen Aspekten er-
2879 folgen.

2880

2881 **Stationsname: Fachkräfte for Future**

2882 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft

2883

2884 Die aktuellen Krisen stellen den Arbeitsmarkt vor besondere Herausforderungen. Es wer-
2885 den immer mehr Fachkräfte benötigt, um im Bereich der laufenden Gebäudesanierungen,
2886 des Baus neuer effizienter Gebäude, des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der
2887 Einrichtung wichtiger Infrastruktur das umzusetzen, was notwendig ist, um die Klima-
2888 schutzziele zu erreichen.

2889

2890 Aktuell gibt es viel zu wenige Handwerkerinnen und Handwerker sowie Spezialisten auf
2891 diesem Gebiet. Realistischerweise werden bundesweit zum Gelingen der Energiewende
2892 bis 2030 mindestens 440.000 weitere Fachkräfte benötigt. Für Bremen ergibt sich aus

2893 erhöhten Klimaschutzanstrengungen bis 2040 konkret ein Engpass von bis zu 50 Prozent
2894 des Fachkräftebedarfs in manchen Schlüsselberufen. Nicht einmal in der Energiebera-
2895 tung gibt es genug Fachpersonal, um den derzeitig großen und zukünftig wachsenden
2896 Bedarf zu decken. Aufgrund der aktuell vorherrschenden prekären Bildungslage in Bre-
2897 men, ist ohne aktives Einschreiten auch keine Besserung in Sicht. Es spielt auch eine
2898 wichtige Rolle, vorhandene Fachkräfte fortzubilden oder umzuschulen, damit diese Auf-
2899 gabe gelöst werden kann. Vor allem im Bereich der Energiewende mangelt es an Fach-
2900 kräften. Dies gilt es jetzt mit Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen der berufli-
2901 chen Ausbildung, der Weiterbildung und der Nachqualifizierung zu Berufsabschlüssen
2902 und Kompetenzen mit Klimaschutzrelevanz sowie einer langfristig angelegten und wirk-
2903 samen Werbekampagne für klimaschutzrelevante Berufe entschieden zu verhindern. Wir
2904 werden die Fachkräftestrategie 2019 unter Beteiligung aller relevanten Akteure (Kam-
2905 mern, Verbände, Agentur für Arbeit etc.) nachschärfen.

2906
2907 Wir wollen Aus-, Fort- und Weiterbildungen in klimaschutzrelevanten Berufen ausbauen
2908 und das bei den verschiedenen Akteuren vorhandene Know-how bündeln. Um auch Men-
2909 schen mit Migrationshintergrund den Einstieg in die berufliche Ausbildung mit Klima-
2910 schutzrelevanz zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese passgenaue
2911 Beratungsangebote erhalten und die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Ab-
2912 schlüsse in Zusammenarbeit mit den Kammern weiter vereinfacht werden.

2913
2914 Außerdem werden wir das Ausbildungszentrum für zukunftsfähige Berufe zur Gestaltung
2915 einer klimagerechten Transformation der Wirtschaft in Bremen-Nord ansiedeln, um dort
2916 gezielt Fachkräfte aus- und fortzubilden. Es soll eine zentrale Anlaufstelle werden und
2917 die Kompetenzen an einem Ort bündeln.

2918
2919 Als CDU werden wir:

- 2920 ● allgemein Weiterbildungen in klimaschutzrelevanten Berufen ausbauen, um künf-
2921 tig genügend Fachkräfte in den wesentlichen Bereichen ausgebildet zu haben,
- 2922 ● einen Klima-Campus in Bremen-Nord gründen, an dessen Standort das Ausbil-
2923 dungszentrum für zukunftsfähige Berufe angesiedelt sowie die Weiterbildung für
2924 Handwerker in Kooperation mit dem Klimabauzentrum gewährleistet wird.

2925
2926 **Stationsname: Klima- und Nachhaltigkeitsbildung**

2927 **Schnittstelle(n):** Bildung

2928
2929 Die Themen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit wollen wir als festen Bestandteil der Bil-
2930 dungslandschaft etablieren. Vom Kindergarten, über die Schule und Ausbildung und dar-
2931 über hinaus. Wir wollen eine Sensibilisierung von Kita-Leitungen und Fachkräften sowie
2932 Schullehrkräften für den Klima- und Umweltschutz durch regelmäßige Fortbildungen er-
2933 reichen.

2934
2935
2936
2937
2938

2939 **Stationsname: Stadtgrün und Klimaanpassung**

2940 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

2941

2942 Durch den fortschreitenden Klimawandel müssen laufend Klimaanpassungsmaßnahmen
2943 umgesetzt werden. Hierbei spielen neben den Maßnahmen an Gebäuden auch intakte
2944 und sichere Deiche eine wesentliche Rolle, deren Pflege und Erhalt unerlässlich sind. Sie
2945 sind nicht nur für unser Landschaftsbild prägend und bieten Erholungs- und Freizeitwert,
2946 sondern schützen auch die Bewohnerinnen und Bewohner unserer zwei Städte vor
2947 schwerwiegenden Folgen heftiger Fluten. Gleichzeitig sind diese Lebensräume für Pflan-
2948 zen und Tiere und somit ein wichtiger Bestandteil unserer Umwelt. Daher wollen wir den
2949 Deichschutz weiter ausbauen und wo nötig, die Deiche erhöhen, um auch vor zukünftigen
2950 Extremhochwasserereignissen geschützt zu sein. Dazu gehört für uns auch der Schutz
2951 der Deiche vor invasiven Arten, wie etwa Nutria. Dies wollen wir gemeinsam mit Deich-
2952 verbänden, Landwirten und Jägern angehen.

2953

2954 Auch unsere Parkanlagen müssen weiter gepflegt und aufgeforstet werden. Geeignete
2955 Flächen im städtischen Bereich sollen entsiegelt werden und dem Charakter der grünen
2956 Lunge des Nordens gerecht werden. Diese Maßnahmen sollen die Lebensqualität für die
2957 Menschen in unserem Land erheblich steigern.

2958

2959 Bei Baumersatzpflanzungen soll es in Zukunft nicht mehr nur darum gehen, jeden gefäll-
2960 ten Baum durch einen neuen zu ersetzen, sondern auch einen Ausgleich für die Menge
2961 an CO₂ zu erzielen, die durch einen alten Baum gebunden wurde. Hierzu sollen Aufgaben
2962 des Umweltbetrieb Bremen (UBB) auf die Stadtreinigung Bremen (DBS) verlagert wer-
2963 den, z.B. Straßengrün, Grünschnitte, Straßenreinigung. Dies würde viele organisatorische
2964 Vorteile mit sich bringen und eine Effizienzsteigerung bedeuten.

2965

2966 Wir wollen zusammen mit dem UBB das Konzept der Baumpatenschaften in Bremen
2967 noch attraktiver gestalten. Erfahrungen anderer deutscher Kommunen dienen als Vor-
2968 bild, etwa durch geringere Voraussetzungen für Baumpatenschaften und -spenden. Zu-
2969 dem wollen wir kostenlose Beratungsangebote in Kooperation mit dem Umweltbetrieb
2970 Bremen und gegebenenfalls weiteren Akteuren – zum Beispiel Umweltschutzorganisati-
2971 onen – für den Erhalt und eine bessere Pflege des Baumbestandes auf privaten Grund-
2972 stücken einrichten.

2973

2974 Außerdem sollen zukünftig die Dachbegrünung sowie die Fassadenbegrünung bei Ge-
2975 bäuden stets mitgedacht und dort, wo es möglich ist, auch umgesetzt werden. Ziel sollte
2976 es auch sein, dadurch eine passive Kühlung für Gebäude zu erzeugen und damit auch ein
2977 gutes Klima für die Städte zu schaffen, sowie die Biodiversität zu fördern.

2978

2979 Bei Bau- und Sanierungsvorhaben müssen neben den Gebäuden selbst auch die dazu
2980 gehörigen Grundstücke einen Beitrag für das Klima der Stadt leisten. Schottergärten
2981 (Gärten des Grauens) müssen grün und zu „Gärten des Klimas“ werden und sollten so
2982 zur Biodiversität beitragen. Lebensgrundlagen für Insekten müssen geschaffen und

2983 Flächen nicht unnötig versiegelt werden. Auch Kleingartengebiete sollten mitgedacht
2984 werden.

2985 Als Beispiel könnten Bäume und allgemeine Bepflanzungen durch ein Förderprogramm
2986 bezuschusst werden. Auch muss die Stadt hier mit gutem Beispiel vorgehen und
2987 exemplarisch aufzeigen, was in Gärten alles möglich ist.

2988

2989 Als CDU werden wir:

2990 ● den Deichschutz weiter ausbauen, um vor Extremhochwasserereignissen ge-
2991 schützt zu sein,

2992 ● die Pflege und Aufforstung unserer Grünanlagen voranbringen,

2993 ● ein gutes Stadtklima durch mehr Dach- und Fassadenbegrünungen bei Baupro-
2994 jekten fördern,

2995 ● den Ausbau von Schottergärten bremsen,

2996 ● die Bundesgartenschau in Bremen ausrichten.

2997

2998 **Stationsname: Umweltschutz und natürliche Vielfalt / Landwirtschaft / Tierschutz**

2999 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

3000

3001 Die Landwirtschaft in Bremen mit den vielen familiär geprägten Betrieben ist aus wirt-
3002 schaftlicher Sicht und als Arbeitgeber von besonderer Bedeutung für das Land Bremen.
3003 Außerdem prägt sie die Kulturlandschaft als Naherholungsgebiet und ist zugleich wich-
3004 tiger Versorger mit regionalen Lebensmitteln. Durch die Bewirtschaftung der Flächen
3005 übernehmen die Landwirte ein besonderes Maß an Verantwortung für die Umwelt und
3006 die Bewahrung der Schöpfung.

3007

3008 Leider geht die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit Jahren im Land Bremen zu-
3009 rück. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu stärken, setzt sich die CDU für
3010 eine vernünftige, nachhaltige und tragfähige Förderkulisse auf allen politischen Ebenen
3011 ein. Hierbei setzen wir auf Vielfalt und vermeiden das Ausspielen der konventionellen
3012 gegen die biologische Landwirtschaft. Wir werden die Landwirte bei dem anstehenden
3013 Transformationsprozess unterstützen und gemeinsam und nicht über die Köpfe hinweg
3014 Strukturveränderungen begleiten. Die CDU Bremen setzt dabei auf eine faktenbasierte
3015 Landwirtschaftspolitik frei von Ideologie. Wir werden zusammen mit den Landwirten prü-
3016 fen, welche geltenden Regelungen im Landschaftsprogramm und im Flächennutzungs-
3017 plan schaden und sie ggf. zurücknehmen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den
3018 Landwirten Flächen für regenerative Energien gewinnen.

3019

3020 Wir wollen die Bedeutung der Landwirtschaft im Bewusstsein der Bevölkerung stärken
3021 und das Vertrauen der Konsumenten in die landwirtschaftlichen Produkte zurückgewin-
3022 nen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit den Schulen intensivieren und interessierte
3023 regionale landwirtschaftliche Betriebe als außerschulische Lernorte nutzen. Darüber hin-
3024 aus wollen wir die Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe für den Verkauf von
3025 selbst erzeugten Produkten erleichtern und werden uns dazu für eine entsprechende
3026 Änderung des Gaststättengesetzes auf Bundesebene einsetzen. Wir werden die wichtige
3027 Rolle der Höfe mit Pferdehaltung für die Freizeitgestaltung und den Sport herausstellen.

3028

3029 Wir müssen unsere Umwelt vor invasiven Arten schützen, hierzu zählen nicht nur Pflan-
3030 zen, sondern auch Tiere, die einheimische Arten bedrohen. Diesen müssen wir gemein-
3031 sam mit Landwirtschaft, Deichverbänden und Jägerschaften auch überregional entge-
3032 gentreten.

3033

3034 Ebenfalls wollen wir Tauben und Ratten in den Fokus nehmen und einen gerechten Um-
3035 gang mit diesen Tieren finden, wie z.B. die Errichtung von Tauben-Hotels, in denen die
3036 Taubeneier gegen Gipseier ausgetauscht werden, damit die Population kontrolliert wer-
3037 den kann. Wir wollen mit einer erhöhten Stadtsauberkeit ein wirksames Mittel gegen Rat-
3038 tenbefall schaffen.

3039

3040 Als CDU werden wir:

3041 • die Landwirtschaft im Land Bremen unterstützen und gleichzeitig zu einem erleb-
3042 baren Ort machen sowie

3043 • Tierschutz und Stadtsauberkeit zusammendenken.

3044

3045 **Stationsname: Gesunde und nachhaltige Ernährung**

3046 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Wirtschaft

3047

3048 Wir müssen zusammen mit den anderen norddeutschen Bundesländern die Ernährungs-
3049 industrie stärker als bislang unterstützen. Sie steht vor zahlreichen Herausforderungen
3050 wie Internationalisierung, Fachkräftesicherung und Qualifizierung sowie Nachhaltigkeit
3051 einschließlich des Problems der Lebensmittelverluste und Innovationen. Dabei sichert
3052 die Lebensmittelindustrie gerade in Bremerhaven wichtige Arbeitsplätze und trägt zum
3053 Funktionieren der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft bei. Gleichzeitig beheimatet die
3054 Region hochwertige wissenschaftliche Expertise und positive Beispiele für eine nachhal-
3055 tige Wirtschaftsweise. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelbranche zu bewah-
3056 ren und zu stärken, setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation. Zusammen mit den
3057 Regierungen der fünf norddeutschen Länder, den Branchenvertretungen sowie -verbän-
3058 den, Netzwerken und anderen relevanten Akteuren werden wir den Dialog über eine
3059 „Norddeutsche Strategie für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ anstoßen. Die Stra-
3060 tegie soll Ziele, Leitideen und Maßnahmen zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Be-
3061 reich Forschung und Entwicklung, Klima - und Umweltschutz, Fachkräftesicherung und
3062 Weiterbildung sowie Technologietransfer enthalten. Diese soll mit einer zu entwickelnden
3063 Bremer Ernährungsstrategie - die unter anderem Fragen einer klimafreundlichen Ge-
3064 meinschaftsverpflegung, der Ernährungsbildung, der Vermeidung von Lebensmittelver-
3065 schwendung und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand adressiert – eng verzahnt
3066 werden.

3067

3068 Lebensmittel gehören nicht in die Tonne. Wir werden uns dafür einsetzen, Lebensmittel-
3069 verschwendung vor allem in den öffentlichen Kantinen und Großküchen zu vermeiden:
3070 Jährlich landen bundesweit 11 Mio. Tonnen essbare Lebensmittel im Müll. In Bremen sind
3071 dies 23.000 Tonnen oder 42 Kilogramm pro Person. Hierzu werden wir Konzepte entwi-
3072 ckeln, wie wir z.B. eine Zusammenarbeit mit den Tafeln oder anderen Akteuren verstär-
3073 ken können, damit Ware, die nicht verkauft oder konsumiert werden kann, weitergegeben

3074 wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass große Mengen noch haltbarer Produkte im Abfall
3075 landen und Menschen sich dieses Essen auf unwürdige Art aus der Tonne holen müssen.
3076

3077 Der Ernährungssektor ist einer der wenigen Bereiche, der auch in Zukunft nicht vollstän-
3078 dig emissionsfrei werden kann. Aber auch die Landwirtschaft, inklusive der Tierhaltung,
3079 muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Um einerseits Emissionen so gering wie
3080 möglich zu halten und andererseits die Gesundheit der Menschen zu fördern, sind be-
3081 wusstete und aufgeklärte Ernährungsgewohnheiten erstrebenswert. Eine vom Staat vor-
3082 geschriebene, vollständig pflanzenbasierte Ernährung lehnt die CDU jedoch ab.
3083

3084 Als CDU werden wir:

- 3085 ● der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken, vor allem bei der öffentlichen
3086 Hand,
 - 3087 ● die Lebensmittelindustrie stärken,
 - 3088 ● die gesunde Ernährung fördern.
- 3089

3090 ***Stationsname: Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung***

3091

3092 Kurz- und mittelfristig setzen wir zur Verringerung der CO₂-Emissionen gezielt auf Maß-
3093 nahmen, die die Abfallmengen in Bremen und Bremerhaven reduzieren. Dazu gehören
3094 z.B. Informations- und Beratungsangebote zur Steigerung des Bewusstseins über die
3095 Abfallproblematik und Lebensmittelverschwendung, eine Förderung von Reparaturcafés,
3096 Unverpacktläden sowie von Märkten für gebrauchte Waren.
3097

3098 Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von diversen Konsumgütern, wie etwa
3099 Technik und Textilien, unterstützen. Dazu werden wir die Einrichtung von Ressourcen-
3100 Zentren in Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit lokalen Repaircafés, Hand-
3101 werksbetrieben sowie Einzelhandelsbetrieben nach dem Vorbild von Wien und Oldenburg
3102 weiter vorantreiben. In diesen Zentren sollen Reparaturangebote und Instandsetzung zu
3103 Hause und vor Ort, Weiterbildungskurse und Workshops sowie Geräteankauf, -verkauf
3104 und -vermietung angeboten werden. Das ist nicht nur nachhaltig, sondern es spart auch
3105 Geld. Das Klima wird entlastet, indem Konsumgüter lange genutzt werden und damit
3106 Ressourcen und Energie für die Produktion von neuen Gütern erspart bleiben.
3107 Zudem wollen wir professionelle DIY (Do it yourself) Fahrradstationen (Luftpumpe, Bock
3108 und fest installiertes Werkzeug) an den Radpremiumrouten und an zentralen Orten in
3109 den Stadtteilen aufstellen, damit kleine Pannen direkt unterwegs behoben werden kön-
3110 nen.
3111

3112 Ausgehend von den Leitideen der „blauen Ökologie“ wollen wir langfristig einen Paradig-
3113 menwechsel im Umgang mit Müll erreichen. Wir wollen Innovationen und Technologien
3114 fördern, die nachhaltige Rohstoffkreisläufe ermöglichen. Ein Beispiel dafür sind Inno-
3115 vationen nach dem Ansatz der Ökoeffektivität („Cradle-to-cradle“), die z. B. in der Baubran-
3116 che oder in Industrie und Handel zunehmend eingesetzt werden. Demnach gibt es keinen
3117 Müll an sich, sondern nur wiederverwertbare Rohstoffe.
3118

3119 Mit seinen zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen in den Be-
3120 reichen Materialwissenschaften und 3D-Druck/additive Fertigung, z. B. dem Fraunhofer
3121 IFAM, dem ECOMAT und dem Faserinstitut Bremen, kann das Land Bremen einen erheb-
3122 lichen Beitrag zur Entwicklung von neuen Materialien, Technologien und Produktionspro-
3123 zessen für den Aufbau einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft leisten.

3124

3125 Wir werden Gespräche mit den Bremer Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivil-
3126 gesellschaft im Bereich Cradle-to-Cradle mit dem Ziel aufnehmen, konkrete Maßnahmen
3127 für Bremen und Bremerhaven, wie etwa Veranstaltungen, Vernetzungsaktivitäten und
3128 Demonstrationsprojekte, z.B. den Bau von öffentlichen Gebäuden nach C2C-Kriterien zu
3129 erarbeiten, um eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Bremen nach dem Prinzip der Öko-
3130 effektivität aufzubauen. Die Prinzipien des zirkulären Wirtschaftens und der Ökoeffekti-
3131 vität wollen wir in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien nach dem Vorbild der Stadt
3132 Ludwigsburg stärker verankern und werden uns dafür parlamentarisch einsetzen. Außer-
3133 dem werden wir die vorhandenen Landesprogramme für die Förderung von Forschungs-
3134 und Entwicklungsaktivitäten im Umweltbereich aufstocken und die Förderrichtlinie über-
3135 arbeiten, um Projekte im Bereich der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft stärker zu unter-
3136 stützen. Als CDU werden wir:

- 3137 ● die Nutzungsdauer von Konsumgütern durch die Einrichtung von Ressourcen-
3138 Zentren verlängern,
- 3139 ● DIY-Fahrradstationen an zentralen Orten aufstellen,
- 3140 ● Innovationen und Technologien fördern, die nachhaltige Rohstoffkreisläufe er-
3141 möglichen.

3142

3143 **LINIE: WISSENSCHAFT**

3144

3145 Die Wissenschaft, vertreten durch die öffentlichen und privaten Universitäten und Hoch-
3146 schulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Land Bremen, mit ihrem
3147 Beitrag zur wissenschaftlichen Ausbildung durch die Lehre und ihrem Beitrag zur Inno-
3148 vation durch Forschung und Transfer ist ein wesentlicher Motor unserer Gesellschaft.
3149 Unsere Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstitute und forschenden Unter-
3150 nehmen bilden eine wesentliche Säule unseres geistigen, sozialen und wirtschaftlichen
3151 Wohlstands in Bremen und Bremerhaven und dieses mit zunehmender deutschlandwei-
3152 ter und internationaler Ausstrahlung. Bremen und Bremerhaven haben sich über die letz-
3153 ten dreißig Jahre herausragende Strukturen in den acht Forschungs- und Transfer-
3154 schwerpunkten Meeres- und Klimawissenschaften (inkl. Umweltwissenschaften), Mate-
3155 rialwissenschaften, Informations- und Kommunikationswissenschaften sowie Kognition
3156 und Robotik, Sozialwissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Logistik, Luft- und
3157 Raumfahrt sowie Energiewissenschaften aufgebaut. Die öffentliche Hand in Bremen hat
3158 den Wissenschaftsstandort in der Vergangenheit leider nicht immer ausreichend unter-
3159 stützt. Der Wissenschaftsplan 2025 ist derzeit nicht ansatzweise ausfinanziert. Bei der
3160 Grundmittelausstattung der Hochschulen lag Bremen zuletzt auf Platz 14 im bundeswei-
3161 ten Vergleich. Mit der Zivilklausel besteht für unsere Hochschulen ein bürokratisches
3162 Hindernis, das die überregionale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Als Folge werden
3163 der Wissenschaftsstandort Bremen und seine Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität
3164 massiv bedroht. Unser Ziel als CDU Bremen ist die wissenschaftliche Unabhängigkeit
3165 und Autonomie der Hochschulen, die Umsetzung und die Ausfinanzierung des Wissen-
3166 schäftsplans 2025, die Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen auf den Bun-
3167 desdurchschnitt auch mit Unterstützung des Bundes, die wissenschaftliche Nachwuchs-
3168 sicherung durch eine Verbesserung der Bedingungen, ein Abbau des Sanierungsstaus
3169 bei der wissenschaftlichen Infrastruktur und eine Rückkehr in die „Exzellenz“.

3170

3171 **Stationsname: Verlässliche Wissenschaftsfinanzierung**

3172 **Schnittstelle(n):** Finanzen

3173

3174 Starke Hochschulen und Wissenschaft brauchen Geld und Investitionen. Seit Jahren be-
3175 legt Bremen im Bundesvergleich die letzten Plätze bei der Ausstattung der Hochschulen
3176 mit Grundmitteln. Es ist unser Ziel, eine auskömmliche Finanzierung der Grundhaushalte
3177 der Universität und der Hochschulen zu sichern und den Wissenschaftsplan 2025 aus-
3178 zufinanzieren. Wir wollen bei der Grundfinanzierung der Hochschulen mindestens den
3179 Bundesdurchschnitt erreichen. Um verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschu-
3180 len kurz- und mittelfristig zu schaffen, werden wir für eine entsprechende Prioritäten-
3181 setzung im Haushalt sowie in der Investitionsplanung sorgen. Außerdem wollen wir Un-
3182 ternehmen oder anderen privaten Institutionen die Möglichkeit geben, sich an der Finan-
3183 zierung der Hochschulen zu beteiligen. Wir wollen

- 3184 • bei der Grundfinanzierung der Hochschulen mindestens den Bundesdurchschnitt
- 3185 erreichen,
- 3186 • die Einwerbung überregionaler Förderungen oder weiterer Drittmittel ausweiten.

3187

3188 **Stationsname: Abschaffung der Zivilklausel**

3189 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Sicherheit

3190

3191 Wissenschaft muss frei sein und die Zivilklausel ist dafür ein Hemmschuh: Die Einschrän-
3192 kung der Forschung an Dual-Use-Technologien (militärisch und zivil) behindert die freie
3193 Forschung im Bereich von z.B. Künstlicher Intelligenz, Satelliten- und Antriebstechnik,
3194 Klimatechnologien, Robotik, neuen Kommunikationssystemen sowie vielen weiteren The-
3195 men. Dabei benötigen wir genau hier das Wissen, um mit Technologie die Erderwärmung
3196 abzumildern, dem Fachkräftemangel zu begegnen und mithilfe von Künstlicher Intelli-
3197 genz Standardprozesse zu automatisieren. Mit der Abschaffung der Zivilklausel entfes-
3198 seln wir die Forschung, geben Entscheidungshoheit zurück an die Hochschulen und er-
3199 möglichen neue Chancen in Bremen und Bremerhaven. Kooperationen, Forschungs-
3200 schwerpunkte und doppelte Einsatzmöglichkeiten können spezifisch im Einzelfall ent-
3201 schieden und vorangetrieben werden. Ebenfalls ermöglichen wir durch die Abschaffung
3202 der Zivilklausel eine stärkere Partnerschaft von Wirtschaft und Wissenschaft am Stand-
3203 ort Bremen. Die starken Wirtschaftsfelder im Bereich der Luft- und Raumfahrt, Satellit-
3204 tenttechnologie, sowie Softwareentwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz kön-
3205 nen so direkt von der Forschung der Universitäten, Hochschulen sowie Forschungsinsti-
3206 tute profitieren.

3207

3208 **Stationsname: Exzellenter Wissenschaftsstandort**

3209

3210 Wir möchten in der Wissenschaft zurück an die Spitze. Die Universität Bremen muss bei
3211 der kommenden Bewerbung um die Exzellenzcluster wieder erfolgreich sein. Unser An-
3212 spruch ist, dass die Spitzenforschung und die Infrastruktur dafür bestehen; wir werden
3213 die notwendige Unterstützung dafür leisten. An den Hochschulen und in zahlreichen au-
3214 ßeruniversitären Forschungsinstituten in Bremen und Bremerhaven wird bereits erfolg-
3215 reich und mit internationalem Erfolg geforscht. Dabei erkennen wir explizit den Wert der
3216 Constructor University als einzigartige Campus-Universität in Bremen-Nord an, die Men-
3217 schen aus der ganzen Welt nach Bremen lockt. Das stärkt den Wissenschaftsstandort
3218 Bremen nachhaltig, verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und macht Spit-
3219 zenforschung sichtbar. Zudem möchten wir jungen Forschern eine öffentliche Plattform
3220 bieten.

3221

3222 Ebenfalls möchten wir den bürokratischen Aufwand z.B. bei Forschungsanträgen und
3223 Dokumentationen reduzieren, sowie notwendige Vorschriften transparenter und anwen-
3224 dungsfreundlicher gestalten. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
3225 Denn Forscher sollen sich auf die Forschung und nicht auf die Aktenablage fokussieren.
3226 Ebenfalls ist es an der Zeit, die Verhältnisse von im Wissenschaftsbereich Beschäftigten,
3227 insbesondere im Mittelbau, zu verbessern und mehr Transparenz sowie Verlässlichkeit
3228 durch mehr Dauerbeschäftigung zu erreichen.

3229

3230 Wir wollen

3231 • zurück an die Exzellenzspitze Deutschlands,

- 3232 • den bürokratischen Aufwand z.B. bei Forschungsanträgen und Dokumentationen
3233 reduzieren, sowie notwendige Vorschriften transparenter und anwendungs-
3234 freundlicher gestalten.

3235

3236 **Stationsname: Wissenschaft, die Wissen schafft**

3237 **Schnittstelle(n):** Bildung, Wirtschaft

3238

3239 Wir wollen Bremen als Land der Wissenschaft ganzheitlich, national und international
3240 präsentieren. Die Bremer Wissenschaftslandschaft ist vielfältig: Öffentliche und private
3241 Universitäten und Hochschulen bieten mit unterschiedlichen Schwerpunkten ein umfas-
3242 sendes, sehr gutes Lehr- und Forschungsangebot. Als Land der Wissenschaft ist Bremen
3243 häufig überregional und international jedoch wenig sichtbar. Aus diesem Grund setzten
3244 wir uns für eine einheitliche Gesamtstrategie des Bremer Wissenschaftsmarketings, ver-
3245 zahnt mit dem Stadtmarketing von Bremen und Bremerhaven, ein. Damit wird es uns
3246 gelingen, die Gesamtstudierendenzahl im Land Bremen auf 43.000 zu steigern. Davon
3247 sollen und werden sich 5000 Studierende für Bremerhaven entscheiden. Ein positiver
3248 Zukunftseffekt: Wir ziehen Neubremer und Neubremerhavener in beiden Städten an und
3249 erhalten - bedingt durch die Attraktivität unseres Landes - einige Zeit später gut ausge-
3250 bildete Fachkräfte für die Bremer Unternehmen.

3251

3252 Es ist unser erklärtes Ziel, dass sich junge Menschen aus Familien ohne akademischen
3253 Hintergrund für ein Hochschulstudium entscheiden können, wenn sie das wollen. Hoch-
3254 schulbildung darf keine Frage des Elternhauses sein. Deshalb wollen wir eine verbesserte
3255 Studienberatung und ein Talentscouting in den Schulen für leistungsstarke Schülerinnen
3256 und Schüler.

3257

3258 Wir wollen:

- 3259 • eine einheitliche Gesamtstrategie des Bremer Wissenschaftsmarketings, ver-
3260 zahnt mit dem Stadtmarketing von Bremen und Bremerhaven,
3261 • die Gesamtstudierendenzahl im Land Bremen auf 40.000 und in Bremerhaven auf
3262 5.000 Studierende steigern,
3263 • eine verbesserte Studienberatung und ein Talentscouting in den Schulen für leis-
3264 tungsstarke Schülerinnen und Schüler.

3265

3266 **Stationsname: Attraktive Studiengänge For Future**

3267 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Wirtschaft, Klima

3268

3269 Wo abzusehen ist, dass Fachkräfte in Zukunft rar werden oder wo neue Fachdisziplinen
3270 durch Fortschritt entstehen, ist die Einrichtung oder Entwicklung neuer, zukunftssträch-
3271 tiger, innovativer Studiengänge, passend zum Fachkräftemangel, ein Hebel. Zudem ist
3272 dieser Weg förderlich für die Erreichung der Klimaziele.

3273

3274 Der Grundsatz „nicht jede Hochschule muss jeden Studiengang anbieten“ sowie eine Ini-
3275 tiative zur verstärkten länderübergreifenden Kooperation sollen zu einem noch effekti-
3276 veren Ressourceneinsatz beitragen. Deshalb werden wir uns für die Weiterentwicklung

3277 des Studienangebots im Land Bremen im Sinne der Vermeidung von Doppelstrukturen
3278 in den Bereichen der Profilschwerpunkte sowie in manchen Studienbereichen, wie etwa
3279 in der Betriebswirtschaftslehre, bei gleichzeitiger Beibehaltung der heutigen Breite des
3280 Fächerangebots einsetzen.

3281

3282 Zudem ist es unser Anliegen, die Erweiterung des Studienangebots wie folgt voranzu-
3283 treiben:

3284 ● Bremen ist das einzige Bundesland, das keine universitäre Ausbildung von Medi-
3285 zinern ermöglicht und ausschließlich von den Anstrengungen und Ausgaben aller
3286 anderen Bundesländer abhängig ist und profitiert - trotz des sich abzeichnenden
3287 Ärztemangels in der Zukunft. Deshalb investieren wir offensiv in die Schaffung
3288 von Strukturen zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten. Mittelfristiges Ziel ist
3289 die Schaffung einer modernen Medizin-Fakultät.

3290 ● Die Reaktivierung des Lehramtsstudienganges „Sportpädagogik“ an der Universi-
3291 tät Bremen inklusive der Modernisierung der universitären Sportstätten werden
3292 wir mit aller Kraft und den benötigten finanziellen Mitteln engagiert flankieren.

3293 ● In Deutschland fehlen schon heute rund 137.000 IT-Expertinnen und IT-Experten.
3294 Deshalb wollen wir das Angebot an exzellenter, praxisnaher Ausbildung von Soft-
3295 wareentwicklern in Bremen ausweiten und dabei die Constructor University ein-
3296 binden.

3297 ● Um die Qualität des Informatikunterrichts in den Schulen zu steigern, setzen wir
3298 uns für einen Lehramtsstudiengang Informatik in Bremen ein. Dort sollen Lehr-
3299 kräfte darauf vorbereitet werden, Kindern und Jugendlichen den Ersteinstieg in
3300 die Welt der Informatik verständlich zu machen.

3301

3302 ***Stationsname: Exzellente Studienbedingungen***

3303

3304 Gute Hochschulen brauchen gute Rahmenbedingungen in den Einrichtungen, aber auch
3305 in den Städten. Diese machen im Kampf um die klügsten Köpfe einen echten Unter-
3306 schied.

3307

3308 An erster Stelle steht, dass die notwendigen Sanierungen der Hochschulen mit einer
3309 weiteren Verbesserung der „Campus-Atmosphäre“ durchgeführt werden und mit der re-
3310 gionalen Versorgung und Infrastruktur verbunden werden. Denn niemand möchte in von
3311 den Decken tropfenden Seminarräumen mit Neon-Flackerlicht lernen. Auch den knappen
3312 Raum- und Hörsaalkapazitäten wollen wir mit einer verlässlichen Investitionsplanung
3313 und der Bereitstellung erforderlicher finanzieller Mittel aktiv begegnen. In diesem Zu-
3314 sammenhang werden wir den Bau des dringend benötigten Hörsaal- und Veranstaltungsz-
3315entrums an der Universität vorantreiben.

3316

3317 Wer sich für ein Studium in Bremen, Bremen-Nord oder Bremerhaven entscheidet, be-
3318 nötigt häufig Wohnraum. Dieser wird, zumindest in der Stadt Bremen, immer knapper;
3319 umso wichtiger ist es, studentischen Wohnraum zu schaffen. Diesen möchten wir als
3320 Land fördern und neben dem Studierendenwerk weitere Träger animieren, in diesem Be-
3321 reich tätig zu werden. Um Wohnraum finanzieren zu können, ist BAföG für Studierende

3322 eine Option. Jedoch zieht sich die Bearbeitung der Anträge häufig in die Länge. Aus die-
3323 sem Grund werden wir die Bearbeitung der BAföG Anträge beschleunigen.

3324

3325 Auch wenn ein Studium vom persönlichen Austausch untereinander und der Diskussion
3326 miteinander lebt, konnten wir in der Pandemie lernen, dass digitale Lehre und hybride
3327 Formate gewinnbringend eingesetzt werden können und im Jahr 2023 auch müssen. Di-
3328 gitale Konferenzformate erweitern den Horizont von Vortragsrednern und können
3329 Lehreinheiten bereichern. Mithilfe von virtuellen Hochschulen und Lehrveranstaltungen
3330 oder auch eines „digitalen Campus“ kann das „E-Learning“ z.B. im Rahmen der hoch-
3331 schulischen Weiterbildung eine neue Grundlage bilden. Außerdem können Hochschul-
3332 und Prüfungsverwaltung effektiver gemacht werden und die Möglichkeiten zu internati-
3333 onalen, auch mehrsprachigen Studienangeboten eröffnet werden. Gemischte Formen der
3334 Lehre (Blended Learning) können sicherstellen, dass die Chancen und Möglichkeiten un-
3335 terschiedlicher Lernebenen miteinander kombiniert werden und sich gegenseitig ergän-
3336 zen. Darüber hinaus versprechen wir uns davon einen noch effektiveren Wissensaustausch
3337 und eine schnellere Verfügbarkeit von Medien. Wir wollen die Digitalisierung
3338 in der Hochschullandschaft zu einem Leuchtturmprojekt für Bremen und Bremerhaven
3339 werden lassen. Wir werden deshalb die finanziellen Mittel für die Digitalisierung der
3340 Hochschulen erhöhen und dafür sorgen, dass Seminarräume und Vorlesungssäle mit der
3341 entsprechenden Technik ausgestattet sind.

3342

3343 Den Austausch von Lehrenden und Studierenden wollen wir auch international weiter
3344 ausbauen. Wir werden das Erasmus+Programm und die Erasmus-Dozentenmobilität
3345 stärker fördern, damit unsere Hochschulen vom wissenschaftlichen Austausch auf euro-
3346 päischer Ebene noch besser profitieren. Durch attraktive internationale Studiengänge
3347 wollen wir mehr Studierende aus dem inner- und außereuropäischen Ausland für Bremen
3348 gewinnen.

3349

3350 Studien haben gezeigt, dass jeder zehnte Studierende mit psychischen Problemen zu
3351 kämpfen hat. Diese wurden durch die pandemiebedingten Einschränkungen der Lebens-
3352 umstände und Lehre verstärkt. Aus diesem Grund werden wir das psychosoziale Bera-
3353 tungsangebot an den Hochschulen für Studierende ausbauen.

3354

3355 Auch als studierende Person benötigt man Geld: Wir setzen uns dafür ein, dass Praxis-
3356 semester im bremischen öffentlichen Dienst oder in nachgeordneten bremischen Ein-
3357 richtungen und Anstalten mit mindestens 400 Euro monatlich vergütet werden, und dass
3358 in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Bremen und der Stadtgemeinde
3359 Bremen eine Aufwandsentschädigung von mindestens 400 Euro monatlich gezahlt wird.

3360

3361 Wir wollen

- 3362 • dass die notwendigen Sanierungen der Hochschulen mit einer weiteren Verbes-
3363 serung der „Campus-Atmosphäre“ durchgeführt werden und mit der regionalen
3364 Versorgung und Infrastruktur verbunden werden,
- 3365 • studentischen Wohnraum fördern und private Träger unterstützen, in dem Be-
3366 reich tätig zu werden,

- 3367
- 3368
- 3369
- 3370
- 3371
- 3372
- 3373
- 3374
- 3375
- 3376
- die Bearbeitung von BAföG-Anträgen beschleunigen,
 - die Digitalisierung in der Hochschullandschaft zu einem Leuchtturmprojekt für Bremen und Bremerhaven werden lassen,
 - durch attraktive internationale Studiengänge mehr Studierende aus dem inner- und außereuropäischen Ausland für Bremen gewinnen,
 - das psychosoziale Beratungsangebot an den Hochschulen für Studierende ausbauen,
 - einen Mindestverdienst von 400 Euro monatlich bei Praxissemestern, Praktika o.ä. in der Bremer Verwaltung oder nachfolgenden Anstalten öffentlichen Rechts durchsetzen.

3377

3378 **Stationsname: Wissenschaft für alle!**

3379 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Wirtschaft

3380

3381 Wissenschaft findet nicht nur an den Hochschulen statt. Institutionen wie das Universum
3382 Science Center, das Klimahaus oder Museen ziehen viele Besucher in ihren Bann. Diese
3383 Institutionen möchten wir stärken. Es ist wichtig, dass Kinder, Familien und alle Men-
3384 schen Anlaufpunkte haben, um Wissenschaft erleb- und anfassbar zu machen. Die For-
3385 schung der Bremer Institute geht von der Tiefsee in den Weltraum. Wir setzen uns dafür
3386 ein, den Anlaufpunkt für technik- und wissenschaftsbegeisterte Menschen aus Bremen
3387 und umzu durch ein Kosmoskop zu bereichern. Ein Kosmoskop ist die Erweiterung eines
3388 Planetariums, in welchem man nicht nur den Sternen, sondern auch der Tiefsee näher-
3389 kommen kann. Damit möchten wir mehr Verständnis für unsere Umwelt ermöglichen und
3390 einen weiteren touristischen Magneten in der Bremer Innenstadt schaffen. Bereits be-
3391 stehende Orte des Lernens, wie das Floartrium in Bremen Horn, gilt es zu stärken und
3392 somit außerschulische und außeruniversitäre Lernorte zu schaffen.

3393

3394 **Stationsname: Klimafreundliche und nachhaltige Hochschulen**

3395 **Schnittstelle(n):** Klima, Bildung

3396

3397 Die bremische Wissenschafts- und Forschungslandschaft, wie etwa das Alfred-Wege-
3398 ner-Institut, das ECOMAT oder die Hochschule Bremerhaven, trägt mit ihrer Forschung
3399 und Lehre sowie innovativen Technologien zum Klimaschutz und dem Gelingen der Ener-
3400 giewende erheblich bei. In den Forschungs- und Transferschwerpunkten in Meeres- und
3401 Klimawissenschaften, Materialwissenschaften, Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie
3402 Energiewissenschaften werden zahlreiche Forschungsvorhaben auf höchstem Niveau
3403 durchgeführt. Exemplarisch sind Forschungen zum Einfluss des Klimawandels auf die
3404 Polarregion oder zur Materialforschung im Windenergiebereich zu nennen. Im Bundes-
3405 vergleich belegte das Land 2019 sogar den zweiten Platz bei der Forschungsförderung
3406 für erneuerbare Energien im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. In vielen Studiengän-
3407 gen, wie etwa „Windenergietechnik“ oder „Nachhaltige Energie- und Umwelttechnolo-
3408 gien“ an der Hochschule Bremerhaven, werden zukünftige Entscheiderinnen und Ent-
3409 scheider für die anspruchsvolle Aufgabe des Klimaschutzes ausgebildet. Damit die die
3410 Universität und die Hochschulen auch weiterhin als Vorreiter der gesellschaftlichen Ent-
3411 wicklungen fungieren können, werden wir sie darin unterstützen, die Nachhaltigkeit und

3412 den Klimaschutz in ihrem Betrieb ganzheitlich, also in Lehre, Forschung, Administration
3413 und Infrastrukturen im Sinne des „Whole Institution Approach“ weiter zu stärken.

3414

3415 Damit die zukünftigen Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte die Themen Klima- und
3416 Umweltschutz sowie Nachhaltigkeit besser in den Unterricht und Schulalltag integrieren
3417 können, wollen wir im Rahmen der Zielvereinbarungen mit der bremischen Universität
3418 Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Lehrinhalt für Erzieherinnen und Erzieher, Lehramts-
3419 studierende aller Schulstufen sowie Quereinsteiger stärker etablieren.

3420

3421 **Stationsname: Wissenschaftstransfer: Wirtschaft <> Forschung**

3422 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

3423

3424 Es ist schade, Forschungsergebnisse ungenutzt in den Schubladen oder Archiven des
3425 Landes zu lagern. Aus diesem Grund möchten wir den Wissens- und Technologietransfer
3426 zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft fördern und damit Kräfte für ein
3427 stärkeres und innovativeres Bremen und Bremerhaven entfesseln. Stärker als bisher
3428 müssen wir Wissenschaft und Wirtschaft miteinander verzahnen. Nutzen wir die kurzen
3429 Bremer Wege, um Fragestellungen und Herausforderungen aus der Wirtschaft mit Lö-
3430 sungsansätzen aus der Forschung zu verbinden! Wir wollen die regionale Ansiedlung von
3431 kooperierenden Unternehmen weiter intensivieren. Die Zusammenarbeit der Hochschu-
3432 len in Bremen, unabhängig von der Trägerschaft, wollen wir untereinander, aber auch in
3433 Richtung Wirtschaft, Handel und Handwerk weiter intensivieren. Wir versprechen uns
3434 davon nicht nur eine höhere Durchlässigkeit zwischen Beruf, Ausbildung und Studium,
3435 sondern auch eine verbesserte Zusammenarbeit bei Promotionen. „Auch den Transfer
3436 zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wollen wir durch die Unterstützung von Citizen-
3437 Science-Projekten weiter intensivieren, in denen sich Bürgerinnen und Bürger an den
3438 wissenschaftlichen Prozessen stärker beteiligen können. So können mehr Menschen für
3439 die Wissenschaft begeistert werden und an den Lösungen aktueller Probleme mitwirken.

3440

3441 Des Weiteren wollen wir an die positiven Erfahrungen der engen Zusammenarbeit zwi-
3442 schen Politik und Wissenschaft in der-Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das
3443 Land Bremen“ anknüpfen und wissenschaftsbasiertes Regieren stärken, indem wir die
3444 wissenschaftliche Expertise schon frühzeitig in die Prozesse der Politikentwicklung ein-
3445 binden. Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den für den
3446 Wissenschaftsstandort relevanten Ressorts stärken, um positive Synergien zu erzielen.

3447

3448 Wir wollen

- 3449 • die regionale Ansiedlung von kooperierenden Unternehmen intensivieren,
- 3450 • die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander, aber auch in Richtung Wirt-
3451 schaft, Handel und Handwerk intensivieren.

3452

3453

3454

3455

3456

3457 **Stationsname: Experimente in freier Wildbahn**

3458 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft

3459

3460 Wir möchten durch die zeit- und gebietsweise Aussetzung bestehender gesetzlicher
3461 Regelungen im Rahmen von Experimentierklauseln erreichen, dass neue Technologien
3462 und Geschäftsmodelle getestet werden können. Technologische Neuentwicklungen
3463 brauchen Flächen und Orte, wo im Rahmen von Experimenten „im freien Feld“ getestet
3464 werden kann. Insbesondere wissenschaftliche Forschung von z.B. Transportdrohnen,
3465 autonom fahrenden Fahrzeugen oder neuen Methoden des Bauens gestaltet sich im öf-
3466 fentlichen Raum häufig schwierig. Neue Geschäftsmodelle und -konzepte scheitern
3467 schon vor dem ersten Umsetzungsschritt durch teilweise jahrzehntealte Regelungen.
3468 Reallabore als Testräume spielen eine wichtige Rolle, um Forschungsergebnisse unter
3469 realen Bedingungen zu erzielen oder diese in der anwendungsnahen Umgebung zu er-
3470 proben. Diese wollen wir als Land fördern und dafür auch niedrighschwellige Unterstüt-
3471 zungsangebote schaffen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine zeit- und gebiets-
3472 weise Aussetzung bestehender gesetzlicher Regelungen im Rahmen von Experimen-
3473 tierklauseln einsetzen, damit neue Technologien und Geschäftsmodelle getestet wer-
3474 den können. Um den Sprung von neuen Technologien und Prozessen aus der Theorie in
3475 die Praxis zu befördern, wollen wir bestehende Kapazitäten an Testfeldern und Realla-
3476 boren für klimafreundliche Technologien und Innovationen im Land Bremen weiter aus-
3477 bauen und dafür verstärkt Fördermittel des Bundes und der EU, wie etwa dem Bundes-
3478 programm „Reallabore der Energiewende“ einwerben.

3479

3480 Wir wollen

- 3481 • die zeit- und gebietsweise Aussetzung bestehender gesetzlicher Regelungen im
3482 Rahmen von Experimentierklauseln erreichen, damit neue Technologien und Ge-
3483 schäftsmodelle getestet werden können.

3484

3485

3486 **LINIE: LEBENSWELTEN**

3487
3488 Familien, Lebensgemeinschaften, Religionsgemeinschaften und andere Formen der Ge-
3489 meinschaft, bei der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, sind für uns als
3490 CDU der unterstützenswerte Kern einer Gesellschaft. Sie bringen das Miteinander einer
3491 Gesellschaft voran und entlasten diese zugleich. Unsere Politik gründet auf dem christ-
3492 lichen Menschenbild, das den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es be-
3493 schreibt den verbindenden Rahmen einer von Werten geprägten Politik und ist Kompass
3494 unseres Handelns für die Zukunft der Menschen in Bremerhaven und Bremen.

3495
3496 Die individuelle Lebensweise eines jeden Einzelnen steht für uns deshalb auch nicht in
3497 Konkurrenz zueinander. Jeder soll das Leben führen können, für das er sich selbst ent-
3498 scheidet, solange es nicht im Widerspruch zu einem friedvollen Miteinander in der Ge-
3499 sellschaft steht. Dazu gehört Gleichberechtigung unabhängig von einer Behinderung
3500 oder von der geschlechtlichen Zugehörigkeit ebenso wie gerechte Chancen und gleiche
3501 Pflichten. Wir sind glücklicherweise alle verschieden und nicht jeder benötigt dieselbe
3502 Unterstützung der Gesellschaft wie andere. Besonderes Engagement für die Gesellschaft
3503 muss ebenso Berücksichtigung finden, wie ungleiche Ausgangsbedingungen im Leben,
3504 die Chancen verwehren. Einen Freifahrtschein, um auf Kosten anderer zu leben, wollen
3505 und werden wir nicht ausstellen. Berufstätige, die eine Familie gegründet haben und mit
3506 Kindern unsere Zukunft als Gesellschaft sichern, sollen ebenso besonders unterstützt
3507 werden, wie unsere Senioren, die ihr Leben bereits unserer Gesellschaft gewidmet haben
3508 oder jene, die dies tagtäglich auch außerhalb ihres Berufes tun. Ebenso brauchen alle
3509 Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder Erkrankung nicht in der Lage sind, aus-
3510 reichend für sich selbst zu sorgen, unsere volle Solidarität.

3511
3512 Als CDU widerstrebt es uns, dass Frauen schlechter bezahlt werden als männliche Kol-
3513 legen und wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen sich auch für Berufe interessieren, für
3514 die sie entgegen allen Rollenklischees genauso gut geeignet sind. Wir wollen jedoch nicht,
3515 dass das Geschlecht das dominierende Merkmal für Förderung wird - gefördert werden
3516 soll, wer Leistung bringt, sich engagiert oder besonderer Unterstützung bedarf.

3517
3518 **Stationsname: Strategie gegen Einsamkeit und soziale Armut entwickeln**

3519 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Gesundheit

3520
3521 Immer mehr Menschen leiden unter Einsamkeit und sozialer Armut, auch in Bremen und
3522 Bremerhaven. Wir stehen generationsübergreifend für mehr Gemeinsamkeit statt Ein-
3523 samkeit. Die Gründe hierfür sind vielfältig wie das Leben selbst, Politik und soziale Träger
3524 erkennen dies jedoch noch zu selten, und wenn, lediglich bei Senioren an. Dabei werden
3525 viele bereits bestehende Gelegenheiten, einsame Menschen zurück in die Gesellschaft
3526 zu führen, nicht genutzt. Daher werden wir:

- 3527 ● das Problemfeld „Einsamkeit“ gemeinsam mit den sozialwissenschaftlichen For-
3528 schungseinrichtungen für das Bundesland Bremen analysieren,
- 3529 ● niedrigschwellige Projekte gemeinsam mit den sozialen Trägern und Bremer Un-
3530 ternehmen auflegen,

- 3531
- 3532
- 3533
- 3534
- 3535
- 3536
- 3537
- 3538
- 3539
- 3540
- Maßnahmen gegen Einsamkeit mit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung verbinden und so zum Beispiel die bestehenden Angebote für günstige Mittagstische ausbauen,
 - gemeinsam mit der Telefonseelsorge und den Seniorenvertretungen in Bremen und Bremerhaven Projekte wie der „Seniorenlotse“ ausbauen und bekannter machen,
 - „Kümmerstrukturen“ in den Quartieren ausbauen und Begegnungszentren gut evaluiert mit mehr Leben füllen,
 - verbindende „Tandem-Programme“ zwischen Jung und Alt anregen, von denen beide Seiten in unterschiedlichen Lebensbereichen profitieren.

3541

3542 ***Stationsname: Ehrenamtliche und familiäre Pflege stärken***

3543 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Gesundheit, Ehrenamt

3544

3545 Unsere Gesellschaft wird immer älter. Etwa 35.000 Menschen sind im Land Bremen pflegebedürftig, Tendenz steigend. Ein Mehr an Pflegedienstleistungen steht dem Personal-
 3546 mangel in den Pflegeberufen und der demografischen Entwicklung entgegen, was kei-
 3547 nerlei Entspannung der Situation erwarten lässt. Abwarten ist hier keine Strategie! Voll-
 3548 zeitpflege, stationäre Pflege und auch ambulante Pflege werden immer teurer, die Pfl-
 3549 gekassen sind unter den Bedingungen des demografischen Wandels unterfinanziert. An-
 3550 gehörige entscheiden sich, Pflegebedürftige in stationäre Pflege zu geben, weil die Or-
 3551 ganisation von Kurzzeitpflege durch ein zu geringes Angebot an Plätzen nicht mehr zu
 3552 leisten ist. Diese Gemengelage droht die Gesellschaft und insbesondere Familien zu zer-
 3553 reißen. Ehrenamtliche und familiäre Pflege führen in der Politik bis heute ein Nischenda-
 3554 sein, obwohl sie die Gesellschaft erheblich entlasten.

3555

3556 Wir werden daher:

- 3557
- 3558
- 3559
- 3560
- 3561
- 3562
- 3563
- 3564
- 3565
- 3566
- 3567
- 3568
- 3569
- 3570
- die ehrenamtliche Pflege entbürokratisieren und Pflegende in Verwaltungsangelegenheiten unterstützen,
 - zusätzliche Anreize schaffen, um die Pflege von Angehörigen zu erleichtern und besser mit dem alltäglichen Leben vereinbar zu machen,
 - die ambulante Pflege gegenüber der stationären Pflege stärken und insbesondere neue wohnortnahe Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze schaffen, um Angehörigen unbürokratische Flexibilität zu geben,
 - das Pflegeplatzmanagement digitalisieren und aus den Bereichen Gesundheit und Soziales zusammenführen,
 - die stationäre Pflege für 9.000 hochaltrige Menschen durch jährliche, überwiegend unangemeldete Regelprüfungen nach dem Standard des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes vor der letzten Novellierung sichern,
 - würdevolle Sterbebegleitung wieder in den Blick nehmen und sicherstellen.

3571

3572

3573

3574

3575

3576

3577 **Stationsname: One-Stop-Shop „Leistungen und Beratungen für Familien“**

3578 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Digitalisierung

3579

3580 Überflüssige Bürokratie und Wartezeiten sind oftmals ein Hemmschuh, um mehr Zeit mit
3581 der Familie zu verbringen. Für eine vollumfängliche, digitale Beratung zu und Beantra-
3582 gung von Kindergeld, einer Geburtsurkunde oder Elterngeld werden wir:

- 3583 ● Familienleistungen künftig vereinfacht und aus einer Hand zur Verfügung stellen,
- 3584 ● Beratungsangebote für Familien ausbauen und verbessern,
- 3585 ● alle Beratungsangebote digitalisieren.

3586

3587 **Stationsname: Frauen vor Gewalt schützen**

3588 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Sicherheit

3589

3590 Frauen und Mädchen sind in besonderem Maße von (häuslicher) Gewalt betroffen. Ge-
3591 walt hat dabei viele Gesichter und lässt sich nicht immer im Sinne des Strafrechts ob-
3592 jektivieren. Wir werden:

- 3593 ● uns weiterhin für die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bre-
3594 men und Bremerhaven einsetzen und unterstützen alle Maßnahmen, um Gewalt
3595 präventiv und aktiv zu begegnen,
- 3596 ● für ein bedarfsgerechtes, niedrighwelliges und barrierefreies Beratungsangebot
3597 und für auskömmliche Frauenhausplätze sorgen,
- 3598 ● auf Bundesebene darauf hinwirken, dass ein bundesweit einheitliches Finanzie-
3599 rungskonzept entsteht, um alle Frauenhäuser auf gleicher Basis und hinreichend
3600 zu finanzieren,
- 3601 ● u.a. die Ausleuchtung dunkler Wege und Straßen, den Ausbau von Frauenpark-
3602 plätzen in Parkhäusern, sowie den Ausbau von Frauensitzplätzen im ÖPNV in den
3603 Fokus nehmen, um das Sicherheitsgefühl von Frauen im öffentlichen Raum zu
3604 stärken.

3605

3606 **Stationsname: Chancengerechtigkeit im Alltag und im Beruf**

3607 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Wirtschaft

3608

3609 Vor allem Frauen, aber auch Männer, sollen im Land Bremen die Chance und die Wahl
3610 erhalten, sich beruflich und privat so entwickeln zu können, wie sie es möchten. Kinder-
3611 erziehung, die Pflege Angehöriger oder die Berufswahl dürfen nicht zum Nachteil von
3612 Frauen werden. Wir wollen ein Bremen, in dem auch Frauen und Mädchen die besten
3613 beruflichen und privaten Chancen haben! Oftmals sind Geschlechter- und Rollenkli-
3614 schees für die Berufswahl ausschlaggebend. Diese Klischees werden vermehrt in der
3615 frühen Kindheit gebildet. Wir wollen, dass Berufsbilder frühestmöglich von Klischees be-
3616 freit werden und gleichzeitig Berufe attraktiv gemacht werden, die strukturell einen ho-
3617 hen Bedarf haben. In Bremen werden für Frauen die bundesweit niedrigsten Erwerbstä-
3618 tigen- und Beschäftigungsquoten und die höchsten Arbeitslosenquoten gemessen, dop-
3619 pelt so viele Bremerinnen wie im Bundesschnitt leben in der Mindestsicherung. Häufiger
3620 als in allen anderen Bundesländern können Frauen keinen Schulabschluss beziehungs-
3621 weise beruflichen Bildungsabschluss nachweisen und verbleiben vermehrt in der Rolle

3622 der Hausfrau und Mutter. Hier sind wir in Bremen in den letzten Jahren keinen Schritt
3623 vorangekommen. Daher werden wir:

- 3624 ● spezielle MINT-Programme weiter stärken,
- 3625 ● Rahmenbedingungen schaffen, um frauentypische Berufe hinsichtlich des Ver-
3626 diensts und der Attraktivität aufzuwerten,
- 3627 ● Frauen und Mütter, vor allem Alleinerziehende ohne Abschluss, intensiviert auf
3628 dem Weg zum Berufsabschluss begleiten und den Zugang zum Berufsleben er-
3629 leichtern,
- 3630 ● Gründungen von Frauen im Speziellen fördern (vgl. Wirtschaft),
- 3631 ● im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und Frauen gleichberech-
3632 tigt behandeln, zur Übernahme von Führungspositionen ermuntern und mit ge-
3633 zielter Personalentwicklung darauf vorbereiten,
- 3634 ● Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen
3635 und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung umsetzen, wo immer
3636 es geeignete Kandidatinnen gibt. Frauenförderung und Bestenauslese gehen da-
3637 bei für uns Hand in Hand,
- 3638 ● familienfreundliche Arbeitsmodelle wie „Führen in Teilzeit“, „Geteilte Führung“
3639 oder „Flexibles Arbeiten“ weiter fördern, aber dort, wo es zu schlechterer Leistung
3640 führt oder aufgrund von Arbeitsprozessen kaum bis schwierig möglich ist, auch
3641 wieder einschränken,
- 3642 ● eine bessere Berücksichtigung von Unterbrechungszeiten im öffentlichen Dienst
3643 umsetzen und unter anderem die Möglichkeit schaffen, Regelbeurteilungen bei
3644 Unterbrechungszeiten infolge von Elternzeit oder einer Beurlaubung zur Betreu-
3645 ung fiktiv fortzuschreiben.

3646

3647 **Stationsname: Lebenswerte Welten für Alleinerziehende**

3648 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Berufsbildung

3649

3650 Wir werden Alleinerziehende nicht länger allein lassen. In den zurückliegenden vier Jah-
3651 ren wurde für die rund 19.000 Alleinerziehenden im Land Bremen nichts erreicht; kein
3652 Fortschritt in Richtung Unabhängigkeit von staatlicher Existenzsicherung. Im Gegenteil:
3653 Nach wie vor werden für sie hier die niedrigste Erwerbsneigung und die niedrigste Er-
3654 werbsbeteiligung im Vergleich aller Bundesländer gemessen. Jede fünfte arbeitslose al-
3655 leinerziehende Mutter ist in Bremen ohne Schulabschluss, weit mehr als die Hälfte ohne
3656 Beruf. Jeder zweite Ein-Elternhaushalt kann ohne staatliche Grundsicherung die Existenz
3657 der Familienmitglieder nicht aus eigener Kraft sichern. Diese Familienarmut ist immer
3658 auch Kinderarmut. Etwa 16.300 Kinder leben in diesen Bedarfsgemeinschaften. Was für
3659 ein politisches Armutszeugnis! Wir werden:

- 3660 ● uns mit aller Kraft für eine Bildungsoffensive für Alleinerziehende einsetzen, ins-
3661 besondere für berufliche Aus- und Weiterbildung auch in Teilzeit,
- 3662 ● verlässliche und flexible Kinderbetreuungsangebote schaffen, um den Müttern
3663 den Rücken für Ausbildung und Beruf freizuhalten,
- 3664 ● Alleinerziehende bei der Vergabe von Kita-Plätzen zu bevorzugen,
- 3665 ● Haushaltshilfen wo nötig fördern, um qualifizierende Abschlüsse zu ermöglichen,
- 3666 ● Alleinerziehende für sozialen Wohnraum berechtigen, um Stigmatisierung und
3667 Benachteiligung bei der Wohnungssuche zu umgehen,

- 3668
- 3669
- 3670
- 3671
- Alleinerziehende in Sachen Kindesunterhalt ämterseitig stärker unterstützen, um gegen die bundesweit niedrigsten Rückholquoten beim Unterhaltsvorschuss vorzugehen. Die Durchsetzung privater Ansprüche hilft, staatliche Abhängigkeiten zu reduzieren bzw. zu verhindern.

3672

3673 **Stationsname: Ein gutes Zuhause für Senioren**

3674 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Gesundheit, Lebenswerte Städte

3675

3676 Wir wollen Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes, weitestgehend unabhängi-
3677 ges, würdevolles und aktives Leben im Alter ermöglichen. Den Jahren mehr Leben! Die-
3678 sem Anspruch wollen wir mit unserer Politik für die etwa 187.500 Menschen im Alter von
3679 über 60 Lebensjahren in unserem Bundesland gerecht werden. Wir setzen im Rahmen
3680 einer wertschätzenden Seniorenpolitik Schwerpunkte: eine auskömmliche Rente, die
3681 durch gute Löhne erworben wird und die den bestehenden Lebensstandard möglichst
3682 absichert, moderne und barrierefreie Wohn- und Pflegemöglichkeiten, Entlastung pfl-
3683 gender Angehöriger, mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für Demenzerkrankte, ak-
3684 tives Altern, lebenslanges Lernen, Teilhabe an der Gesellschaft, Sicherung der Mobilität
3685 im Alter, gezielter Schutz vor Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, mehr Mitspra-
3686 che und Einflussnahme in eigenen Angelegenheiten. Wir wollen Senioren ganz nach ihren
3687 Möglichkeiten in das quirlige Leben der Stadtgemeinden einbeziehen, weil wir sie brau-
3688 chen und weil sie uns brauchen. Wir stehen für ein Miteinander der Generationen.

3689

3690 Die galoppierende Armut im Land Bremen macht auch vor dem Alter nicht Halt, vor allem
3691 nicht vor Frauen, denen wegen Kindererziehung und Teilzeitarbeit wichtige Renten-
3692 punkte fehlen. Etwa 10.000 über 65-Jährige beziehen im Land Bremen Grundsicherungs-
3693 leistungen im Alter nach SGB XII. Neben dem Auskommen mit dem Einkommen limitiert
3694 vor allem der Faktor Gesundheit im Alter. Unser Augenmerk richtet sich hierbei vor allem
3695 auf eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung im hausärzt-
3696 lichen Bereich, wie auch auf die geriatrische Versorgung in den Kliniken. Insbesondere
3697 im Alter sind Gesundheit und Pflege untrennbar miteinander verbunden. Wir erneuern
3698 unsere Forderung nach einer gemeinsamen politischen Zuständigkeit in einem Ressort
3699 „Gesundheit und Pflege“.

3700

3701 Im Land Bremen registrieren wir den bundesweit höchsten Anteil von Versicherten mit
3702 einer Demenzdiagnose. Wir wollen Sozialräume demenzsensibel gestalten, lokale Allian-
3703 zen in Demenznetzwerken fördern und die Einrichtung eines Demenzdorfes nach gut
3704 gelebten Beispielen in anderen Kommunen prüfen.

3705

3706 Ob im Heim oder daheim - bedeutsam sind Bewegung, körperliche und geistige Mobilität
3707 im Alter. Wir begrüßen jede Bereitschaft zum lebenslangen Lernen und wollen Bildungs-
3708 bedarfe noch stärker bedienen sowie kostenfreie Zugänge auch für Rentnerinnen und
3709 Rentner mit spärlicher Alterssicherung ermöglichen. Zur geistigen und körperlichen Fit-
3710 ness sichern und erweitern wir altersgerechte Kulturangebote, Partizipation und Freude
3711 an gelebter Literatur, Musik, Kunst, Gesang, Gymnastik, Tanz, Sport, Handarbeit, Töpfern,
3712 Malen, Rätseln, Spielen u.a.m. in öffentlichen und privaten Strukturen.

3713

3714 Die Vision einer Stadt der kurzen Wege ist vor allem dann mit zahlreichen Barrieren ver-
3715 sehen, wenn wichtige Stationen (Hausarztpraxis, Apotheke, Post, Bankfiliale, Friseursa-
3716 lon, Bäcker, Discounter, Begegnungshäuser, Haltestellen, Spazierwege) nur schwerlich
3717 erreichbar sind. Hinzu kommen immer mehr Sicherheitsbedenken und Ängste vor Krimi-
3718 nalität. Wir werden Alternativen hierzu aufzeigen, Wege verkürzen und erleichtern, um
3719 die soziale und wirtschaftliche Teilhabe bis ins hohe Alter zu sichern.

3720
3721 Den vergreisten „Altenplan“ des Bremer Senats aus dem Jahr 2007 werden wir ad acta
3722 legen, völlig neu schreiben und mit Leben füllen. Hierzu brauchen wir die Mitwirkung der
3723 Senioren als Experten ihrer eigenen Situation und ihrer Wünsche und Vorstellungen. Ge-
3724 meinsam wollen wir einen zeitgemäßen „Masterplan Seniorenpolitik“ erarbeiten und mit
3725 abrechenbaren Maßnahmen hinterlegen. Zudem regen wir ein Landesgesetz zur Rege-
3726 lung der Mitwirkung von Senioren an und befürworten ein Bremer Seniorenparlament.

3727
3728 **Stationsname: Glaube & Religion**

3729 **Schnittstelle(n):** Sicherheit, Ehrenamt

3730
3731 Die christlichen Kirchen, die jüdischen Gemeinden, die islamischen Glaubensgemein-
3732 schaften und weitere anerkannte Religionsgemeinschaften übernehmen herausragende
3733 gesellschaftliche Verantwortung. Sie spenden vielen Menschen religiösen, spirituellen
3734 und emotionalen Halt – gerade in unsicheren Zeiten. Als soziale Heimat für viele Men-
3735 schen sind sie mit karitativem Engagement und sehr viel ehrenamtlichem Einsatz eine
3736 wichtige Stütze für das Miteinander in unseren beiden Städten. Insbesondere in den Be-
3737 reichen der Kinderbetreuung, Bildung, Kranken- und Altenpflege, Musik-, Jugend- und
3738 Seniorenarbeit leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften einen unverzichtbaren
3739 Beitrag, den wir weiter erhalten und fördern wollen.

3740
3741 Wir brauchen dieses Wirken aus der Mitte der Gesellschaft mehr denn je, denn der Staat
3742 ist auf starke Partner zur Verteidigung von Gerechtigkeit, Offenheit und gesellschaftli-
3743 chem Zusammenhalt angewiesen. Wir werden den Dialog und die Zusammenarbeit mit
3744 allen Religionsgemeinschaften, die sich diesen gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen,
3745 pflegen und ausbauen. Die kritische, mahnende Stimme der Kirchen und Religionsge-
3746 meinschaften in die Politik hinein ist ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur.

3747
3748 Als Staat und als Gesellschaft müssen wir sicherstellen, dass niemand, gleich welcher
3749 Glaubensrichtung, durch Hass und Intoleranz angefeindet oder bedroht wird. Dass die
3750 jüdische Gemeinde dauerhaft durch die Polizei bewacht werden muss, ist unerträglich.
3751 Jede Form des Vandalismus gegenüber Glaubenshäusern oder Friedhöfen ist unerträg-
3752 lich. Dass Menschen aufgrund ihres Glaubens angegriffen werden, ist unerträglich.

3753
3754 Der wachsende Antisemitismus ist verabscheuungswürdig und muss mit allen zur Ver-
3755 fügung stehenden Mitteln bekämpft werden – sowohl in der realen Welt als auch im Netz.
3756 Hier sehen wir insbesondere die Schulen in einer herausragenden Verantwortung. Wir
3757 stellen uns jeder Form von Antisemitismus, religiöser Diskriminierung und Beeinträchti-
3758 gung mit aller Entschiedenheit entgegen. Mit allen Mitteln des Rechtsstaates wollen wir

3759 verhindern, dass Religion und Glaube Gegenstand oder Ausgangspunkt von Hass oder
3760 Gewalt wird.

3761

3762 Wir streben die Schaffung eines konfessionell gebundenen Religionsunterrichts an. Die
3763 Vermittlung von Wissen um die eigene Religion und um die Religion der anderen ist für
3764 uns eine fundamentale Grundlage für Toleranz und Miteinander in einer lebendigen und
3765 bunten Stadtgesellschaft. Wir wollen dabei die verbindenden Ziele und Elemente der Re-
3766 ligionen hervorheben, aber auch in Selbstbestimmung religiöse Orientierung und Kritik-
3767 fähigkeit ermöglichen. Zur Umsetzung und Ausgestaltung dieses Unterrichts werden wir
3768 in Gespräche mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften eintreten.

3769

3770 ***Stationsname: Lebenswerte Welten für diverse und queere Menschen***

3771 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Sicherheit

3772

3773 Bremen ist bunt und vielfältig, das macht unser Land lebenswert. Die Gleichberechtigung
3774 von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Intergeschlechtlichen und Queeren Personen (kurz
3775 LSBTIQ) rückt immer weiter in die Mitte der Gesellschaft.

3776

3777 Wir respektieren, tolerieren und schützen die Vielfalt unserer Gesellschaft! Dabei wollen
3778 wir uns verstärkt für den Schutz und gegen die Diskriminierung von LSBTIQ einsetzen.
3779 Die Umsetzung des „Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das
3780 Land Bremen“, begleitet und beraten durch den Queerpolitischen Beirat, wollen wir
3781 fortführen. Gewalt gegen queere Menschen werden wir nicht dulden und konsequent
3782 dagegen vorgehen. Wir wissen um die besonderen Bedarfe von Queeren BIPOC (Black,
3783 Indigenous, People of Color). Um diesen zu begegnen, müssen die vorhandenen Queer-
3784 Beratungs- und Hilfsangebote weiterentwickelt und für die besonderen Schutzbedarfe
3785 sensibilisiert werden.

3786 **LINIE: ARBEIT UND SOZIALES**

3787

3788 Als CDU wollen wir allen erwerbsfähigen Menschen eine Beschäftigung bieten und sie
3789 damit in die Lage versetzen, ihr Leben selbst zu gestalten und unabhängig von staatli-
3790 chen Mitteln und Unterstützungsprogrammen zu werden. Das Ziel unserer Arbeitsmarkt-
3791 politik heißt Vollbeschäftigung: Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt. Gleichzeitig gilt,
3792 dass sich Leistung lohnen muss. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht
3793 arbeitet. Die CDU steht dafür, dass auch in Zukunft das Lohnabstandsgebot und die
3794 Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gesichert ist. Die Abkehr von der Grundsicherung
3795 für Arbeitsuchende nach SGB II („Hartz IV“) hin zum Bürgergeld darf nicht zum Übergang
3796 in ein System des bedingungslosen Grundeinkommens genutzt werden. Unser Men-
3797 schenbild: aktiv und selbstbestimmt statt alimentiert und abhängig. Wir setzen mit akti-
3798 ver Arbeitsförderung auf Potenziale und nicht auf Schwächen.

3799

3800 Benachteiligten Menschen zu helfen, ist für uns oberstes Gebot der Menschlichkeit einer
3801 Gesellschaft. Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Na-
3802 tur des Menschen. Dabei wollen wir nicht nur Symptome, sondern Ursachen bekämpfen,
3803 die jedoch häufig nicht im Sozialressort selbst verantwortet werden. Insbesondere die
3804 sozial angestrichene Arbeitsmarktpolitik im Bundesland Bremen führt seit Jahren im
3805 Bundesländervergleich zu schlechter werdenden Resultaten: höchste Arbeitslosenquote,
3806 höchste Langzeitarbeitslosenquote, zweithöchste Jugendarbeitslosenquote, höchster
3807 Anteil an „frühen Schulabgängern“, höchste Grundsicherungsquote, höchster Anteil an
3808 Privatinsolvenzen, höchste Armutsquote, höchste Kinderarmutsquote. Bremen entfernt
3809 sich hierbei immer mehr von allen anderen Bundesländern.

3810

3811 Indes ringt sich die Landesregierung mit Blick auf diese erschreckenden, sich über Jahre
3812 verfestigenden Befunde nicht zu einem Strategiewechsel durch. Vielmehr wird das zent-
3813 rale landespolitische Instrument, das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP),
3814 schlicht fortgeschrieben. Evaluation? Fehlanzeige! Die Zahl unkoordinierter, sich vielfach
3815 überschneidender und größtenteils nicht ausgewerteter Maßnahmen läuft weiter aus
3816 dem Ruder. So liegen kaum belastbare Zahlen vor, etwa für die Vermittlungsquoten von
3817 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Maßnahmen in anschließende Beschäftigung.
3818 Häufig fehlt es schon an einer klaren Zieldefinition. Zeitgleich aber nimmt die strukturelle
3819 Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven seit Jahren trotz zahlreicher und finanziell
3820 stärker ausgestatteter BAP-Maßnahmen ungehemmt zu. Überdies wächst der Niedrig-
3821 lohnsektor und an jene, die von Veränderungen der Gesellschaft und Wirtschaft als Ver-
3822 lierter betroffen sind, wird überhaupt nicht gedacht.

3823

3824 Oberstes Ziel allen Senatshandelns im Sozialbereich muss es daher sein, Menschen, egal
3825 ob sozial benachteiligt, gesundheitlich oder körperlich eingeschränkt oder mit Lern-
3826 schwierigkeiten, zu integrieren, nach ihren individuellen Möglichkeiten in Lohn und Brot
3827 zu bringen und sie nötigenfalls dafür zu qualifizieren. Bloße Beschäftigungstherapie wird
3828 es mit uns als CDU nicht geben! Die Arbeitsmarktpolitik des Landes muss konsequenter
3829 als bisher auf die Eingliederung in Arbeit ausgerichtet werden. Dabei bleiben für uns das
3830 Fördern und Fordern die beiden Seiten der gleichen Medaille. Fördermaßnahmen sind

3831 viel stärker auf Bildungspotenziale und die Bedarfe der hiesigen Wirtschaft auszurichten.
3832 Alle Maßnahmen und Projekte im BAP sind zu evaluieren und hinsichtlich ihrer nachhal-
3833 tigen Eingliederungseffekte kritisch in ihrer Weiterführung zu hinterfragen.

3834

3835 **Stationsname: Armut geht uns alle an!**

3836 **Schnittstelle(n):** Bildung

3837

3838 Arm, ärmer, Bremen. Wir leben im Bundesland dauerhaft höchster Armut: mehr als 28
3839 Prozent unserer Bevölkerung meistern den Alltag in ärmlichen Verhältnissen. Nahezu
3840 jedes zweite Kind ist von Kinderarmut betroffen. Der Abstand zu den Lebensverhältnis-
3841 sen in allen anderen Bundesländern wächst von Jahr zu Jahr. Von Legislatur zu Legislatur
3842 verstreichen Zeit und Gelegenheiten, die eben nicht zur Trendumkehr führen. Wir werden
3843 uns mit skandalösen Rekordwerten und den damit verbundenen sozialen Verwerfungen
3844 niemals abfinden, weil wir wissen, dass hinter jeder Zahl in der Sozialstatistik immer per-
3845 sönliche Schicksale und Notlagen stehen. Wir verzeichnen im Land Bremen die im Bun-
3846 desvergleich höchste Überschuldung privater Haushalte, die höchste Arbeitslosenquote,
3847 den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen, die größte Abhängigkeit von Sozialleistun-
3848 gen nach SGB II und SGB XII, den höchsten Anteil von Arbeitslosen ohne abgeschlossene
3849 Berufsausbildung und die höchsten Hürden für Alleinerziehende. Alles in allem: Sozial-
3850 notlageland Bremen.

3851

3852 Vor allem Bildungs- und Arbeitsnotlagen verfestigen die Armut im Land. Prävention von
3853 Altersarmut muss in frühester Biografie ansetzen - hierfür müssen die Übergänge in der
3854 Erwerbsbiografie funktionieren. Die Ausgaben im Sozialetat des Landes sprengen jedes
3855 Maß und lagen in den Vorjahren weit über dem Plan. Fünf Armutskonferenzen und drei
3856 Armuts- und Reichtumsberichte wirken nicht und konnten den Trend nicht umkehren,
3857 weil sie die entscheidenden zu ergreifenden Maßnahmen nicht beinhalten. Alte Rezepte
3858 auf noch mehr Papier geschrieben ersetzen eben keine ressortübergreifende Strategie,
3859 die mit den Schwerpunkten Bildung, Arbeit und Wirtschaft auszustatten ist. Wir wollen
3860 und werden diese überfälligen Maßnahmen endlich auf den Weg bringen. Hierzu braucht
3861 es eine neue und fundamental andere Handschrift in der Landespolitik. Erklärtes Ziel ist
3862 mindestens das Erreichen der durchschnittlichen Armutsquote Deutschlands von 16 Pro-
3863 zent. Wir werden:

- 3864 ● das Berichtswesen über die Entwicklung von Armut und Reichtum im Land Bre-
3865 men verbessern und ein laufendes „Sozial-Monitoring“ einführen,
- 3866 ● Projekte des Landesprogramms „Wohnen in Nachbarschaft (WiN)“ in eine strate-
3867 gische und systematische Konzeption einbinden,
- 3868 ● alle Maßnahmen und Projekte auf den Prüfstand stellen, um gute von schlechten
3869 Maßnahmen zu trennen und Menschen in Armut aktiv einzubinden,
- 3870 ● finanzielle Mittel in Interventionen mit nachweisbaren Effekten auf Armutsursa-
3871 chen und Armutsfolgen umsteuern,
- 3872 ● eine Berufsbildungsoffensive starten und insbesondere die Rolle der Jugend-
3873 berufsagentur neu definieren,
- 3874 ● die Arbeitsförderung in Richtung berufliche Ausbildung mit Berufsabschluss, be-
3875 rufliche Weiterbildung und Umschulung umsteuern,

- 3876
- 3877
- 3878
- 3879
- 3880
- 3881
- 3882
- 3883
- 3884
- 3885
- 3886
- 3887
- ein „Qualifikations-Monitoring“ einrichten, um vorhandene Qualifikationen mit fachlichen Anforderungen der Wirtschaft abzugleichen, Qualifikationsdefizite zu ermitteln und Schulungsangebote abzustimmen,
 - das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm des Landes Bremen (BAP) reformieren und alle Maßnahmen hinsichtlich Nachhaltigkeit und Eingliederung in den Arbeitsmarkt evaluieren,
 - alle Fördermaßnahmen einer strikten Erfolgskontrolle unterziehen und diese von vornherein anlegen,
 - das individuelle Fallmanagement ausbauen und das Prinzip „Fördern und Fordern“ als Leitgedanken aktiver Arbeitsförderpolitik erhalten und weiterentwickeln,
 - die Armutsbekämpfung ressortübergreifend unter Leitung der Senatskanzlei bündeln und alle gesellschaftlichen Kräfte einbeziehen.

3888

3889 **Stationsname: Soziales dort leisten, wo es notwendig ist**

3890 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Bildung

3891

3892 Wir wollen das Sozialressort neu denken und nicht nur nach bundesgesetzlichen Vorga-
3893 ben strukturieren. Daher muss das Amt für Soziale Dienste enger an andere Ressorts
3894 gebunden werden und als echter Dienstleister nicht nur für die Menschen, sondern auch
3895 für die Umsetzung politischer Vorgaben fungieren. Fachliche Führung aus einer Hand bei
3896 frühzeitiger Integration in die Gedankenwelt anderer Ressorts. So sollen

- 3897
- Jugendhilfe und Jugendamt enger als bisher mit dem Bildungsressort kooperie-
3898 ren,
 - die Fachdienste Flüchtlinge, Integration & Familie sowie Teilhabe von vornherein
3899 in Planungen von Bildungsressort und Wirtschaftsressort integriert werden,
 - die politische Beschlussfassung für ressortübergreifende Themen in gemeinsa-
3900 men Ausschusssitzungen begleitet werden. Das Hin- und Herschieben von Ver-
3901 antwortung und Zuständigkeiten muss ein Ende haben.

3902

3903 **Stationsname Sozialstaat durch Controlling stärken**

3904 **Schnittstelle(n):** Finanzen

3905

3906 Soziales ist der größte Einzelhaushalt, nicht nur in Bremen. Der effiziente Mitteleinsatz
3907 gehört auch hier zum Gebot der Stunde, mögliche Einsparungen sind nicht unsozial, son-
3908 dern kommen der gesamten Gesellschaft zugute. Wir werden

- 3909
- ein effektives Controlling für Maßnahmen im Sozialbereich etablieren,
 - ineffiziente Maßnahmen aussetzen und effiziente Maßnahmen finanziell stärken,
 - vor Beginn von Maßnahmen ihre Ziele definieren und ehrlich evaluieren,
 - freie Träger von Verwaltungsarbeit entlasten und da, wo sie aufgrund politischer
3914 Vorgaben notwendig bleibt, diese inflationssicher finanzieren,
 - Anreize schaffen, ineffiziente Maßnahmen auch durch Träger selbst zu identifi-
3915 zieren und zu beenden, um freiwerdende Mittel in besser funktionierende Projekte
3916 zu investieren,
 - ausschließlich parteipolitisch und ideologisch begründete Projekte mit sechs- und
3917 siebenstelligen Kosten pro Jahr unterbinden.
- 3918
- 3919
- 3920
- 3921

3922 **Stationsname: Chancen geben - Selbstbestimmung ermöglichen**

3923 **Schnittstelle(n):** Bildung, Wirtschaft

3924

3925 Wir wollen Menschen Chancen geben und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür werden wir

- 3927 ● uns zum Ziel setzen, die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen mit ihren individuellen Fähigkeiten und den Bedarfen von Gesellschaft und Wirtschaft in Einklang zu bringen,
- 3928 ● uns neben Case-Managern, die die Koordination sämtlicher Hilfen des Staates übernehmen, auch auf technische Assistenzsysteme stützen,
- 3929 ● Bildungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen so anlegen, dass sie nach Möglichkeit auf konkrete Jobangebote, mindestens aber auf Berufe mit strukturellem Defizit in Bremen und Bremerhaven vorbereiten,
- 3930 ● Bedarf und Nachfrage ggf. technisch unterstützt in Einklang bringen,
- 3931 ● Anreize für Unternehmen schaffen, sich an der Integration anspruchsvollerer Fälle in den Arbeitsmarkt proaktiv zu beteiligen,
- 3932 ● bei der Inklusion auf die konkrete Kooperation zwischen Verwaltung, Unternehmen/Schulen und Betroffenen setzen, um unnötige Hürden abzubauen und gezielt auf eine erfolgreiche Inklusion in allen Lebensbereichen hinzuwirken,
- 3933 ● Jugendarbeit und Jugendhilfe dem Ziel verpflichten, Jugendliche in die Gesellschaft zu integrieren und Partizipation zu ermöglichen. Wir wollen daher die offene Jugendarbeit, insbesondere Freizeits- & Jugendzentren stärken, um niederschweligen Zugang zu Hilfe zu ermöglichen und Jugendlichen zu helfen, für sich ein soziales Umfeld aufzubauen,
- 3934 ● dafür sorgen, dass sich Bremen nachhaltig engagiert. „Abgeschlossene Fälle“ wird es mit uns nicht geben. Der Staat wird auch nach erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt für die Betroffenen erreichbar bleiben und Beratung und Weiterbildung anbieten.

3935

3936 **Stationsname: Kinderschutz**

3937 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Sicherheit, Bildung

3938

3939 Wir wollen, dass jedes Kind die Möglichkeit für ein Aufwachsen in Wohlergehen hat. Da, wo Eltern hierbei Unterstützung auf Zeit oder auch dauerhaft benötigen, braucht es gut vernetzte dezentrale Präventionsangebote und eine gut verzahnte Struktur in den Ressorts, damit der Staat seinem Wächteramt vollumfänglich nachkommen kann. Wir sichern die Steuerungsstelle „Frühe Kindheit“ für weitere zwei Jahre ab, erwarten in dieser Zeit aber einen vollständigen Bericht mit klaren Strukturvorgaben, für eine verbindliche und klar strukturierte Zusammenarbeit der Ressorts. Die Implementierung im Regelbetrieb sowie eine Evaluation der bestehenden Strukturen in den Ämtern und den Präventionsstrukturen, aus denen sich ergibt, was fehlt, wo Doppelstrukturen vorliegen und wie Eltern und Kinder besser in Bremen unterstützt werden können. Zudem wollen wir das Jugendamt nachhaltiger aufstellen, damit die hohe Fluktuation bei Casemanagern und der Kompetenzverlust an Wissen (Braindrain) abnimmt.

3940

3941

3968 Kindeswohlgefährdungen werden von Schule, Kita und freien Trägern teilweise anders
3969 definiert als vom Jugendamt. Dafür wollen wir als CDU:

- 3970 • eine durchgängige Erreichbarkeit der Sozialzentren bei Casemanagern und Amts-
3971 vormündern etablieren durch geeignete Maßnahmen,
- 3972 • weitere Amtsvormünder ausschreiben, wenn die gesetzliche Fallobergrenze von
3973 50 Fällen fast erreicht ist und nicht erst wenn, diese massiv überschritten ist,
- 3974 • die 3. und 4. Tranche der beschlossenen Casemanager ausschreiben und gleich-
3975 zeitig ein vernünftiges Einarbeitungssystem etablieren,
- 3976 • die derzeitig befristet eingestellten studentischen Hilfskräfte für Verwaltungstä-
3977 tigkeiten zur Absicherung des derzeitigen Dienstbetriebes nicht nur befristet bis
3978 30.6.2023, sondern bis Ende des Jahres einstellen und deren Wirksamkeit evalu-
3979 ieren,
- 3980 • ein Konzept erarbeiten, wie die Arbeitsbelastung im Jugendamt dauerhaft so ge-
3981 staltet werden kann, dass alle Aufgaben des Jugendamtes wieder erfüllt werden
3982 können,
- 3983 • ein gemeinsames Verständnis bei allen beteiligten Akteuren darüber herbeifüh-
3984 ren, was als Kindeswohlgefährdung angesehen werden muss und dass alle betref-
3985 fende Kinder und ihre Familien zeitnah unterstützt werden,
- 3986 • einen bedarfsgerechten Ausbau des Inobhutnahmesystems für durch Corona be-
3987 dingte zusätzliche Fälle der notwendigen Kindeswohlsicherung. Dafür ist es auf-
3988 grund des Fachkräftemangels zwingend notwendig, unbegleitete minderjährige
3989 Ausländer entsprechend der gesetzlichen Vorgaben wieder nach Königsteiner
3990 Schlüssel zu verteilen- auch um ihr Kindeswohl zu sichern und nicht nur Vermei-
3991 dung von Obdachlosigkeit zu betreiben.

3992

3993 **Stationsname: Wohnungsgesellschaften werden Stadtentwickler**

3994 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

3995

3996 Den Bremer Bürgern sollen bis Ende des Jahres 2023 8.000 Sozialwohnungen zur Ver-
3997 fügung stehen; Ende 2021 waren es gerade einmal 6.400. Somit kommt der Zubau nicht
3998 voran.

3999

4000 Wir werden

- 4001 • staatseigene Wohnungsgesellschaften zu echten Stadtentwicklern machen, in-
4002 dem wir Gewinne ermöglichen, diese aber zweckgebunden reinvestieren lassen.
4003 Quartiersentwicklung sehen wir als Aufgabe, Sozialquoten für den Bestand und
4004 Neubauten als Auflage,
- 4005 • dafür die rechtlichen Grundlagen schaffen, auch um solche Gesellschaften, die
4006 sich an unsere Vorgaben halten, bei Ausschreibungen und Planungen bevorzugen
4007 zu können,
- 4008 • Sozialwohnungsbauprojekte aufgrund der aktuellen Marktlage (steigende Zinsen,
4009 Energie- und Baukosten) enger als bisher begleiten.

4010

4011

4012

4013 **Stationsname: Integration nachhaltig gestalten**

4014 **Schnittstelle(n):** Bildung, Finanzen

4015

4016 Wir bekennen uns zu unserer humanitären und christlichen Verpflichtung, Menschen in
4017 Not zu helfen, Geflüchteten Schutz zu gewähren und für sie in Bremen und Bremerhaven
4018 eine neue Bleibe, wenn ein Aufenthaltsrecht besteht, zu schaffen. Integration endet für
4019 uns nicht beim Dach über dem Kopf. Gelingen kann sie nur, wenn alle weitreichenden
4020 Voraussetzungen für ein gutes Ankommen und ein sinnerfülltes Leben strukturell gege-
4021 ben sind. Darum werden wir

- 4022 ● Geflüchtete über den Königsteiner Schlüssel hinaus nur dann freiwillig aufneh-
4023 men, wenn ihre Unterbringung gesichert ist, Kita- und Schulplätze für Kinder und
4024 Jugendliche zur Verfügung stehen und Integrationsangebote vorhanden sind. Die
4025 Aufnahme von Flüchtlingen, ohne sie versorgen zu können, ist nicht nur un-
4026 menschlich, sie belastet den Bremer Haushalt mit hunderten Millionen Euro jähr-
4027 lich, ohne eine langfristige Lösung zu fördern,
- 4028 ● integrationsunwillige und straffällige geflüchtete Menschen konsequent abschie-
4029 ben,
- 4030 ● für gut integrierte und bemühte geflüchtete und zugewanderte Menschen die
4031 rechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des „Chancen-Aufenthalts“ schaf-
4032 fen, um im Einzelfall die Abschiebung auszusetzen bzw. eine Bleiberechtsper-
4033 spektive zu schaffen. Damit wollen wir auch das Engagement von Geflüchteten
4034 und Zugewanderten für unsere Gesellschaft honorieren,
- 4035 ● uns im Bundesrat für eine Erhöhung der Voraufenthaltszeiten gemäß dem Chan-
4036 cen-Aufenthaltsgesetz als Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht zurück
4037 auf über drei Jahre einsetzen. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Asylverfahren
4038 im Durchschnitt 2,5 Jahre dauert, ist die Verkürzung der Aufenthaltszeit auch aus
4039 unserer Sicht das falsche Signal,
- 4040 ● die Unterbringung von Geflüchteten langfristig und mit - im Bedarfsfall zügig auf-
4041 wachsenden - Kapazitäten planen. Erstaufnahmeeinrichtungen, Übergangswohn-
4042 heime und ein Grundstock an Wohnungen gehören ebenso in die öffentliche Hand
4043 wie flexible Unterkünfte. Jährliche Millionenmieten und Übergangslösungen müs-
4044 sen ebenso der Vergangenheit angehören, wie vergammelnde Wohn-Container,
4045 für die sich niemand mehr zuständig fühlt,
- 4046 ● die Nutzung von Turnhallen oder von Studierenden- und Auszubildendenwohn-
4047 heimen nur als allerletzte Option unter Einbindung der regulären Nutzer und der
4048 örtlich zuständigen Beiräte in Betracht ziehen,
- 4049 ● uns zudem für eine einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ein-
4050 setzen und Wege entwickeln, wie bestehende Differenzen zügig abgebaut werden
4051 können. Hierfür setzen wir auch auf die Kooperation mit Unternehmen und Kam-
4052 mern, um pragmatische Individuallösungen zu ermöglichen,
- 4053 ● Sprachförderprogramme für ausländische Fachkräfte, insbesondere aus anderen
4054 EU-Staaten, ausbauen,
- 4055 ● die Potentiale hier lebender Menschen mit Migrationshintergrund besonders
4056 durch Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen nutzen,
- 4057 ● eine Initiative in den Bundesrat einbringen, gemeinsam mit anderen Bundeslän-
4058 dern gezielt ausländische Fachkräfte im Herkunftsland anzuwerben,

- 4059
- 4060
- 4061
- 4062
- 4063
- 4064
- 4065
- 4066
- Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSO) in ihren Strukturen stärken, ideell und finanziell genauso wie andere Selbstorganisationen zu unterstützen und ihnen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, in denen sie ihre Arbeit verrichten können,
 - die vorhandenen Quartierszentren in ihrer Integrations- und Inklusionsarbeit stetig unterstützen, ihre Strukturen und Angebote nachhaltig ausbauen, um niedrigschwellige Angebote zu schaffen.

4067 **Stationsname: Bearbeitungszeiten bei Staatsbürgerschaften verringern**

4068

4069 Die hohe Anzahl an Anträge zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft begrüßen wir sehr. Dies macht deutlich, dass immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Bremen sich mit Deutschland identifizieren.

4070

4071

4072

4073 Wir müssen aber realisieren, dass die Bearbeitungszeit der Anträge in den Behörden bis zu zwei Jahren dauert. Das Migrationsamt ist seit langem stark überlastet aufgrund einer Flut von Anträgen und keinerlei personellen Aufwuchs in den vergangenen sieben Jahren. Daher werden wir:

4074

4075

4076

- 4077
- 4078
- 4079
- 4080
- 4081
- 4082
- 4083
- Die personellen Ressourcen in der zuständigen Behörde aufstocken und die räumlichen Bedarfe bereitstellen,
 - die vorhandenen Beratungsangebote ausbauen und dabei auch auf Digitalisierung setzen bspw. durch Signature-Pads, Bezahlmöglichkeiten am Arbeitsplatz und-die konsequente Anwendung des Onlinezugangsgesetzes um mittelfristig alle Verwaltungsleistungen online verfügbar zu machen,
 - vernetzt mit anderen zuständigen Institutionen zusammenarbeiten

4084

4085 **Stationsname: Rassismus und Diskriminierung den Kampf ansagen**

4086

4087 Ein rassismus- und diskriminierungsfreies Land Bremen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen und die wir fordern und fördern werden.

4088

4089 Daher werden wir:

- 4090
- 4091
- 4092
- 4093
- 4094
- 4095
- 4096
- 4097
- 4098
- 4099
- Den beschlossenen Landesaktionsplan gegen Rassismus ressortübergreifend und unter Einbeziehung von Akteuren der Zivilgesellschaft und der betroffenen Perspektive zeitnah erarbeiten,
 - Diskriminierende Strukturen identifizieren und abbauen,
 - Unabhängige, niedrigschwellige und anonymisierte Beschwerde- und Beratungsstellen (online) ausbauen,
 - Eine zentrale und unabhängige Beschwerdestelle für die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes einsetzen,
 - Schulungsangebote für Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes anbieten.
 - Schulische und außerschulische Bildungsangebote zum Thema Anti-Rassismus stärker fördern.

4100

4101

4102 **Stationsname: Wer rastet, der rostet - mit 66 Jahren, da fängt das Leben an**

4103 **Schnittstelle(n):** Bildung

4104

4105 Lebenslanges Lernen ist für uns nicht nur eine Redewendung. Mit einem Startgutschein in Höhe von 200 € für die VHS und andere Institutionen wollen wir frischgebackene

4106

4107 Rentnerinnen und Rentner dafür begeistern, ihre neu gewonnene Freizeit direkt nach
4108 dem Arbeitsleben im Sinne ihrer geistigen und körperlichen Gesundheit zu nutzen und
4109 sich über Möglichkeiten zu informieren.
4110

4111 **LINIE: GESUNDHEIT**

4112

4113 Als CDU Bremen stehen wir für eine qualitativ hochwertige und patientenorientierte Ge-
4114 sundheitsversorgung in Bremen. Im Kern geht es immer um eine auskömmliche Finan-
4115 zierung der Gesundheitssektoren, um bedarfsgerechte Versorgungskapazitäten und im-
4116 mer mehr um die schwierige Rekrutierung von medizinischem Fachpersonal. Dabei ste-
4117 hen die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten im Gesundheitswesen im
4118 Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik.

4119

4120 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie fragil das Gesundheitssystem ist. Corona ist nicht
4121 die Ursache, sondern hat die seit Jahren bestehenden Probleme schonungslos offenge-
4122 legt. Die Nachwirkungen der Pandemie werden uns noch lange beschäftigen. Long-Covid
4123 sowie eine steigende Zahl von psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Kindern und
4124 Jugendlichen, stellen unser Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen. Unabding-
4125 bar sind Innovationsschübe im ambulanten wie im stationären Bereich. Immer mehr ist
4126 der Fachkräftemangel in Kliniken und Arztpraxen spürbar und bringt Ärzteschaft und
4127 Pflegepersonal gleichermaßen ans Limit. Die Gas- und Energiekrise belastet den Ge-
4128 sundheitssektor zusätzlich. Wir müssen den Gesundheitssektor weiterentwickeln und kri-
4129 senfest machen. Dabei wollen wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

4130

4131 Die 20. Legislaturperiode ist aus gesundheitspolitischer Sicht eine verloren gegangene.
4132 Im Land Bremen fehlt es an einer Gesamtstrategie für Gesundheit, Medizin und Pflege.
4133 Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch
4134 verändert: Frei werdende Praxen finden keine Nachfolger. Ärzte und Psychotherapeuten
4135 suchen lieber nach einem Angestelltenverhältnis mit geregelten Arbeitszeiten. Gleich-
4136 zeitig ist Bremen das einzige Bundesland, in dem keine Mediziner ausgebildet werden.
4137 Die generalistische Pflegeausbildung setzt neue Standards, die ab 2023 auch in Bremen
4138 mit den ersten Absolventen spürbar werden.

4139

4140 All diese neuen Herausforderungen müssen wir bei künftigen Planungen berücksichtigen.
4141 Daher brauchen wir zuallererst eine Versorgungsbedarfsanalyse, die die Städte Bremen
4142 und Bremerhaven, aber auch das Umland miteinschließt. Ambulante und stationäre Lei-
4143 stungen denken wir zusammen, mit dem Ziel, die bestmögliche medizinische Versorgung
4144 für die Patienten zu garantieren.

4145

4146 Wir werden die Digitalisierung im Gesundheitssektor aktiv fördern und KI-Anwendungen
4147 unterstützen. Der persönliche Kontakt zwischen Arzt und Patient kann durch den Einsatz
4148 von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz unterstützt werden. Neben dem niederge-
4149 lassenen Bereich wollen wir auch in den kommunalen Kliniken und in den Gesundheits-
4150 ämtern die Digitalisierung voranbringen. KI-gestützte Anwendungen, wie Chatbots, kön-
4151 nen zum Beispiel bereits erste Fragen an das Gesundheitsamt klären, Termine vereinba-
4152 ren und an Mitarbeiter übergeben, wenn Fragestellungen komplexer werden. Digitalisie-
4153 rung ist dabei kein Selbstzweck, sondern hilft, Ressourcen freizumachen, die dann direkt
4154 am Patienten besser eingesetzt werden können.

4155

4156 **Stationsname: Versorgungsbedarf und Krankenhausplanung**

4157 **Schnittstelle(n):** Soziales / Bildung

4158

4159 Wir machen Schluss mit der getrennten Planung ambulanter und stationärer Leistungen
4160 in zwei nebeneinander organisierten Sektoren. Die bestmögliche medizinische Versor-
4161 gung kann nur gemeinsam erreicht werden - dabei steht die Schnittstelle zwischen fach-
4162 ärztlicher, ambulanter Versorgung und der Grund- und Regelversorgung der stationären
4163 Krankenhäuser im Blickpunkt.

4164

4165 Als Bemessungsgrundlage haben „Planbetten“ ausgedient. Jetzt geht es um die Ermitt-
4166 lung und Fortschreibung des tatsächlichen Versorgungsbedarfs der Bevölkerung. Die
4167 Trends Digitalisierung, Spezialisierung und Ambulantisierung von Krankenhausleistun-
4168 gen müssen sich in der Landeskrankenhausplanung wiederfinden. Zudem setzen wir auf
4169 die von der Bundesregierung angekündigte Reform der Fallkostenpauschalen.

4170

4171 Als CDU werden wir

- 4172 ● ambulante und stationäre Sektoren gemeinsam entwickeln,
- 4173 ● eine Versorgungsbedarfsanalyse durchführen, fortschreiben und zur Grundlage
4174 der Krankenhausplanung machen.

4175

4176 **Stationsname: Digitale Gesundheitsplattform**

4177 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung

4178

4179 Wir werden unsere kommunalen Kliniken zu „Smart Hospitals“ weiterentwickeln. Digita-
4180 lisierung ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wie. Von der Aufnahme bis zur
4181 Entlassung gilt: In den Krankenhäusern der Zukunft werden nahezu alle Prozesse digita-
4182 lisiert. Mehr Zeit für „direkte“ Medizin und Pflege am Menschen, weniger Bürokratieauf-
4183 wand sowie ein Mehr an Komfort und Qualität sind möglich!

4184

4185 Der beschlossene „Digital-Pakt“ von Bund und Ländern wird im Rahmen des Kranken-
4186 hauszukunftsgesetzes konsequent umgesetzt. Wir gehen neue Wege, um die Kliniken im
4187 Lande Bremen zur „Nummer 1 im Nordwesten“ zu entwickeln. Wir fördern auf die Zukunft
4188 ausgerichtete und sektorenübergreifende Digitalisierungsstrategien im Rahmen der
4189 Krankenhausplanung über gesonderte Investitionsmittel.

4190

4191 Wir werden:

- 4192 ● die Krankenhäuser zu Smart Hospitals entwickeln,
- 4193 ● durch eine Digitalisierungsstrategie den Gesundheitsbereich von Bürokratie be-
4194 freien und dadurch
- 4195 ● mehr direkte Medizin und Pflege am Patienten ermöglichen.

4196

4197

4198

4199

4200

4201

4202 **Stationsname: Krankenhausinvestitionen nachhaltig finanzieren**

4203 **Schnittstelle(n):** Finanzen

4204

4205 Für uns zählt die Sicherung der Investitionen: Alle Kliniken im Land Bremen erhalten
4206 regelmäßig und bedarfsgerecht die ihnen gesetzlich zustehenden Landes-Investitions-
4207 mittel. Dies ist ein unverzichtbarer Baustein für die Verlässlichkeit und Planbarkeit der
4208 Krankenhausleistungen. Umstrukturierungsmittel werden zur Förderung der sektoren-
4209 übergreifenden Versorgung genutzt, so zum Beispiel in Medizinischen Versorgungszen-
4210 tren oder Gesundheitszentren in den Stadtteilen.

4211

4212 Die Höhe der Landes-Investitionsmittel basiert auf der mittelfristigen Krankenhauspla-
4213 nung, die einer medizinischen Gesamtstrategie folgt und sich am tatsächlichen Bedarf
4214 orientiert. Die Höhe der Landes-Investitionsmittel werden wir schrittweise, auf den von
4215 der Krankenhausgesellschaft definierten und anerkannten „Mindestbedarf“ von 90 Milli-
4216 onen Euro pro Jahr anheben.

4217

4218 Damit die Landes-Investitionsmittel nachhaltig erhöht werden können, muss die „GeNo-
4219 Defizit-Ausgleichs-Politik“ ein Ende haben. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat
4220 der Gesundheit Nord haben hierzu binnen sechs Monaten ein tragfähiges Sanierungs-
4221 konzept vorzulegen. Zudem werden wir den Interessenkonflikt von Aufsichtsratsvorsitz
4222 der GeNo und politischer Verantwortung für die Landeskrankenhausplanung beenden,
4223 indem wir den Aufsichtsratsvorsitz nicht mehr mit dem zuständigen Gesundheitssenator
4224 oder der zuständigen Gesundheitssenatorin besetzen.

4225

4226 Als CDU Bremen setzen wir uns dafür ein, dass

- 4227 ● die Landes-Investitionsmittel allen Krankenhäusern im Land gleichberechtigt zur
4228 Verfügung stehen,
- 4229 ● eine sektorenübergreifende Versorgung gefördert wird,
- 4230 ● sich die Landes-Investitionsmittel am tatsächlichen Bedarf orientieren und
- 4231 ● die GeNo-Defizit-Ausgleichs-Politik ein Ende hat.

4232

4233 **Stationsname: Klares JA zu einer Medizinischen Fakultät!**

4234 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft, Wissenschaft

4235

4236 Wir werden in eine Medizinische Fakultät zur Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten in-
4237 vestieren. Damit kommen wir unserer Verpflichtung nach, wie alle anderen 15 Bundes-
4238 länder auch. Wir verbinden die hervorragende medizinische und wissenschaftliche Infra-
4239 struktur in den Städten Bremen und Bremerhaven mit der Medizinischen Fakultät in der
4240 Erwartung von Synergieeffekten.

4241

4242 Eine Medizinische Fakultät – mit Ausrichtung Künstliche Intelligenz – bedeutet eine
4243 enorme Stärkung des Gesundheits- und Wissenschaftsstandorts Bremen. Mit innovati-
4244 ven, hochschul- und trägerübergreifenden Kooperationen gelingt uns der notwendige
4245 Aufbruch. Dabei greifen wir auch zurück auf frühere Konzepte aus den Jahren 2018/2019,
4246 Qualifizierungsprogramme und frühere politische Vorlagen des Senats, denen es nicht
4247 an Erkenntnis, sondern an Umsetzung mangelt.

4248

4249 Bis zur Einrichtung der Medizinischen Fakultät werden wir über ein Stipendien-Pro-
4250 gramm Studienplätze für Mediziner an anderen Hochschulen etablieren, mit dem Ziel,
4251 dass nach erfolgreichem Studium diese in Bremen tätig werden.

4252

4253 Wir favorisieren weitergehende Kooperationen zwischen allen Playern im Land, die wir
4254 gerade im kleinsten Bundesland für gut umsetzbar halten. Wir denken dabei aber auch
4255 über Landesgrenzen hinweg und befürworten Kooperationen in der Gesundheitsregion
4256 Nordwest. Damit diese Kooperationen zielgerichtet arbeiten, werden wir den Integrierten
4257 Gesundheitscampus weiterentwickeln und als zentralen Akteur mit entsprechend defi-
4258 nierten Funktionen etablieren.

4259

4260 Wir werden

- 4261 ● in eine Medizinische Fakultät investieren,
- 4262 ● bis zur Einrichtung einer Medizinischen Fakultät ein Stipendien-Programm etab-
4263 lieren und
- 4264 ● Kooperationen zur Ausbildung von Medizinerinnen und Mediziner im Land Bre-
4265 men schaffen.

4266

4267 **Stationsname: Bremen zum „Silicon Valley“ von Medizin, Pflege und Gesundheitswirt-
4268 schaft machen!**

4269 **Schnittstelle(n):** Wissenschaft, Wirtschaft, Lebenswerte Städte

4270

4271 Wir denken Bremen, Bremerhaven, Oldenburg und das gesamte Umland als Metropolre-
4272 gion Gesundheit Nordwest. Wir etablieren digitale Innovationen sowie medizinische An-
4273 wendungen unter Nutzung von Künstlicher Intelligenz schnell und unbürokratisch im All-
4274 tag von Medizin und Pflege. Mit Errichtung einer Medizinischen Fakultät sowie einem KI-
4275 Cluster erhöht sich die Attraktivität der Ansiedlung von Unternehmungen aus der
4276 Pharma- und Biotech-Industrie. Start-Ups in diesem Bereich werden wir fördern.

4277

4278 Wir bilden einen „Kooperationsverbund Künstliche Intelligenz“, bestehend aus Universi-
4279 täten, Hochschulen, Forschungsinstituten und Investoren. Wir entwickeln ein in Deutsch-
4280 land einzigartiges technologisches Innovationscluster. „Big Data“ ermöglicht die Nutzung
4281 elektronischer Gesundheitsdaten zu umfangreichen Forschungszwecken, auch und ge-
4282 rade in den Anwendungsfeldern Künstlicher Intelligenz. Wir werden uns dafür einsetzen,
4283 dass Gesundheitsdaten datenschutzkonform für Forschung und Entwicklung, digitale
4284 Anwendungen und zur Analyse genutzt werden können. Dadurch eröffnen wir neue Mög-
4285 lichkeiten, medizinische und pflegerische Entscheidungen oder Optionen vorherzusagen
4286 bzw. zu beeinflussen.

4287

4288 Wir entwickeln eine Reihe an Möglichkeiten von neuen Diagnostik-, Therapie-, Produkti-
4289 ons- und Dienstleistungsangeboten im „Kooperationsverbund KI“ einer Metropolregion.
4290 Alle Leistungsträger aus den Bereichen Medizin, Pflege und Gesundheitswirtschaft wir-
4291 ken hier mit und entwickeln sich dabei selbst weiter. Ein „Kooperationsverbund KI“ mit
4292 einer gemeinsamen digitalen Plattform ermöglicht Innovationen auch im Verwaltungs-

4293 bereich unter Wahrung des geltenden Datenschutzes: Interoperabilität, offene Schnitt-
4294 stellen mit sicheren Standards oder die Integration weiterer Leistungen in die elektroni-
4295 sche Patientenakte sind nur einige unserer Vorstellungen.

4296

4297 Aufbau eines Inkubators für Start-Ups: Gemeinsam mit Kooperationspartnern der Wirt-
4298 schaft werden wir einen Inkubator für Start-ups im Bereich Digitale Gesundheit auf-
4299 bauen. Ein solcher Ort unterstützt Gründerinnen und Grüner, ihre innovativen Ideen für
4300 das Gesundheitswesen umzusetzen.

4301

4302 Wir treiben durch die finanzielle Förderung von KI-Projekten die Entwicklung eines an-
4303 zustrebenden Innovationsclusters voran. Profitieren soll die gesamte Metropolregion Ge-
4304 sundheit Nordwest auch in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerium für So-
4305 ziales, Gesundheit und Gleichstellung. Wir wollen das umfangreiche medizinische Wissen
4306 mittels KI und Digitalisierung einfacher und schneller zugänglich machen. So werden Di-
4307 agnostik und Therapien zielgerichteter, präziser und effektiver für individuelle Behand-
4308 lungspfade.

4309

4310 Wir werden

- 4311 ● einen „Kooperationsverbund Künstliche Intelligenz“ im Bereich Gesundheit bilden,
- 4312 ● Daten für Gesundheitsanwendungen in einer digitalen Plattform nutzbar machen,
- 4313 ● einen Inkubator für Gesundheits-Start-ups aufbauen,
- 4314 ● KI-Projekte für bessere Diagnostik und Therapien fördern.

4315

4316 ***Stationsname: Den attraktivsten Gesundheits-Campus in Norddeutschland schaffen!***

4317

4318 Die Bewältigung des Fachkräftemangels in den Pflegeberufen, bei den Medizinischen
4319 und Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie den zahlreichen nicht-ärztlichen Heilber-
4320ufen gelingt nur in einer großen, trägerübergreifenden und überregionalen Kooperation.
4321 Der Gesundheits-Campus der Hochschule Bremen sowie der neu akkreditierte Studien-
4322 gang „Physican Assistant“ der Hochschule Bremerhaven sind für uns erste Schritte als
4323 Basis für eine Weiterentwicklung. Mit attraktiven Ausbildungsstandorten, zeitgemäßen
4324 Ausbildungsinhalten und vor allem mit guten Jobperspektiven hinsichtlich Vergütung,
4325 Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten sowie Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten ge-
4326 winnen wir junge Leute für Gesundheitsberufe. Hier werden wir uns u.a. intensiv um die
4327 Realisierung der Pflegeakademie und des Gesundheitspflegezentrums in Bremerhaven
4328 am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide einsetzen.

4329

4330 Mit einer „Konzertierten Aktion Pflege“ gewinnen wir Pflegekräfte und holen sie zurück
4331 in den Beruf. Dazu nutzen wir auch aktuelle Studien, diverse Netzwerke und Verbünde.

4332

4333 Im Blick haben wir die neue generalistische Pflegeausbildung und den bevorstehenden
4334 Wettbewerb um junge Pflegefachkräfte, der zwischen der Kranken- und Altenpflege noch
4335 zunehmen wird. Zudem brauchen wir eine offene Debatte um Anwerbung von Fachper-
4336 sonal aus dem Ausland und deren Integration in unsere Gesellschaft und Arbeitswelt.

4337

4338 Die Berufe der Medizinischen Fachangestellten (MFA) und Zahnmedizinischen Fachan-
4339 gestellten (ZFA) sind für den Betrieb der niedergelassenen Praxen systemrelevant. Hier
4340 sind die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen sowie die Aufstiegsmöglichkeiten nachhaltig
4341 zu verbessern.

4342

4343 Der Studiengang zum „Physician Assistant“ hat an der Hochschule Bremerhaven begon-
4344 nen. Einen solchen Studiengang auch an der Hochschule Bremen einzurichten und hier
4345 mit ambulanter Ausrichtung, werden wir prüfen. Zudem werden wir die Rahmenbedin-
4346 gungen verbessern, damit Bremen ein attraktiver Standort für Ärzte und Pflegekräfte ist.
4347 Wir werden prüfen, ob an den Standorten der GeNo eine flexible Kinderbetreuung einge-
4348 richtet werden kann. Damit verbessern wir die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäf-
4349 tigten und erleichtern die Planung von Kinderbetreuung und Schichtdienst.

4350

4351 Als CDU Bremen stehen wir für

- 4352 ● Investitionen in Infrastruktur und Personal, um den größten und attraktivsten Ge-
4353 sundheits-Campus in Norddeutschland zu schaffen,
- 4354 ● attraktive Pflegeausbildung in Bremen in Kooperation aller Akteure,
- 4355 ● einen fairen Wettbewerb um Fachkräfte im Gesundheitswesen und
- 4356 ● einen attraktiven Standort für Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte.

4357

4358 **Stationsname: Wohnortnahe und patientenorientierte medizinische Versorgung sichern**

4359

4360 Zur Attraktivität von Städten, Bezirken und Stadtteilen gehört eine wohnortnahe haus-
4361 ärztliche und fachärztliche Versorgung mit zeitnaher Terminvereinbarung. Wir setzen
4362 uns für die Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) bzw. Gesundheits-
4363 zentren in den Quartieren ein. Wir schaffen Raum für Praxen und Gesundheitsberufe
4364 dort, wo er gebraucht wird. Dazu wollen wir prüfen, ob die vorhandenen Liegenschaften
4365 der Stadt und des Landes für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung genutzt werden
4366 können. Gemeinsam können Immobilien Bremen, GEWOBA und BREBAU in Kooperation
4367 mit den Akteuren der Gesundheitswirtschaft medizinische Versorgungszentren entwi-
4368 ckeln. Insbesondere dort, wo die ärztliche Versorgung Lücken aufweist, werden wir An-
4369 reize schaffen, sich niederzulassen.

4370

4371 Als CDU Bremen stehen wir

- 4372 ● für eine wohnortnahe hausärztliche und fachärztliche Versorgung,
- 4373 ● für die Schaffung von Medizinischen Versorgungszentren bzw. Gesundheitszen-
4374 tren in Quartieren und
- 4375 ● die Entwicklung vorhandener Liegenschaften im Land Bremen,
- 4376 ● für ein Medizinisches Behandlungszentrum für Erwachsene mit geistigen
4377 und/oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB).

4378

4379 **Stationsname: Sexuelle Gesundheit**

4380 **Schnittstelle(n): Arbeit und Soziales, Bildung**

4381

4382 Unter sexueller Gesundheit verstehen wir nicht nur den Schutz und die Prävention von
4383 sexuell übertragbaren Krankheiten. Sexuelle Gesundheit umfasst weitergehend den

4384 Schutz vor Gesundheitsproblemen im Zusammenhang mit dem Sexualleben, vor allem
4385 einem geschützten Sexualleben, einer selbstbestimmten Familienplanung und dem
4386 Wohlbefinden mit der eigenen Sexualität. Wir setzen uns deswegen u.a. für eine bessere
4387 Verzahnung von denjenigen Einrichtungen ein, die sich der sexuellen Gesundheit wid-
4388 men. Dazu gehören, neben den niedergelassenen und klinischen Fachdisziplinen, der Öff-
4389 fentliche Gesundheitsdienst und Nichtregierungsorganisationen, wie beispielsweise Pro
4390 Familia oder die Aids-Hilfe Bremen e.V.

4391

4392 Wir setzen uns dafür ein, dass im Land Bremen ein bedarfsgerechter Aufbau von Ange-
4393 boten stattfindet, die Möglichkeiten zu einem Schwangerschaftsabbruch bieten, insbe-
4394 sondere zu einem medikamentösen Schwangerschaftsabbruch. Die gesetzlich vorge-
4395 schriebene Beratung vor einem Schwangerschaftsabbruch muss jedoch bestehen blei-
4396 ben!

4397

4398 Als CDU Bremen stehen wir für

- 4399 ● eine bessere Verzahnung von niedergelassenen und klinischen Fachdisziplinen,
4400 dem Öffentlichen Gesundheitsdienst und Nichtregierungsorganisationen,
- 4401 ● eine verpflichtende Beratung bei Schwangerschaftsabbrüchen,
- 4402 ● den Auf- und Ausbau von Angeboten zum Schwangerschaftsabbruch.

4403

4404 **Stationsname: Prävention und gesundheitliche Bildung**

4405 **Schnittstelle(n):** Soziales / Bildung

4406

4407 Vorsorge ist besser als Nachsorge. Diesem Grundsatz folgen wir und werden gesund-
4408 heitliche Bildung und Prävention im Land Bremen stärken.

4409

4410 Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Diese Entwicklung wurde nochmals
4411 durch die Corona-Pandemie, vor allem bei Kindern und jungen Erwachsenen, verstärkt.
4412 Wir müssen ein besonderes Augenmerk auf mentale Prävention und Angebote digitaler
4413 Hilfsangebote werfen. Psychische Erkrankungen müssen in unserer Gesellschaft entta-
4414 buisiert werden. Viel zu oft werden Menschen mit psychischen Erkrankungen stigmati-
4415 siert. Deshalb wollen wir bereits in der Schule mit Aufklärungsarbeit beginnen. Dazu wer-
4416 den wir breit aufgestellte, bedarfs- und zielgruppengerechte Versorgungs-, Unterstüt-
4417 zungs- und Angebotsstrukturen für Kinder und ihre Eltern ausbauen. Wir werden darüber
4418 hinaus die Schnittstellen zwischen Gesundheitssystem und Jugendhilfe verbessern.

4419

4420 Aus den skandinavischen Ländern wissen wir, dass schon Kinder von Erste-Hilfe-Kursen
4421 und Reanimationskursen enorm profitieren. Deshalb werden wir bereits ab Klasse 1 be-
4422 sondere Erste-Hilfe- und Reanimationskurse im Unterricht etablieren.

4423

4424 Damit Prävention, gesundheitliche Aufklärung und Erste-Hilfe- und Reanimationskurse
4425 fester Bestandteil im Unterricht werden, machen wir uns für ein Unterrichtsfach „Le-
4426 benskunde“ stark.

4427

4428 Als CDU Bremen werden wir

- 4429 ● gesundheitliche Aufklärung, Prävention und Erste-Hilfe- und Reanimationskurse

- 4430 fest im Unterricht verankern,
4431 ● die Gesundheit durch Förderung von Präventionsangeboten stärken,
4432 ● die Angebote im Bereich der psychischen Gesundheit stärken.

4433

4434 **Stationsname: Öffentlichen Gesundheitsdienst zum hochmodernen Dienstleister ma-**
4435 **chen!**

4436

4437 Den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit seinen vielfältigen und sinnstiftenden Aufgaben
4438 werden wir stärken. Die Gesundheitsämter versorgen wir mit ausreichend qualifiziertem
4439 Personal und bieten attraktive Arbeitsbedingungen. Es braucht mehr Investitionen in die
4440 Infrastruktur. Die Gesundheitsämter in Bremen und Bremerhaven gehören in die Spit-
4441 zengruppe der digitalisierten, smarten Gesundheitsämter Deutschlands.

4442

4443 Nicht alle Unzulänglichkeiten haben allein mit Geld zu tun. Wir sorgen auch für eine bes-
4444 sere Arbeitsorganisation und für funktionsfähige und wirksame Arbeitsabläufe im öffent-
4445 lichen Gesundheitsdienst, auch in ressortübergreifenden Kooperationen.

4446

4447 Wichtig ist uns der Wissenstransfer universitärer Expertise in die Praxis: in Organisation,
4448 Verwaltung, Kommunikation und Außendarstellung der Gesundheitsämter. Wir wollen
4449 insbesondere die Ausbildungsinhalte des Studiengangs „Public Health“ für funktionie-
4450 rende Strukturen im Gesundheitsmanagement, in der Gesundheitsökonomie, Gesund-
4451 heitsprävention und Gesundheitsförderung nutzen.

4452

4453 Wir werden

- 4454 ● den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu einem attraktiven Arbeitgeber und mo-
4455 dernen Dienstleister machen,
4456 ● den Wissenstransfer aus der Universität in die Praxis fördern und
4457 ● den Studiengang „Public Health“ stärken.

4458

4459 **Stationsname: Drogenausstiegsräume statt Drogenkonsumraum**

4460 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Sicherheit, Arbeit und Soziales

4461

4462 Wir wollen suchtkranken Menschen eine echte Perspektive bieten. Auch diese Form von
4463 Krankheit gehört nicht auf die Straße, sie gehört in die Obhut diagnostischer und thera-
4464 peutischer Medizin. Dabei steht der Entzug im Mittelpunkt aller Hilfsangebote. Raus aus
4465 der Abhängigkeit, rein in ein gesundes und selbstbestimmtes Leben. Ein Drogenkonsum-
4466 raum kann hierzu bestenfalls eine Durchlaufstation sein: über sicheren Konsum auf Zeit,
4467 Substitution, Beratung und Überführung in den klinischen Entzug. Staatlich geförderten
4468 Konsum auf Dauer und damit Verbleib in Sucht und Beschaffungskriminalität lehnen wir
4469 ab. Wir werden das gesamte Drogenhilfesystem im Land Bremen einer externen fachli-
4470 chen Evaluation unterziehen, Provisorien nicht länger teuer finanzieren. Das Geld ist bes-
4471 ser angelegt in zusätzlichen Substitutions- und Entzugsplätzen, klinisch stationär ge-
4472 bunden und ausgestattet mit medizinischem Fachpersonal. Die gesundheitspolitischen
4473 Ziele sind hierbei eng an die Person gebunden und abzustimmen mit Erfordernissen so-
4474 zialtherapeutischer Unterstützung. Das Drogenhilfesystem gehört in staatliche behörd-

4475 liche Hand, nicht in Trägerzuständigkeit. Wir wollen das System der Drogen- und Alko-
4476 holsuchthilfe über feste Stellen für qualifizierte Fachkräfte in den Gesundheitsämtern
4477 andocken.

4478

4479 Wir werden:

- 4480 ● die Substitutionsangebote für Drogenkranke in einem gebotenen Mindestabstand
- 4481 vom Bahnhofsumfeld und dem Drogenkonsumraum neu organisieren,
- 4482 ● einen festen und integrierten Drogenkonsumraum im Innenstadtbereich schnellst-
- 4483 möglich in der zweiten Jahreshälfte 2023 eröffnen,
- 4484 ● die Eröffnung eines weiteren Drogenkonsumraums in Bremen-Nord prüfen,
- 4485 ● die Unterstützungsangebote für Drogenabhängige und Obdachlose rund um den
- 4486 Bremer Hauptbahnhof konsequent neu justieren und alle Hilfsangebote zentriert
- 4487 etablieren.

4488

4489 **Stationsname: Stärkung der Verbraucherzentrale**

4490 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales

4491

4492 Die Verbraucherzentrale Bremen leistet mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an
4493 den Standorten Bremen und Bremerhaven einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz
4494 der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Beratungsspektrum ist breit gefächert und
4495 reicht vom Reiserecht, über Gesundheit und Pflege bis hin zu Ernährung und Energie. Sie
4496 informiert und berät dabei unabhängig und qualitativ hochwertig. Dies wurde durch die
4497 Coronakrise sowie die vorherrschende Energiekrise besonders deutlich. Die Beratungs-
4498 zahlen in den Verbraucherzentralen sind gerade in Krisenzeiten enorm gestiegen.

4499

4500 Als CDU Bremen werden wir:

- 4501 ● Planungssicherheit für die Verbraucherzentrale schaffen, indem wir eine Verpflich-
- 4502 tungsermächtigung für einen Zeitraum von fünf Jahren anstreben,
- 4503 ● eine bedarfsgerechte Festbetragsförderung im Rahmen der institutionellen Förde-
- 4504 rung sicherstellen,
- 4505 ● Kosten für die tarifliche Steigerung von Personalkosten berücksichtigen.

4506

4507 **Stationsname: Verbraucherberatung im Quartier**

4508

4509 Die Verbraucherzentrale Bremen ist die wichtigste Anlaufstelle für die Bürger mit nied-
4510 rigschwelligem Beratungsangeboten. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung und den
4511 Ausbau der niedrigschwelligem Beratungsangebote ein. Insbesondere das Modellvorha-
4512 ben zur unabhängigen Rechtsberatung im Quartier soll in die institutionelle Arbeit der
4513 Verbraucherzentrale fest integriert und ausgebaut werden. Mit einer Ausweitung der
4514 zielgruppenorientierten, mobilen und aufsuchenden Angebote werden mehr Menschen
4515 in den Quartieren erreicht und die Verbraucherzentrale wird langfristig gestärkt.

4516

4517 Wir werden als CDU Bremen

- 4518 ● niedrigschwellige Beratungsangebote weiterentwickeln und ausbauen,
- 4519 ● die Rechtsberatung im Quartier fest in die Arbeit der Verbraucherzentrale integ-
- 4520 rieren.

4521

4522 **Stationsname: Verbrauchersicherheit im Lebensmittelbereich**

4523 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales, Klima

4524

4525 Wir setzen uns ein für gesunde Lebenswelten, im Sinne einer gesundheitsfördernden,
4526 umweltverträglichen, sozial gerechten Ernährungspolitik. Wir wollen die Ernährungsar-
4527 mut in Bremen reduzieren und bekämpfen. Dafür soll die Gemeinschaftsverpflegung von
4528 der Krippe bis zum Seniorenheim gesund und ökologisch verantwortlich gestaltet sein
4529 und so zu einer sozial gerechten Versorgung werden, ganz im Sinne der Verhältnisprä-
4530 vention. Eine nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinschaftsverpflegung braucht eine
4531 Vernetzungsstelle – möglichst für Kita, Schule und Senioren – in Bremen und Bremer-
4532 haven. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese Vernetzungsstellen zeitnah eingerich-
4533 tet und möglichst bei einer Organisation angesiedelt werden.

4534

4535 Zum Schutz vor Lebensmittelbetrug wollen wir die zuständigen Stellen noch besser aus-
4536 statten. Für die erfolgreiche Umsetzung wollen wir die Lebensmittelaufsicht stärken. Eine
4537 transparente Kennzeichnung der Lebensmittelkontrolle, u.a. in Gaststätten, wird umge-
4538 setzt, die entsprechenden Personalbedarfe werden dafür zur Verfügung gestellt.

4539 Wir wollen uns gegenüber dem Bund für verbraucherfreundliche und barrierefreie Kenn-
4540 zeichnungssysteme einsetzen. Dazu gehört eine transparente und verständliche Lebens-
4541 mittelkennzeichnung über Produktion und Herstellungsort.

4542

4543 **Stationsname: Klimakompetenz der Verbraucherzentrale fördern**

4544 **Schnittstelle(n):** Klima, Mobilität

4545

4546 Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind durch den Klimawandel unmittelbar betrof-
4547 fen. Sei es durch hitzebedingte gesundheitliche Schäden, die Ausbreitung von Allergien,
4548 durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln und bei Kraftstoffen oder durch zunehmende
4549 Extrem-Wetterereignisse und hierdurch beispielsweise bedingte Elementarschäden. Die
4550 Menschen müssen sich daher auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesamtge-
4551 sellschaftlichen Herausforderungen durch den Klimawandel einstellen. Die Verbraucher-
4552 zentrale wird hier als unterstützende Schnittstelle zwischen Politik und Bürgern eine
4553 wichtige Vermittlungs- und Umsetzungsfunktion übernehmen, etwa durch Begleitung
4554 von Initiativen der Landesregierung, Informationskampagnen oder die Durchführung
4555 spezifischer Projekte. Um die Klimakompetenz der Verbraucherzentrale zu stärken, wer-
4556 den wir in der Verbraucherzentrale dafür eine Stelle Klimaschutzmanagement schaffen.
4557 Wir wollen darüber hinaus, dass die Verbraucherzentrale auch zu Elektromobilität berät
4558 und hierfür finanziell gestärkt wird.

4559

4560 Um Energiearmut zu vermeiden, braucht es frühzeitige Beratung aller Beteiligten und
4561 eine Grundausstattung mit energieeffizienten Geräten in den Haushalten. Wir möchten
4562 die Zahl der Strom- und Gassperren verringern und bei sozialen Härten ganz vermeiden.
4563 Deshalb wollen wir den vorhandenen Härtefallfonds hinsichtlich der Anspruchsberechtig-
4564 ung reformieren und die dafür erforderlichen Beratungsstrukturen bei der Verbraucher-
4565 zentrale (Energierechtsberatung, Budgetberatung) schaffen.

4566

4567 Eine spezielle Herausforderung stellt die Lebensmittelverschwendung dar. Die Erfolge
4568 des Projektes „Bremer Kitas reduzieren Lebensmittelverluste“ wollen wir mit der Ver-
4569 braucherzentrale in Bremen verstetigen und auch auf die Bremerhavener Kindertages-
4570 einrichtungen ausweiten.

4571

4572 **Stationsname: Verbraucherbildung stärken**

4573 **Schnittstelle(n):** Bildung, Digitalisierung, Lebenswelten

4574

4575 Wir betrachten die präventive Bildungsarbeit als einen wesentlichen Baustein wirksamen
4576 Verbraucherschutzes, durch den zahlreiche Verbraucherprobleme von vornherein ver-
4577 mieden werden können. Die Verbraucherbildung in den Schulen Bremens und Bremer-
4578 havens soll gestärkt und ausgebaut werden. Die Verbraucherzentrale muss dafür finan-
4579 ziell so ausgestattet werden, dass sie an Schulen Vorträge und Workshops anbieten kann.
4580 Unentbehrlich ist auch die Weiterentwicklung der Fort- und Weiterbildung für pädagogi-
4581 sche Fachkräfte im Bereich Verbraucherbildung.

4582

4583 Ebenso muss ein breites Spektrum an digitalen Informationen und Beratungen, das stets
4584 verfügbar ist, sichergestellt sein. Studien belegen, dass sich die Sicherheitslage im In-
4585 ternet zwar verbessert hat, die Unsicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher im
4586 Umgang mit digitalen Medien aber steigt. Wir werden deswegen die Maßnahmen zur
4587 Erlangung von Medienkompetenz ausbauen und somit die Verbraucherbildung auch im
4588 digitalen Raum gewährleisten. Dies betrifft alle Altersgruppen gleichermaßen.

4589

4590 Wir werden

- 4591 ● die Verbraucherzentrale so ausstatten, dass sie Verbraucherbildung in Schulen
4592 anbieten kann,
- 4593 ● Fort- und Weiterbildungen von pädagogischen Fachkräften ermöglichen,
- 4594 ● digitale Informations- und Beratungsangebote zum Verbraucherschutz und Me-
4595 dienkompetenz auf- und ausbauen.

4596

4597 **LINIE: EHRENAMT UND SPORT**

4598

4599 Ehrenamtliches Engagement ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ob in
4600 Sportvereinen, sozialen Einrichtungen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr: Viele Bereiche
4601 unserer Gesellschaft wären ohne die Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich
4602 engagieren, undenkbar. Dieses Engagement wollen wir weiter fördern und besser würdi-
4603 gen. Wir wollen, dass sich weiterhin viele Menschen in Bremen und Bremerhaven ehren-
4604 amtlich engagieren. Dazu wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt
4605 durch verbesserte Rahmenbedingungen und Elternzeitregelungen verbessern. Wo immer
4606 möglich, sollen hybride und digitale Sitzungen der Normalfall sein. Mit einem „Tag des
4607 Ehrenamts“ wollen wir ein sichtbares Zeichen setzen, um die Bedeutung des Ehrenamts
4608 in der Öffentlichkeit zu würdigen und junge Menschen an das Ehrenamt heranzuführen. Im
4609 Ehrenamt erworbene Qualifikationen, die auch im Beruf nützlich sein können, wollen wir
4610 durch einheitliche Zeugnisse dokumentieren.

4611

4612 **Stationsname: Engagementstrategie**

4613

4614 Auf Bundesebene wird von verschiedenen Seiten ein verpflichtendes Dienstjahr disku-
4615 tiert. Auch der Bundespräsident hat diese Idee an verschiedenen Stellen aufgegriffen
4616 und dafür geworben. Das verpflichtende Jahr soll nicht nur die Organisationen stärken,
4617 die davon profitieren, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Un-
4618 abhängig von der Frage, ob das verpflichtende Dienstjahr kommt, werden wir

- 4619 ● in enger Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur die Erarbeitung der Enga-
4620 gementstrategie für das Land Bremen abschließen und zügig mit der Umsetzung
4621 beginnen, um noch mehr Menschen für eine ehrenamtliche Tätigkeit zu begeis-
4622 tern,
- 4623 ● innerhalb der Engagementstrategie einen Fokus auf die Hilfsorganisationen des
4624 Landes und der Stadtgemeinden legen,
- 4625 ● in den Stadtgemeinden und den Hilfsorganisationen prüfen, ob noch mehr Plätze
4626 innerhalb des Bundesfreiwilligendienstes angeboten werden können,
- 4627 ● da, wo es möglich ist, das Ehrenamt stärker in gesellschaftliche Aufgaben integ-
4628 rieren und Rahmenbedingungen schaffen, die Vereine und Ehrenamtler nicht al-
4629 lein lassen in ihrem so wichtigen Dienst für die Gesellschaft,
- 4630 ● unkomplizierte, pragmatische Ideen, wie die Tafeln als Begegnungsort auch für
4631 Senioren, die sich ein Essen leisten können, das Fußballtraining als Ersatz für aus-
4632 gefallenen Sportunterricht oder die Nutzung öffentlicher Einrichtungen nach den
4633 Öffnungszeiten durch Vereine in Bremen und Bremerhaven ermöglichen.

4634

4635 **Stationsname: Engagement muss sich lohnen**

4636 **Schnittstelle(n):** Arbeit und Soziales

4637

4638 Der Wunsch von Bürgern, sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, darf nicht durch
4639 fehlende Unterstützung aus Gesellschaft und Politik oder unnötige Bürokratie für die
4640 Vereine eingeschränkt werden. Wir werden

- 4641
- 4642
- 4643
- 4644
- 4645
- 4646
- 4647
- 4648
- 4649
- Vereine, die wichtige Funktionen übernehmen, wie etwa die Tafeln, finanziell stärker unterstützen,
 - die Ehrenamtskarte substanziell stärken. Rabatte und Vergünstigungen bei Eigenbetrieben und Gesellschaften, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist und die das tägliche Leben aller Ehrenamtler entlasten, gehören dabei ebenso dazu, wie die Unterstützung durch Unternehmen der freien Wirtschaft,
 - die Zugangsvoraussetzungen zur Ehrenamtskarte digitalisieren und so verändern, dass ein niedrigschwelliger Zugang ebenso möglich ist, wie die Belohnung langjähriger Engagements.

4650

4651 **Stationsname: Jedes Kind muss schwimmen können**

4652 **Schnittstelle(n):** Gesundheit, Bildung

4653

4654 Bewegung ist grundsätzlich wichtig für die Gesundheit des Menschen. Schwimmen können ist sogar überlebenswichtig. Die Zeit der Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass Schwimmbäder geschlossen werden mussten und viele Kinder weder in der Schule noch privat Schwimmunterricht erhalten konnten. Es ist uns daher ein Herzensanliegen, dass jedes Kind mit Abschluss der Grundschule die Grundfähigkeiten im Schwimmen erlernt hat und zumindest das „Freischwimmerabzeichen“ erlangt. Dazu werden wir:

- 4660
- 4661
- 4662
- 4663
- 4664
- den Ausbau des Schulschwimmens mit zusätzlichen finanziellen Mitteln hinterlegen,
 - das Unibad nicht schließen und abreißen, sondern sanieren. Zudem soll dieses Bad aus dem Etat der Universität in das Eigentum der Bremer Bäder überführt werden.

4665

4666 **Stationsname: Moderne Sportstätten**

4667 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte, Klima

4668

4669 Für die Sportvereine im Land Bremen wollen wir Förderprogramme ins Leben rufen, um Sportstätten zu sanieren. Hierfür muss eine Prioritätenliste erarbeitet werden, welche Sporthalle und welches Schwimmbad als nächstes zur Sanierung, Instandhaltung oder auch für den Neubau an der Reihe ist, um Perspektiven für die Vereine zu schaffen. Dabei muss auch Nachhaltigkeit und Energieeffizienz mitgedacht werden. Gleiches gilt auch für Sportvereine, die finanziell unterstützt werden müssen bei dem Ausbau ihrer Sportanlagen mit erneuerbarer Energie. Wir werden

- 4676
- 4677
- 4678
- 4679
- eine Prioritätenliste für die Sportstättensanierung erstellen und diese dann kontinuierlich abarbeiten,
 - die Erhöhung der Energiekostenzuschüsse für Sportvereine kontinuierlich an künftige Preissteigerungen anpassen.

4680

4681 **Stationsname: Pakt für den Leistungssport**

4682 **Schnittstelle(n):** Lebenswerte Städte

4683

4684 Der Leistungssport in Bremen muss weiterentwickelt werden und als genauso wichtig erachtet werden wie der Breitensport. Unsere Athletinnen und Athleten, die die Voraus-

4685

4686 setzungen für eine Karriere im Spitzensport mitbringen, müssen bestmöglich dabei un-
4687 terstützt werden und hierfür eine sichere und wertegebundene Basis geboten bekom-
4688 men. Daher setzen wir uns auch für die Umsetzung der Eliteschule des Sports ein. Dafür
4689 werden wir:

- 4690 • moderne Trainingsstätten, um unter Wettkampfbedingungen zu trainieren, etab-
4691 lieren,
- 4692 • den Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik leistungsfähig aufstellen,
- 4693 • moderne Voraussetzungen für sportliche Großveranstaltungen schaffen,
- 4694 • alle Rahmenbedingungen schaffen, um die Umsetzung der Eliteschule des
4695 Sports an der Sportbetonten Oberschule an der Ronzellenstrasse zu einem er-
4696 folgreichen Abschluss bis 2027 zu bringen.

4697

4698 **Stationsname: eSport ist Sport**

4699

4700 Für uns ist eSport nicht nur Teil der Jugendkultur, sondern des Breitensports. In vielen
4701 Bereichen ist eSport mit klassischem Sport vergleichbar: eSportler müssen regelmäßig
4702 ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten trainieren, sie wollen ihre volle Leistung ab-
4703 rufen und in ihrem Sport Höchstleistungen bringen. Wir werden große Gaming- und e-
4704 Sports-Events fördern. Gleichzeitig setzen wir uns aber auch für die Förderung der Me-
4705 dienkompetenz, Suchtprävention und Gesundheitsförderung in dem Bereich ein.

4706

4707 Als CDU Bremen werden wir

- 4708 • die Erfahrungen der traditionellen Sportförderung auf eSport übertragen,
- 4709 • eSport und Gaming-Events in Bremen und Bremerhaven fördern,
- 4710 • uns im Bund für die Gleichstellung von Sport und eSport in der Abgabenordnung
4711 stark machen.

4712

4713 **Stationsname: Niedrigschwelliger Breitensport**

4714 **Schnittstelle:** Gesundheit, Lebenswerte Städte

4715

4716 Sportliche Betätigung ist in jedem Alter möglich. Sie dient der Gesundheit, stärkt das
4717 Immunsystem und die Abwehrkräfte und fördert auch die Begegnung von Menschen.
4718 Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Angebote und Möglichkeiten. Dazu wollen wir neue
4719 und originelle und niedrigschwellige Formen der sportlichen Betätigung vordenken, er-
4720 möglichen und ausweiten. Dabei stellen wir uns beispielsweise

- 4721 • den Bau attraktiver und moderner Fitnessparcours entlang der Weser,
- 4722 • einen Bike Park und eine Sommerrodelbahn auf der Blockland Deponie oder auch
4723 • ein schwimmendes Freibad in der Weser vor.

4724

4725 **Stationsname: Beiräte stärken**

4726

4727 Die Beiräte in unseren Stadtteilen in Bremen sind für uns die wichtigsten Träger politi-
4728 scher Beteiligung auf einer regionalen Ebene und für uns Partner in der gemeinsamen
4729 Verantwortung für die Berücksichtigung der Interessen der Bürger. Das ehrenamtliche
4730 Engagement in diesem Feld verdient entschieden mehr Wertschätzung und Unterstüt-

4731 zung. Hierzu gehört auch, das geltende Beirätegesetz umzusetzen und eine partner-
4732 schaftliche Arbeitsbeziehung zwischen Beiräten und Verwaltung auf Augenhöhe zu or-
4733 ganisieren. Wir wollen

- 4734 ● die Beiräte besser als bisher einbinden in diese Entscheidungen, insbesondere in
4735 die Aufstellung von Haushalten,
- 4736 ● dazu ermuntern, dass von der Vertretungsmöglichkeit von Beiratsinteressen in
4737 Deputationen und in der Stadtbürgerschaft häufiger Gebrauch gemacht wird,
- 4738 ● dass in jedem Beiratsbereich pro Jahr mindestens ein Mitglied des Senates den
4739 Beiräten und der Bevölkerung öffentlich Rede und Antwort steht,
- 4740 ● eine angemessene technische Ausstattung der ehrenamtlichen Beiratsmitglieder
4741 sowie der Ortsämter umsetzen. Bislang versenden Ortsämter unzählige E-Mails
4742 mit noch mehr Anhängen. Das ist nicht nur unübersichtlich, sondern auch intrans-
4743 parent. Wir werden daher ein elektronisches, App-basiertes Informationssystem
4744 für Beiräte umsetzen, damit Sitzungen, Sitzungsunterlagen und Protokolle für die
4745 Ehrenamtlichen übersichtlich und strukturiert an einem Ort digital auffindbar
4746 sind. Dazu gehört für uns auch eine technische Ausstattung durch die Stadt, wel-
4747 che den Beiräten natürlich kostenlos zur Verfügung zu stellen ist.
- 4748 ● eine angemessene technische Ausstattung in den Ortsämtern umsetzen. Berufli-
4749 che Reisetätigkeit, familiäre Verpflichtungen oder individuelle Gründe führen
4750 dazu, dass ein Ehrenamt nicht immer vor Ort erfüllt werden kann. Aus diesem
4751 Grund werden wir ein digitales Update für die politische Arbeit im Ehrenamt
4752 durchführen. Dazu gehört z.B. eine digitale Teilhabe an Gremiensitzungen oder
4753 vollständig digitale Gremiensitzungen. Damit möchten wir das kommunalpoliti-
4754 sche Ehrenamt besser vereinbar mit Familie, Arbeit und Privatleben machen.
4755 Gleichzeitig ist es wichtig, dass Beiratssitzungen nicht nur öffentlich sind, son-
4756 dern auch digital öffentlich zugänglich gestreamt werden. Dies werden wir zentral
4757 zur Verfügung stellen.
- 4758 ● eine angemessene personelle Ausstattung der Ortsämter umsetzen. Koordinie-
4759 rende Aufgaben, Organisation und Durchführung von Sitzungen und Veranstal-
4760 tungen, Ansprechpartner für Bürger, Beiräte, Geschäfte und Lokale vor Ort, die
4761 Verwaltung und vieles mehr: Die Aufgaben in den Ortsämtern sind vielschichtig
4762 und abwechslungsreich, herausfordernd und zeitintensiv. Viele Ortsämter, teil-
4763 weise selbst auch ehrenamtlich geführt, stoßen dabei oft an ihre Kapazitätsgren-
4764 zen oder sind in Teilen schon darüber hinaus. Wenn wir Politik vor Ort machen
4765 und ermöglichen wollen, müssen wir die Ortsämter auch personell dafür in die
4766 Lage versetzen. Allein das Delegieren von Aufgaben an die Ortsämter ist keine
4767 Politik vor Ort.
- 4768 ● eine Vernetzung der Beiräte umsetzen. Die Beiräte machen Politik von Nachbarn
4769 für Nachbarn. Sie sind oft die ersten Ansprechpartner bei Anliegen und Proble-
4770 men. Dabei gleichen sich die Herausforderungen häufig und oftmals wurde für
4771 ähnliche Probleme im Nachbarstadtteil bereits eine Lösung gefunden. Aktuell
4772 fängt man jedoch oft immer wieder bei null an. Daher brauchen wir eine bessere
4773 Vernetzung der Beiräte, damit man voneinander lernen und profitieren kann.
4774 Gleichzeitig haben Entscheidungen vor Ort in vielen Fällen auch überlokale Aus-
4775 wirkungen und wirken teilweise in die gesamte Stadt hinein.

- 4776
- 4777
- 4778
- 4779
- 4780
- 4781
- 4782
- 4783
- 4784
- 4785
- 4786
- 4787
- 4788
- 4789
- 4790
- 4791
- 4792
- 4793
- 4794
- 4795
- 4796
- 4797
- 4798
- eine bessere Koordination umsetzen. Es braucht eine eigenständige Vernetzungs- und Beratungsstelle für Beiratsarbeit. Die bisherige Koordinierung über die Senatskanzlei hat sich als nicht fruchtbar erwiesen. So gehört für uns zu einer solchen Stelle nicht nur die verwaltungstechnische Begleitung, sondern auch das Anbieten von Schulungen, Beratungen und Bereitstellung von Informationen. Durch Teilen kann bestehendes Wissen vermehrt sowie alte und neue Beiräte befähigt und mit dem notwendigen Handwerkszeug für Beiratsarbeit versorgt werden. Gleichzeitig kann über gesetzliche Neuregelungen, Förderprogramme oder Best Practices berichtet und geschult werden.
 - die Rechte und Pflichten von Beiräten klar regeln. Beiräte haben an vielen Stellen ein Mitspracherecht. Damit sie dieses auch wirklich wahrnehmen und nicht nur als politisches Feigenblatt erhalten, haben wir die notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen skizziert. Im nächsten Schritt geht es auch darum, klar festzulegen, wo welche politische Ebene entscheidet. Gerade bei Verkehrsangelegenheiten sind die Wünsche vor Ort oft andere als auf der Ebene der Stadt. Um hier Klarheiten für alle zu schaffen und Entscheidungen zu beschleunigen, werden wir ein Straßenkataster für die gesamte Stadt Bremen erstellen. In diesem Kataster wird dann in einem breiten und gemeinsamen Prozess von Senat, Stadtbürgerschaft und den jeweils betroffenen Beiräten festgelegt, wer für welche Straße verantwortlich ist. Dies ist für uns ein erster Schritt, um mehr Transparenz zu schaffen, Verantwortlichkeiten klar zu regeln und wichtige Schritte auch schneller als bisher umsetzen zu können.

4799 ***Stationsname: Kinder- und Jugendbeiräte stärken***

4800

4801 Jugendbeiräte sind die wichtigste Möglichkeit für Kinder und Jugendliche sich in ihrem

4802 Stadtteil gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Da in vergangenen Jahren die Zahl

4803 der Jugendbeiräte stark gestiegen ist, setzt sich die CDU Bremen für die bessere finan-

4804 zielle Ausstattung sowie einen aktiveren Austausch mit den zuständigen Ressorts ein.

4805

4806 ***Stationsname: Bürgerbeteiligung***

4807 **Schnittstelle(n):** Führung & Verwaltung

4808

4809 Uns als CDU Bremen ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen

4810 Entscheidungen wichtig. Bleibt sie aus und findet keine klare Kommunikation statt, sind

4811 Proteste und Unmut vorprogrammiert. Durch eine gute und breit angelegte Bürgerbetei-

4812 ligung erfahren politische Prozesse eine höhere Akzeptanz. Das Petitionsrecht ist in die-

4813 sem Prozess ein wichtiges, niedrighschwelliges Beteiligungsrecht des Bürgers, um ge-

4814 rechtfertigte eigene Angelegenheiten und Interessen mit Hilfe des Parlaments in die öf-

4815 fentliche Beratung und zur Entscheidung zu bringen. Durch Petitionen kann der Bürger

4816 jenseits von Wahlen direkten Einfluss auf die Politik nehmen. Es ist ein wesentlicher Teil

4817 demokratischer Mitgestaltung und Teil der Verbundenheit der Bürger mit ihren Parla-

4818 menten. Wir wollen dieses bewährte und unverzichtbare Recht stärken und insbesondere

4819 die Online-Möglichkeiten der Petition bürgerfreundlicher gestalten.

- 4820
- 4821
- Wir werden ermöglichen, dass mit Petitionen auf Gesetzesänderungen hingewirkt werden kann.

4822 **LINIE: DIGITALISIERUNG**

4823

4824 Die Corona-Pandemie war der Booster für die digitale Entwicklung Deutschlands und
4825 gleichzeitig haben wir gemerkt, dass wir in vielen Bereichen den Anschluss bereits ver-
4826 loren haben. Es wird Zeit, aufzuholen.

4827

4828 Wir werden in Bremen die Digitalisierung nutzen, um effizienter, einfacher, schneller und
4829 zukunftsfähiger zu Handeln. Die digitale Transformation von Wirtschaft, Staat und Ge-
4830 sellschaft bietet enorme Chancen – wenn wir sie endlich aktiv angehen. Digitalisierung
4831 darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument verstanden werden, den Wohlstand auch
4832 in Bremen und Bremerhaven zu bewahren und zu steigern. Die Effizienzgewinne aus der
4833 Transformation müssen wieder investiert werden. Es kommt deshalb entscheidend da-
4834 rauf an, die Digitalisierung in einem engen Zusammenwirken von Schulen, Hochschulen,
4835 Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern zu einem Schlüssel für neue Produkte, Dienstleis-
4836 tungen und Prozesse zu machen. Die Grenzen zwischen Grundlagenforschung, anwen-
4837 dungsorientierter Entwicklung und Produktion werden dabei zunehmend verschwimmen.
4838 Handlungsfelder wie „künstliche Intelligenz“, „Internet der Dinge“, „Sprach- und Ge-
4839 sichtserkennung“ oder neue und vernetzte Formen der Mobilität sind nur wenige Bei-
4840 spiele, die auch in Bremen und Bremerhaven eine hohe Bedeutung erhalten werden und
4841 die wir in einem neuen „Cluster“ wirtschaftlich-wissenschaftlicher Steuerung vernetzen,
4842 zusammenfassen und fördern wollen.

4843

4844 Die Digitalisierung ist neben der Globalisierung die Herausforderung unserer Zeit, die alle
4845 Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft und insbesondere auch des staatlichen Han-
4846 delns erfasst und verändert. Für uns kommt es nicht nur darauf an, die damit verbunde-
4847 nen Chancen für Bremen und Bremerhaven offensiv zu nutzen, sondern auch in der Be-
4848 völkerung Akzeptanz und Bereitschaft zur Beteiligung zu schaffen. Digitalisierung ist kein
4849 Ereignis, das mit dem Breitbandausbau oder der Bereitstellung von Tablets erledigt ist,
4850 sondern ein andauernder Prozess, der, intelligent gestaltet, auf vielfältigen Feldern Nut-
4851 zen mehrt, neue Produkte und qualifizierte Arbeitsplätze hervorbringen wird, Verfahren
4852 und Strukturen vereinfacht und am Ende auch Kosten spart.

4853

4854 **Stationsname: Der digitale Start ins Unternehmertum**

4855 **Schnittstelle:** Wirtschaft

4856

4857 Für kaum einen Bereich birgt die Digitalisierung so viele Chancen, wie für eine moderne
4858 Wirtschaftspolitik: Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sind mittlerweile die
4859 An-, Um- oder Abmeldung eines Gewerbes, die steuerliche Anmeldung sowie die Bean-
4860 tragung einer Gewerbeauskunft in Bremen vollständig digital möglich. Insgesamt sind
4861 die Bedingungen für Gründungswillige jedoch noch immer unzulänglich. Bis auf die o.g.
4862 Dienstleistungen funktioniert die Gründung auch in Bremen noch immer analog, mit aus-
4863 gedruckten Formularen und Behördenterminen, die teils persönlich wahrgenommen wer-
4864 den müssen. Oft fehlt in der Verwaltung das Verständnis für die wirtschaftlichen Bedin-
4865 gungen, in denen sich Start-ups befinden. Es gibt jedoch auch hier Lichtblicke: Im Rah-
4866 men eines vom Bund geförderten „Digitalisierungslabors“ haben die Länder Bremen und

4867 Nordrhein-Westfalen einen Prototyp für einen „Gründungsassistenten“ entwickelt, der
4868 auch anderen Ländern zur Nachnutzung angeboten wird. Seit Dezember 2020 können
4869 Gründungswillige aus dem Handwerk in der Stadt Bremen einen Betrieb vollständig on-
4870 line gründen. Dieses Angebot muss nun zügig auf alle Geschäftsgründungen ausgedehnt
4871 werden.

4872
4873 Unternehmen haben im Schnitt rund 200 Behördenkontakte im Jahr. Vor diesem Hinter-
4874 grund haben sich Länder und Kommunen im Zuge des Onlinezugangsgesetzes verpflich-
4875 tet, für Unternehmen ein Servicekonto zur sicheren Abwicklung von E-Government-Pro-
4876 zessen einzuführen. Die Länder Bremen und Bayern entwickeln dafür das bundeseinheit-
4877 liche Unternehmenskonto, das derzeit auf Basis der ELSTER-ID eine rechtsgültige Iden-
4878 tifizierung erlaubt und mit eingeschränkten Funktionen als Pilotprojekt läuft. Dessen
4879 Funktionsumfang muss nun zügig vervollständigt werden, um dem Ziel eines „One-Stop-
4880 Shops“ endlich näherzukommen. Mit XUnternehmen wurde im April 2021 ein verbindli-
4881 cher Bund-Länder-Standard geschaffen, der den Weg für die vollständig digitale Kom-
4882 munikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung ebnet. Dieser muss nun zügig für sämt-
4883 liche Digitalisierungsvorhaben im Bereich Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

4884
4885 Auch die öffentliche Beschaffung – einschließlich der sogenannten Pro- und Postaward-
4886 Prozesse – muss vollständig digitalisiert werden.

4887

4888 **Stationsname: Ein Digitalressort**

4889 **Schnittstelle(n):** Digitalisierung / Führung & Verwaltung

4890

4891 Verwaltungsdigitalisierung ist ein Querschnittsthema, muss jedoch zentral geplant, im-
4892 plementiert und gesteuert werden: Wir wollen eine zentrale, unabhängige Digitalisie-
4893 rungseinheit in der Bremer Verwaltung, die digitale Prozesse vordenkt und umsetzt. Es
4894 braucht Expertise, Wissen und Methodenkenntnis, um digitale Möglichkeiten gewinnbrin-
4895 gend flächendeckend einzusetzen, da sich dadurch auch Arbeitsabläufe und -organisa-
4896 tion ändern. Es geht um nichts weniger als um einen Kulturwandel in der öffentlichen
4897 Verwaltung. Es braucht einen Bewusstseinswandel und Offenheit für die Transformatio-
4898 nen, die wir durch geeignete Instrumente incentivieren wollen. Wir wollen die Kleinheit
4899 Bremens und die Kürze der Wege nutzen und die vielfältig bereits vorhandenen Kompe-
4900 tenzen bündeln, um in diesem Bereich noch schneller und in Deutschland führend zu
4901 sein. Unsere Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort hängt daran. Daher werden
4902 wir in der nächsten Legislaturperiode ein Ressort ‚Digitalisierung‘ einrichten. Zu dessen
4903 Aufgaben gehört auch die Stärkung der Zusammenarbeit der Behörden untereinander
4904 und über die Ländergrenzen hinaus.

4905

4906 Als CDU wollen wir,

- 4907 • dass die Verwaltung lernt, digital zu denken und zu handeln,
- 4908 • eine zentrale, unabhängige Digitalisierungseinheit in der Bremer Verwaltung, die
4909 digitale Prozesse vordenkt und umsetzt,
- 4910 • bereits vorhandene Kompetenzen bündeln und ausbauen.

4911

4912 **Stationsname: Digitaler Neustaat**

4913 **Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung**

4914

4915 Das Ziel ist klar: Wir wollen eine voll digitalisierte Verwaltung, die 24/7 erreichbar ist und
4916 einen besseren Service bietet. Wir wollen einen effizienten Staat, der sich unkompliziert
4917 und einfach anfühlt. Darum werden wir einen echten digitalen Bürgerservice einführen.
4918 Wir werden das Formulare-Drucken, Nummernziehen und in Wartesälen-Lebenszeit-ver-
4919 geuden beenden. Wir wollen alle Verwaltungsdienstleistungen digital anbieten: Vom El-
4920 terngeld bis zur Bestellung eines neuen Personalausweises. Vom Wohngeld bis zur Um-
4921 meldung. Alles muss ohne Drucker oder Briefwechsel funktionieren. Wir werden alle
4922 staatlichen Leistungen für die Bürger digitalisieren und bündeln, damit der Bürger zu
4923 jeder Zeit darauf zugreifen kann. Dabei werden wir von der Privatwirtschaft lernen und
4924 setzen auf das bundesweit verabredete Prinzip „Einer-für-alle“, wonach Kommunen und
4925 Länder das Wissen über bereits digitalisierte Leistungen teilen und dadurch schneller für
4926 alle nutzbar machen werden.

4927

4928

- Als CDU wollen wir in Zukunft alle Verwaltungsdienstleistungen digital anbieten:
4929 Vom Elterngeld bis zur Bestellung eines neuen Personalausweises.

4930

4931 Insbesondere Wohngeldanträge sind im Moment ein Problem, das bei vielen Menschen
4932 existentielle Nöte auslöst. Die Bearbeitung eines Wohngeldantrags dauert in Bremen
4933 mehrere Monate. Das ist weder den Antragstellern noch den engagierten Mitarbeiterin-
4934 nen und Mitarbeitern der Wohngeldstelle geschuldet. Die Wohngeldstelle muss personell
4935 besser ausgestattet werden. Damit Anträge schneller bearbeitet werden können, werden
4936 wir als CDU noch in diesem Jahr

4937

- kurzfristig, um den Übergang zu einem vollständig effizienten, digitalen Prozess
4938 zu regeln, die zusätzlich geschaffenen Stellen für Sachbearbeiter auch tatsächlich
4939 besetzen, die Anträge bearbeiten und den Antragstellern beim Ausfüllen der kom-
4940 plexen Anträge beratend zur Seite stehen,

4941

- uns für digitale Wohngeldanträge einsetzen und die Voraussetzungen dafür auch
4942 ohne Unterstützung des Bundes schaffen, damit spätestens ab 2024 die Bearbei-
4943 tung eines Wohngeldantrages nicht länger als vier Wochen dauert.

4944

4945 Dazu gehören auch einfache, digitale Bauantrags- und Baugenehmigungsverfahren so-
4946 wie die elektronische Bauakte. Diese sind leider nicht digitalisiert. Das hat insbesondere
4947 in der Corona-Pandemie zu Verzögerungen und Verteuerungen aufgrund von Einschrän-
4948 kungen in der Bearbeitbarkeit geführt. Das werden wir noch 2023 ändern. Wir wollen,

4949

- dass die Kommunikation zwischen Baubehörde und Bauherren ausschließlich
4950 über eine digitale Plattform (ein virtuelles Bauamt) läuft,

4951

- dass es dort zu jedem Bauprojekt einen digitalen Projektraum mit angepassten
4952 Zugriffsrechten gibt, der von allen Beteiligten (Antragssteller, Entwurfsverfasser,
4953 Träger öffentlicher Belange, Fachbehörden etc.) für den notwendigen Informa-
4954 tions- und Datenaustausch genutzt werden kann,

4955

- die Serviceleistung innerhalb der Baubehörde weiter ausbauen, indem Bauherren
4956 sich nicht mehr um genehmigungsrelevante Unterlagen (z.B. Altlasten oder
4957 Kampfmittel) kümmern müssen,

- 4958 • dass Bauanträge in der Regel innerhalb von vier Wochen entschieden werden.

4959

4960 Wir wollen, dass die Verwaltung lernt, digital zu denken und zu handeln. Es braucht einen
4961 Bewusstseinswandel und Offenheit für die Transformationen, die Bestandteil der behörd-
4962 lichen Organisationsentwicklung ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zukunft
4963 sollen Digitalisierungspotenzial selbst erkennen und nach Verbesserung der Arbeitsab-
4964 läufe streben. Um das Streben nach Verbesserung zu unterstützen, werden wir

4965

- 4966 • jährlich einen Preis vergeben, den die Person erhält, die durch Verbesserung eines
4967 Arbeitsprozesses in der Verwaltung für eine große Kostenersparnis gesorgt hat.

4968

4969 ***Stationsname: Digitalakte gegen hohe Aktenberge***

4970

4971 Noch viel zu oft findet in der bremischen Verwaltung eine Aktenführung in Papierform
4972 bzw. in Hybridform (digital und analog) statt, obwohl schon gesetzlich geregelt ist, dass
4973 in allen Behörden der Freien Hansestadt Bremen alle Akten vollständig elektronisch ge-
4974 führt werden muss(t)en. Dokumente und Rechnungen werden noch immer analog auf-
4975 bewahrt, im Umlaufmappen weitergeben bzw. durch Botendienste transportiert, an de-
4976 nen dann händische Kommentare vorgenommen, bzw. die händisch ab- und gegenge-
4977 zeichnet werden. Diese Praxis muss überall, bis auf unbedingt erforderliche Ausnahme-
4978 fälle, beendet werden.

4979

4980 Das Land Bremen besitzt als kleinstes Bundesland günstige Voraussetzungen dafür, in
4981 Sachen E-Government eine Führungs- und Vorreiterrolle in Deutschland zu spielen und
4982 in diesem Feld Maßstäbe auch für andere Länder und Kommunen zu setzen. Die Akten-
4983 führung wollen wir in allen Behörden zudem so weit und so schnell wie möglich auf eine
4984 „digitale Akte“ umstellen und bestehende analoge Register digitalisieren. Dabei wollen
4985 wir das Rad nicht neu erfinden. Es gibt bspw. bei unserem europäischen Nachbarn Est-
4986 land bereits funktionierende digitale Verwaltungsabläufe, die wir hier in Bremen leicht
4987 implementieren und nutzen wollen.

4988

- 4989 • Wir werden die zum 1. Januar 2022 eingeführte Aktenführung in allen Behörden
4990 so schnell es geht auf eine „digitale Akte“ konsequent umsetzen.

4991

4992 Dazu gehört auch ein digitales Rechnungsmanagement. Diverse Behörden und Eigenbe-
4993 triebe können aktuell ihre Rechnungen zwar elektronisch entgegennehmen, doch dann
4994 werden sie ausgedruckt und von Büro zu Büro getragen. Excuse me, wir haben 2023:
4995 Diese Anlaufschwierigkeiten gilt es zügig abzustellen, um den langsamen, fehleranfälli-
4996 gen und ressourcenverschwendenden Übermittlungs- und Bearbeitungsprozess mittels
4997 Papier- und bildhaften PDF-Rechnungen flächendeckend durch einen digitalen Zah-
4998 lungsverkehr zu ersetzen.

4999

- 5000 • Wir wollen ein digitales Rechnungsmanagement für einen reibungslosen Zah-
5001 lungsverkehr.

5002

5003 **Stationsname: Ausbau des Serviceportals Bremen zu einem „Digitalen Bürgeramt“**

5004

5005 Aus dem Bürgeramt muss ein Digitales Bürgeramt werden. Die Digitalisierung aller we-
5006 sentlichen Serviceleistungen muss dabei sowohl das Front-End (Antragstellung) mit ei-
5007 ner intuitiven und ansprechenden Benutzeroberfläche als auch das Back-End (Antrags-
5008 bearbeitung) umfassen, um Medienbrüche unter allen Umständen zu vermeiden.

5009

5010 Diese Projekte haben für uns dabei höchste Priorität:

5011 ● die Einführung eines „Service-Kontos“, mit dem Bürger nach einer einmaligen Re-
5012 registrierung sämtliche angebundenen Online-Dienste der Verwaltung nutzen kön-
5013 nen,

5014 ● die Implementierung komplett digitaler Antragsverfahren für alle regelmäßig
5015 nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen mit hohem Digitalisierungspotenzial
5016 (z.B. Passangelegenheiten, Wohnungsanmeldung, Führerscheinvergabe, Melde-
5017 bescheinigungen, Ausstellung von Personenstandsurkunden und Führungszeug-
5018 nissen etc.) - dort, wo notwendig, verbunden mit elektronischer Bezahlungsfunktion,

5019 ● das Ausrollen des Projekts ELFE („Einfach Leistungen für Eltern“) auf alle Eltern-
5020 konstellationen und auf Bremerhaven sowie die Implementierung der dazugehö-
5021 rigen App,

5022 ● die Einführung eines einheitlichen Casemanagements, das es den Bürgern er-
5023 möglicht, bei einem Ansprechpartner alle Anliegen gleichzeitig in einem Termin
5024 zu erledigen,

5025 ● die Aufstellung eines Ausweis-Automaten mit Gesichtserkennung zur sicheren
5026 Abholung von Ausweisdokumenten außerhalb der Öffnungszeiten 24/7.

5027

5028 Die Online-Terminvergabe werden wir auch für alle regelmäßig nachgefragten Verwal-
5029 tungsdienstleistungen außerhalb der BürgerServiceCenter etablieren. Zudem wollen wir
5030 ein Online-Buchungssystem mit elektronischer Bezahlungsfunktion auch für Angebote bre-
5031 mischer Eigen- und Beteiligungsbetriebe, wie für die Bremer Bäder GmbH, einführen. Für
5032 deren Schwimmkurse kann man sich auch im Jahr 2023 noch immer nur durch persön-
5033 liches Erscheinen anmelden - ein Relikt aus einer vergangenen Zeit.

5034

5035 **Stationsname: KI made in Bremen**

5036 **Schnittstelle(n):** Wirtschaft; Wissenschaft

5037

5038 KI ist die Schlüsseltechnologie für die Zukunft. Durch die zunehmende Verfügbarkeit von
5039 Daten und den Ausbau von Rechenleistung gewinnt der Einsatz und die Anwendung von
5040 KI auch für unsere kleinen und mittleren Unternehmen eine herausragende Bedeutung
5041 und dies in allen Branchen. Aus diesem Grund wollen wir KI und Digitalisierung nicht als
5042 isolierten Bereich betrachten, sondern in allen politischen Feldern denken. Für unsere
5043 beiden Städte Bremen und Bremerhaven wollen wir die sich ergebenden Chancen vor
5044 allem nutzen, um neues wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung zu schaf-
5045 fen. Übertriebener Datenschutz darf uns dabei nicht blockieren. Er darf nirgends Inno-
5046 vationshemmnis sein.

5047

5048 Das Bundesland Bremen ist sowohl mit bekannten Instituten der Universität Bremen als
5049 auch mit den wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen schon heute ein wichtiger
5050 Standort in der deutschen KI- und IT-Landschaft. Unsere beiden Städte haben damit die
5051 besten infrastrukturellen Voraussetzungen, um in Zukunft an der zentralen Vorausset-
5052 zung von Forschung, Entwicklung und Produktion teilzuhaben. Um Bremen als echten
5053 führenden Standort für KI zu stärken, brauchen wir sowohl die verstärkte Ansiedlung von
5054 Unternehmen in diesem Bereich als auch das entsprechende Klima für menschliche Ta-
5055 lente.

5056
5057 Wenn wir auch in Zukunft das gesamte Wertschöpfungspotenzial von KI für unsere Wirt-
5058 schaft und unsere Wissenschaft zur Entfaltung bringen wollen, bedarf es der weitrei-
5059 chenden Verfügbarkeit von Daten. Daten sind Produktionsfaktor und ihre Verfügbarkeit
5060 ein entscheidender Standortvorteil. Wir werden daher eine Offensive zur Bereitstellung
5061 öffentlicher Daten starten, um Wertschöpfungsnetzwerke zu entwickeln. Gemeinsam mit
5062 den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven wollen wir beraten, wie wir auch unge-
5063 nutzte privatwirtschaftliche Daten andocken können. Dies wird nur durch den Ausbau
5064 leistungsfähiger Dateninfrastrukturen und Datenräume sowie gemeinsamer Datenstan-
5065 dards gelingen. Zugleich wollen wir die Datenkompetenzen weiter verbessern und bereits
5066 in der Schul- und Berufsausbildung und auch im Hochschulwesen als Lerninhalt veran-
5067 kern. Dabei wollen wir den Staat zum Datenvorreiter machen. Auch die Unternehmerin-
5068 nen und Unternehmer sollen in ihren Kompetenzen zur Nutzung von Daten gestärkt wer-
5069 den. Hierzu wollen wir ein Beratungsprogramm entwickeln.

5070
5071 All das werden wir stärken:

- 5072 • Wir brauchen mehr Wissen über Künstliche Intelligenz. Aus diesem Grund werden
5073 wir die Forschung in diesem Bereich besonders verstärken.
- 5074 • Wir brauchen mehr KI-Fachkräfte. Aus diesem Grund werden wir Berufsschulleh-
5075 rer zusätzlich schulen und an den Hochschulen die Ausbildung in dem Bereich
5076 unterstützen.
- 5077 • Kleine- und Mittelständische Unternehmen können mithilfe intelligenter Systeme
5078 wahre Schätze heben. Aus diesem Grund möchten wir für KMUs niedrigschwellige
5079 Angebote entwickeln, die KMUs dabei unterstützen, Künstliche Intelligenz auszu-
5080 probieren und einzusetzen.
- 5081 • Die Einrichtung eines KI-Transferzentrums könnte ein Weg sein, um KI-Anwen-
5082 dungsmöglichkeiten in die breite Unternehmerschaft / Bevölkerung zu tragen.

5083
5084 Durch die Nutzung von Softwareintelligenz für Standard-Prozesse möchten wir die Ver-
5085 waltung effizienter und bürgerfreundlicher machen. Warum nicht automatisiert eine Mail
5086 versenden, bevor der Personalausweis abläuft? Oder die Bestellung eines Anwohner-
5087 parkausweises automatisiert mit dem Datenbestand abgleichen und automatisiert aus-
5088 lösen? Durch die Fortschritte der Digitalisierung müssen wir Prozesse nicht mehr digital,
5089 sondern intelligent denken.

5090
5091 Die Grundlage für Softwareintelligenz sind Daten und niemand besitzt mehr (öffentliche)
5092 Daten als Kommunen und Länder. Verkehrsfluss, Klimadaten, Geodaten und viele mehr:

5093 Diese nicht-unternehmensbezogenen oder nicht-persönlichen Daten möchten wir im
5094 Rahmen des Open-Data-Ansatzes öffentlich verfügbar machen, damit daraus neue Ge-
5095 schäftsmodelle und -ideen entstehen können.

5096

5097 Als CDU wollen wir

- 5098 • den Staat zum Datenvorreiter machen,
- 5099 • Bremen als Hotspot im Bereich Künstliche Intelligenz in Deutschland stärken,
- 5100 • Künstliche Intelligenz flächendeckend in Standardprozessen in der Verwaltung
5101 einsetzen.

5102

5103 **Stationsname: Leistungsfähige Internetanschlüsse im privaten und gewerblichen Be-**
5104 **reich**

5105 **Schnittstellen:** Bildung, Wirtschaft

5106

5107 Leistungsfähige Breitbandanschlüsse und ihre technische Nutzbarkeit im gewerblichen
5108 Bereich sind die Grundvoraussetzung für die Teilhabe am modernen Wirtschaftsleben im
5109 Jahr 2022. Die Bereitstellung dieser Ressource muss deshalb eine Selbstverständlichkeit
5110 staatlicher Wirtschaftsförderung und Infrastrukturpolitik sein, wie es der Bau- und die
5111 Instandsetzung von Straßen oder Versorgungsleitungen ist. Auch der private Bereich
5112 darf in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden, denn mit der zunehmenden
5113 Arbeit aus dem Home-Office und möglichen Gründungen von Unternehmen aus Privat-
5114 wohnungen oder Wohngebieten, wird der Internetanschluss auch hier ein Wirtschafts-
5115 faktor, der mitgedacht werden muss. Obwohl Bremen und Bremerhaven als urbane Ge-
5116 biete in dieser Hinsicht und im bundesweiten Vergleich gut erschlossen sind, gilt es be-
5117 stehende Lücken unverzüglich zu schließen und die Anschlüsse immer wieder auf Ihre
5118 Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und im Bedarfsfall zu ertüchtigen. Eine besondere
5119 Bedeutung haben Internetanschlüsse in Zukunft auch in den Schulen, Berufsschulen und
5120 Hochschulen unseres Landes. Zur Umsetzung einer digitalen und vernetzten Bildung sind
5121 auch hier die Anschlüsse und die Bereitstellung von einem leistungsfähigen W-LAN in
5122 den Klassenzimmern die zentrale Voraussetzung.

5123

5124 **Stationsname: Medienlandschaft**

5125

5126 Moderne, leistungsstarke und wettbewerbsfähige Medienunternehmen und ein attrakti-
5127 ver unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sichern eine plurale Medienlandschaft
5128 in Bremen und Bremerhaven. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfä-
5129 higkeit des Landes; und sie sind die Voraussetzung für eine freie und unabhängige Be-
5130 richterstattung in einem demokratischen Gemeinwesen und ein Bollwerk gegen Fake-
5131 News.

5132

5133 Wir stehen für einen modernen und leistungsstarken eigenständigen Sender im Verbund
5134 der ARD, Radio Bremen. Bei den notwendigen Debatten um die Zukunft des ÖRR in der
5135 Bundesrepublik werden wir die Existenz und Zukunft von Radio Bremen sichern.

5136 Die Menschen in unseren Städten werden immer mehr von medialen Konsumenten zu
5137 Akteuren in einer zunehmend von sozialen Medien bestimmten Welt. Diese Veränderun-
5138 gen setzen Medienbildung und Medienkompetenz voraus. Dafür wollen wir Akteure und

5139 Initiativen für mehr Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen stär-
5140 ken und besser vernetzen. Unser Ziel ist es, allen eine sichere, verantwortungsvolle und
5141 kreative Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen.

5142 Verlage stehen wirtschaftlich unter besonderem Druck. Die klassischen Tageszeitungen
5143 haben überall Auflagen verloren. Wir wollen qualitativ hochwertige und regionale Bericht-
5144 erstattung erhalten. Von der Bundesebene bereitgestellte wirtschaftliche Förderung der
5145 Verbreitung wollen wir ggf. durch Unterstützung des Landes forcieren.

5146 Über die Nordmedia fördert Bremen gemeinsam mit Niedersachsen die Film- und Medi-
5147 enszene in den beiden Bundesländern. Wir wollen diese Förderungen auf ihre Wirkung
5148 für Bremen und Bremerhaven überprüfen und verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt
5149 soll dabei der Games-Branche gelten.

5150

5151 **LINIE: FÜHRUNG UND VERWALTUNG**

5152

5153 Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen. Die Menschen erwar-
5154 ten gute Bildungschancen, einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels, einen Weg
5155 aus der Armutsfalle, bessere Digitalisierung, starke Häfen in einer globalisierten Welt,
5156 attraktive Städte und bezahlbaren Wohnraum. Nicht zuletzt kommen noch die Heraus-
5157 forderungen aus den Folgen der Corona-Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die
5158 Ukraine hinzu.

5159

5160 Gleichzeitig verfestigt sich der Eindruck, dass unser staatliches Gemeinwesen an einigen
5161 Stellen nicht mehr richtig funktioniert. Zehntausende unbearbeitete Akten bei der Polizei,
5162 wochenlange Wartezeiten auf einen Termin beim Bürger-Service-Center, sehr lange Ver-
5163 fahrensdauern bei Gericht und in Genehmigungsverfahren der Verwaltung, Unterrichts-
5164 ausfall, fehlende Kita- und Krippenplätze, marode öffentliche Gebäude, Straßen und Brü-
5165 cken, sind nur einige Beispiele. Diese öffentlichen Funktionsstörungen führen zu Unzu-
5166 friedenheit, die letztendlich zum Nährboden für Politikverdrossenheit, Anfälligkeit für
5167 Verschwörungserzählungen und extremistische Positionen und Gedanken werden kann.

5168

5169 Doch das müsste nicht sein. Bremen wird nach wie vor weit unter Wert regiert. Das ver-
5170 bindende Element der aktuellen Regierungskoalition ist jedoch eher der Erhalt der Macht
5171 als der Anspruch, Bremerhaven und Bremen substanziell voranzubringen. Statt Heraus-
5172 forderungen unvoreingenommen und ressortübergreifend anzugehen, verheddert sich
5173 die Koalition im Klein-Klein von Ressortegoismen und Koalitionsquoten. Politik kann
5174 mehr, als neue Schulden zu machen und Geld mit der Gießkanne für Wahlkampfverspre-
5175 chen auszugeben. Politik muss Antworten für Ziele und Aufgaben der Zukunft geben.
5176 Dies erfordert eine kluge Führung, eine klare Schwerpunktsetzung und eine gute Verwal-
5177 tung. Mit diesem Anspruch bewerben wir uns bei der Bürgerschaftswahl 2023. Bremen
5178 kann mehr - wenn's besser regiert wird.

5179

5180 **Stationsname: Zukunft planen und Schwerpunkte setzen**

5181

5182 Wir verstehen Politik nicht nur als Steuerung von Ressourcen, sondern vor allem auch
5183 als Managementaufgabe. Dazu gehört es, Prozesse besser und schneller zu steuern und
5184 Schwerpunkte zu setzen. Deshalb werden wir:

5185 ● ein Referat „Strategie und Zukunftsanalyse“ im Rathaus installieren, in dem inno-
5186 vative Fachreferentinnen und Fachreferenten aus allen Ressorts um die besten
5187 Ideen für die Zukunft ringen und gemeinsam mit unserem Senatspräsidenten
5188 langfristige Planungen angestoßen werden, um Bremen und Bremerhaven nicht
5189 nur bis zur nächsten Wahl, sondern auch in zwanzig Jahren zu denken,

5190 ● Prioritäten für das Senatshandeln entwickeln und Ressorts zu eigener Prioritä-
5191 tensetzung anhalten. Die Bremer Verwaltung kann weder personell noch finanziell
5192 alles gleichzeitig und gleich gut leisten. Wir müssen uns deshalb auf eine breite,
5193 fundierte und nachvollziehbare Analyse stützen. So vermeiden wir Doppelstruk-
5194 turen und unklare Verantwortlichkeiten.

5195

5196 **Stationsname: Innovation gestalten**

5197

5198 Die meisten Herausforderungen Bremens können nicht isoliert von einzelnen Ressorts
5199 gelöst werden. In der Regel bedarf es eines Zusammenspiels verschiedener Ressorts mit
5200 einem gemeinsamen Ziel. Das hat in der Vergangenheit vielfach nicht funktioniert. Wir
5201 wollen deshalb:

- 5202 ● 2% des Haushaltes pauschal zurückhalten und ausschließlich für ressortübergrei-
5203 fende Pilotprojekte zur Verfügung stellen, die bestehende Herausforderungen auf
5204 innovative Art und Weise zu lösen versuchen,
- 5205 ● die Grundlagen in der Verwaltung schaffen, um bis auf Referentenebene Innova-
5206 tion und gute Ideen zu fördern und dafür notwendige Finanzmittel in Aussicht zu
5207 stellen.

5208

5209 **Stationsname: Öffentlichen Dienst zukunftsfähig aufstellen**

5210

5211 Im öffentlichen Dienst des Landes Bremen arbeiten derzeit mehr als 29.000 Frauen und
5212 Männer. Diese Menschen arbeiten jeden Tag in Bremen und Bremerhaven für ein funkti-
5213 onierendes Gemeinwesen. Hinzu kommen noch einmal rund 26.000 Menschen in den
5214 Mehrheitsbeteiligungen des Landes sowie mehr als 3.300 Auszubildende, Anwärter und
5215 Referendare. Darin steckt ein enormes Potenzial, das wir als CDU besser und flexibler
5216 nutzen wollen, um auf sich verändernde Anforderungen schnell reagieren zu können. Der
5217 allgemein zu verzeichnende Fachkräfte- und Bewerbermangel, verstärkt durch die de-
5218 mographische Entwicklung, trifft auch viele Bereiche des öffentlichen Dienstes. Deshalb
5219 wollen wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern, indem wir:

- 5220 ● eine schnelle, vorausschauende und zeitgemäß agierende Personalentwicklung
5221 seitens der Ressorts schaffen, die individuelle Aufstiegschancen und Karriere-
5222 möglichkeiten aufzeigt und vorausschauend plant,
- 5223 ● arbeitsplatzbezogene Konzepte für attraktive Arbeitsbedingungen auf den Weg
5224 bringen, die nicht nur potenziellen Nachwuchs ansprechen, sondern auch durch
5225 mehr Zufriedenheit der Mitarbeiter Fehlzeiten und arbeitsbedingten Erkrankun-
5226 gen besser als bisher vorbeugen,
- 5227 ● mobiles Arbeiten so weitgehend wie möglich ermöglichen, ohne dabei die so wich-
5228 tige Gemeinschaft im Team aufzugeben, und die Vereinbarkeit von Familie und
5229 Beruf auch durch flexible Arbeitszeiten und Lebensarbeitszeitmodelle verbessern,
- 5230 ● Mehrarbeit vorzugsweise durch einen Freizeitausgleich abgelten, und für Berei-
5231 che, wo dieses nicht möglich ist, ausreichende finanzielle Mittel zum Ausgleich
5232 bereitstellen,
- 5233 ● eine Bezahlung öffentlich Bediensteter gewährleisten, die sich konsequent am
5234 Bundesdurchschnitt orientiert und alle Möglichkeiten für leistungsorientierte Zu-
5235 lagen und Gratifikationen nutzen,
- 5236 ● allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis zum Ende des Jahres 2024 eine
5237 steuer- und sozialversicherungsfreie Zulage zum Ausgleich der Inflation zukom-
5238 men lassen,
- 5239 ● die Tarifergebnisse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zeitnah- und inhalts-
5240 gleich auf Beamtinnen und Beamte im Land Bremen übertragen,

- 5241
- 5242
- 5243
- 5244
- 5245
- 5246
- 5247
- 5248
- 5249
- 5250
- 5251
- 5252
- 5253
- 5254
- bei allen das Personal betreffenden Veränderungen die Kompetenz der Personalvertretungen, denen wir eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anbieten, so eng wie möglich einbinden,
 - den öffentlichen Dienst in Bremen und Bremerhaven durch Austauschprogramme auf Bundesebene und mit anderen Bundesländern sowie mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und anderen vernetzen und durch Best-Practice besser machen. Durch einen erweiterten Austausch und mehr Hospitationsmöglichkeiten in der Vertretung Bremens beim Bund und Europa geben wir Beamten und Beschäftigten in den Senatsressorts praktische Einblicke in die Arbeit der europäischen Institutionen,
 - die genannten und weitere Maßnahmen innerhalb einer flexiblen Organisationsentwicklung festschreiben und uns bei allen Entscheidungen die Verwaltung betreffend, daran orientieren.

5255 ***Stationsname: Effiziente Lösungen für mehr Aufgaben und weniger Personal***

5256 **Schnittstelle(n):** Finanzen, Digitalisierung

5257

5258 Die Standardantwort von öffentlicher Verwaltung auf zusätzliche Aufgaben ist bislang
5259 der Aufbau neuer Stellen, selbst wenn der öffentliche Dienst teils im selben Ressort be-
5260 reits kaum geeignetes Personal findet. Bereits existierende Stellen und Zuständigkeiten
5261 in anderen Ressorts, wegfallende Aufgaben und entstehende Synergieeffekte werden
5262 kaum bis gar nicht berücksichtigt. Wir werden:

- 5263
- 5264
- 5265
- 5266
- 5267
- 5268
- 5269
- 5270
- 5271
- 5272
- uns daher mit jeder neuen Aufgabe für die öffentliche Verwaltung fragen, ob wir wirklich mehr Personal benötigen oder durch Prozess- und Zuständigkeitsveränderung, Entbürokratisierung oder Digitalisierung Synergieeffekte und ungenutzte Potenziale heben können,
 - bei Personalmangel Haushaltsmittel für unbesetzte Stellen flexibel dazu nutzen, gezielt Projekte (z.B. Digitalisierung, Prozessveränderungen, etc.) zu finanzieren, die die Angestellten von einfachen Vorgangsbearbeitungen, hohem Dokumentationsaufwand oder Schnittstellenproblematiken entlasten und so personelle Kapazitäten schaffen, sich den Kernaufgaben zu widmen.

5273 **LINIE: FINANZEN**

5274

5275 Das Land Bremen befindet sich seit fast 30 Jahren in einer Haushaltsnotlage. Dies wurde
5276 Ende 2022 erneut vom Stabilitätsrat festgestellt und es wurde gefordert, einen Sanie-
5277 rungsplan vorzulegen. Nicht nur in dieser Debatte scheint es so, als haben sich die re-
5278 gierenden Parteien aus SPD, Grünen und Linken endgültig damit abgefunden. Der Schul-
5279 denberg wächst bis 2023 auf fast 23 Mrd. Euro und damit auf eine Pro-Kopf-Verschul-
5280 dung von rund 34.000 Euro. Damit ist Bremen Spitzenreiter im Vergleich der Bundeslän-
5281 der. Im Länderdurchschnitt beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung lediglich rund 8.000
5282 Euro. Die Zinslast des immensen Schuldenbergs belastet den jährlichen Haushalt mit
5283 rund 550.000.000 Euro (550 Mio.). Somit sind mehr als zehn Prozent des Haushalts aus-
5284 gegeben, bevor eine Kita oder Schule gebaut, eine Straße oder Brücke saniert oder ein
5285 Polizist, eine Lehrerin oder andere öffentlich Bedienstete bezahlt wurden. Jüngst hat der
5286 Stabilitätsrat, der die Haushaltsführung von Bund und Ländern überwacht, Bremen als
5287 einziges Bundesland zum Haushaltsnotlageland erklärt. Es droht ein Sanierungsverfah-
5288 ren mit Finanzaufsicht und einem harten Sparkurs.

5289

5290 Für die CDU Bremen muss auch in der Haushaltspolitik endlich mit dem nachhaltigen
5291 Handeln begonnen werden. Die Haushaltskonsolidierung der Vergangenheit hat einer-
5292 seits im Wesentlichen von niedrigen Zinsen und hohen Steuereinnahmen durch eine gute
5293 Konjunktur gelebt. Sie ist andererseits durch Sparen am falschen Ende zustande gekom-
5294 men: Dringend notwendige Investitionen in die Substanz öffentlicher Infrastruktur sind
5295 unterblieben, ebenso wurden dringend notwendige Investitionen in die Zukunft verscho-
5296 ben. Selbst in der aktuellen Phase explodierender Ausgaben und Verschuldung wurden
5297 in der jüngsten Haushaltsaufstellung für den Doppelhaushalt 2022/2023 die Investitio-
5298 nen im Landeshaushalt um insgesamt 87 Mio. Euro zusammengestrichen. Beides, das
5299 Anhäufen von Schulden und das Unterlassen von Investitionen, ist ein Kredit auf die Zu-
5300 kunft und eine unverantwortliche Hypothek für die Zukunft unserer Kinder. Angesichts
5301 steigender Zinsen und immer weiter steigender Kosten zum Beispiel für Bauvorhaben
5302 zeigt sich, dass die Finanzpolitik Bremens derzeit nicht zukunftsfähig aufgestellt ist und
5303 auf Messers Schneide steht. Wir werden deshalb umgehend Anstrengungen zur Redu-
5304 zierung der laufenden Kosten, zur Reduzierung der Schuldenlast und zu einer Erhöhung
5305 der Investitionsausgaben auch über das Jahr 2023 hinaus konsequent einleiten. Für uns
5306 sind die Vorgaben der Schuldenbremse mit dem grundsätzlichen Verbot neuer Schulden,
5307 die seit 2020 gilt, die zentrale Voraussetzung und Grundsatz für eine nachhaltige und
5308 generationengerechte Haushaltspolitik.

5309

5310 Unsere Haushaltspolitik wird auch zukünftig auf bewährten Grundsätzen beruhen. Wir
5311 setzen auf wachsende Städte bei Einwohnerzahl und der wirtschaftlichen Leistungsfä-
5312 higkeit und wollen damit auf der Einnahmenseite eine nachhaltige Steigerung der Steu-
5313 erkraft erreichen. Wir werden jungen Familien attraktive Perspektiven in Bremen und
5314 Bremerhaven bieten, um den enormen Abwanderungsverlusten entgegenzuwirken. Im
5315 Jahr 2022 fehlten durch Abwanderungen seit 2009 etwa 180 Mio. Euro an jährlichen
5316 Steuereinnahmen. Wir setzen auf steuerliche Entlastungen und sorgen so für Anreize für
5317 die Mittelschicht zur Ansiedlung in Bremen. Die Grundsteuer in Bremen muss sich am

5318 niedersächsischen Modell orientieren und damit einfacher, unbürokratischer und gerech-
5319 ter werden. Bei der Grunderwerbsteuer wollen wir junge Familien entlasten, die ein Ei-
5320 genheim mit besonderem Sanierungsbedarf erwerben möchten.

5321

5322 Wir setzen auf strenge Ausgabendisziplin und eine z.B. durch die Digitalisierung effekti-
5323 ver und schneller handelnde Verwaltung. Aufgrund fehlender Schnittstellen müssen bei
5324 vielen Verwaltungsvorgängen noch immer mit hohem Arbeitsaufwand Daten händisch in
5325 Papierform übertragen werden. Bremen hinkt bei der Digitalisierung hinterher. Diesen
5326 Rückstand werden wir beenden. Es müssen zudem durch Zusammenlegung und Stan-
5327 dardisierung mehr Synergien in zentralen Bereichen wie Personalverwaltung, Zuwendun-
5328 gen und IT genutzt werden. So lassen sich interne Prozesse einfacher und sparsamer
5329 realisieren.

5330

5331 Wir lehnen die Aussetzung der Schuldenbremse zur Finanzierung von Klimaschutzvor-
5332 haben ab. Das im November 2022 vorgestellte Schuldenprogramm (3 Mrd. Euro) wird die
5333 Haushalte durch Tilgung und Zinsen um mindestens weitere 150 Mio. Euro jährlich be-
5334 lasten. Außerdem gibt es für uns als CDU Bremen schon keine verfassungsrechtliche
5335 Grundlage. Denn: seit 1972 ist durch den Club of Rome bekannt, dass der Klimawandel
5336 eine existenzielle Bedrohung für die Erde ist. In den letzten 16 Jahren wurde in Bremen
5337 viel zu wenig gegen den Klimawandel unternommen und das Land ist bei der CO₂-Re-
5338 duktion am Tabellenende unter den Bundesländern. Jetzt von einer außergewöhnlichen,
5339 unvorhersehbaren Notlage zu sprechen, ignoriert die politischen Versäumnisse. Statt-
5340 dessen schlagen wir zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen neben der Umsteu-
5341 erung innerhalb eines ausgeglichenen Haushalts und einer verstärkten Nutzung von EU-
5342 /Bundesmitteln eine privatwirtschaftlich strukturierte Klima-Anleihe vor.

5343

5344 ***Stationsname: Partizipativer Haushalt/Bürgerhaushalt***

5345

5346 Alle Bürger dürfen über einen Teil des Bremer Haushalts direkt mitentscheiden. In einem
5347 begrenzten Budget müssen die Bürger die Ausgaben priorisieren, gegebenenfalls an an-
5348 derer Stelle streichen und mitbestimmen. Die einzelnen Ressorts haben dafür Stadtteil-
5349 budgets auszuweisen, über die dann die dortigen Bürger entscheiden können. Wichtig ist
5350 die Abgrenzung zum Beirat und den dortigen Globalmitteln bzw. könnte man diese hier-
5351 mit auch weiterentwickeln.

5352

5353 ***Stationsname: Einsparpotenziale in Bremen wecken und nutzen***

5354

5355 Es gilt, die Einsparpotenziale im Bremer Haushalt zu entdecken. Aber nicht nur dort,
5356 sondern auch im täglichen Tun gilt es, eine neue Sparsamkeit an den Tag zu legen. Dafür
5357 sollen alle Ausgaben auf den Prüftisch und gleichzeitig die Bremer Bürger aufgerufen
5358 werden, Einsparpotenziale und -möglichkeiten zu melden. Führen diese Vorschläge zu
5359 einem Einsparerfolg, werden die Bürger hieran direkt beteiligt.

5360

5361

5362

5363

5364 **Stationsname: Für eine mittelschichtsfreundliche Steuerpolitik!**

5365 **Schnittstelle(n): Wirtschaft, Lebenswerte Städte**

5366

5367 Gerade die Mittelschicht darf steuerlich nicht weiter ausgepresst werden. Wir werden
5368 daher sicherstellen, dass es ein Belastungsmoratorium bei Gebühren aller Art gibt, und
5369 keine Steuern erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns gegen Steuererhöhungen für
5370 die Mittelschicht einsetzen, z.B. indem wir im Bundesrat einen Abbau der kalten Progres-
5371 sion und höhere Freibeträge bei der Erbschaftssteuer unterstützen. Um der dramati-
5372 schen Abwanderung junger Familien entgegenzuwirken, werden wir ein einfacheres und
5373 gerechteres Grundsteuermodell einführen, das insbesondere keine schleichenden Steu-
5374 ererhöhungen vorsieht und junge Familien, die ein Eigenheim mit besonders hohem Sa-
5375 nierungsbedarf erwerben, von der Grunderwerbsteuer entlasten. Wir werden in den Fi-
5376 nanzämtern durch mehr Automatisierung, bessere IT (Hardware und Software) und in-
5377 novative Ansätze wie KI einen effektiveren Personaleinsatz und damit eine schnellere
5378 Bearbeitung von Steuererklärungen sicherstellen. Den Bereich der Steuerprüfung werden
5379 wir auf den bundesweiten Standard anheben und so die Steuerausfälle deutlich verrin-
5380 gern.

5381

5382 **Stationsname: Schuldenbremse einhalten! Finanzielle Spielräume für folgende Genera-**
5383 **tionen sichern.**

5384

5385 Die Verankerung der Schuldenbremse hat sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisen-
5386 zeiten bewährt und sich als flexibles Instrument erwiesen. Daran wollen wir als CDU auch
5387 für die Zukunft festhalten. Entgegen der Behauptung insbesondere von SPD und LINKEN
5388 in Bremen ist sie kein Hindernis für die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern schafft
5389 im Gegenteil durch Haushaltsdisziplin erst Spielräume, um Geld für die wirklich wichtigen
5390 Dinge ausgeben zu können, insbesondere für nachhaltige Investitionen in die wirtschaft-
5391 liche Transformation und Leistungsfähigkeit. Darüber hinaus ist die Schuldenbremse ein
5392 wichtiges Signal sowohl an steuerzahlende Unternehmen als auch an die Bürger, dass
5393 der Staat seine Hausaufgaben erledigt und danach strebt, Steuern und Abgaben auf ei-
5394 nem vernünftigen Niveau zu halten. Nicht zuletzt ist die Einhaltung der Schuldenbremse
5395 auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, denn Kredite gibt es nicht umsonst. Im
5396 Gegenteil: Zinszahlungen belasten die Haushalte des Landes Bremen schon heute mit
5397 ca. 550 Mio. Euro jährlich, die aus dem laufenden Haushalt bedient werden müssen. Von
5398 Tilgungen ist noch nicht die Rede. Diese Verpflichtungen schränken die Handlungsfähig-
5399 keit des Staates stark ein. Wenn wir der jungen Generation Handlungsspielräume erhal-
5400 ten wollen, dann muss die Schuldenbremse auch in Zukunft eingehalten werden. Als CDU
5401 Bremen werden wir:

- 5402 ● den Grundsatz, dass die Einnahmen, die Ausgaben decken müssen, zum Leitprin-
5403 zip unserer Haushaltspolitik machen,
- 5404 ● die im Grundgesetz und in der Landesverfassung festgeschriebene Schulden-
5405 bremse einhalten,
- 5406 ● alle Anstrengungen unternehmen, um neue Kreditaufnahmen auf ein Minimum zu
5407 begrenzen und die derzeit bestehenden Belastungen aus Zins und Tilgung so weit
5408 wie möglich zu reduzieren.

5409

5410

5411 **Stationsname: Doppelstrukturen auflösen**

5412

5413 Wir werden Doppelstrukturen in der Verwaltung abbauen. So ist z.B. für den Einkauf ne-
5414 ben dem Haushaltsreferat in jedem Fachressort die Zentrale Service- und Koordinie-
5415 rungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen beim Wirtschaftsressort zu-
5416 ständig. Für zentrale Beschaffungen gibt es das Einkaufs- und Vergabezentrum bei Im-
5417 mobilien Bremen. Dort findet auch eine Beratung zu sozialen Aspekten der Beschaffung
5418 statt. Die Beratung zu ökologischen Aspekten der Beschaffung ist wiederum in der Stelle
5419 zu den Grundsatzfragen der ökologischen öffentlichen Beschaffung im Umweltressort
5420 angesiedelt. Alle Leistungen aus einer Hand funktionieren besser und sind günstiger.

5421

5422 **Stationsname: Personal sinnvoll einsetzen**

5423

5424 Seit 2019 ist das Personal in der Kernverwaltung von 14.600 auf über 16.000 Stellen
5425 angewachsen. In den politischen Spitzen der senatorischen Behörden hat ein erheblicher
5426 Personalaufwuchs stattgefunden, den wir rückgängig machen werden. Nur die Neuschaf-
5427 fung des künstlichen Ressorts „Wissenschaft und Häfen“ aus politischen Gründen hat
5428 allein zu Mehrkosten von deutlich über 1 Mio. Euro jährlich geführt. In der Senatskanzlei
5429 ist seit 2019 ein Personalaufwuchs von 45 auf 75 Stellen erfolgt, mit jährlichen Mehrkos-
5430 ten von über 2 Mio. Euro. Über alle Ressorts hinweg wurden in den vergangenen Jahren
5431 zahlreiche Koordinierungs-, Konzeptions-, Beauftragten- und Stabsstellen neu geschaf-
5432 fen, die sich oft nur selbst verwalten und die wir im Rahmen einer Aufgabenkritik wieder
5433 verringern werden. Stattdessen sollen besonders wichtige operative Funktionen wie im
5434 Finanzamt, im Jugendamt und in der Wohngeldstelle gestärkt werden, um den Bür-
5435 gerservice und die Bürgerunterstützung zu verbessern. Im Finanzamt können durch eine
5436 Angleichung der Ausstattung für die Außenprüfung an den Standard der anderen Bun-
5437 desländer Steuerausfälle in Millionenhöhe verhindert werden. Im Jugendamt führt eine
5438 mangelnde Ausstattung zu weniger präzisen Maßnahmen und damit häufig zu teuren
5439 stationären Unterbringungen statt Prävention und ambulanten Maßnahmen. Dadurch
5440 entstehen jährliche Mehrkosten in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe.

5441

5442 **Stationsname: Pensionsfonds zum Nachhaltigkeitsfonds machen**

5443

5444 Um gerade im Haushaltsnotlageland Bremen die Pensionen der Beamten langfristig zu
5445 sichern, werden wir den bislang geplanten schrittweisen Abbau der Pensionsrücklage
5446 (etwa 500 Mio. Euro) beenden. Angesichts von künftigen Pensionslasten in Höhe von
5447 etwa 20 Mrd. Euro ist es unverantwortlich, bestehende Absicherungen aufzulösen. Statt-
5448 dessen werden wir den Pensionsfonds in einen Nachhaltigkeitsfonds umwandeln und mit
5449 seinen Mitteln in sichere, umweltfreundliche Anlagen investieren, die zugleich eine at-
5450 traktive Verzinsung gewährleisten.

5451

5452

5453

5454

5455

5456 **Stationsname: Schwerpunkte in der Ausgabenpolitik**

5457

5458 Wir setzen in der Ausgabenpolitik auf klare Schwerpunkte: Bildung (Kita, Schulen und
5459 Hochschulen), Verkehr und Infrastruktur, Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmen-
5460 bedingungen sowie die Innere Sicherheit (Polizei und Justiz) müssen auch in der Ausga-
5461 benpolitik sichtbare Priorität haben. Dem steht z.B. gegenüber, dass einem überpropor-
5462 tionalen Anwachsen der Ausgaben für den sozialen Bereich entgegengewirkt werden
5463 muss. Hierbei gilt es, eine übergreifende Strategie zur Armutsbekämpfung zu entwickeln,
5464 die Wirksamkeit der Maßnahmen fortlaufend zu überprüfen und Erfolge für die Menschen
5465 zu schaffen, um sie nicht länger in staatlicher Abhängigkeit zu halten. Mit dieser Politik
5466 werden wir das ineffiziente Sparen „mit dem Rasenmäher“ beenden zugunsten einer kla-
5467 ren Prioritätensetzung und die staatlichen (Kern-) Aufgaben bündeln und effektiver ge-
5468 stalten.

5469

5470 **Stationsname: Innovationsfonds Klimaschutz**

5471 **Schnittstelle(n): Klima**

5472

5473 Um Innovationen und Investitionen in neue Technologien und Prozesse für Klimaschutz
5474 und Ressourceneffizienz im Land Bremen zu fördern, müssen wir neben öffentlichen Gel-
5475 dern auch mehr privates Kapital mobilisieren. Dafür schlagen wir die Schaffung eines
5476 Landes-Innovationsfonds „Klimaschutz“ mit Schwerpunkt auf Start-ups sowie kleinen
5477 und mittleren Unternehmen vor. Mit dem „Innovationsfonds Klimaschutz“ sollen innova-
5478 tive Projekte und Ideen von der Entwicklung bis zur Anwendung von klimaschonenden
5479 Technologien und Innovationen in den Bereichen wie erneuerbare Energien, Energieeffi-
5480 zienz, künstliche Intelligenz, Kreislaufwirtschaft und Emissionsvermeidung unterstützt
5481 werden. Durch eine 50:50-Beteiligung von öffentlicher Hand und privaten Investoren und
5482 Investorinnen an entsprechenden Projekten sehen wir die Chance, private Investitionen
5483 für Klimaschutzprojekte anzukurbeln. Daher werden wir als CDU Bremen

- 5484 • zeitnah Gespräche mit privaten Kapitalgeberrinnen und Kapitalgebern für die
5485 Gründung und die genaue Ausgestaltung eines „Innovationsfonds Klimaschutz“
5486 aufnehmen.

5487

5488 **Stationsname: Klima-Anleihe**

5489 **Schnittstelle(n): Klima**

5490

5491 Um die erhöhten Investitionsbedarfe für die klimafreundliche Transformation der Wirt-
5492 schaft einerseits und die finanzielle Stabilität andererseits in Einklang zu bringen, spricht
5493 sich die CDU Bremen in Zeiten steigender Kapitalmarktzinsen und zur Einhaltung der
5494 Schuldenbremse für die Ausgabe einer Klima-Anleihe (Green Bond) über die Bremer Auf-
5495 baubank (BAB) aus, für die das Land Bremen eine Bürgschaft übernimmt. Die BAB soll
5496 in Form eines Sparbriefs Gelder von Privatleuten einsammeln, diese in wirtschaftlich
5497 rentable Klimaschutzmaßnahmen wie den PV-Ausbau und die Sanierung öffentlicher Ge-
5498 bäude investieren und aus den Erträgen Tilgung und Zinsen erwirtschaften. Der Staats-
5499 haushalt bleibt so außen vor und wird nicht durch neue Staatsschulden belastet. Zugleich
5500 erhöht die niedrigschwellige Anlagemöglichkeit die Akzeptanz der Bürger, die ganz kon-
5501 kret am Klimaschutz teilnehmen und auch verdienen können. Wir sind davon überzeugt,

5502 dass durch die Freisetzung der wirtschaftlichen Chancen hinsichtlich klimafreundlicher
5503 Technologien und der damit verbundenen Arbeitsplätze eine Rückzahlung der Investiti-
5504 onen möglich ist. Somit leistet die Klima-Anleihe einen Beitrag, um wirtschaftlich sinn-
5505 volle Investitionen anzureizen, die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven lang-
5506 fristig zu sichern und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren. Als CDU Bre-
5507 men werden wir:

- 5508 ● keine Aussetzung oder Umgehung der Schuldenbremse für Klimaausgaben mit-
5509 tragen,
- 5510 ● die Emission eines „Green Bonds“ durch die Bremer Aufbaubank auf den Weg
5511 bringen,
- 5512 ● in einem ersten Schritt die Geldanlage exklusiv zu besonderen Konditionen für
5513 Privatpersonen und Kleinanleger bis zu 100.000 Euro öffnen,
- 5514 ● in einem zweiten Schritt die Zeichnung der Anleihe zu marktüblichen Konditionen
5515 für institutionelle Anleger öffnen,
- 5516 ● eine Rückzahlung des „Green Bonds“ ausschließlich aus eigenen Erträgen ohne
5517 Beteiligung des Staatshaushalts sicherstellen.

5518

5519 ***Stationsname: Projekte müssen Wirkung entfalten!***

5520

5521 Ein effektiver und seriöser Umgang mit öffentlichen Mittel bedeutet für uns nicht nur
5522 Sparsamkeit und Ausgabendisziplin. Wir werden stärker als bisher die Wirkung öffentli-
5523 cher Ausgaben überprüfen und insbesondere Zuwendungen an (externe) Projekte und
5524 Institutionen regelhaft mit einer Überprüfung von Notwendigkeit und Zielerreichung ver-
5525 sehen. Wir wollen mehr standardisierte Kennzahlen, die konkrete Effekte nachweisen,
5526 und weniger Prosa-Berichte. So verschlanken wir Prozesse und sparen Bürokratie, z.B.
5527 mit Unterstützung der Digitalisierung oder Künstlicher Intelligenzen. Darüber hinaus gilt
5528 auch: Wo wir Geld ausgeben und investieren, wollen wir die Umsetzung schneller und
5529 basierend auf zuverlässigen Planungen und Kalkulationen realisiert sehen. Eine weitere
5530 Verbesserung, z.B. im Management von Immobilien-Bremen, ist nicht nur im Interesse
5531 des Steuerzahlers, sondern auch im Interesse der Bedarfsträger, z.B. in der Bildung oder
5532 bei der Polizei. Hierzu bedarf es in diesem Bereich nicht nur der personellen Verstärkung
5533 und der Reduzierung von bürokratischen Hemmnissen. Wir wollen insbesondere die Zu-
5534 sammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Anbietern von Dienstleistungen aus-
5535 weiten. Darüber hinaus ist uns wichtig, die Inanspruchnahme von Förderungsmöglich-
5536 keiten des Bundes und Europas seitens des Landes professioneller und zwischen Land
5537 und unseren Kommunen gerechter zu gestalten (z.B. hinsichtlich der Verantwortung für
5538 die Bereitstellung der sog. Ko-Finanzierung/ der regionalen Eigenmittel), auch mit dem
5539 Ziel, diese Möglichkeiten im Interesse Bremens und Bremerhavens besser ausschöpfen
5540 zu können.

5541

5542 ***Stationsname: Gebäude- und Immobilienmanagement aus einer Hand!***

5543 ***Schnittstelle(n): Führung & Verwaltung***

5544

5545 Derzeit gibt es beim Umgang mit kommunalen Immobilien keine funktionierende Aufga-
5546 benteilung zwischen den Behörden und Immobilien Bremen (IB). Dies gilt auch für die

5547 Absprachen von Behörden und Ämtern untereinander. Dieses unorganisierte Liegen-
5548 schäftsmanagement hat zur Folge, dass im Einzelfall nur kurzfristig auf die Flächenbe-
5549 darfe geschaut wird, die aufgrund von landes- oder bundesgesetzlichen Regelungen ent-
5550 stehen. Dies wiederum führt dazu, dass Bremen sehr langfristige und sehr teure Miet-
5551 verträge abschließt.

5552

5553 Als CDU Bremen werden wir

- 5554 ● die Aufgabe des strategischen Immobilienmanagements komplett in einem Se-
5555 natsressort bzw. in einer Behörde zusammenführen,
- 5556 ● nach einer detaillierten Bestandsaufnahme und der Erstellung einer mittelfristi-
5557 gen Bedarfsplanung klare Schwerpunkte beim Gebäudemanagement setzen. Vor-
5558 rangig sollen eigene Immobilien entwickelt werden. Bei Anmietungen muss das
5559 Ziel möglichst niedriger Mieten genauso berücksichtigt werden wie eine effiziente
5560 Nutzung, geringer Leerstand und Energieeffizienz. Denn die in energetischer Hin-
5561 sicht am schlechtesten bewerteten Gebäude sollten auf der Grundlage mittelfris-
5562 tiger Planungen zeitnah saniert oder aufgegeben werden. Dies ist nicht nur stra-
5563 tегisch klug, sondern spart zukünftig auch Energiekosten ein und führt zu einem
5564 Sanierungsanreiz auf dem Mietmarkt in Bremen.

5565

5566 **Stationsname: Grundsteuer einfach und gerecht gestalten**

5567 **Schnittstelle(n): Lebenswerte Städte**

5568

5569 Das sehr bürokratische und kaum zu durchblickende Verfahren bei der neuen Grund-
5570 steuer hat zu Recht viele Bürger verärgert. Wir brauchen nicht weit zu schauen, um ein
5571 besseres Modell als das Scholz-Modell des Bundes zu finden. Unsere Nachbarn in Nie-
5572 dersachsen haben in der Großen Koalition ein einfacheres und gerechteres Modell ent-
5573 wickelt: das sogenannte Flächen-Lage-Modell. Es berücksichtigt Größe, Bebauung und
5574 Bodenwert.

5575

5576 Als CDU Bremen werden wir:

- 5577 ● das niedersächsische Grundsteuermodell übernehmen,
- 5578 ● die Hebesätze für die Grundsteuer so festsetzen, dass das Steueraufkommen im
5579 Vergleich zum aktuellen Stand gleichbleibt, und künftig keine Erhöhungen vor-
5580 nehmen.